

D
1
H5
no. 207
209

Historische Studien,

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, R. Holtzmann, P. Joachimsen, H. Lietzmann, Ed. Meyer †, H. Oncken, F. Philippi, F. Schneider, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. E. Ebering.

===== Heft 207 =====

Untersuchungen zur Geschichte der Reaktion in Sachsen 1849-1855

Von

Dr. Heinz Georg Holldack

=====

BERLIN

1931

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien
Untersuchungen zur
Geschichte der Reaktion
in Sachsen 1849-1852

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	5
Einleitungskapitel. Die Entwicklung vom März 1848 bis zum Mai 1849	9
Erstes Kapitel. Das Zusammenwirken der inneren und äußeren Politik vom Mai 1849 bis zum Juni 1850	20
Das neue Ministerium und seine ersten Schritte	20
Der Landtag von 1849/50	25
Der Kampf um den Staatshaushalt	26
Grundrechte und Belagerungszustand	34
Amnestie oder Begnadigung	36
Die Wahlgesetzvorlage	39
Die deutsche Frage auf dem Landtag von 1849/50	43
Die Minister und die Landtagsauflösung	62
Die Reaktivierung der alten Stände	69
Zweites Kapitel. Die Universität	73
Die Senatsverfassung bis 1848	73
Die Universität bis zur Reaktivierung der alten Stände	76
Die Umgestaltung der Senatsverfassung	81
Drittes Kapitel. Die Politik der reaktivierten Stände	91
Die Stände	91
Die Unterstützung der Regierungspolitik durch die Stände	95
Die Selbstbehauptung der Stände	104
Vergleich mit der Verfassungsentwicklung in Bayern und Württemberg	116
Viertes Kapitel. Die politische Polizei	120
Der deutsche Polizeiverein	120
Die politische Polizei in Sachsen unter Beust	129
Fünftes Kapitel. Die Organisation der unteren Staatsbehörden	136
Die Trennung der Justiz von der Verwaltung in der untersten Instanz und die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit bis zum Jahre 1848	136

	Seite
Die Pläne der Minister Zschinsky und Friesen über die Organisation der unteren Instanzen	141
Beusts Friedensrichterinstitut	148
Der Kampf im Ministerium um die Behördenorganisation	152
Die ständischen Verhandlungen über die Organisationsgesetze	165
Beusts letzte Entwürfe über die Friedensrichter	173
Das englische Vorbild	177
Analyse der Organisationspläne Beust's	183
Sechstes Kapitel. Sachsen und der Bundestag	191
Die Dresdener Konferenzen	191
Beusts Bundestagspolitik	201
Ergebnis	214

Vorwort.

Der Gegenstand dieser Arbeit ist die Geschichte der Reaktion auf die Bewegung von 1848/49 in Sachsen. Die Revolution hatte mit ihren liberalen und demokratischen Forderungen nicht nur die innere Organisation und die soziale Struktur in den einzelnen deutschen Gebieten angegriffen, sondern ihre nationalen Bestrebungen gefährdeten auch die nach außen hin in Erscheinung tretende souveräne Selbständigkeit der Einzelstaaten. Der Gegenstoß gegen die Revolution hatte infolgedessen zwei Tendenzen: er suchte den status quo im Inneren wiederherzustellen und er trachtete danach die Einschränkungen, die die nationale Bewegung der einzelstaatlichen Souveränität auferlegt hatte, so weit wie möglich zu beseitigen. Es ist in der Entwicklung der deutschen Geschichte begründet, daß die Erstarkung des deutschen Nationalgedankens besonders die Mittelstaaten bedrohte. Die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen stellte der Nationalismus vor die Frage nach der Vormachtstellung; er gab ihnen den entscheidenden Anstoß zum Kampf um die Hegemonie in Deutschland. Für die Mittelstaaten wurde die mächtig anschwellende nationale Bewegung zu einer Daseinsfrage.

Hieraus ergibt sich für den Gegenstand und die Methode der Arbeit, daß die Wechselbeziehungen zwischen der äußeren und der inneren Politik, die in der kritischen Lage Sachsens besonders eng sein mußten, genau zu untersuchen sind. Das spezifisch reaktionäre Verhalten der Regierung, das analysiert werden soll, wirft nicht so sehr die Frage nach einem Inhalt, als vielmehr die Frage nach der Form politischen Handelns auf. Daher kam für diese Arbeit nicht eine Darstellung der gesamten Staatsverwaltung in Frage, sondern es konnten nur für die Kennzeichnung der Reaktionspolitik besonders bedeutsame Gegenstände ausgewählt

werden, wie der Konflikt der Regierung mit den provisorisch gewählten Kammern, die Ministerialpolitik gegenüber der Landesuniversität, die Organisation der unteren Behörden, die politische Polizei. Der Mittelstaat als besondere, geschichtlich gewordene Individualität in seinem Verhältnis zu den allgemeinen Zeittendenzen und die Reaktionspolitik als ein besonderes politisches „Verfahren“ stehen also im Mittelpunkt der Arbeit. Diese Fragestellung ergab die Gliederung in eine Reihe von Einzeluntersuchungen in systematischer Scheidung.

Die zeitliche Begrenzung mit dem Jahre 1855 geht aus dieser systematischen Einteilung hervor. An sich ist ein Nachlassen der eigentlichen Reaktionsstimmung in Sachsen — so wie in Preußen — auch erst gegen Ende der fünfziger Jahre zu bemerken, wohl als eine Folge des „neuen Kurses“ in Preußen. Wenn diese Arbeit mit dem Jahr 1855 schließt, so liegt dies eben daran, daß die in Verfassung und Verwaltung vorgenommenen reaktionären Maßnahmen der Regierung mit diesem Jahre und früher abgeschlossen sind, und die Reaktion nun nicht mehr ein planmäßiges Nebeneinander von Handlungen, also keine eigentliche „Aktion“ mehr ist, - sondern zuständlich wird.

Denjenigen Kapiteln, die die Darstellung der parlamentarischen Kämpfe zum Gegenstand haben, liegen als Quellenmaterial vornehmlich die gedruckten Protokolle der Kammerverhandlungen zu Grunde. Auf ihnen beruht auch die Behandlung der Behördenorganisation, soweit sie im Landtag verhandelt wurde. Die Berichte des preußischen Gesandten in Dresden, die sich im preußischen geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem befinden, gestatteten einen genaueren Ueberblick über die Pläne der Regierung gegenüber der Volksvertretung als die sächsischen Quellen. Die langwierigen Verhandlungen zwischen den einzelnen Ministerien über die neue Einrichtung der unteren Behörden wurden nach dem im sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden befindlichen Aktenmaterial dargestellt; es handelt sich hier zumeist um Briefwechsel zwischen den Ministern, Gesetzentwürfe, von denen sehr viele in den Ministerien des Innern und der Justiz über diesen Gegenstand ausgearbeitet wurden, und Protokolle der Konferenzen des Gesamtministeriums. Die Anzahl dieser Protokolle war nicht sehr groß, und die vorhandenen sind so dürftig geführt, daß die Minister

selbst sich über die Art der Protokollführung beschwert haben. Besonders reichhaltiges Material wies das Hauptstaatsarchiv für das Kapitel über die politische Polizei auf. Aus den Protokollen der deutschen Polizeikonferenzen, den vertraulichen Mitteilungen und den Wochenberichten ließ sich ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der Polizei gewinnen. Die Untersuchung der Umgestaltung der Universitätsverfassung stützte sich auf die Akten des Universitätsarchivs in Leipzig. Zur Ergänzung konnte Material aus den Akten des Justizministeriums in Dresden herangezogen werden. Die Korrespondenz Beusts mit dem sächsischen Bundestagsgesandten, Freiherrn von Nostitz und Jänkendorf, bildete die Grundlage des Kapitels über Sachsens Politik am Bundestag. Die aus ihnen gewonnenen Resultate ließen sich aus den inhaltreichen preußischen Publikationen aus dem Nachlaß des Ministers Mantuffel vervollständigen.

Von den zahlreichen veröffentlichten Denkwürdigkeiten und Briefwechseln aus dieser Zeit seien hier nur als für diese Arbeit besonders wichtig genannt die Erinnerungen der Minister Beust und Friesen, von denen besonders die erstgenannten mit Vorsicht zu benutzen waren. Daneben die Erinnerungen von Karl Biedermann, die Aufzeichnungen Leopold von Gerlachs, die politische Korrespondenz des sächsischen Legationssekretärs Graf Vitzthum von Eckstädt und die Briefwechsel des Königs Johann von Sachsen mit den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen.

In erster Linie möchte ich an dieser Stelle Herrn Professor Erich Marcks meinen tief empfundenen Dank aussprechen für die unermüdliche Anteilnahme und Unterstützung, mit der er meine Arbeit begleitete und förderte. Nächst ihm fühle ich mich Herrn Dr. Fritz Hauptmann verpflichtet; er stand mir mit eingehender Kenntnis des Gegenstandes stets helfend zur Seite und gewährte mir bereitwilligst Einblick in das Manuskript seiner noch ungedruckten Arbeit über die sächsische Geschichte in den Revolutionsjahren.

Digitized by the Internet Archive
in 2024

Die Entwicklung vom März 1848 bis zum Mai 1849.¹

Die Märzbewegung ging in Sachsen von Leipzig aus. Darin, daß Robert Blum und der Professor Karl Biedermann zunächst noch gemeinsam ihre Forderungen an die Regierung aufstellten, zeigt es sich, daß in den ersten Tagen die beiden Oppositionsgruppen der Demokraten und Liberalen eine einheitliche Politik trieben. Im ersten Augenblick freier Regung gingen sie tastend und vorsichtig gegen den gemeinsamen Gegner vor; bald aber, als ihnen das Nachgeben der Regierung die ersten Erfolge schenkte, und sie zu genauerer Fassung ihrer Absichten genötigt wurden, trennten sie sich voneinander, um im Verlauf der Entwicklung immer schärfere Gegensätze auszubilden. Noch versuchte die Regierung Widerstand und der König verweigerte jede Zusage; als die Bewegung immer weiter um sich griff, verhiess er Einberufung des Landtages. Doch die Entwicklung war nicht mehr aufzuhalten. In zahllosen Petitionen wurden die Einführung der Ministerverantwortlichkeit, Wahlreform, Preßfreiheit und Geschworenengerichte gefordert. Im einzelnen sind die Vorgänge noch nicht geklärt, die dazu führten, daß die Regierung nach einem nur halb durchgeführten Versuch, mit Hilfe der bewaffneten Macht die Bewegung

1. Dem ersten, nur einleitenden Abschnitt wurden in der Hauptsache zu Grunde gelegt: Theodor Flathe, Geschichte des Kurstaates und Königreiches Sachsen. 3. Bd. Gotha 1873. — Curt Geyer, Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Maiaufstandes 1848—1849. Leipzig 1914. Wenig veränderter Abdruck der vom Verfasser der philosophischen Fakultät Leipzig eingereichten Dissertation. — Paul Hassel, König Albert von Sachsen. 1. Bd. Berlin und Leipzig 1898. — Walter Schinke, Der politische Charakter des Maiaufstandes 1849 und die sächsischen Parteien während des Aufruhrs und seiner unmittelbaren Folgen. Leipziger Dissertation 1917.

zu unterdrücken, schließlich nachgab. Am 13. März nahm das Ministerium Könneritz seine Entlassung, und das neue Ministerium versprach in seinem Programm die Erfüllung der wichtigsten Forderungen. In sich uneinheitlich enthielt es Vertreter der gemäßigten, liberalen Opposition und bekannte Wortführer der verschiedenen Demokraten. Bald sah es sich den Ansätzen zu einer schnell sich verbreiternden Bildung von politischen Organisationen und schweren Ausschreitungen in den Industriegebieten gegenüber, die in großen sozialen Mißständen begründet waren. Die Demokraten gründeten am 28. März den Vaterlandsverein in Leipzig, an dessen Spitze Robert Blum trat und an den sich, dank eines ausgezeichneten Organisationsplanes, bald im ganzen Lande Zweigvereine angliederten. Sowohl die Gestaltung der deutschen Verhältnisse, wie auch die Entscheidung über die zukünftige sächsische Verfassung unterwarf sein Programm dem Spruch des souveränen Volkswillens, als dessen Funktionär die Majorität in den Vaterlandsvereinen vorläufig noch die parlamentarisch gebundene Monarchie anerkannte. Die Liberalen schufen sich in dem am 6. April in Leipzig gegründeten deutschen Verein ihre politische Form. Die Führung des deutschen Vereins, von dem ebenfalls Untervereine im Land errichtet wurden, trat Karl Biedermann an, wie denn überhaupt seine bedeutendsten Köpfe der Universität und der Leipziger Kaufmannschaft entstammten. Für die Einzelstaaten forderten die deutschen Vereine die konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage, während die Vaterlandsvereine wenigstens die Möglichkeit für eine viel weitergehende Lösung der einzelstaatlichen Verfassungsprobleme offen hielten, indem sie „freie Wahl“ der Verfassungen forderten. Damit war auch die Errichtung von Republiken als zulässig stillschweigend anerkannt. Das deutsche Parlament wünschten die Vaterlandsvereine auf Grund des Einkammersystems, die deutschen Vereine nach Maßgabe des Zweikammersystems zu errichten.

Neben diesen beiden mächtigsten Gruppen waren die Extremen auf beiden Flügeln zunächst ohne sonderliche Bedeutung.

Aber sowohl die Absichten der deutschen Vereine, wie die der gemäßigteren Liberalen waren bereits durch eine große Kluft von den Anschauungen getrennt, die sich der leitende Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Professor von der Pfordten, gebildet

hatte. Er stand auf dem Boden des Vereinbarungsprinzips.² Allein dieser und andere Gegensätze der Parteien zur Regierung konnte seinen verfassungsmäßigen Ausdruck erst nach der Einberufung des Landtages finden. Umso bedeutungsvoller war es, daß die Ergänzungswahlen für den Landtag — wie auch die sächsischen Wahlen zum Frankfurter Parlament — einen überwältigenden Sieg der in den Vaterlandsvereinen vertretenen Demokraten ergaben.

Der Landtag begann seine Sitzungen am 21. Mai. Abgesehen davon, daß die Nachwahlen der Linken ungefähr 20 Sitze in der zweiten Kammer³ eingebracht hatten, herrschte überhaupt ein anderer Geist, als in seinen vormärzlichen Sessionen. In beiden Kammern wurden Anträge auf rechtliche Gleichstellung des bäuerlichen Grundbesitzes mit den Rittergütern angenommen; ebenso beschlossen die Kammern Beseitigung der Patronatsrechte und der Jagdrechte auf fremdem Grund und Boden.

Als man aber nun daran ging, die wichtigste Aufgabe zu lösen d. h. ein neues Wahlrecht festzustellen, stellten sich Schwierigkeiten ein. Es war der Stolz konservativer Kreise Sachsens, daß in seiner Verfassungsgeschichte die Rechtskontinuität nie unterbrochen worden war.⁴ Mit der königlichen Regierung, als deren Hauptvertreter der geheime Rat von Lindenau, „Sachsens Lafayette“, gewirkt hatte, hatten die alten Landstände die Verfassung von 1831 vereinbart und ohne Rechtsunterbrechung war der Uebergang in die neuen Verhältnisse vollzogen worden. Aber die neue Verfassung war schon bei ihrem Erscheinen von der sozialen Entwicklung überholt. Die durchaus ständische Gliederung, die ihr Wahlrecht vorsah, mußte in einem Staat, der eine stetig zunehmende Industrialisierung, einen bedeutenden Handel, ein entwickeltes Bürgertum in seinen zahlreichen Städten sah, umso anachronistischer und wirklichkeitsfremder wirken. Die erste Kammer wies neben 22 Rittergutsbesitzern und den Besitzern der Standesherrschaften als einzige Vertreter städtischen Lebens die Bürgermeister

2. vergl. den bei Paul Hassel mitgeteilten Auszug aus dem Ministerialschreiben vom 11. April 1848. S. 149.

3. Die Zahlen bei Geyer S. 67.

4. Diese Anschauung trägt auch noch vor C. D. von Witzleben, Die Entstehung der konstitutionellen Verfassung des Königreichs Sachsen. Im Auftrage der Staatsregierung verfaßt. Leipzig 1881. S. 15.

von 6 Städten und einen Abgeordneten der Universität Leipzig auf. In der zweiten Kammer standen gegenüber 20 Abgeordneten der Rittergutsbesitzer und 25 Vertretern des Bauernstandes nur 25 städtische Abgeordnete und 5 Vertreter des „Handels und Fabrikwesens“. Dieses Ueberwiegen des ländlichen Elementes erfuhr noch durch die Regelung des Zusammenwirkens der Kammern eine Steigerung. Es sollte nämlich ein Gesetzesvorschlag der Regierung, über den keine Einigung beider Kammern erzielt wurde, nur dann als abgelehnt gelten, wenn in einer der Kammern zwei Drittel der Abgeordneten dagegen stimmten.⁵ Wenn nun die Regierung mit einem Vorschlag die Gesamtheit der Vertreter agrarischer Interessen im Landtag für sich hatte, so bestand für die städtischen Abgeordneten keine Möglichkeit, die Annahme einer Vorlage zu verhindern.⁶ Dieses Wahlrecht, das mit der immer fortschreitenden Industrialisierung stets weniger Anspruch darauf erheben konnte, eine einigermaßen gerechte Vertretung der sozial und wirtschaftlich bedeutungsvollsten Schichten zu bilden, sollte jetzt den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend abgeändert werden.

Dabei wurde nun in der Öffentlichkeit die Frage, ob der neuen Volksvertretung das Einkammer- oder Zweikammersystem zu Grunde gelegt werden sollte, zum Gegenstand des Kampfes der widerstrebenden Parteien. Das Märzministerium suchte der Entscheidung dadurch auszuweichen, daß es zunächst nur für die zweite Kammer Änderungen vorschlug,⁷ die erste Kammer aber unverändert fortbestehen ließ. Erst der auf Grund dieser Ordnung zusammentretende Landtag sollte dann über die definitive Regelung des Wahlgesetzes entscheiden. Dieser Kompromißvorschlag machte es aber niemand recht, und, da sich in den Kammern keine Majorität für ihn finden ließ, zog ihn das Ministerium wieder zurück.

5. Die Verfassungsurkunde abgedruckt bei Wilhelm Altmann, Ausgewählte Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte seit 1806. 1. Teil. S. 113 ff. Berlin 1898.

6. vergl. Erich Brandenburg, Die deutsche Revolution. S. 100.

7. Die zweite Kammer sollte nach dem Entwurf aus 37 städtischen und 38 ländlichen Abgeordneten zusammengesetzt werden. Allen Staatsbürgern wurde das aktive Wahlrecht erteilt; die Wählbarkeit war an die Erreichung des 30. Lebensjahres und die bürgerliche Unbescholtenheit geknüpft.

In seiner neuen Vorlage behielt es zwar das Zweikammersystem bei, gestaltete nun aber auch die erste Kammer um. Der zweite Entwurf teilte das Land in 76 Wahlbezirke; jeder Bezirk hatte einen Abgeordneten zur zweiten Kammer, je zwei Bezirke einen in die erste Kammer zu wählen. Die Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht wurden aus dem ersten Entwurf übernommen; für die erste Kammer dagegen erteilte diese Vorlage jedem Ansässigen das aktive Wahlrecht; die Wählbarkeit war hier an die Zahlung von 10 Thalern direkter Steuern geknüpft. Für den Fall von Differenzen zwischen den Beschlüssen der Kammern war ein Vereinigungsverfahren vorgesehen, in dem nach der Kopfzahl abgestimmt wurde. Auf diese Weise sollten die beiden umkämpften Systeme vereinigt werden. Die endgültige Beschlußfassung über das Wahlverfahren wurde auch dieses Mal den unter Zugrundelegung dieses Wahlgesetzes zu bildenden Kammern vorbehalten. Die Regierung bezeichnete daher dieses Gesetz als ein provisorisches. Da das Ministerium gedroht hatte zurückzutreten, falls auch diese Vorlage zurückgewiesen werden sollte, nahmen die Kammern sie mit geringen Modifikationen an.⁸ Das Ergebnis war also ein demokratisches — für die zweite Kammer allgemeines, gleiches — Wahlrecht. Es sollte entscheidend für die Zukunft werden, wie das Wahlergebnis ausfallen würde, denn die endgültige Entscheidung über die Verfassung war in die Hand des mit diesem Gesetz gewählten Landtages gelegt.

Inzwischen hatten sich im Lande radikale Elemente in den Vordergrund gedrängt. Im Mai war es in Leipzig zu Unruhen, am 11. September in Chemnitz zu schweren Excessen gekommen, und stärker traten republikanische Strömungen hervor. Die Wahlgesetzdebatten hatten zu einer schärferen Abgrenzung der drei Gruppen der demokratischen Vaterlandsvereine, der liberalen deutschen Vereine und der konservativen konstitutionellen Vereine

8. Der zweite Entwurf der Regierung hatte für die erste Kammer eine gesonderte Vertretung der Universität durch einen, der höheren Schulen, der Geistlichen und der Volksschulen durch je drei Abgeordnete vorgesehen. Diese Bestimmung wurde auf Antrag der zweiten Kammer fallen gelassen. Die erste Kammer wurde nach den Anträgen aus 50 Mitgliedern, außer den königlichen Prinzen, gebildet, von denen je zwei in drei Wahlbezirken gewählt wurden.

geführt. Auch innerhalb der Vaterlandsvereine hatten sich die Gegensätze zwischen den Radikalen und der gemäßigten Richtung schärfer ausgeprägt, die in Abspaltungen ihren Ausdruck fanden.

Das Verhältnis der in den Vereinen sich darstellenden Parteien machte ebenfalls Schwankungen durch. Die Einstellung der Vaterlandsvereine zur Nationalversammlung wandelte sich nach der Konstituierung der Exekutivgewalt und der Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser in entschiedene Ablehnung und näherte sich also, wenn auch von einem ganz anderen Ausgangspunkt her und in der Ablehnung viel schroffer, dem Standpunkt der Regierung, die am 28. August den Vereinbarungsgedanken von neuem bekannte. Als das Reichskriegsministerium im September sächsische Truppen zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Altenburg anforderte, zog sich die Zentralgewalt den Haß der Demokraten in erhöhtem Maße zu. Ausschreitungen im Vogtland, die wiederum den Einsatz militärischer Kräfte verlangten, und die Erschießung von Robert Blum in Wien brachten die Massen in Erregung. Auf der anderen Seite schlossen sich die Liberalen immer enger an die Nationalversammlung. In der Paulskirche sahen sie den Hort des deutschen Einheitsstrebens und hier suchten sie Anlehnung gegen das bedrohliche Anschwellen der radikal-demokratischen Strömung, das oft gar keine politischen Gründe, sondern sozialwirtschaftliche hatte, und sich gerade dann in gewalttätigen Ausbrüchen und nicht organisiert äußerte. In den Industriebezirken des Landes (Vogtland und Erzgebirge) waren die Lebensbedingungen der Arbeiter durch schlechte Lohnverhältnisse, lange Dauer der Arbeitszeit, kaum beschränkte Kinderarbeit denkbar ungünstig. Die Erregung der Arbeiterschaft über diese Uebelstände führte zu Unruhen.

Dies war der Rahmen, in dem die Wahlen für den Landtag nach dem provisorischen Gesetz veranstaltet wurden; sie entsprachen durchaus der Richtung, die der Fluß der Dinge in immer stärkerem Maße nahm, und ergaben einen eindrucksvollen Sieg der Demokraten. In die zweite Kammer entsandten die Vaterlandsvereine 66, die deutschen Vereine 7 und die konstitutionellen Vereine 2 Abgeordnete. Ähnlich waren die Verhältnisse in der ersten Kammer.⁹

9. Die Zahlen bei Geyer S. 145.

Die Regierung hatte sich öffentlich gegen das Wahlprogramm der Vaterlandsvereine, das Einkammersystem, suspensives Veto-recht der Regierung und ein allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht forderte, erklärt. Sehr früh müssen einzelne Minister die Absicht gefaßt haben, diese Volksvertretung — wenigstens durch Vertagung — unschädlich zu machen.¹⁰

Der Eindruck, den das Wahlergebnis auf Liberale und Konservative ausübte, war fast gleich groß und erschreckend. Auch die Liberalen forderten das Ministerium zur Kammerrückbildung auf.

Die Linke richtete in den Kammerverhandlungen, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht, bei jeder Gelegenheit die heftigsten Angriffe gegen die Regierung. „Ich kenne die Gründe der Regierung nicht, aber ich muß sie mißbilligen“. Dieser Ausdruck kennzeichnet ihr Verhalten gegenüber der Regierung, deren Rücktritt sie dennoch nicht wünschte in der Furcht, daß dem Märzministerium ein reaktionäres folgen könnte.

Dieses Ministerium, von Anfang an in sich gespalten, war verbraucht und in seinen Entschlüssen offensichtlich uneinig. Von der Pflichten erklärte dem preußischen Geschäftsträger in Dresden, Grafen Canitz, das Ministerium werde sich „unter keinen Umständen vor den gegenwärtigen Kammern zurückziehen, sondern dieselben im geeigneten Moment auflösen.“¹¹ Statt dessen erfolgte wenige Tage darauf, am 26. Januar, das erste Rücktrittsgesuch des Märzministeriums, das der König nicht genehmigte. Ein bezeichnendes Beispiel für den raschen Wechsel der Ansichten und die Unstimmigkeiten unter den Ministern.

Wenn nun die Demokraten auch dem Programm der Liberalen, Kleindeutschen ihre Zustimmung verweigerten, diese Lösung der deutschen Frage sogar mit der größten Abneigung betrachteten, so billigten sie doch keineswegs, daß die Regierung mit der Publizierung der deutschen Grundrechte, die der Reichsverweser am 27. Dezember verkündigt hatte, zögerte. Stellten doch die Grundrechte von allem, was die Paulskirche bisher hervorgebracht hatte, das ihnen Genehmste dar. Trotzdem wird man nicht fehlgehen,

10. Bericht des preußischen Geschäftsträgers Grafen Canitz vom 4. Januar 1849. Pr. Geh. St. A.

11. Bericht von Canitz v. 24. Januar 1849. Pr. Geh. St. A.

wenn man die Gründe für den endlichen Rücktritt des Ministeriums, der den Kammern am 24. Februar 1849 bekannt gegeben wurde, nicht allein in der Weigerung der Minister, die Grundrechte für Sachsen zu publizieren, sucht. Wenn das Ministerium erklärte, daß es zur Verkündigung der Grundrechte der Mitwirkung der Volksvertretung bedürfe und daß es daher sich ohne deren Zustimmung nicht zur Publikation entschließen könne, so ist gar nicht einzusehen, warum das Ministerium die Zustimmung überhaupt als zweifelhaft ansah, da es schlechthin sicher war, daß der Landtag die Verkündigung gestatten würde, was aus seiner späteren Haltung eindeutig hervorgeht. Außerdem entschloß sich das neue Ministerium unmittelbar nach seinem Zusammentritt zu der von seinen Vorgängern so zäh verweigerten Maßnahme, obwohl es die Nationalversammlung und ihr Werk sehr viel weniger günstig beurteilte als die Märzminister es getan hatten. Vielmehr erklärt sich der Rücktritt des Ministeriums Oberländer damit, daß seine inneren Gegensätze es ihm unmöglich machten, den Kammern geschlossen gegenüber zu treten.¹² Die Minister gelangten nicht mehr zu einer einheitlichen Willensbildung, und diese Tatsache ist Grund genug dafür, daß sie im parlamentarischen Kampf weiterhin unmöglich waren.¹³

Das neue Ministerium bestand aus politisch indifferenten Fachleuten. Allein die Berufung des bisherigen Gesandten Sachsens in Berlin, des Freiherrn Ferdinand von Beust gestattet es doch, in der Ernennung dieses Ministeriums einen entscheidenden Wendepunkt zu sehen. Das trifft vielleicht für die auswärtige Politik nicht so sehr zu wie für die innere. Der Eintritt Beusts gab dem Ministerium eine bestimmte politische Farbe. „Mein Eintritt

12. Auch Hassel, S. 194, erklärt den Rücktritt des Märzministeriums damit, daß es infolge seiner Uneinigkeit in den Konflikten mit den Kammern nicht mehr geschlossen auftreten konnte. Ebenso die Berichte von Canitz vom 19. und 24. Februar. Pr.Geh.St.A.

13. In einem mir unmittelbar vor dem Druck meiner Arbeit freundlichst zugesandten Aufsatz: Sachsen und Thüringen 1848/49 i. Neues Archiv für sächs. Gesch. u. Altertumsforschung, Bd. 51, Heft II, S. 243, vertritt Fritz Hauptmann die Ansicht, das Ministerium sei „wegen Differenzen mit dem König“ zurückgetreten. Hauptmann beabsichtigt diese Ansicht demnächst ausführlich zu begründen.

bot die Bürgschaft für den Halt nach Oben“, äußerte der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten selbst.¹⁴ Damit ist gesagt, daß bei der nächsten Zuspitzung des Konflikts nicht mehr die Minister, sondern die Volksvertretung den Kampfplatz räumen würde, daß es mit der Kammerauflösung ernst wurde.

Zunächst mußte die Publikation der Grundrechte zugesagt werden, um überhaupt festen Boden unter den Füßen zu gewinnen. Für Beust wenigstens hatte diese Nachgiebigkeit lediglich taktischen Wert.¹⁵ Man wollte nicht anläßlich der deutschen Frage mit dem Landtag zusammenstoßen, weil in einem solchen Fall außer den Konservativen die Anhänger aller Parteirichtungen in vereinter Opposition sich gegen die Regierung zusammengefunden hätten. Die Linke verteidigte mit der Verbindlichkeitserklärung der Grundrechte den Grundsatz der Volkssouveränität der Nationalversammlung gegenüber dem Vereinbarungsprinzip der sich auf ihre eigene Souveränität besinnenden Regierungen, die Liberalen vornehmlich den Willen zur Einheit gegen den einzelstaatlichen Partikularismus. Anders lagen die Dinge, wenn die Regierung in den inneren Angelegenheiten einen Grund zum Bruch mit den Kammern fand, denn hier schieden tiefe Gegensätze die Liberalen von den Demokraten und den noch weiter links stehenden radikalen Republikanern. Das Ministerium will die Kammern auflösen, „es handelt sich nur darum, eine günstige Gelegenheit zu finden, denn von dieser hängt der Ausfall der Neuwahlen ab“. So schildert ganz zutreffend Graf Canitz die Absichten des Ministeriums.¹⁶

Der Gang, den die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten nahm, vereitelte diese Absichten. Zwar machte es die Linke in den Landtagsverhandlungen der Regierung nicht schwer, die Unmöglichkeit mit diesen Kammern zusammenzuarbeiten, darzutun. Ihre Angriffe gegen die Minister wurden immer heftiger, gröber und aufreizender. Und schließlich boten sie in der Budgetangelegenheit den ersehnten Anlaß zur Auflösung. Aber unauf löslich vermischte sich mit dieser innersächsischen Angelegenheit

14. Friedrich Ferdinand Graf von Beust, Aus drei Vierteljahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen. 1. Bd. Stuttgart 1887. S. 54.

15. Beust in einer Landtagsrede. L. M. 1. 1. 621. 1859. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. 1. S. 53.

16. Bericht von Canitz vom 4. März. Pr.Geh.St.A.

die große deutsche Einheitsbewegung. Sie war an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt und sie brachte die Dinge in Sachsen in Fluß.

Am 23. März war in zweiter Lesung die Reichsverfassung in der Paulskirche angenommen worden. Obwohl Friedrich Wilhelm IV. die ihm angebotene Kaiserkrone ablehnte, verlangten nicht nur die Liberalen — ganz entsprechend ihrer Haltung in der Paulskirche — sondern auch die gesamte Linke, mit Ausnahme der Extremsten, denen selbst das durch die zweite Lesung so stark eingeschränkte Erbkaisertum noch zu weit ging, Anerkennung der Verfassung durch die sächsische Regierung. Indem die Demokraten nunmehr die Frankfurter Versammlung als die Vertreterin des souveränen Volkes betrachteten, trafen sie sich in ihrer praktischen Politik mit den Liberalen, die von einem ganz anderen Boden her dasselbe Ziel anstrebten.

In beiden Kammern wurden Anträge auf Publikation der Reichsverfassung angenommen. Und nun zeigte es sich, was die Berufung Beusts zu bedeuten hatte. Während die anderen Minister nachgeben wollten und, da die Anerkennung versagt wurde, zurücktraten, blieben nur er und der Kriegsminister Rabenhorst im Amt. Mit den Schwierigkeiten, die die Kammern in der Budgetfrage gemacht hatten, wurde die Auflösung vor der Öffentlichkeit begründet. In unmittelbarer Folge brach der Dresdener Maiaufstand aus, auf den hier nicht eingegangen zu werden braucht.¹⁷ Das Entscheidende war, daß sich unter dem Banner des Kampfes für die Einheit Deutschlands auch Männer einfanden, die unter anderen Umständen niemals mit den radikalen Elementen Hand in Hand gegangen wären. Noch einmal standen hier der alten Staatsmacht zwei Gegner vereint gegenüber, deren im übrigen grundsätzlich verschiedene Haltung, ja feindselige Einstellung gegeneinander sich im Verlauf eines Jahres zu immer stärkerer Gegensätzlichkeit vertieft hatte. Aber sowie Zweifel daran auftauchten, ob der Kampf wirklich der Anerkennung der Reichsverfassung gelte, trennten sich die liberalen Elemente von den demokratischen, denen sie ohnehin nicht in den offenen Aufruhr gefolgt

17. Für die Geschichte des Maiaufstandes besonders Walter Schinke; bei Schinke Angabe der Spezialliteratur.

waren. Die deutsche Frage allein einte sie. Ueber sie hinaus wurde in einem Augenblick starker politischer Spannung ein Kampf ausgetragen, der alle Gegensätze, alle widerstreitenden Ideen und Interessen umfaßte. Denn es ging in diesen sieben Tagen nicht nur um die Einheit Deutschlands. Die eigentlichen Kämpfer, die militärisch auftretende Staatsgewalt und die radikalen Demokraten, fochten gleichzeitig den Machtkampf zwischen Krone und Volksvertretung aus. Durch diese Verknüpfung gewann der Maiaufstand für die Entwicklung Sachsens entscheidende Bedeutung, ist er in der gesamtdeutschen Geschichte der Zeit eine charakteristische Erscheinung.

Je bedeutsamer der Ausgang für die Zukunft war, desto schwerer wiegt die Tatsache, daß die sächsische Staatsmacht nicht mehr genügend Kraft besaß, den Kampf allein siegreich zu bestehen. Sie konnte sich auch in ihrem inneren Geltungsbereich nicht mehr durchsetzen und bedurfte der preußischen Unterstützung.¹⁸ Die organisierte Kraft der alten Mächte warf den Aufstand nieder, und das Ergebnis war doppelseitig. Es führte in den deutschen Angelegenheiten denjenigen Einzelstaaten, die der von der Nationalversammlung getragenen Einheitsbewegung in den Weg traten, einen neuen Bundesgenossen, das Königreich Sachsen, zu. Im Inneren bedeutete es, daß ein Prozeß beendet wurde, der zu einer immer weitergehenden Entmachtung der alten Staatsgewalt geführt hatte und bereits drohte, das eben sich zu politischer Geltung emporringende liberale Bürgertum durch nachdrängende Schichten bei Seite zu schieben. Beides gehört in den Zusammenhang der gesamtdeutschen Geschichte, und wie Sachsens Entwicklung niemals aus diesem Rahmen zu trennen ist, so ist auch der folgende Abschnitt sächsischer Geschichte, der zugleich die letzte Phase seines eigenstaatlichen Daseins war, nicht aus der allgemeinen deutschen Bewegung fortzudenken. Mit der Niederwerfung des Maiaufstandes begann auch für Sachsen die Reaktionszeit.

18. Beust erkannte, daß die preußische Waffenhilfe für das staatliche Ansehen Sachsens nach außen hin schädlich war, und suchte daher stets neue Gründe, warum die sächsische Regierung nicht allein des Aufstandes Herr werden konnte und auswärtiger Hilfe bedurfte. Er glaubte ja, noch sei Sachsen politisch lebensfähig. Oder er wollte daran glauben und daran glauben machen.

Erstes Kapitel.

Das Zusammenwirken der inneren und der äußeren Politik vom Mai 1849 bis zum Juni 1850.

Das neue Ministerium und seine ersten Schritte.

Während des Aufstandes und in den folgenden Tagen war ein neues Ministerium gebildet worden. Mit Beust und Rabenhorst gemeinsam hatte sich der wenige Tage vor Ausbruch des Aufstandes ernannte Justizminister und Vorstand des Gesamtministeriums Doktor Zschinsky der Anerkennung der Reichsverfassung widersetzt. „Unsere ausharrenden Minister haben sich bei uns allen eine unverwelkliche Krone erworben“, schrieb Prinz Johann kurz nach der Niederwerfung des Aufstandes an Friedrich Wilhelm.¹ Der König konnte diesen Männern vertrauen und war nicht den Einflüssen einer Camarilla, deren Ziele sich mehr mit den seinigenden gedeckt hätten als die des Ministeriums, unterworfen. Andererseits übten sie nicht einen so beherrschenden Einfluß auf den Monarchen aus, wie etwa Felix Schwarzenberg auf den jungen Franz Joseph, der diesem allmächtigen Premier alles zu verdanken hatte. Wenn wir auch über das Verhältnis Friedrich Augusts zu seinen Ministern nicht näher unterrichtet sind, können wir doch so viel sagen, daß es sachlicher war und mehr den normalen konstitutionellen Verhältnissen entsprach als es zur gleichen Zeit in den beiden großen Nachbarmächten der Fall war; sicher spielte dabei die Persönlichkeit des Herrschers eine große Rolle. Wenn auch Friedrich August den Einflüssen Anderer zugänglich war, so kam dieser

1. Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm dem Vierten und Wilhelm dem Ersten von Preußen, herausgegeben von Johann Georg, Herzog zu Sachsen. Leipzig 1911. S. 252.

Umstand doch nur den offiziellen Beratern zu Gute, führte aber nicht zu einer Nebenregierung.

Zu diesen drei Ministern trat während der Kampftage der Freiherr Richard von Friesen als Minister des Inneren. Geheimrat Behr übernahm das Finanzministerium und das Kultusministerium wurde interimistisch von Beust verwaltet. Friesen war ein ruhiger, sehr sachlicher Verwaltungsbeamter; bereit neue Gesichtspunkte in die Führung der Geschäfte aufzunehmen, maßvoll und durchaus auf dem Boden des Alten stehend.²

Schroffer in dieser Richtung trat Zschinsky auf. Er war eifersüchtig darauf bedacht, die Macht der Krone zu wahren, und mehr Jurist als Politiker, vertrat er seine Anschauungen der Volksvertretung gegenüber so offen und unbedingt, daß sich ihre Angriffe hauptsächlich gegen ihn richteten. Dazu trug sein Name vor der Öffentlichkeit das Odium der Prozesse gegen die Maiangeklagten.

Den Kriegsminister Rabenhorst hielt Prinz Johann „für einen höchst bedeutenden Menschen und Krieger“. Dieses Urteil wird übertrieben günstig sein. Immerhin verdankte die kleine Armee seinen organisatorischen Arbeiten viel. Ihre Disziplin hatte unter den Einwirkungen der demokratischen Propaganda während des Jahres 1848 stark gelitten; es waren sogar bei der königlichen Leibgarde Gehorsamsverweigerungen vorgefallen. Rabenhorst schuf in langer Arbeit ein kriegstüchtiges Instrument, das sich 1866 voll bewährt hat. Was ihn mit Beust verband, war, daß auch der Kriegsminister eine sehr hohe Meinung von Sachsens Selbständigkeit hatte. Am meisten hielt sich der Finanzminister Behr, eine ängstliche, wohlmeinende Natur, in politischen Fragen zurück. Er vermied es, mit den Kammern in Erörterungen einzutreten, die über die Angelegenheiten seines Ressorts hinausreichend allgemeinere politische Bedeutung hatten. Er erfreute sich deshalb auch der verhältnismäßig größten Beliebtheit in dem Landtag.

2. Erinnerungen aus meinem Leben. Von Richard Freiherrn von Friesen. 3 Bde. Dresden 1880. Erdmannsdörffer nennt Friesens Erinnerungen „eine nicht immer einwandfreie Quelle“. Für den dieser Arbeit ausschließlich zu Grunde gelegten 1. Band läßt sich kaum sagen, daß sie weniger einwandfrei sind als Erinnerungen politisch handelnder Persönlichkeiten überhaupt; in jedem Fall haben sie höheren Quellenwert als die Aufzeichnungen Beusts.

Der bedeutendste Kopf in diesem Ministerium war Beust. Er hat seine Wirksamkeit in seinen Erinnerungen selbst dargestellt, die als Quelle sehr wenig einwandfrei sind; aus all den Selbstbespiegelungen tritt am glaubhaftesten seine große Eitelkeit hervor. Lange Zeit hat er — von Treitschke und Sybel dargestellt — in der Geschichtsschreibung eine üble Rolle gespielt. Treitschke, noch im politischen Kampf gegen den Minister stehend, sah seine Bedeutung darin, „daß seine Staatskunst und die Schwächen seiner Zeit und seines Volksstammes so glücklich und sicher ineinandergriffen wie das Gezähne und Radwerk einer Maschine“.³ Auch Erdmannsdörffer, der bisher das beste historisch über Beust gesagt hat, betont die Aehnlichkeiten seines Charakters mit den Eigenschaften des sächsischen Volksstammes. In der Tat lag wohl darin Beusts Eigentümlichkeit, daß er, nicht hinausweisend über seine Zeit, im politischen Kampfe die alten staatlichen Traditionen seiner sächsischen Heimat verkörperte und vertrat. Seine Arbeit galt einer Macht der Vergangenheit, dem selbständigen Staate Sachsen. Je weiter hinaus über Gewalten dieser Art Heinrich von Treitschkes politischer Wille strebte, desto schroffer mußte er den sächsischen Minister bekämpfen. Die Tatsache allein, daß Beust eine alte Tradition in seinen Tagen verteidigte, würde ihm unter unzähligen Politikern der deutschen Geschichte noch keine besondere Stellung einräumen. Nicht was er tat, sondern wie er handelte, das sicherte dem sächsischen Minister historische Geltung. Je größer die Kunst und die Energie waren, mit denen er seinen Zielen diente, desto vernichtender mußte ihn das moralische Urteil Treitschkes treffen. Vielleicht hat Treitschke nie mit größerem politischen Haß ein Urteil gesprochen als über Beust. Und auf ihn folgte Heinrich von Sybel, der in eigentlich historischer Arbeit, weniger temperamentvoll, aber mit größerem wissenschaftlichen Nachdruck schilderte, wie Beust kunstvoll und zähe das zu verhindern trachtete, was jedem politisch Vorwärtstrebenden der Zeit das höchste Gut war, die staatliche Einheit der Nation. So ist er in die Geschichte ein-

3. Heinrich von Treitschke, Die Zustände des Königreichs Sachsen unter dem Beustschen Regiment. Aus Sachsen. 20. März 1862. Historische und politische Aufsätze. Bd. IV. 2. Aufl. Leipzig 1920. Erdmannsdörffer, Allgemeine deutsche Biographie. Bd. 46. Nachträge bis 1899. 1902.

gegangen als der Mann, der mit Aufbietung aller Kräfte einen Zustand zu erhalten suchte, den das deutsche Volk in seiner Mehrheit verdammt und den überwunden zu haben, sich die folgende Generation glücklich pries, gebrandmarkt von dem vernichtenden Urteil des großen Herolds dieses siegreichen Neuen. Mit politischen Maßstäben betrachtet werden diese Urteile je nach der Parteinahme bewertet, angenommen oder verworfen werden; man bleibt damit auf der Ebene, auf der Treitschkes Spruch gefällt wurde. In dieser Weise Beust und seine Geschichte zu beurteilen, kann nicht unsere Aufgabe sein. Vielmehr kommt es hier darauf an, die Gründe kennen zu lernen, von denen sein Handeln bestimmt wurde.

Es würde schwer fallen, nach der Art der geistesgeschichtlichen Betrachtungen, ein politisches System Beusts festzustellen. Er war vor allem Diplomat und er verleugnete weder als Innenminister noch als Vorstand des Kultusministeriums die Eigenschaften dieses seines eigentlichen Berufes. Er betrachtete die Dinge unter außenpolitischen Gesichtspunkten und entnahm ihnen auch die Maßstäbe für sein Handeln im Inneren. So hätte er schließlich mit jeder Staatsform auskommen können, die der auswärtigen Politik freies Spiel ließ. Da die möglichst uneingeschränkte Monarchie die größte Gewähr dafür bot, galt ihr sein Dienst. Seine Geburt hatte ihn in monarchistische Anschauungen hineingestellt, und es lag ihm nicht über den theoretischen Wert dieser Staatsform Reflexionen anzustellen. In dieser unproblematischen Haltung grübelte er nicht über einem monarchisch-konservativen System und entlieh sich auch keines; dazu war er zu wenig nachdenklich und zu wenig doktrinär. Die Monarchie war ihm eine Staatsform, deren eigentliches Wesen sich nach außen hin darstellt. Ihre innerpolitischen Gegner, die Kämpfe im Inneren des Staates hat er stets erst in zweiter Reihe beachtet. „Die Monarchie verträgt die weitgehendsten Einschränkungen nach innen, nicht aber verträgt sie deren nach außen, ohne in ihrem innersten Wesen zu leiden.“⁴ So war er monarchisch, aber nicht altständisch. Wenn er später dazu kam, die Stellung der Feudalen zu heben, so deshalb, weil sie ihm im Inneren die feste Stütze boten für das, was

4. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. I. S. 59.

er in seiner auswärtigen Politik anstrebte, und weil er dem von der gesamtdeutschen Strömung begünstigten Wiedererstarken ihrer Ideologie und ihrer tatsächlichen Macht nichts entgegenzustellen wußte und wagte. Nichts hatte er gemeinsam mit den Männern der preußischen Camarilla, viel mit Manteuffel. Er war begabter als der preußische Premier, aber er stand ihm nach an sachlichem Ernst. Seine Stärke beruhte in der feinen Witterung für politische Mächte und Realitäten, in der Klugheit, mit der er Machtgegensätze überschaute und Stellung nahm. Er meisterte das Spiel der Diplomatie wie keiner unter den leitenden deutschen Staatsmännern der fünfziger Jahre. An den engen Grenzen, die seiner Wirksamkeit gezogen waren, stieß sich sein lebhafter Geist und sein großer Ehrgeiz. So sann er stets auf neue Entwürfe, wurde fast zum politischen Projektmacher und suchte durch Lebhaftigkeit zu ersetzen, was seiner Tätigkeit an tatsächlicher Geltung fehlte. In all dieser Vielgeschäftigkeit hielt er ein Ziel zäh und unverrückbar fest, und das war die Selbständigkeit Sachsens; ein negatives Ziel. Die Verteidigung des bloßen Daseins in bescheidener Stellung war einem Staatswesen als letztes politisches Leitmotiv übrig geblieben, das zu Beginn der neueren deutschen Geschichte führend dagestanden hatte unter den Territorien Mittel- und Norddeutschlands. Als einer unter vielen Kleinstaaten trat Sachsen in das letzte Dezennium seines staatlichen Eigen-Daseins, eingeklemt zwischen den beiden Großmächten, aber in seinen leitenden Männern immer noch von einem starken Staatsgefühl erfüllt. Beust wußte wohl, daß von einer eigenen Nebenbuhlerschaft Sachsens mit Preußen in Norddeutschland nicht mehr die Rede sein konnte, darum suchte er sich der gefährlichen Großmacht im Bunde mit Oesterreich zu erwehren; aber auch gegenüber der Donaumonarchie war er, soweit die Verhältnisse es zuließen, auf die Autonomie Sachsens bedacht. Indem er dieses Ziel verfolgte, zog er alle Konsequenzen; sie führten seinen Staat auf das Schlachtfeld von Königgrätz, als den einzigen deutschen Mittelstaat, der im Entscheidungskampf der beiden Großmächte mitschlug. Große schöpferische Gedanken konnten sich an dieser rein defensiven Zielsetzung und in solcher Situation nicht mehr entzünden, und Beust hat sie nicht gehabt. So war er Alles in Allem kein großer Staatsmann, aber ein Meister seines Handwerks.

Die Initiative für diejenigen Maßregeln, die nach dem Aufstand zu ergreifen waren, kam den Ministerien des Inneren und der Justiz zu. Friesen hat über seine und Zschinsky's Ansichten in seinen Erinnerungen geäußert, es sei ihr Bemühen gewesen, von den Maßregeln der Regierung auch den Schein fernzuhalten, „daß die Absicht auf eine Wiederherstellung früherer, aber gesetzlich aufgehobener Verhältnisse, überhaupt auf eine Ausnutzung der Lage zu Gunsten einzelner, früher bevorzugter Klassen, gerichtet“ sei.⁵ Auch Beust hat in seinen Memoiren sich und seine Ministerkollegen von dem Vorwurf einer „gehässigen und verfolgungssüchtigen Reaktion“ zu befreien gesucht.⁶ Nur die Betrachtung der Einzel Tatsachen wird ein Urteil über die Glaubwürdigkeit dieser Aussagen der Hauptbeteiligten erlauben.

Zunächst wurde über Dresden und Umgebung der Belagerungszustand verhängt, die republikanischen Vereine am 14. Juli und die Vaterlandsvereine am 21. August verboten — rein polizeiliche Anordnungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Politisch bedeutsamer waren die zahllosen Untersuchungen, die gegen die Mai-Angeklagten durchgeführt wurden. Diese Prozesse erregten mehr durch ihre Massenhaftigkeit als durch die Schwere der in ihnen gefällten Urteile böses Blut; es wurde kein einziges Todesurteil vollzogen.

Der Landtag von 1849/50.

Wenn auch die Erfahrungen, die man mit den auf Grund der provisorischen Wahlgesetze gewählten Kammern gemacht hatte, sehr ungünstig waren, so war das Ministerium doch durch den Aufruf „An das sächsische Volk“ vom 30. April 1849 dazu gezwungen, wieder nach diesem Wahlgesetz wählen zu lassen. Denn in diesem Aufruf waren dem Zusammentritt auch des nächsten Landtages die provisorischen Gesetze zu Grunde gelegt, und die Zusicherung war durch die Unterschriften des Königs, Beusts und Rabenhorsts bekräftigt. So war die Regierung also gezwungen, bei den Novembargesetzen zu verharren; aber schon zu diesem Zeitpunkt wurde im Ministerium diejenige Auffassung von dem

5. Friesen, Erinnerungen. 1. S. 205.

6. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. 1. S. 76 ff.

Charakter der provisorischen Wahlgesetze vorgetragen, die im Juni des folgenden Jahres zu der Reaktivierung der alten Stände führen sollte und deren Betrachtung bis zu der Darstellung dieser Ereignisse verschoben werden soll.⁷ Jetzt wurden noch einmal nach dem revolutionären Gesetz Wahlen angeordnet. Skeptisch berichtete Graf Canitz seiner Regierung, die Mai-Ereignisse hätten in den Schichten der Bevölkerung, die durch die Massen bei den Wahlen den Ausschlag gäben, keine Aufklärung hervorgebracht, und es würde daher nur nochmals bewiesen werden, daß das bestehende Wahlgesetz unhaltbar sei.⁸ Zwei Monate später schildert er die Lage ebenso. Das Ministerium sei gut, aber völlig machtlos, und diese Kraftlosigkeit der Regierung führe ihren Gegnern immer neue Kräfte zu. Die einzige Hilfe könne eine Verfassungsänderung bringen, die die sächsische Regierung aber nicht aus eigenen Kräften vollziehen könne, sondern von einer starken deutschen Zentralgewalt erwarte. Aus diesem Grunde schwinde die alte Abneigung gegen Preußen und man begrüße das Dreikönigsbündnis.⁹

Am 26. November traten die neuen Kammern zusammen.¹⁰ Im ganzen waren sie doch viel gemäßigter als die vorigen. Die Führer der radikalen Richtung waren guten Teils aus ihnen ausgeschieden, da sie wegen der Beteiligung an dem Aufstand ihre Wählbarkeit verloren hatten, in Untersuchungshaft saßen, oder ins Ausland geflohen waren. Nach den nötigen Nachwahlen hatten die Demokraten in beiden Kammern eine geringe Mehrheit. Ihr Auftreten in den Diskussionen war vorsichtiger geworden. Die Liberalen hatten in Professor Karl Biedermann, der aus der Frankfurter Nationalversammlung zurückgekehrt war und in die zweite Kammer ge-

7. Friesen, Erinnerungen. 1. S. 217 und Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. 1. S. 110.

8. Bericht von Canitz vom 18. Juli 1849. Pr.Geh.St.A.

9. Bericht von Canitz vom 5. September. Pr.Geh.St.A.

10. Flathe, Geschichte von Sachsen. 3. S. 652 meint, die Regierung habe den Zusammentritt der Kammern so lange hinausgeschoben, um in ihrer deutschen Politik freie Hand zu haben. Es scheint immerhin zweifelhaft, ob Flathes Mißtrauen hier nicht übersehen hat, daß bei der Verzögerung die Schwierigkeiten, die durch Neu- und Nachwahlen entstanden, ein sehr wesentlicher Faktor gewesen sind.

wählt wurde, einen namhaften Wortführer. Sein Partner im Kampf gegen die Regierung um die Gestaltung der deutschen Verhältnisse war in der ersten Kammer Herr von Carlowitz. In jeder Kammer saßen etwa vier bis fünf konservative Abgeordnete.

Festgefügte Parteien, die unter straffer Führung nach einem bestimmten, alle Gebiete des staatlichen Lebens umfassenden Programm handelten, gab es nicht. Man stimmte nach eigenem Gutdünken ab; politische Freunde und Gesinnungsgenossen trennten sich bei gewissen Fragen, um in anderen sich wieder in gemeinsamer Abstimmung zu vereinigen. Im vorhergehenden Jahr hatte es geschehen können, daß die gleiche Person zwei verschiedenen Vereinen angehörte und erst anläßlich einer entscheidenden Fragestellung die eine oder die andere Richtung endgültig wählte. Die Verhandlungen wurden sehr glatt und höflich geführt; die wüsten Zeiten des „Unverstandslandtages“ waren vorbei. In der Debatte hielt der Präsident darauf, daß in regelmäßiger Abwechslung Ansicht und Gegenansicht vorgetragen wurde. Auf diese Weise kam die Diskussion zu Stande, die den Gegner mit sachlichen Gründen überzeugen will und, da es keine Partei im heutigen Sinne und erst recht keine Parteidisziplin gab, auch tatsächlich mit Verstandesargumenten zu der eigenen Ansicht bekehrt.¹¹ Diese Debatten zeigen einen gründlichen Ernst, und durch die Tendenz des Ueberzeugen-Wollens erhalten sie eine Frische und Lebendigkeit, die frei ist von der Langweiligkeit eines vorausgewußten Hersagens allgemein bekannter Lehrmeinungen. Die Willkür in der Abstimmung des Einzelnen läßt das Resultat von vornherein als ungewiß erscheinen und steigert so die Spannung des parlamentarischen Kampfes.¹² Das Entscheidende dabei war das Fehlen der Parteidisziplin.¹² Dieses anziehende Bild parlamentarischen

11. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 2. Aufl. München und Leipzig 1926 über die Bedeutung der Diskussion im parlamentarischen System. S. 22 ff. — Heinrich Triepel, Die Staatsverfassung und die politischen Parteien. Rede bei der Feier der Erinnerung an den Stifter der Berliner Universität König Friedrich Wilhelm den Dritten in der alten Aula am 3. August 1927. Berlin 1927 über das Wesen der Parteidisziplin. S. 9 ff.

12. Louis Berger, Der alte Harkort, ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. 5. Aufl. Leipzig 1926. S. 304 ff. berichtet über einen interessanten Versuch

Lebens änderte sich, als mit den reaktivierten Ständen eine bestimmte Gruppe wiederauftrat, die durch den Zwang ihrer materiellen Interessen zu einer fest umrissenen Gesamthaltung zusammengefaßt wurde.

Auf dem Landtag von 1849/50 war die deutsche Frage maßgeblich für die Gruppierung, wie sie überhaupt dieser Session ihren Stempel aufdrückte. Carlowitz nannte Leopold von Gerlach Anfang Dezember 1849 drei Parteien im Landtag, die für die Regelung der deutschen Verhältnisse verschiedene Absichten verfolgten; eine kleine, altadlige Hofpartei, die gegen die preußische Politik gerichtet sei, einen zahlreichen Mittelstand, der für Preußen stimme, und eine bedeutende radikale Partei, die sich wiederum gegen die preußischen Absichten wende.¹³

Die Regierung selbst gab als die wichtigsten Fragen, die mit dem neuen Landtag zu verhandeln wären, die Feststellung eines definitiven Wahlgesetzes und die Beratung des Budgets an.¹⁴ In Wahrheit sollte die deutsche Frage für den Verlauf der Session nach außen sichtbarer in die Erscheinung treten. Ihr ideeller Inhalt verwischte wirtschaftlich bedingte Klassengegensätze und verhüllte den Machtkampf, der in der inneren Politik ausgetragen wurde. Die wichtigsten Punkte, um die die Regierung mit den Kammern rang, werden voneinander getrennt behandelt werden müssen, damit ihre Bedeutung für den endlichen Ausgang abgewogen werden kann.

Der Mai-Aufstand war den Konservativen in Deutschland als ein prinzipieller Zusammenstoß zwischen den Mächten der Ordnung und Beharrung und der im Jahre 48 zur Herrschaft gekommenen Anarchie erschienen. Sie hatten in ihm den Ausbruch der revolutionären Kräfte Europas gesehen und seine Niederwerfung als den Sieg des konservativen Prinzips begrüßt. In Erscheinungen wie der Beteiligung des Russen Bakunin fand man die

der Errichtung einer festen Parteidisziplin in der preußischen Nationalversammlung in dem von dem Abgeordneten Ostermann entworfenen Programm des Verbandes „für die unabhängigen Mitglieder der preußischen Nationalversammlung“.

13. Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs. Nach seinen Aufzeichnungen herausg. von seiner Tochter. Bd. 1. Berlin. 1891. S. 389.

14. Friesen, Erinnerungen. 1. S. 222.

Begründung für diese Auffassung vom symptomatischen, allgemeineren Bedeutung heischenden Charakter des Aufstandes. Es hatte nicht an Mahnungen an das Ministerium gefehlt, den Sieg zu einer geschlossenen Gegenaktion aller konservativen Kräfte auszunutzen.¹⁵ In der benachbarten Habsburgermonarchie hatte man ein Beispiel für das schonungslose Durchgreifen einer energischen Regierung vor Augen. Aber bisher war in Sachsen nichts dergleichen geschehen, als daß einige Maßnahmen, die den Charakter von Verordnungen der Ordnungspolizei trugen, ergriffen waren; wollte die Regierung jetzt dadurch, daß sie abermals nach den provisorischen Gesetzen hatte wählen lassen, den Staat gemeinsam mit dieser revolutionären Ursprung verratenden Volksvertretung führen?

Der Kampf um den Staatshaushalt.

Der vorhergehende Landtag hatte die Steuern nur bis zum 30. April bewilligt; da bei Ablauf dieses Termins kein Landtag versammelt war, der die Frist hätte verlängern können, hatte das Ministerium unter Berufung auf § 103 der Verfassungsurkunde die teilweise Forterhebung angeordnet. Für ein solches Vorgehen schrieb § 103 aber vor, daß das Budget den Kammern rechtzeitig vorgelegt werden müsse. Da das nicht der Fall gewesen war, mußte das Ministerium die jetzigen Kammern um Indemnisation bitten. Der Finanzausschuß der zweiten Kammer verwies die Angelegenheit an den Verfassungsausschuß und gab dadurch dem ganzen Verfahren einen politischen Anstrich, denn es wurde nun über die Verfassungsmäßigkeit des Vorganges beraten.¹⁶ Der Ausschuß erklärte zwar die Handlungsweise des Ministeriums für verfassungswidrig, riet aber seiner Kammer trotzdem zur Indemnisierung, weil die Maßregel sachlich begründet sei. In der Debatte wurde aber der Versuch gemacht, mit der Verweigerung der Indemnisierung einen Druck auf die Regierung auszuüben. Behr gab die Verfassungswidrigkeit zu, fand aber mit seinem Hinweis auf die sachliche Notwendigkeit der Forterhebung die Zustimmung der Liberalen. Biedermann wandte sich gegen den doktrinären

15. Berichte von Canitz vom November und Dezember 1849. Pr.Geh.St.A.

16. L. M. 2. K. 1. S. 218. 1849/50.

Einwand, den die Demokraten erhoben, daß es keinen höheren Grundsatz gäbe als das Recht, und die Majorität schloß sich ihm an und indemnierte die Regierung.¹⁷ Die erste Kammer folgte der zweiten.¹⁸ Ebenso erteilten die Kammern dem Ministerium die Indemnisierung wegen der Verordnung vom 14. Juli, in der es die Vorauserhebung der erst am 1. und 15. November fälligen drei Termine der Grund-, Gewerbe- und Personalsteuern bereits für den 1. August und 15. September ausgesprochen hatte.¹⁹

Auch die Erhöhung der Grund-, Gewerbe- und Einkommensteuern, die das Ministerium mit den erhöhten Staatsbedürfnissen motiviert hatte, nahmen beide Kammern nach längeren Debatten an.²⁰ Dabei hatten die Radikalen die Staatsausgaben durch die Herabsetzung der Apanagen, Aufhebung des Ministeriums des Kultus, Verminderung der Gesandtschaften und Herabsetzung der Gehälter für höhere Beamte und Offiziere vermindern wollen, waren aber mit diesen Vorschlägen nicht durchgedrungen. Mit Erfolg bekämpften sie jedoch das Prinzip der Konsumtionssteuern.²¹ Im ganzen waren jedenfalls die Steuererhebungen bis zum 30. April 1850 gesichert.

Man war aber mit diesen Beratungen schon weit in das Jahr 1850 hineingekommen, und es stand zu erwarten, daß das ordentliche Budget bis zum 30. April nicht in den Kammern fertig beraten sein würde. Daher verlangte die Regierung vom Landtag die Zustimmung dazu, das Steuerprovisorium vom 30. April bis zum 31. Dezember zu verlängern. In dem Dekret der Regierung war unausgesprochen der Vorwurf enthalten, daß die Kammern die Budgetberatung verschleppten; der prüfende Ausschuß der zweiten Kammer, in der am 21. März das Verlangen der Regierung besprochen wurde, fühlte sich denn auch zu einer Verteidigung der Volksvertretung gedrängt. Er erklärte, eine Budgetberatung nehme eben viel Zeit in Anspruch, erkannte im übrigen die Berechtigung des neuen Ansuchens der Regierung an und riet zur Genehmigung — allerdings nicht bis Ende Dezember, sondern nur bis Ende Sep-

17. L. M. 2. K. S. 707—741. 1849/50.

18. L. M. 1. K. S. 1023. 1849/50.

19. L. M. 2. K. S. 763. 1849/50.

20. L. M. 2. K. S. 186 ff. 1849/50.

21. L. M. 1. K. S. 460 und L. M. 2. K. S. 363. 1849/50.

tember. Zugleich betonte er aber, daß die Verlängerung des Provisoriums keineswegs als ein dem Ministerium dargebrachtes Vertrauensvotum zu betrachten sei. Der Ausschuß trennte also scharf das sachlich-finanzielle Moment der Vorlage von einer etwa hineingelegten, allgemeineren, politischen Bedeutung. In denselben Gedankengängen bewegte sich die Debatte in der zweiten Kammer. Wenn von Verschleppung nötiger Arbeiten gesprochen werde, so sei ein solcher Vorwurf dem Ministerium zu machen, denn es verzögere alle versprochenen Gesetzesvorlagen; so die über das Wahlgesetz, das Vereinsrecht, die Behördenorganisation. Es sei daher zwar ein Bruch vorauszusehen, die Kammern sollten ihn aber nicht in der Steuerfrage herbeiführen. Wieder riet Biedermann zu einem Mittelweg. Der Finanzminister suchte die Kammern zu beschwichtigen; es läge dem Ministerium fern, sich nur das Provisorium bewilligen zu lassen und dann die Kammern aufzulösen. Er bedauere, daß immer von einem Bruch zwischen dem Landtag und der Regierung gesprochen werde. Als Friesen sein Departement gegen den Vorwurf der Verschleppung wichtiger Vorlagen verteidigte, wurde ihm geantwortet, die Anschuldigung träfe ihn am wenigsten, vielmehr Zschinsky und Beust. Schließlich nahm die zweite Kammer die Regierungsvorlage an, verkürzte aber — gemäß dem Vorschlag des Ausschusses — die Dauer des Provisoriums und lehnte die Erhebung der außerordentlichen Grund-, Gewerbe- und Personalsteuer, die die Regierung gewünscht hatte, ab, wozu Biedermann geraten hatte.²²

In der ersten Kammer sollte es zu noch viel schärferen Zusammenstößen mit den Ministern kommen, die sich fast alle zur Sitzung eingefunden hatten (17. April 1850).²³ Das Ausschußgutachten riet zwar zur Bewilligung des geforderten Provisoriums bis Ende August und auch der von der zweiten Kammer verworfenen außerordentlichen Steuern. Der Ausschuß war aber in sich uneinig, und zu dem eben genannten Gutachten wurden noch zwei Minoritätsberichte abgegeben. Wollte die Majorität des Ausschusses der Regierung weiter entgegenkommen als es die zweite Kammer getan hatte, so nahm die Minorität einen viel ablehnenderen Standpunkt ein.

22. L. M. 2. K. S. 1081 ff. 1849/50.

23. L. M. 1. K. S. 1047. 1849/50.

Das erste Minoritätsgutachten — von Watzdorf — ging von dem auch in der zweiten Kammer ausgesprochenen Gedanken aus, daß mit der Bewilligung des Steuerprovisoriums ein Vertrauensvotum für das Ministerium ausgesprochen werde. Das verdienten die Minister ganz und gar nicht. Zum Beweis dessen wurde ihnen im folgenden ein förmliches Sündenregister verlesen. Watzdorf warf dem Ministerium die Ablehnung der Frankfurter Reichsverfassung, wodurch es die Verantwortung für den Mai-Aufstand auf sich geladen hätte, vor. Die Minister hätten die Mai-Angeklagten nicht vor Schwurgerichte gestellt, sie hätten zahllose öffentliche Aemter suspendiert. Die auswärtige Politik erfuhr ebenso heftigen Tadel wie die Vermehrung der Armee. Auf die Wünsche der Kammern werde nicht die geringste Rücksicht genommen. „Wir haben kein parlamentarisches, wir haben ein bürokratisches Ministerium.“ Der Bericht schließt mit der Aufforderung, das provisorische Finanzgesetz abzulehnen. Die hier von dem Demokraten Watzdorf ausgesprochene Ansicht entsprach der Meinung seiner Gesinnungsfreunde in beiden Kammern. Unter einem bürokratischen Ministerium verstanden sie ein mehr oder weniger absolutistisches. Das zweite Minoritätsgutachten war weniger prinzipiell gehalten. Es erklärte, die Regierungsvorlage könne erst nach genauer Prüfung des Bedarfs bewilligt werden. Die gesamte innere Lage faßte es in dem Ausspruch zusammen, „der Regierungszustand Sachsens ist ein Zustand weitverzweigter Gesetzeswidrigkeiten“. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung warf es dem Ministerium „sterile Armut“ vor. Dieser Bericht gipfelte in dem Antrag, die Bewilligung des Steuerprovisoriums zu beanstanden, bis über das ordentliche Budget Beschluß gefaßt sei. Dieser Antrag kam nun ebenfalls einer Ablehnung beinahe gleich, denn es war ja der Sinn der provisorischen Steuererhebung, den Staatshaushalt sicher zu stellen, bis das Budget fertig gestellt war.

Die Minister verfolgten in ihren Antworten eine verschiedene Taktik. Beust beschränkte sich darauf, die Kammern zu warnen. „Diese Gutachten bezeichnen einen Standpunkt, welcher eine Verhandlung mit der Regierung überhaupt unmöglich macht.“ Zschinsky aber ging weiter und deckte den vollen Gegensatz auf. Er führte aus, daß Kammern und Regierung gleichberechtigt seien, und die Minister nicht unbedingt vor der Kammermajorität zurück-

zutreten hätten. Darin waren die Aeußerungen beider Minister gleich, daß zweimal der Kammer eindringlich gesagt wurde, sie würde weichen und nicht das Ministerium, wenn es zum Konflikt käme. Diese Drohung wurde denn auch verstanden. Es wurde den Abgeordneten klar, daß sie der Regierung keinen besseren Vorwand zur Kammerauflösung liefern konnten als die Steuerverweigerung. Waren die Liberalen und Konservativen von vornherein nicht zur Ablehnung der Vorlage geneigt, so gab diese Erwägung auch bei den Demokraten den Ausschlag. In der Endabstimmung wurde der Gesetzentwurf — gemäß dem Antrag der Ausschlußmehrheit — angenommen gegen nur drei Stimmen.²⁴ Daraufhin nahm am 24. April die zweite Kammer auch die Erhebung der außerordentlichen Grund-, Gewerbe- und Personalsteuer an.²⁵

Damit war die Ordnung im Staatshaushalt bis zum 31. August des laufenden Jahres verbürgt, und in der Zwischenzeit konnte das ordentliche Budget beraten werden. Allerdings gelangte erst am 5. April als erste Position des Budgets der Etat des Ministeriums des Inneren zur Beratung vor die zweite Kammer. Am 29. April folgte der Etat des Gesamtministeriums. Beide wurden genehmigt. Vom Dezember bis Ende April hatten also die vorbereitenden Finanzausschüsse die Prüfung bearbeitet; sie entschuldigten die Länge der Zeit mit den Schwierigkeiten der Arbeit.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß allerdings die Budgetberatung sehr langsam von statten ging, daß aber andererseits die überwiegende Mehrheit in beiden Kammern durch Bewilligung der Provisorien die Uebelstände, die sich aus dieser Verzögerung ergeben konnten, zu vermeiden gewillt waren. Auch läßt sich aus der Budgetbewilligung der beiden vorgelegten Etats schließen, daß die Kammermehrheiten der Verabschiedung des gesamten Budgets nicht entscheidende Hindernisse in den Weg gelegt hätten. Aus welchen Gründen die einzelnen Gruppen in den Kammern zu dieser Haltung gelangten, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Entscheidend ist, daß die Kammern nicht Steuern verweigerten.

24. L. M. 1. K. S. 1047. 1849/50.

25. L. M. 2. K. S. 1502 ff. 1849/50.

Was hatte nun aber zu der Entladung der Mißstimmung gegen die Regierung geführt? Welche Gründe berechtigten dazu, von einem demnächst zu erwartenden Bruch zu sprechen? Welche Differenzen fanden in den Debatten über die Finanzgesetze ihren Ausdruck?

Wir sind mit der Darstellung der Budgetfrage fast bis zum Ende der Landtagssession gelangt, und müssen nun die anderen Hauptgegenstände betrachten, die zwischen dem Ministerium und den Kammern verhandelt wurden.

Grundrechte und Belagerungszustand.

Die Publikation der Grundrechte des deutschen Volkes stellte einen tiefen Eingriff in die Gesetzgebung der Einzelstaaten dar.²⁶ Ihre Bestimmungen mußten in die sächsischen Gesetze hineingearbeitet, diese teilweise ganz umgestaltet werden. Dazu kam, daß die Bewegung des Jahres 48 den Anstoß zu einer Reform der Strafprozeßordnung gegeben hatte, die im engsten Zusammenhang mit der von der Regierung versprochenen Neuordnung der Gerichtsbehörden stand. Diese wiederum bedingte es, daß auch die Verwaltungsbehörden neu organisiert werden mußten, worüber in einem anderen Zusammenhang zu handeln sein wird. 1848 hatte die Regierung Zusage über Zusage gegeben, jetzt verlangte der Landtag die Erfüllung dieser Versprechen, und die Ministerien waren mit der Ausarbeitung der Gesetzesvorlagen beschäftigt. Mit dem Beginn der Session setzten auch die Interpellationen ein, in denen die Regierung gefragt wurde, wann sie die verschiedenen Gesetze den Kammern zur Begutachtung vorlegen würde. Eine besondere Rolle spielte die Aufhebung der Todesstrafe, die § 9 der Grundrechte bestimmte. Die Frage, wann die Aufhebung der Todesstrafe in Sachsen durch Erlaß eines Gesetzes rechtswirksam

26. vergl. Erich Zantopf, Die Entwicklung der Grundrechte in den Verfassungsurkunden der deutschen Einzelstaaten seit 1848 im Zusammenhang mit den „Grundrechten des deutschen Volkes“ vom Jahre 1848. Greifswalder Dissertation 1913. Zantopf behandelt nur die kleinsten deutschen Staaten und übergeht den politischen Inhalt des Verfahrens; aber seine Arbeit gibt eine genaue Materialzusammenstellung für die behandelten Staaten.

werden würde, hatte eine gewisse Augenblicksbedeutung, weil von der Todesstrafe viele Mai-Angekelagte bedroht waren.

Darüber hinaus aber waren die Grundrechte Gegenstand prinzipieller Meinungsverschiedenheiten. Sie waren das Vermächtnis der Paulskirche an die Einzelstaaten, und wie die Regierung sich mit ihnen abfinden würde, das war der Prüfstein für ihre Gesinnung, einmal gegenüber der demokratischen Gedankenwelt dieser Grundrechte, und gleichzeitig für ihre Auffassung von dem Verhältnis Sachsens zur deutschen Nationalversammlung.

Die Regierung stellte die Grundrechte den sächsischen Landesgesetzen gleich und versprach dementsprechend nur, sie nach Zweckmäßigkeitserwägungen in die sächsische Gesetzgebung hineinzuarbeiten.²⁷ In Beantwortung der Interpellationen über die Aufhebung der Todesstrafe verwies Zschinsky auf das neue Kriminalgesetz, das dem Landtag zur Begutachtung vorgelegt werden werde. Die Kammermehrheiten dagegen wollten von den Errungenschaften der Frankfurter nichts fallen lassen und erklärten die Grundrechte für unantastbar. Die Demokraten sahen die Grundrechte als die Grundlage einer jeden Einzelverfassung an, die nicht nach irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen verändert werden dürfe. Sie gaben sich daher mit den Ausführungen Zschinskys keineswegs zufrieden und fanden in beiden Kammern eine Mehrheit. Die erste Kammer nahm einen von dem Abgeordneten Joseph ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Aufhebung der Todesstrafe mit geringen Aenderungen an und beantragte, die Staatsregierung möge ihn ebenfalls annehmen.²⁸ Als Zschinsky in der zweiten Kammer den Standpunkt der Regierung in voller Schärfe formulierte, überwies die Kammer die Erklärung des Ministers ihrem Verfassungsausschuß zur Begutachtung, ob darin nicht eine Gesetzesverletzung liege und ob daher nicht gegen den Justizminister Anklage erhoben werden solle.²⁹

27. Zschinsky in der zweiten Kammer am 30. April: Die Regierung wird, wie ich hiermit erkläre, die Bestimmungen der Grundrechte, welche sie für heilsam und dem Vaterlande zuträglich erachtet, gern und willig mit ausführen helfen, sie wird dies aber nicht tun können, soweit sie die eine oder andere Bestimmung in den Grundrechten für schädlich oder verderblich erachtet.

28. L. M. 1. K. S. 698. 1849/50.

29. L. M. 2. K. S. 1640 ff. 1849/50.

Die politische Bedeutung dieser Ereignisse liegt darin, daß sich die beiden Hauptgruppen der Opposition in der Verteidigung dessen zusammengefunden hatten, was die der einzelstaatlichen Regierung übergeordnete Zentralgewalt in Gesetzesform verordnet hatte. Die Regierung dagegen machte sich frei von dieser Unterordnung, indem sie sich für nicht gebunden erklärte und es ihrem freien Ermessen vorbehielt, ob und wieweit die Grundrechte in Sachsen Rechtskraft erhalten würden. Die Kammern griffen in diesem Kampf zu dem äußersten Mittel, als sie mit der Klage drohten.

Sie waren schon gereizt durch die Ablehnung, die der in der zweiten Kammer am 4. Dezember gestellte Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes für Dresden und Umgebung seitens des Ministeriums erfahren hatte. Damals hatte Friesen erklärt, daß der Belagerungszustand sich lediglich in der Beschränkung des Vereinswesens äußere und daher erst nach der Publikation der neuen Vereinsgesetze aufgehoben werden könne. Nichts lag näher, als daß dem Minister nun vorgeworfen wurde, er verzögere absichtlich die Vorlage des Gesetzentwurfes, um den der Regierung genehmen Kriegsstand möglichst lange aufrecht erhalten zu können. Die Kammer hielt ihren Antrag aufrecht und die erste trat ihrem Beschluß gegen nur vier Stimmen bei.³⁰

Amnestie oder Begnadigung.

Zu diesen beiden strittigen Punkten, die noch aus den Ereignissen herrührten, welche mit der Frankfurter Reichsverfassung, ihrer Ablehnung und den sich daraus ergebenden Folgen zusammenhingen, kam noch ein Drittes. Auch hier wieder zeigte es sich, daß in allem, was mit der Reichsverfassung in Verbindung stand, die geschlossene Kammeropposition von Liberalen und Demokraten dem Ministerium gegenüberstand.

Bereits am 17. und 20. Dezember 1849 hatten beide Kammern Anträge zu den ihren gemacht, welche eine Amnestie für die Mai-Angeklagten forderten.³¹ Gleichmäßig war in der Begründung dieser Forderungen ausgesprochen, daß nur die Ablehnung der

30. L. M. 2. K. S. 83 ff. und L. M. 1. K. S. 390 ff. 1849/50.

31. L. M. 1. K. S. 110 ff. und L. M. 2. K. S. 161 ff. 1849/50.

Reichsverfassung den Aufstand herbeigeführt hätte, und in der ersten Kammer hatte der linksstehende Abgeordnete Joseph diese Gelegenheit dazu benutzt, gegen die Regierung schwere Vorwürfe wegen ihrer deutschen Politik zu erheben. Nun hatte das Justizministerium drei Kategorien von Straftaten für die Verurteilung der Angeklagten aufgestellt und vor der Abfassung der Straferkenntnis jedesmaligen Vortrag im Ministerium angeordnet.³² Von Fall zu Fall behielt sich der Justizminister vor, dem König die Angelegenheit zur Begnadigung vorzutragen. Der Unterschied zwischen der von dem Landtag gewünschten Amnestie und dem von der Regierung eingeschlagenen Begnadigungsverfahren bestand demnach darin, daß die Kammern jeden Angeklagten — und zwar vor Einleitung des zeitraubenden Untersuchungsverfahrens — frei lassen wollten, während das Ministerium erst nach beendigter Untersuchung, denn diese wies ja den Fall in eine der drei Kategorien, und dann auch nur teilweise Straffreiheit oder Straferleichterung eintreten lassen wollte. Hinter diesem rechtlichen Unterschied verbarg sich aber der politische Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung in der Auffassung von der Reichsverfassung. Sie wurde ja von den Demokraten als allein zu Recht bestehend angesehen, und es war daher nur konsequent, wenn sie es nicht als Verbrechen betrachteten, für ihre Anerkennung die Waffen ergriffen zu haben. Deshalb führten sie auch den Angriff gegen die Regierung in der Amnestiefrage; von den Liberalen wurden sie dabei mehr aus allgemein freisinnigen Gründen unterstützt, denn diese neigten sich jetzt den preußischen Einheitsversuchen zu. Die weiteren Debatten über diesen Gegenstand führten zur Äußerung ganz prinzipieller Gegensätze in der ersten Kammer. Ein königliches Dekret — die übliche Form der Antwort — lehnte die Anträge ab, und die Kammer wollte diese Erklärung mit Bedauern zu den Akten nehmen. In der Diskussion darüber führte nun Joseph aus, man könne nach der Zurückweisung der Amnestieanträge kein Vertrauen mehr haben, daß die Regierung die Lehre anerkenne, nach der die in den Kammermajoritäten sich darstellende Mehrheit des Volkes über das Schicksal des Landes entscheide. Sofort antwortete Zschinsky, Josephs Ansicht schließe die Anerkennung der Volks-

32. Verordnungen vom 2. August, 1. Oktober und 9. November 1849.

souveränität in sich; davon könne aber in Sachsen keine Rede sein. In seiner Erwiderung wich Joseph einen Schritt zurück und gab zu, daß man die Verfassung so interpretieren könne; aber, fügte er hinzu, es könne nicht von Zusammenwirken gesprochen werden, wenn ein Beschluß der Volksvertretung bei der Regierung keinen Erfolg habe. Er vindiziere den Kammern nicht das Recht, auch ohne den Willen der Regierung unmittelbar Gesetze zu geben — und erst in diesem Falle könne man von Volkssouveränität sprechen — aber er verlange von einer konstitutionellen Regierung, daß sie den Willen der Volksvertretung beachte.³³

Diese Aussprache beleuchtet den tiefen Gegensatz zwischen Regierung und Kammern, der im allgemeinen verborgen blieb unter der sachlichen Behandlung gesetzgeberischer Arbeiten, um bei der Erörterung rein politisch fundierter Fragen plötzlich hervorzubrechen. Was Joseph gefordert und was Zschinsky schon bei der Budgetberatung in der ersten Kammer abgelehnt hatte, war die parlamentarische Monarchie; das Ministerium sollte zurücktreten, wenn es nicht mehr die Majorität im Landtag hinter sich hatte. Tatsächlich war diese Anschauung im Jahre 1848 die herrschende, wie in Preußen so auch in Sachsen; der Rücktritt des sächsischen Märzministeriums, das sich bei der Nichtanerkennung der deutschen Grundrechte der Kammermehrheit gegenüber sah, hatte den Beweis dafür erbracht. Das war dann die Bedeutung Beusts und Rabenhorsts gewesen, daß diese beiden Minister bei dem nächsten Konflikt der Regierung mit der Volksvertretung, dessen Gegenstand die Anerkennung der Reichsverfassung gewesen war, nicht zurücktraten und also das Prinzip parlamentarischer Regierungsweise durchbrochen wurde, wenn auch die anderen Minister damals demissionierten. Aber eine grundsätzliche Entscheidung war damit noch nicht gefällt. Noch hielten die Kammern ihren Anspruch aufrecht. Erst der Ausgang des Landtages von 1849/1850 sollte zeigen, ob die parlamentarische oder die konstitutionelle Monarchie in Sachsen fortan herrschen werde. Das Eigentümliche war, daß sich dieser Kampf außerhalb des Rahmens verfassungsrechtlicher Bestimmungen hielt. Ganz allgemein hatte Zschinsky gesagt, Regierung und Kammern hätten gemeinsam das Schicksal

33. L. M. I. K. S. 753 ff. 1849/50.

des Volkes zu bestimmen; das war eine höchst dehnbare Fassung der ministeriellen Ansicht gewesen. Was er sich dabei dachte, sagte er in der Budgetgebatte: die Minister hätten nicht unbedingt vor der Kammermehrheit zurückzutreten. Das bedeutete die Ablehnung der parlamentarischen Praxis. So vieldeutig und weit hatte er sich dieses Mal ausgedrückt, daß Joseph ihm zugestimmt hatte; aber auch er gab einen Kommentar: er verlangte, daß bei dieser Zusammenarbeit die Regierung den Willen der Volksvertretung beachte. Darüber, daß sie zusammen arbeiten müßten, herrschte Einigkeit, nicht aber darüber, wem dabei die Führung zukäme. Als Friedrich Wilhelm die Reichsverfassung nicht anerkannte, wurde in Preußen die Praxis von 1848 beendet, die neue Verfassung oktroyiert und die Krone trug im Konstitutionalismus den Sieg davon. In Sachsen dauerte der Kampf ein Jahr länger, aber in beiden Staaten stellte die Nichtanerkennung der Reichsverfassung den Wendepunkt dar. Das Wahlgesetz war das gleiche geblieben, aber die politische Umwelt hatte sich geändert. Die Demokraten beschworen den Schatten Tzschirners, sie konnten auch mit Mißtrauensvotum drohen; aber ob die Opposition sich damit noch durchsetzen konnte, sollte die Zukunft lehren.

Die Wahlgesetzvorlage.

Wohl kein Gegenstand hätte stärker die Gegensätze zur Entladung bringen können, als die Frage, welches Wahlgesetz künftig der Wahl der Volksvertretung zu Grunde gelegt werden sollte. Es war ja die Aufgabe dieses Landtages hier endlich festen Boden zu gewinnen und das definitive Gesetz mit der Regierung zu beraten. Im Ministerium des Inneren war die Vorlage schon ausgearbeitet und in den Sitzungen des Gesamtministeriums schon besprochen worden, bevor der Landtag gewählt und zusammengetreten war.³⁴ Das geplante Wahlgesetz brach mit dem ständischen Prinzip, behielt aber das Zweikammersystem bei. Für die erste Kammer sah es ein einfaches Zensuswahlrecht vor, brach also vollkommen mit der ständischen Tradition zu Gunsten einer Vertretung der besitzenden Klassen, die vornehmlich dem beweglichen Kapital

34. Friesen, Erinnerungen. 1. S. 230.

zugute kam.³⁵ Die zweite Kammer sollte sich aus 75 Mitgliedern zusammensetzen, die von allen 30 Jahre alten sächsischen Staatsbürgern gewählt wurden, welche sich seit drei Jahren im Königreich aufgehalten haben, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und in einer Stadt oder Landgemeinde des Staates stimmberechtigt sind. Das passive Wahlrecht zur zweiten Kammer war allein an das Alter von 30 Jahren gebunden. Das Hauptgewicht war sonach auf die Stimmberechtigung zu den Gemeindewahlen gelegt. Da nun die Landgemeindeordnung für die Stimmberechtigung Grundbesitz vorgeschrieben hatte, und in der allgemeinen Städteordnung die Wahlfähigkeit an Grundbesitz, Besitz des Meisterrechts oder selbständigen Gewerbebetrieb geknüpft war,³⁶ so hätte die jetzt von Friesen geplante enge Verbindung von Landtagswahlrecht und Gemeindewahlrecht eine starke Einschränkung der Wahlfähigkeit gegenüber den provisorischen Wahlgesetzen bedeutet. Daher dehnte die Novelle die Stimmberechtigung zu den Gemeindewahlen aus.³⁷ Die ganze Vorlage gelangte zuerst an die zweite Kammer, deren vorbereitendem Ausschuß aber von den neuen Gemeindeordnungen nur derjenige Teil vorgelegt wurde, der für die Abschätzung der politischen Bedeutung des Landtagwahlgesetzes unbedingt notwendig war. Friesen entschuldigte die Unvollständigkeit seiner Vorlage mit der Fülle des vorzubereitenden Materials. Aber der Ausschuß ließ diese Erklärung nicht gelten und riet der Kammer, die Beratung des Landtagwahlgesetzes auszusetzen, bis eine vollständige Gemeindeordnung ausgearbeitet sei.³⁸ Da der Ausschuß darauf verweisen konnte, daß Friesen die baldige Vorlage einer Gemeindeordnung zugesagt hatte, nahm die Kammer den Antrag ihres Ausschusses an.

35. Die Vorlage setzte die erste Kammer aus den königlichen Prinzen und 50 Mitgliedern zusammen, die das 40. Lebensjahr erreicht haben müssen und von Stimmberechtigten gewählt werden, welche 30 Jahre alt sind und jährlich 25 Thaler direkter Staatsabgaben entrichten.

36. Mit einem selbständigen Gewerbebetrieb war die Gewinnung des Bürgerrechts verbunden.

37. Die Stimmberechtigung zu den Gemeindewahlen wurde „unter gewissen sicherstellenden Bedingungen“ auch solchen Unangesessenen verliehen, die nicht das Bürgerrecht besaßen.

38. L. M. 2. K. S. 244 ff. 1849/50.

Von liberaler Seite wurde der Deputation aber vorgehalten, sie hätte sofort, als ihr bei Eröffnung des Landtages der Entwurf zugegangen sei, auf Vorlage einer vollständig ausgearbeiteten Gemeindeordnung dringen sollen. Die Wahlgesetzvorlage der Regierung, die in der Hauptsache dem großen und dem mittleren Bürgertum zugute kam, fand durchaus die Billigung der Liberalen im Landtag. Unter der Führung von Karl Biedermann forderten sie daher, es möge möglichst schnell die Gemeindeordnung im Entwurf fertig gestellt werden, damit dann das Gesetz über die Wahlen zum Landtag beraten und verabschiedet werden könne. Biedermann fürchtete, Beust werde die Kammern auflösen, bevor die Neuorganisation beraten worden sei, daher legte er großen Wert darauf, daß man das Wahlgesetz möglichst schnell unter Dach und Fach bringe.

Demgegenüber behauptet Friesen in seinen Erinnerungen, die Kammer hätte die Beratung des Wahlgesetzes hinausgezögert, um möglichst lange zusammen zu bleiben und die Behandlung der deutschen Verfassungsfrage noch vor ihr Forum ziehen zu können.³⁹ Also beschuldigten sich beide Teile der Verschleppung der wichtigsten Arbeiten. Die Kammern behaupteten, das Ministerium wolle mit ihnen nichts Wesentliches zu Stande bringen, Friesen warf dem Landtag vor, er verzögere durch endlose Debatten das Ende seiner Session. In beiden Fällen ist die Rede von Kammerrauflösung, vor der die Abgeordneten Furcht hegen, von der Friesen erklärt, die Kammern schieben sie hinaus. In der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes war das Ministerium so freisinnig gewesen, war den politischen Wünschen des Bürgertums so weit entgegengekommen, daß dessen Vertreter nur beklagen konnten, daß dieses Entgegenkommen noch nicht ganz durchgeführt war. Nur wenig fehlte, und in Einigkeit hätten Regierung und Liberale das Wahlgesetz diskutiert, das dem Bürgertum in den Kammern die erwünschte Stellung gegeben hätte. Es ist eine müßige Frage, wie sich in den entscheidenden Debatten die Linke dazu gestellt hätte, ob die Regierungsvorlage auch ihre Zustimmung gefunden hätte. Es kam nicht dazu. War das Ministerium des Inneren wirklich so überlastet, daß es im Verlauf der Session

39. Friesen, Erinnerungen 1. S. 235.

nicht mehr die Gemeindeordnung entwerfen konnte, von deren Zustandekommen doch alles abhing? War nur die übermäßige Inanspruchnahme eines Departements die Ursache davon, daß im sächsischen Landtag künftig nicht das Bürgertum die führende Rolle spielte? Diese Frage wird genauer zu betrachten sein.

Immer wieder war in den Kammern von der Auflösung, vom baldigen Bruch mit der Regierung die Rede gewesen, und stets war bei diesen düsteren Prophezeiungen der Name Beusts gefallen; von ihm erwarteten die Liberalen und die Linke alles Unheil.

Fest stand, daß die Konservativen mit dem Vorgehen der Minister unzufrieden waren. Der preußische Geschäftsträger meldete fast in jedem seiner Berichte im November und Dezember 1849 über die Unzufriedenheit der Konservativen, und die Neujahrsnummer der „freimütigen Sachsenzeitung“, des Parteiorgans der Feudal-Konservativen, forderte das Ministerium zum „Entscheidungskampf für Thron und Vaterland“ im kommenden Jahr auf.⁴⁰

Es waren aber nicht diese konservativen Strömungen, die in den Kammern solche Beunruhigung hervorriefen, als vielmehr die Differenzen, die sie mit Beust in der deutschen Politik hatten; aus diesem Grund war die Persönlichkeit des Außenministers so besonders verhaßt. In Angelegenheiten der inneren Politik konnte die Regierung hin und wieder auf die Unterstützung der Liberalen rechnen. Wir sahen, daß die gemäßigte Richtung die Wahlgesetzbilligte. Aber auch hier sollte man sich hüten, in den Liberalen eine Art von Regierungspartei zu sehen. Beschränken wir unsere Untersuchung darauf, die Entwicklung zwischen Ministerium und Kammern zu betrachten, sie als den in den verfassungsmäßig gegebenen Institutionen geführten Machtkampf anzusehen, so ergibt sich, daß es zu einer durchgeführten Aktion von Ministerium und Liberalen auch in der Angelegenheit des Wahlgesetzes nicht kam, die zu einer gemeinsamen Politik noch am ehesten Gelegenheit geboten hätte. Wenn auch unter der Führung von Karl Biedermann die Liberalen mäßigend in die Budgetdebatten eingriffen, so geschah auch das nur aus der taktischen Erwägung, vor der Öffentlichkeit nicht das Odium einer unsachlichen Behandlung des Staatshaushaltes auf sich zu nehmen; aber sie schränkten die

40. Freimüthige Sachsenzeitung vom 1. Januar 1850.

Dauer des Provisoriums ein und sie verwahrten sich ausdrücklich dagegen, ihre Bewilligung als ein dem Ministerium dargebrachtes Vertrauensvotum anzusehen. Auch sie gehörten doch zur Opposition. Aber die innere Politik bot eben selten Gelegenheit zur Äußerung prinzipieller Gegensätze, weil die Minister es auf jede Weise vermieden, mit Vorlagen vor den Kammern zu erscheinen, die dazu Veranlassung hätten geben können. Aus dieser Reserve ließen sie sich auch trotz aller Interpellationen nicht herausdrängen und sie konnten ihre Haltung mit den Schwierigkeiten verteidigen, die aus der Fülle der vorzubereitenden Gesetze erwuchs. Anders lagen die Dinge auf dem Gebiete der deutschen Politik. Abgesehen von den wenigen Konservativen standen hier alle Abgeordneten im Gegensatz zu der von Beust befolgten Politik, und der Außenminister konnte die Verzögerung versprochener und von den Kammern mit größter Hartnäckigkeit geforderter Erklärungen nicht wie seine Kollegen entschuldigen. Was die Regierung hier tat, lag vor aller Augen, war der Kritik viel leichter zugänglich als die hinter den Türen der Ministerien geheim gehaltenen Pläne der Regierung im Inneren. Aus diesen Gründen gewann die deutsche Frage eine so große Bedeutung für den Verlauf der Session von 1849/50. Nicht daß die Fragen der inneren Organisation weniger Konfliktsstoff enthalten hätten; das Ministerium ließ nur nicht daran rühren.

Die deutsche Frage auf dem Landtag von 1849/50.

Die Folge des Mai-Aufstandes für die auswärtige Politik Sachsens war der enge Anschluß an Preußen im Dreikönigsbund vom 26. Mai 1849. Wenn dieser Anschluß auch zum guten Teil durch die augenblickliche Lage erzwungen war, wenn auch der „Vorbehalt“, der Sachsen und Hannover das Recht zuerkannte, von der von Radowitz geplanten Verfassung dann zurückzutreten, wenn außer Oesterreich nicht alle deutschen Staaten dem vorgesehenen engeren Bund beiträten, den Wert der Bündnisse stark einschränkte, so hatte die sächsische Regierung doch auch Anlaß die Gründung einer starken Zentralgewalt zu begrüßen. Beust wollte damals noch mit ihrer Hilfe die demokratischen Einrichtungen Sachsens, vornehmlich die provisorischen Wahlgesetze vom November 1849, abschaffen, wozu sich die sächsische Regierung

allein nicht kräftig genug fühlte.⁴¹ Andererseits lag ihm doch die uneingeschränkte Selbständigkeit Sachsens so sehr am Herzen, daß er — wie die folgenden Ereignisse zeigen werden — dieses Ziel der inneren Politik lieber auf einem anderen Weg erreichte. Solange aber Oesterreich durch die Schwierigkeiten im eigenen Land an einer energischen Aktion gegen die preußische Politik gehindert wurde, mußte sich Sachsen den preußischen Plänen fügen. Jedoch in dem Augenblick, in dem die österreichische Regierung im Sommer 1849 durch die Niederwerfung der tschechischen, italienischen und ungarischen Aufstände ihre Bewegungsfreiheit wieder erhielt, bekam auch Beust die Hände gegen Preußen frei. Als im Oktober 1849 trotz des Einspruches von Sachsen und Hannover die Mehrheit im Verwaltungsrat der Union beschloß, die Wahlen für das Unionsparlament auszuschreiben, protestierten diese beiden Staaten, und Oesterreich schloß sich diesem Vorgehen an. Am 20. Oktober hatten die Vertreter der Königreiche Sachsen und Hannover angezeigt, daß sie an den Sitzungen des Verwaltungsrates nicht mehr teilnehmen würden, und am 28. November erklärte Fürst Felix Schwarzenberg, der Verfassungsentwurf des geplanten engeren Bundesstaats widerspreche den Grundsätzen des Bundesrechts von 1815, und legte Protest gegen die Ausschreibung der Wahlen für den Reichstag der Union ein.

Am gleichen Tage schrieb aus Wien der dortige preußische Gesandte, Graf Bernstorff an den Minister von Schleinitz, das sächsische Ministerium, das jetzt das Dreikönigsbündnis vom Mai verleugne, müsse sich im Inneren auf die preußenfeindliche Demokratie stützen.⁴² Nun lagen die Verhältnisse in den Kammern allerdings so, daß die Liberalen der preußischen Politik günstig gesinnt waren; sie glaubten nicht, daß die Regierung aus eigener Kraft geordnete Zustände in Sachsen aufrecht erhalten könne, und verwiesen zum Beweis dessen auf die preußische Waffenhilfe im Mai-Aufstand. Carlowitz sagte zu Leopold von Gerlach Anfang Dezember, Sachsen könne sich nicht halten; das königliche

41. Bericht von Canitz vom 18. April 1849 und Brief Beusts vom 23. April, beide Schriftstücke mitgeteilt bei Fritz Hauptmann, Sachsens deutsche Politik von der Kaiserwahl bis Olmütz. Manuskript.

42. Bericht des Grafen Bernstorff vom 28. November 1849. Pr.Geh.St.A.

Haus habe keine Wurzel im Lande.⁴³ Es war eine von dem rechten, konservativ-konstitutionellen Flügel bis weit nach links reichende Gruppe, die sich für die preußische Union einsetzte, so daß in der deutschen Frage eigentlich nur zwei große Richtungen sich gegenüber standen.⁴⁴ Die Anhänger der preußischen Politik umfaßten Männer, wie den Grafen Hohenthal-Püchau, der ein „gemäßigt konstitutionelles, konservatives Regierungssystem“ wünschte und glaubte, nur die preußische Staatsmacht könne ein solches Programm verwirklichen,⁴⁵ und Biedermann, der in Gotha liberale Bedenken gegen die Verfassung der Union nicht hatte unterdrücken können.⁴⁶ Es war charakteristisch, daß der rechtsstehende Carlowitz und der linksliberale Biedermann, der in Frankfurt dem „Augsburger Hof“ angehört hatte, jetzt gemeinsam die Opposition gegen das Ministerium führten. Aber gerade, daß sie die Einheit Deutschlands über die Durchsetzung der Freiheitsforderungen stellten und deshalb — wenn auch zum Teil mit inneren Bedenken — die Hand ergriffen, die sich ihnen jetzt zu bieten schien, vergarnten ihnen die Demokraten. Sie hielten an der Frankfurter Reichsverfassung fest; so wie ihnen die Gothaer demokratischen Dogmatismus vorwarfen, so erklärten sie jene für Doktrinäre der deutschen Einheit durch Preußen, die sich darauf beschränkten, „zum bösen Spiel gute Miene zu machen“.⁴⁷ Dazu kam, daß die Demokraten die im Sommer 1849 auf Grund des neuen preußischen Dreiklassenwahlrechts zusammengetretenen Kammern des Nachbarstaates und deren wenig demokratische Haltung bei der Revision der preußischen Verfassung mit Mißtrauen beobachteten; das Dreiklassenwahlrecht, das ja auch die Unionsverfassung enthielt,

43. Denkwürdigkeiten Leopold von Gerlachs. 1. S. 389.

44. vergl. hierzu Karl Biedermann, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. Breslau und Leipzig. 1887. Bd. 2. S. 15 f.

45. Die konservative Partei in Sachsen und ihre Stellung zur deutschen Frage. Beleuchtet vom Grafen Hohenthal-Püchau. Dresden 1850. S. 32. Bei Paul Wentzcke, Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848—1851. Halle 1911. S. 234.

46. Karl Biedermann, Mein Leben. 2. S. 7.

47. Gustav Kühne, Mein Tagebuch in bewegter Zeit. Leipzig 1863. S. 694.

war ihnen ein Greuel.⁴⁸ Ihre Abneigung gegen Preußen entsprang also reiner Gleichgültigkeit gegenüber dem Stand der deutschen Dinge. Daher konnte Beust auch in keiner Weise auf sie rechnen, sich in den Kammern etwa gegen die Gothaer auf die Linke stützen. Die genauere Betrachtung der Kammerverhandlungen wird zeigen, daß von einer solchen Gemeinschaft nicht die Rede sein konnte. Indirekt unterstützten die Demokraten aber die Politik des Außenministers; sie waren etwa gleich stark wie die Anhänger der preußischen Union und verhinderten, durch ihre Abstimmungen, daß ein gemeinsamer Beschluß zu Stande kam.

Die kleine, altadelige Hofpartei, von der Carlowitz gesprochen hatte, fiel zahlenmäßig kaum ins Gewicht und trat in den Debatten über die deutsche Frage nicht hervor. Es war nicht anzunehmen, daß die provisorischen Wahlgesetze sie jemals in größerer Zahl in den Landtag bringen würden; ihre Anhänger waren im Lande verstreut, aber zu gegebener Zeit konnte die Regierung auf sie rechnen.

Diese Verhältnisse hatte Beust, der sich gerade von der Union abwandte, in Rechnung zu stellen. Die Schwierigkeiten sollten nicht lange auf sich warten lassen.

Am 5. Dezember 1849 fragte Carlowitz in der ersten Kammer, wann die Regierung die bei Eröffnung des Landtages versprochene Darlegung ihrer Stellungnahme in der deutschen Frage vorlegen werde. Durch die von Preußen und seinen Verbündeten beschlossene Einberufung des Reichstages sei diese Angelegenheit in ein Stadium gerückt, das die baldige Entschließung der noch zögernden Staaten dringend erfordere. Die Kammer verwies die Interpellation an das Gesamtministerium; der drohende Ton der Rede veranlaßte Beust dazu, bereits drei Tage später die Abgabe der verlangten Erklärung für die nächste Woche anzukündigen.⁴⁹

48. Den demokratischen Standpunkt spricht klar aus die Flugschrift, Zur deutschen Frage. Mitgeteilt von einem Mitglied der zweiten Kammer an seine Kollegen. Leipzig 1850. Bei Wentzcke S. 233. Nur die Frankfurter Reichsverfassung kann uns vor dem Absolutismus schützen, nicht aber die oktroyierte Verfassung der Union. Das plutokratische Wahlrecht derselben ist schlecht, denn ob ein Mensch in seinen Privatverhältnissen Erfolg hat oder nicht, besagt nichts für seine politische Befähigung. Daher ist unbedingt die Rückkehr zum Frankfurter Wahlrecht anzustreben.

49. L. M. 1. K. S. 54 und L. M. 2. K. S. 45 ff. 1849/50.

Der Minister mußte in diesen Tagen noch sehr vorsichtig auftreten, sowohl nach außen wie nach innen. Er war gerade in der Schwenkung in das österreichische Lager begriffen, wurde dort aber noch als unsicher angesehen. Im Inneren mußte vorläufig ein Bruch mit den Kammern vermieden werden, denn die Lage der Regierung war noch keineswegs genügend gefestigt.⁵⁰ So betrachtete man denn sowohl in Berlin wie in Wien die sächsischen Zustände mit großer Aufmerksamkeit; das Verhalten, das Beust gegen die Kammern einschlug, war ein sicheres Barometer für seine außenpolitischen Pläne. Vor allem der österreichischen Regierung kam es darauf an, jede Erörterung der deutschen Frage in den sächsischen Kammern und einen daraus entspringenden Konflikt zu vermeiden; denn wenn in einem solchen Zusammenstoß die sächsische Regierung der Volksvertretung erlag, dann waren unabsehbare Folgen auf die auswärtige Stellung Sachsens zu befürchten. So schrieb der sächsische Legationssekretär in Wien, Graf Vitzthum, vom Fürsten Schwarzenberg dazu inspiriert, an seinen Onkel, den hochkonservativen Abgeordneten Freiherrn von Friesen auf Rötha: „Biete daher alles auf, um jedes Votum über diese brennende deutsche Frage möglichst lange hinauszuschieben. Selbstverständlich kann die versprochene Darlegung des Ministers darum doch erfolgen. Es kommt nur darauf an, daß eine Abstimmung ab irato vermieden, und die Frage an eine Kommission verwiesen werde. Dann kann man ruhig abwarten, bis das „facta loquuntur“ an die Tagesreihe kommt und das Geschwätz ein Ende hat.“⁵¹ Diese Zeilen können als Programm für Beusts Politik gegenüber den Kammern angesehen werden.

Beust war schon sehr frühzeitig dazu entschlossen, sich von den Kammern nicht in seine deutsche Politik hineinreden zu lassen und gegebenen Falls zur Kammerauflösung zu schreiten. Am 3. Dezember bereits war der preußische Gesandte in Wien „aus zuver-

50. Die sächsische Dorfzeitung, 11. Januar 1850, hielt beide Gegner, Regierung und Kammern, für gleich stark. Sie meinte, die Kammern würden keine Steuern verweigern, und die Regierung werde im Konfliktfall nicht vor ihnen zurücktreten; es sei schon genug, wenn die Kammern um die Auflösung, die sofort eine Reaktion nach sich ziehen würde, herum kämen.

51. Graf Vitzthum von Eckstädt, Berlin und Wien in den Jahren 1845—1852. 2. Aufl. 1886. S. 226.

lässiger Quelle“ über diese Pläne, die Beust dem sächsischen Vertreter in Wien mitgeteilt hatte, unterrichtet.⁵² Auch Canitz in Dresden meldete am 5. Dezember von der zu erwartenden Kammerauflösung, meinte aber, das Ministerium werde erst eine günstige Gelegenheit dazu abwarten.⁵³ Bernstorff, der die sächsischen Zustände überhaupt sehr ernst beurteilte, vermutete auch schon im Dezember das Bestehen geheimer Abmachungen zwischen Schwarzenberg und Beust über österreichische Waffenhilfe für Sachsen. Schwarzenberg erklärte immer, wenn Oesterreich um Hilfe gebeten werde, sei es nach Bundesrecht zur Gewährung eines solchen Wunsches verpflichtet. Tatsächlich waren schon im Oktober österreichische Truppen an die sächsische Grenze vorgeschoben worden.⁵⁴ Ebenso wie für innere Unruhen, konnten diese österreichischen Truppenansammlungen aber auch für einen eventuellen bewaffneten Konflikt zwischen den Staaten berechnet sein, welcher Vermutung Bernstorff auch Ausdruck gab. Auch die starke Heeresvermehrung in Sachsen trug dieses doppelte Gesicht. Als die zweite Kammer Beust über diese Dinge interpellierte, gab der Minister eine ausweichende Antwort; es sei dem Ministerium nichts besonderes bekannt und zu Beunruhigungen läge nicht der geringste Anlaß vor.⁵⁵

Indessen war von der versprochenen Erklärung der Regierung nichts zu hören, und die Kammern wurden immer ungeduldiger. Um den Minister aus seinen Verstecken zu treiben, brachte Carlowitz den Antrag ein, die Kammern möchten die Regierung dazu veranlassen, dem beim Abschluß des Dreikönigsbündnisses gemachten Vorbehalt keine weiteren Folgen zu geben, also an den Arbeiten des Verwaltungsrates wieder teilzunehmen und für den in Erfurt zusammentretenden Reichstag auch in Sachsen ungesäumt die Wahlen auszuschreiben. Mit diesem Antrag hatte Carlowitz die Losung ausgegeben; wenn die Kammer ihn annahm, so trat sie in diametralen Gegensatz zu Beusts Politik.⁵⁶

52. Bericht des Grafen Bernstorff vom 3. Dezember 1849. Pr.Geh.St.A.

53. Bericht von Canitz vom 5. Dezember 1849. Pr.Geh.St.A.

54. Berichte des österreichischen Gesandten in Dresden, Grafen Kuefstein vom 28. November und 4. Dezember 1849 und Schwarzenberg am 1. November 1849, mitgeteilt bei Hauptmann, Sachsens deutsche Politik.

55. L. M. 2. K. S. 124 ff. 1849/50.

56. L. M. 1. K. S. 164 ff. 1849/50.

Ein Vorspiel, in dem sich schon die Gruppierung in den Kammern abzeichnete, brachte der Antrag des linksstehenden Abgeordneten Wigard in der zweiten Kammer mit sich. Er forderte die Regierung auf, energisch für die Unabhängigkeit und Unteilbarkeit Schleswig-Holsteins einzutreten. Beust antwortete, die Leitung der Friedensverhandlungen mit Dänemark sei der Bundeszentralkommission vorbehalten, und dort werde die Regierung sich im gegebenen Fall im Sinne der Kammern aussprechen. Sofort erhob sich Biedermann und sprach das Recht zu derartigen Verhandlungen allein den Staaten des Mai-Bündnisses zu. Beust dagegen bestritt dem engeren Bund eine solche Berechtigung. Zu diesem Streit über „Interim“ und „Union“ erklärte nun der demokratische Abgeordnete von Dieskau, für das Volk bestehe das Dreikönigsbündnis nicht. Drei Stellungen in der deutschen Frage waren damit bezeichnet worden, drei Tendenzen wurden sichtbar; für die Politik der Regierung hatte Beust das Interim als maßgebliche Instanz angegeben; Dreikönigsbündnis und Union schrieb eine Mittelpartei, die außer den Feudal-Konservativen, die ganze Rechte umfaßte, und den Beschlüssen von Gotha Folge leistete, auf ihr Panier, und die Linke erklärte an beidem ihr Desinteressement.⁵⁷

Während so die Kammern von Beust mit ausweichenden, halb unwarhen Antworten hingehalten wurden, entfernte sich die sächsische Politik immer weiter von Preußen. Die bayerischen Pläne einer Umgestaltung Deutschlands gediehen schon um Weihnachten zu einem gewissen Abschluß. Als die Grundgedanken dieses mittelstaatlichen Projekts am 23. Januar 1850 im „Württembergischen Anzeiger“ veröffentlicht wurden, richteten die Kammern neue Anfragen an Beust; der Minister verwies auf die angekündigte Denkschrift der Regierung und erreichte damit wieder einen kleinen Aufschub.⁵⁸

Am 15. Februar hatte der deutsche Ausschuß der ersten Kammer die Durchsicht der Regierungserklärung beendet und brachte die Vorlage vor die Kammer.⁵⁹

57. L. M. 2. K. S. 499 ff. 1849/50.

58. In der zweiten Kammer am 5. Februar 1850 L. M. 2. K. S. 525 ff.; in der ersten Kammer am 6. Februar L. M. 1. K. S. 485 ff.

59. L. M. 1. K. S. 554 ff. 1849/50.

Die sehr umfangreiche Darlegung der Regierung ging von einem historischen Rückblick aus, in dem erklärt wurde, daß keineswegs die preußische Unterstützung im Mai-Aufstand die sächsische Regierung zum Abschluß des Mai-Bündnisses verpflichtet habe. Denn die Erhebung sei von so allgemeiner, revolutionärer Bedeutung gewesen und habe alle deutschen Regierungen so gleichmäßig bedroht, daß das nahegelegene Preußen nur in seinem eigenen, wohlverstandenen Interesse gehandelt habe, als es die Hilfe sandte. Die Denkschrift verdrehte die Sachlage in das gerade Gegenteil, als sie dann fortfuhr, die sächsische Regierung habe das Bündnis aus Rücksicht gegen das preußische Ministerium abgeschlossen. Man habe sich in Dresden nicht der Erkenntnis verschlossen, daß die preußische Krone durch die Ablehnung der Kaiserkrone sich in die Notwendigkeit versetzt habe, die öffentliche Meinung des eigenen Landes durch eine das preußische Nationalgefühl befriedigende Lösung zu gewinnen. Beust behauptet hier also allen Ernstes, er habe das Bündnis vom 26. Mai abgeschlossen, um der preußischen Regierung dabei behilflich zu sein, die nationalen Instinkte des preußischen Volkes zu befriedigen. Damit gab er gleichzeitig zu, daß er von Anfang an erkannt habe, welche Gefahren diese preußische Politik für die Mittelstaaten in sich barg. Nichtsdestoweniger behauptete er aber weiterhin in seiner Darlegung, beim Abschluß des Bündnisses habe er gehofft, der deutsche Süden werde dem geplanten Bunde auch wirklich beitreten. Das Erstarken Oesterreichs habe erst auf diese Verhältnisse einen entscheidenden Einfluß ausgeübt, denn der bei Abschluß des Bündnisses geplante Bund habe nur bei der Existenz nur e i n e s mächtigen Staates durchgeführt werden können. Das sei jetzt unmöglich, und statt der Einheit Deutschlands biete sich jetzt nur die Aussicht auf Zerreißung in zwei feindliche Lager. Eigentümlich ist es, daß die Darlegung ganz offen zugibt, der jetzt durch Oesterreichs Erstarken wiederhergestellte Dualismus biete die Möglichkeit für die der Union noch nicht beigetretenen Staaten sich der preußischen Exekutivgewalt zu entziehen. Das hieß es aussprechen, daß diese preußische Exekutivgewalt durchaus nicht erfreulich wäre. Von dem augenblicklichen Stand der Dinge sagte die Denkschrift zum Schluß, die sächsische Regierung halte eine Verständigung der widerstreitenden Interessen für möglich; um einen solchen Aus-

gleich herbeizuführen verhandele sie jetzt mit den süddeutschen Staaten.⁶⁰ Die große Geschicklichkeit, mit der diese Erklärung abgefaßt war, liegt darin, daß der sächsischen Politik selten Erwähnung getan wurde, und man es vermied, Sachsen neben diejenigen Staaten zu stellen, die unter dem Schutz des wiedergekräftigten Oesterreich ihre Selbständigkeit vor der preußischen Exekutivgewalt zu erhalten suchten. Die sächsische Politik erschien vielmehr als höchst uneigennützig, rücksichtsvoll gegenüber den preußischen Staatsinteressen oder nur auf die deutsche Einheit bedacht. Auf diese Weise war auch die naheliegende Frage übergangen, ob sich die sächsische Regierung bei ihrem Beitritt zum Dreikönigsbündnis nicht Rechenschaft über die zukünftige Haltung Oesterreichs und die daraus zu erwartenden Folgen gegeben hätte. Für den Augenblick erschien Beust in der Rolle des ehrlichen Maklers, der zwischen der norddeutsch-preußischen und der süddeutsch-österreichischen Gruppe zu vermitteln suchte. Es kam ihm vor den Kammern zu statten, daß die sächsische Regierung noch nicht offiziell ihren Rücktritt vom Dreikönigsbündnis erklärt hatte und diesen Schritt auch nicht zugleich mit dem Königreich Hannover tat, das nach der Anordnung der Reichstagswahlen aus dem Bündnis vom 26. Mai ausschied.

So erklärt es sich auch, daß der Bericht der Deputation über die Erklärung der Regierung inhaltlich nicht so absprechend urteilte, wie man es bei der tatsächlich herrschenden Meinungsdivergenz hätte erwarten können. Die Darlegung der sächsischen Politik war — in Form eines königlichen Dekrets — den Kammern lediglich zwecks Mitteilung vorgelegt worden und damit ausgesprochen, daß die Regierung der Volksvertretung nicht das Recht zuerkannte, in dieser Frage selbst aktiv mitzuwirken; parlamenta-

60. Die von Beust geäußerten Ansichten trägt in gleicher Weise die Flugschrift, Sachsens Stellung und Beruf in der deutschen Frage, Grimma 1849, vor: Sachsens Beitritt aus Rücksichten gegen Preußen; die starken Beschränkungen der einzelstaatlichen Souveränität nur tragbar, wenn das gesamte Deutschland dem neuen Bund sich anschlosse. Die Schrift ist anonym; auch Wentzcke, S. 231, gibt keinen Verfasser an. Da die Stellungnahme der Flugschrift sich völlig mit den Gesichtspunkten Beusts in der Regierungsdenkschrift deckt, ist die Vermutung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Regierung den Druck der Flugschrift veranlaßt hat.

risch gesprochen wünschte die Regierung keine Antwort in Form von Erklärungen und Anträgen seitens der Kammern. Von vornherein suchte Beust die Mitwirkung des Landtages von der Führung der auswärtigen Politik fernzuhalten. Der Ausschuß mußte also erst den Boden für ein selbständiges Vorgehen bereiten. Er tat das, indem er sich auf die königliche Proklamation vom 30. Mai berief, in der die Zustimmung der sächsischen Kammern zum Beitritt Sachsens zum Dreikönigsbündnis für erforderlich erklärt worden war. Im folgenden zeigte es sich aber, daß die Mehrheit des Ausschusses der Regierung insoweit folgte, als auch sie nicht wünschte, Sachsen solle seine Selbständigkeit zu Gunsten Preußens in einem engeren Bunde aufgeben. Das Majoritätsgutachten lehnte daher die Beteiligung Sachsens an den Wahlen zum Erfurter Parlament ab. Damit war aber keine generelle Ablehnung der Union ausgesprochen. Im Gegenteil wünschte der Ausschußbericht, die Verfassung der Union möge so abgeändert werden, daß Sachsen ihr beitreten könne. Die Mehrheit der Deputation empfahl also der Kammer, sie möge bei der Regierung beantragen, den Verwaltungsrat wieder zu beschicken, um dort die für nötig erachteten Abänderungen der Unionsverfassung vorzuschlagen. Soweit die Anträge des Abgeordneten von Carlowitz durch diese Vorschläge nicht berücksichtigt würden, möge die Kammer sie auf sich beruhen lassen. Für diese Carlowitz'schen Anträge fand sich eine Minderheit von einem Abgeordneten — Küttner — im Ausschuß; er beantragte, die Regierung möge von ihrem Vorbehalt gänzlich absehen, den Verwaltungsrat wieder beschicken, die sächsischen Verwahrungen offen darlegen und sofort die Wahlen zum Erfurter Parlament anordnen. Mit den Regierungen von Bayern, Württemberg und Hannover möge die Regierung in direkte Verhandlungen eintreten, um dieselben zum Anschluß an das Bündnis vom 26. Mai zu bewegen. Wie man sieht, bezweckten also beide Anträge dasselbe, nämlich daß die Union dazu benutzt werde, die Einheit Deutschlands zu ermöglichen. Die Mehrheit war dabei nur vorsichtiger darauf bedacht, Sachsen davor zu bewahren von Preußen gänzlich erdrückt zu werden. Der Ausschuß hatte bereits vor den Verhandlungen in der Kammer der Regierung von den beiden Anträgen Mitteilung gemacht. Die Antwort des Ministeriums war im wesentlichen vollkommen ablehnend. Sie lautete dahin, daß auf den An-

trag des Abgeordneten Küttner überhaupt nicht eingegangen werden könne; ebensowenig auf den Antrag der Ausschlußmajorität, der die Wiederbeschickung des Verwaltungsrates forderte. Mit dem Uebrigen sei die Regierung einverstanden, behalte es sich aber vor, auf welche Weise sie der Kammer von ihrem weiteren Vorgehen Mitteilung machen wolle. Mit dünnen Worten hatte Beust damit alles zurückgewiesen, was zur Durchführung der von Preußen unternommenen Einigungsversuche dienen konnte, ließ das Dreikönigsbündnis fallen und sicherte nur Verhandlungen mit den Süddeutschen zu, über deren Resultat er wiederum den Schleier des Regierungsgeheimnisses deckte. Es war wirklich die Politik des Wartens bis facta loquuntur. Zu den beiden Ausschlußanträgen brachte der demokratische Abgeordnete Mammen noch einen Antrag ein, der bei Beust wohl nur ein Lächeln hervorrufen konnte. Das war die deutsche Politik der Demokraten, daß sie unentwegt an der Frankfurter Nationalversammlung festhielten, die ihnen Symbol der Volkssouveränität war. Mammen forderte die Regierung auf, auf Grund des demokratischen Frankfurter Reichstagswahlgesetzes eine allgemeine deutsche Nationalversammlung zu berufen. Einer solchen Versammlung allein stünde das Recht zu, diejenigen Abänderungen an der Frankfurter Verfassung vorzunehmen, die durch die Ablehnung der Kaiserkrone notwendig geworden seien. Union und Frankfurter Reichsverfassung, das waren die Lösungszeichen, unter denen der Kampf in der Kammer stand.

Es hing viel davon ab, welche Entscheidung die Volksvertretung jetzt treffen würde. Beust hatte erklärt, eine etwa von den Kammern abgegebene Erklärung würde die Regierung nicht als eine endgültige ansehen. War das eine versteckte Drohung?

Um das Resultat vorweg zu nehmen: es geschah nichts. Keiner der gestellten Anträge wurde angenommen. Die meisten Stimmen erhielt noch Küttner, mit dessen Anträgen Carlowitz die seinen vereinigt hatte; am stärksten war also die Richtung vertreten, die an der Union festhielt.

„Lieber nehme ich den alten deutschen Bundestag mit seiner Schmach und Schande zurück als das preußische Dreikönigsbündnis.“ In diesen Worten Mammens gipfelten die Anschauungen der Demokraten. Sie ahnten nicht, daß die freiheitlichen Institu-

tionen Sachsens, die sie jetzt vor dem reaktionären Preußen schützen wollten, von dem alten Bundestag viel stärker bedroht waren.

Demgegenüber bezeichnete Carlowitz in seiner großen Strafrede gegen Beust das Dreikönigsbündnis als den letzten „Rettungsanker“ der deutschen Einheit. Er lehnte es ab, jetzt noch für die Verfassung von Frankfurt einzutreten und bezeichnete Mammens Antrag als einen „Traum aus dem Jahr 1848“. Seine scharfe und leidenschaftliche Kritik der Regierungspolitik wurde von dauernden Beifallsrufen der Tribünen unterbrochen, in denen sich alle Abneigung gegen den Mann kund tat, dem die Oeffentlichkeit Schuld gab an allem, was seit der Auflösung des Unverstandslandtages geschehen war.

Beust verteidigte sich mit einer glänzenden Geschicklichkeit, die auch späten literarischen Gegnern Bewunderung abnötigte.⁶¹ Der Kern seiner Ausführungen war hier wie immer die Betonung der berechtigten Selbständigkeit Sachsens. Witzig verglich er Carlowitz, der Oesterreich seine Stellung neben dem von Preußen zu leitenden engeren Bund anwies, mit einem Hausbesitzer, der einen Mitbewohner zum Ausziehen veranlaßt und dann zu ihm sagt: „Wenn Sie ausziehen, so wollen wir uns dann recht oft wiedersehen“. Er betonte, für einen ganz Deutschland umfassenden Bund werde Sachsen seine Selbständigkeit opfern, aber nicht für eine preußische Hegemonie. Aber man traute ihm „kein Herz für Deutschlands Einigung“ zu, und als Carlowitz dem Minister dieses selbstverschuldete Mißtrauen vorhielt, da bewiesen die Zustimmungsrufe von den Sitzen der Abgeordneten und den Gallerien, daß er der allgemeinen Meinung Ausdruck gegeben hatte. Man traute Beust nicht; das hatten auch die resultatlosen Debatten in der ersten Kammer bewiesen, daß keine nennenswerte Gruppe seinen Wegen folgte. Die Mehrheit stand auf Seiten der Union, wenn auch ihre Zahl zur Annahme eines Kammerantrages nicht ausreichte.⁶²

Deutlicher trat diese Tendenz in der zweiten Kammer hervor.⁶³

61. Flathe, Die Memoiren des Herrn von Friesen. Hist. Zeitschr. Bd. 46. 1881.

62. Mit 23 zu 21 Stimmen wurde der Antrag Carlowitz-Küttner abgelehnt; keiner der anderen Anträge erhielt eine so große Minorität.

63. L. M. 2. K. S. 749 ff. 1849/50.

Zwar hatte sich auch hier der vorbereitende Ausschuß nicht zu einem Votum vereinigen können, aber dieses Mal waren die Anhänger der Union in der Majorität. Ihr Bericht trug den Stempel der Anschauungen Biedermanns, des Linksliberalen aus der Paulskirche, der mit Selbstüberwindung aus dem Zusammenbruch aller freiheitlichen Hoffnungen doch die deutsche Einheit retten wollte, der im Prinzip den Anhängern der Frankfurter Reichsverfassung immer noch recht gab, und trotzdem ihr starres Festhalten an einer Rechtsform in den großen Fragen der Nation als ein Unrecht verurteilte. Es war immer noch der alte Frankfurter Glaube an die siegende Kraft der liberalen Ideen, wenn der Ausschuß meinte, im Bundesparlament der Union werden sich die „freiheitlich gesinnten Abgeordneten“ aus den neu erworbenen preußischen Provinzen mit den Liberalen der anderen Staaten vereinigen, und auf diese Weise werde der preußische Staat von erobernder Großmachtpolitik zurückgehalten werden. Mochten das Träume sein, für Beust lag ihr realer Kern darin, daß dieser auf die Einheit zielende Wille für Sachsens Eigenstaatlichkeit kein Verständnis mehr besaß.

Die demokratischen Forderungen vertrat in der zweiten Kammer von Dieskau. Er sprach mit der Regierung, wie es die Paulskirche auf dem Höhepunkt ihrer Macht getan hatte, und ignorierte die Ereignisse der Zwischenzeit. Auch die Debatte zeigte dieselben Ansichten wie die der ersten Kammer, nur daß hier, weil die Gothaer überwogen, ein noch schärferer Ton angeschlagen wurde.

Vor allem versuchte Biedermann Beust zu einer klaren Meinungsäußerung zu bewegen, indem er den Minister fragte, ob er die Annahme des Mehrheitsgutachtens durch die Kammer als ein Mißtrauensvotum oder als ein Vertrauensvotum ansehen werde; das bedeutete nichts anderes als die Frage, handelt die Regierung gemäß dem Mehrheitsantrag oder nicht. Aber Beust wollte keine bestimmte Antwort geben und sagte, die Annahme des Antrages werde die Regierung weder als das eine noch als das andere ansehen. Es kam ihm darauf an, seine Politik geheim zu halten, keine Einmischung der Kammern zu dulden und trotzdem noch nicht in Konflikt mit ihnen zu geraten.⁶⁴ In der ersten Kammer war dies

64. Dem neu ernannten preußischen Gesandten, Grafen Galen, antwortete Beust auf dessen besorgte Frage nach den etwaigen Folgen der

dank der Abstimmung gelungen. Aber in der zweiten deckte Biedermann rücksichtslos alle Möglichkeiten auf und drängte die Regierung immer weiter. Er forderte die Abgeordneten auf, sich bei der Abstimmung nicht von der Furcht vor einer Kammerauflösung leiten zu lassen; eine solche Auflösung wäre nicht ohne Verfassungsverletzung durchzuführen. „Ich glaube, daß Deutschland in diesem Moment auf uns sieht und erwartet, daß jeder seine Pflicht tue.“ Mit diesen Worten leitete er die Abstimmung ein, die eine schwere Niederlage der Regierung werden sollte. Der Mehrheitsantrag des Ausschusses wurde angenommen.⁶⁵ Aber nicht nur diese Forderung nach der Einheit Deutschlands erhob die Kammer, sie verband damit das Verlangen nach einer freiheitlichen Bundesverfassung, indem sie einstimmig erklärte, „daß sie bei der Erledigung der deutschen Verfassungsfrage die den Völkern der deutschen Einzelstaaten, namentlich dem sächsischen Volke, vermöge ihrer Landesverfassungen oder der Grundrechte des deutschen Volkes bereits gegenwärtig zustehenden Freiheiten gewahrt wissen wolle“. Diese Anträge waren ein Kompromiß zwischen den mehr auf die Einheit abzielenden Forderungen der Liberalen und den freiheitlichen Wünschen der Demokraten; diese Tatsache erklärt sich aus dem Einfluß Biedermanns, der weiter links stehend als Carlowitz in der ersten Kammer, es doch nicht so leicht verschmerzte, daß die Verfassung der Paulskirche aufgegeben werden mußte. Weil die Anträge des Ausschusses der zweiten Kammer eine breitere Basis hatten, konnten sie auch die Zustimmung von Mitgliedern der Rechten und der Linken finden. Biedermann wollte aber Beust auch für die Zukunft binden und beantragte daher, die Kammer möge aussprechen, daß sie sich das Recht, zu jeder Fest-

Kammerabstimmung, dieselben werden ohne jede Wirkung auf seine Politik sein. Bericht des Grafen Galen vom 3. März 1850. Pr.Geh.St.A.

65. Ein zweiter Antrag forderte als praktische Konsequenz des ersten, daß die sächsische Regierung Wahlen zum Erfurter Parlament ausschriebe. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Karl Biedermann, 30 Jahre deutscher Geschichte. 2. Aufl. 1883. Bd. 2. S. 28 f. erzählt, daß in der zweiten Kammer die Linke den Gothaern bei der Abstimmung den Sieg gewünscht hätte und nur um des Prinzips willen nicht mit ihnen gestimmt hätte. Vor der Abstimmung über den ersten Antrag hätte ein Mitglied der Linken den Saal verlassen, sei aber wieder zurückgekehrt, als über den zweiten Antrag gestimmt wurde, und mitgezählt worden.

stellung einer deutschen Verfassung ihre Zustimmung zu geben oder abzulehnen, wahre. Es war die Verewigung dessen, was Beust so verhaßt war, der Mitwirkung des Landtages bei der Führung der auswärtigen Politik. Hiermit erreichte die Behandlung der deutschen Frage in den Kammern ein vorläufiges Ende (7. März).⁶⁶ Welchen Gang hatte nun die deutsche Politik in den Verhandlungen der Regierungen inzwischen genommen?

Am 27. Februar war der Münchener Verfassungsentwurf fertiggestellt worden. Er bezweckte die Einbeziehung Oesterreichs in den deutschen Wirtschaftsverband, unterdrückte die kleinen Staaten zu Gunsten der mittleren, sprach die Leitung des Bundes einem Direktorium von 7 Staaten zu und schuf sogar eine Volksvertretung; alle drei Jahre sollten aus den Einzellandtagen Delegationen zusammentreten. Es war ein Kompromiß zwischen Schwarzenbergs Plänen und den mittelstaatlichen Wünschen. Schwarzenberg aber erinnerte selbst diese in ihren Kompetenzen sehr beschränkte Volksvertretung noch zu sehr an die Revolution; immerhin gab die österreichische Regierung dem Entwurf ihre Zustimmung. In Berlin dagegen setzte Radowitz die Ablehnung durch, und die preußische Regierung betrieb die Einberufung des Parlaments ihrer Union auf den 20. März.

Es war nicht anzunehmen, daß Beust jemals die Zustimmung der Demokraten zu einer Volksvertretung gewinnen würde, die regelmäßig nur alle drei Jahre zusammentreten sollte, um Bundesgesetze zu genehmigen und Matrikularumlagen zu bewilligen, und im übrigen nur auf Aufforderung der Bundesregierung zu erscheinen hatte. Der Münchener Entwurf stand in einem zu schroffen Gegensatz zu ihrer Forderung nach einer Abänderung der Frankfurter Verfassung durch ein Parlament, das auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt werden sollte.

Biedermann versuchte abermals die Regierung festzulegen. Wenn es ihm gelang, Beust dazu zu zwingen, sich zu seiner Politik

66. Durchaus irrig ist Friesens Meinung, Erinnerungen I. S. 238 f. durch die Ablehnung des Antrags auf Wahl zum Erfurter Parlament hätte die Kammer die vorhergehenden Anträge unwirksam gemacht. Mit der Ablehnung bezweckte die Kammer nur, Sachsen möge sich freie Hand bewahren, um weniger gebunden mit den Süddeutschen über deren Beitritt zur Union zu verhandeln; sie strebte also auch damit nur die Erhaltung der Union an.

zu bekennen, so hatten die Kammern Gelegenheit ihren gegenteiligen Standpunkt zu entwickeln. Entweder konnten sie dann das Ministerium zwingen, in der deutschen Frage die von den Kammern gewünschte Politik zu machen, oder die Regierung gab nicht nach und löste die Kammern auf, dann hatte wieder die deutsche Frage den Anlaß zum Konflikt gegeben; damit hätte aber diese inner-sächsische Angelegenheit in Deutschland eine allgemeine Bedeutung erhalten und innerhalb Sachsens eine besonders starke propagandistische Wirkung gegen die Regierung ausgeübt. Es kam also für Biedermann jetzt darauf an, den Minister dazu zu bringen, Farbe zu bekennen. Aber aus denselben Gründen, aus denen Biedermann an einer reinlichen Scheidung der Geister lag, mußte Beust es vermeiden, anläßlich der deutschen Frage den auch aus Gründen der inneren Politik unausweichlichen Zusammenstoß mit der Volksvertretung herbeizuführen. Immer mehr spitzte sich der parlamentarische Kampf zu einem Duell zwischen diesen beiden Männern zu.

Am 21. März interpellierte Biedermann die Regierung über den zwischen den unionsfeindlichen Staaten vereinbarten Vertrag, dessen Text in die „Leipziger Zeitung“ gelangt war.⁶⁷ Vier Tage darauf antwortete Beust, teils nichtssagend, teils unwahr; es sei eine Vereinbarung über einen Verfassungsentwurf getroffen worden, zu dem Oesterreich seine Zustimmung gegeben habe. Die preußische Regierung habe sich noch nicht geäußert. Wenn die Verhandlungen einen gewissen Abschluß erreicht hätten, werde er den Kammern davon Mitteilung machen. Tatsächlich war aber schon ein gewisser Abschluß erreicht, denn, wie wir sahen, hatte die preußische Regierung sich geäußert, und zwar ablehnend. Es handelte sich nunmehr nur noch um die Auseinandersetzung zwischen den beiden gegnerischen Systemen, und von der Teilnahme daran suchte Beust die Kammern fern zu halten, indem er ihnen vorspiegelte, es sei noch alles in der Schwebe.

Die erste Kammer hielt sich zu dieser Zeit in der deutschen Frage ruhig, weil der Abgeordnete von Carlowitz ausgeschieden war. Die preußische Regierung hatte ihn neben Radowitz zu ihrem bevollmächtigten Kommissar bei dem in Erfurt zusammentretenden

67. L. M. 2. K. S. 1146 ff. 1849/50.

Reichstag ernannt, und er hatte diesem Ruf Folge geleistet. Die sächsische Regierung hatte er nicht im Verwaltungsrat vertreten wollen, im preußischen Dienst glaubte er der deutschen Sache mit Erfolg dienen zu können.⁶⁸

In diesen März- und Apriltagen fielen bei der Beratung der provisorischen Finanzgesetze die Äußerungen über das schlechte Verhältnis zwischen Regierung und Kammern, die wir kennen gelernt haben. Zur selben Zeit hatte der preußische Gesandte, Graf Galen, ein Gespräch mit Beust, in dem er dem Minister sagte, daß die Regierung durch ihre Kursänderung in der deutschen Politik die gemäßigt-konstitutionelle Partei in die Opposition treibe.⁶⁹ „Herr von Beust leugnet dies zwar“, fährt der Bericht des Gesandten fort, „aber auf eine Art, die mir beweist, daß er im Stillen dennoch von der Wahrheit dieses Satzes durchdrungen ist“. Galen hielt die Situation für so kritisch, daß er einen Ministerwechsel oder Staatsstreich für die nächste Zeit voraussagte. Er meinte, dazu bedürfe Sachsen aber eines Rückhaltes und den suche es jetzt, entsprechend der Lage der deutschen Verhältnisse, bei Oesterreich. Tatsächlich verhandelten beide Staaten auch über eine Militärkonvention. Der österreichische Gesandte in Dresden, Graf Kuefstein, schlug Rabenhorst am 14. April für den Kriegsfall gemeinsamen österreichischen Oberbefehl über die beiderseitigen Truppen vor, und mit Klauseln stimmte Beust zu.⁷⁰

Inzwischen spitzten sich in der deutschen Frage die Gegensätze immer mehr zu. Am 15. April hatte das Erfurter Parlament die vorgelegte Unionsverfassung revidiert und angenommen. Als Gegenschlag lud Schwarzenberg namens der Präsidialmacht die deutschen Bundesregierungen auf den 10. Mai nach Frankfurt ein, um dort eine provisorische Zentralgewalt zu errichten und dann die Verfassung des alten deutschen Bundes zu revidieren. Sachsen erklärte am 30. April seine Zustimmung zur Berufung der Plenarversammlung des Bundes und trat damit ganz auf Oesterreichs Seite und gleichzeitig in geraden Gegensatz zu der Mehrheit seiner Volksvertretung.

68. L. M. 1. K. S. 806 f. 1849/50.

69. Galens Bericht vom 2. April 1850. Pr.Geh.St.A.

70. vergl. Fritz Hauptmann, Sachsens deutsche Politik.

Diese Entwicklung brachte auch in den Kammern wieder die Sprache auf die deutschen Angelegenheiten. Trotz des Widerspruchs des demokratischen Abgeordneten Wigard beauftragte die zweite Kammer ihren deutschen Ausschuß auf Antrag Biedermanns damit, zu erwägen, ob nicht die Kammer jetzt das verfassungsmäßig ihr zustehende Recht der Zustimmung geltend machen solle im Hinblick auf die Gerüchte über „die Einsetzung einer dem alten Bundestage ähnlichen obersten Bundesbehörde für das ganze Gebiet des deutschen Bundes“.⁷¹ In steigendem Maße nahm jetzt die zweite Kammer unter Biedermanns Einfluß in dem sich verschärfenden Kampf um die zukünftige Gestaltung Deutschlands die Führung an sich. Jetzt suchte sie sich der Regierung durch die Einschränkung des Finanzprovisoriums unentbehrlich zu machen; sprach ja Biedermann selbst es aus, daß man sich einem solchen Ministerium nicht völlig in die Hände liefern dürfe.⁷² Und immer heftiger drängten beide Kammern auf die Vorlage der von der Regierung versprochenen Gesetzentwürfe, und es begann schon der Streit, der in der Publizistik, in Memoiren und in der darstellenden Literatur einen so breiten Raum einnehmen sollte. Anfang April waren bereits sehr energische Fragen an das Ministerium gerichtet worden, wie lange es noch verhindert sein werde, die versprochenen Vorlagen vor die Kammern zu bringen.⁷³ Als aber die Reaktivierung des alten Bundes langsam zur Gewißheit wurde, da führte Biedermann einen entscheidenden Stoß gegen die Minister. Am 23. Mai stellte er den Antrag, beim König eine Petition einzureichen, in der der Monarch gebeten werden sollte, den Ministern die Beschleunigung der verheißenen Vorlagen zu befehlen. Die Kammer müsse jede Verantwortung für etwa aus der langen Vorenthaltung der Gesetzentwürfe entspringende Nachteile ablehnen. Es wurde in der Tat höchste Zeit für die Volksvertretung, ihren Rückzug zu decken. Wir sahen, daß schon, als die Denkschrift der Regierung über den Stand der deutschen Angelegenheiten besprochen wurde,

71. L. M. 2. K. S. 1497. 1849/50.

72. Daß die Kammern aus diesem Grund die Gültigkeit der provisorischen Finanzgesetze begrenzten, gibt auch Flathe, Geschichte von Sachsen Bd. 3. S. 666, zu, der im allgemeinen die Haltung der Liberalen auf diesem Landtag sehr günstig beurteilt.

73. L. M. 1. K. S. 987 f. 1849/50.

Beust die Kammern gemahnt hatte, daran zu denken, wie sich das Resultat ihrer Abstimmung mit ihren Absichten vereinbaren lassen würde. Damit hatte der Minister den Kammern in verhüllter Form angedroht, daß sie aufgelöst werden würden, wenn sie seiner deutschen Politik weiterhin Widerstand bereiteten. Nun suchte Biedermann die Kammern davor zu bewahren, daß ihnen das Odium des Konfliktes mit der Regierung unter dem Vorwande zugeschoben würde, sie selbst hätten durch die langsame Bearbeitung der ihnen vorgelegten Entwürfe ihre Auflösung herbeigeführt. Auch in der Oeffentlichkeit bereitete sich der Sturz vor. Am 10. Mai schrieb das „Dresdener Journal“ in einer „Korrespondenz aus der Provinz“, daß es bedauerlich sei, wie die Kammern mit wichtigen Gesetzentwürfen nicht vorwärts käme und daß sie im Verlauf eines halben Jahres nichts getan hätten, was dem Land von bleibendem Nutzen sei. Das „Dresdener Journal“ war ein offiziöses Blatt der Regierung und die Kammer wußte, woher diese „Korrespondenz aus der Provinz“ stammte. Das Ministerium suchte den Landtag in der Oeffentlichkeit zu diskreditieren und den Anlaß für die herannahende Landtagsauflösung auf das Gebiet der inneren Politik zu verlegen. Daher nahm Biedermann, als er mit seinem Antrag die Kammer zu schützen trachtete, ausdrücklich auf diesen Artikel Bezug.

Schließlich gaben die Kammern dem Ministerium den ersehnten Anlaß zum Einschreiten, indem sie bei der Verhandlung einer Finanzangelegenheit Beust zu der lange gewünschten Erklärung über die Möglichkeit der Reaktivierung des alten Bundes drängten. Nun konnte das Ministerium sagen, um ihren Willen in der deutschen Politik durchzusetzen, benutzten die Abgeordneten notwendige Forderungen der inneren staatlichen Organisation als Druckmittel auf die Regierung. In geheimer Ausschußsitzung wurde eine außerordentliche Anleihe zu Eisenbahnzwecken verhandelt und bei dieser Gelegenheit die Frage an Beust gerichtet, ob die zu bewilligende Summe nicht zur Unkostendeckung für den Bundestag verwandt werden würde, wie überhaupt der Stand der deutschen Verfassungsfrage sei. Als der Minister antwortete, es sei mit der Reaktivierung des alten Bundestages zu rechnen, wenn die Verfassung, die der Frankfurter Kongreß ausarbeite, nicht Zustimmung finden werde, benachrichtigte der Ausschuß sofort die zweite Kammer von der Angelegenheit. Diese beauftragte ihren

deutschen Ausschuß mit der Begutachtung. Der Ausschuß riet beiden Kammern sich direkt an den König zu wenden und ihn zu bitten, daß er durch den sächsischen Bevollmächtigten in Frankfurt seine Zustimmung zu allen Beschlüssen verweigere, die die Reaktivierung des Bundestages nach sich ziehen könnten; außerdem möge er für die Konstituierung jeder deutschen Verfassung oder Zentralgewalt die Zustimmung der sächsischen Volksvertretung vorbehalten. Es kam nicht mehr zur Beratung darüber. In dem Ministerrat vom 31. Mai wurde die Auflösung der Kammern endgültig beschlossen und am 1. Juni vollzogen.⁷⁴ So war der lange erwartete Streich gefallen, und es erhob sich die Frage, was nun geschehen solle. Bevor sich die Darstellung dem weiteren Verlauf der Dinge zuwendet, müssen wir noch einmal rückblickend untersuchen, welchen Anteil die einzelnen Minister an den Ereignissen hatten, denn untrennbar ist mit der Auflösung des Landtages von 1849/50 die Reaktivierung der alten Stände verknüpft. Die Geschichte der Auflösung ist die Vorgeschichte der Reaktivierung.

Die Minister und die Landtagsauflösung.⁷⁵

Wenn wir den Anteil der einzelnen Minister an der Auflösung untersuchen wollen, so erheben wir damit die Frage nach den Gründen, die die Regierung für ihre Haltung hatte, und nach dem Verfahren, das sie einschlug. Jedem Minister gaben die Angelegenheiten seines Ressorts die Richtlinien für sein Handeln; dennoch können wir nicht einfach aus dem Verhältnis, das sie als Fachminister zu den Kammern hatten, ihre Stellungnahme zur Frage der Auflösung ablesen.

Der Kriegsminister Rabenhorst kam mit den Kammern kaum in Berührung; ausschließlich mit den Angelegenheiten seines Departements beschäftigt wie keiner der anderen Minister, hatte er

74. Ueber den Ministerrat vom 31. Mai berichtet Galen am 6. Juli, die Minister hätten den König erst zur Einwilligung umstimmen müssen. Danach scheint es also, als habe sich Friedrich August nur schwer zu der Auflösung entschlossen. s. auch L. M. 1. K. Anhang. 1849/50.

75. Da im S.H.St.A. Protokolle über die Sitzungen des Gesamtministeriums, in denen diese Frage besprochen wurde, nicht zu finden sind, ist die Darstellung auf Gesandtenberichte, Denkwürdigkeiten und Konstruktion angewiesen.

wenig Gelegenheit in speziellen Fragen mit der Volksvertretung zusammenzustoßen.⁷⁶ Der Finanzminister Behr erfreute sich sogar einer gewissen Beliebtheit. Bei der Beratung der Finanzgesetze wurde verschiedentlich ausgesprochen, daß die Kammern ihm volles Vertrauen entgegenbrächten. Anders der Justizminister Zschinsky; er war es, der mit voller prinzipieller Schärfe die Auffassung der Regierung vertrat. Wir sahen, daß der Kampf zwischen Krone und Volksvertretung um die Macht im Staate ging, und in diesem Gegensatz, der in den Termini: konstitutionelle und parlamentarische Regierung gefaßt wurde, war Zschinsky der Sprecher der Krongewalt.

Eine besondere Stellung nahm Friesen ein. Neben Behr genoß er das größte Vertrauen. Seine Wahlgesetzvorlage war günstig beurteilt worden; auf sein Ministerium entfiel die größte Zahl der Gesetzesvorlagen. Umso eigentümlicher wirkt es, daß er in der Auflösungsfrage nach seinen eigenen Aussagen in die vorderste Reihe trat. Er berichtet, das Ministerium sei schon im März, nach den Verhandlungen über die deutsche Frage, zu der Ansicht gekommen, die Kammern müßten aufgelöst werden, da man mit ihnen keine Vereinbarung über die deutschen Angelegenheiten und die Ordnung der Finanzen treffen könne. Das Ministerium habe daher beschlossen, dem Landtag keine neue Vorlage mehr zu machen, denn er würde dann die Schuld daran, daß nichts Wichtiges zu Stande käme, der Regierung mit der Behauptung zuschieben, daß diese die Kammern mit Arbeit überlaste.⁷⁷ Daraus geht zunächst hervor, daß zum mindesten vom März an die Kammern im Recht waren, wenn sie den Ministern absichtliche Verzögerung der Gesetzesvorlagen vorwarfen. Sie hatten aber schon vor dem März Klagen über diesen Mißstand verlauten lassen, während auf der anderen Seite die Minister auch schon vorher Grund zu Vorwürfen

76. Beust berichtet, Aus drei Viertel-Jahrhunderten 1. S. 112, Rabenhorst habe der Auflösung anfänglich widersprochen. Ein anderer Beleg für diese auch Beust überraschende Haltung des Kriegsministers ließ sich nicht finden. Eine derartige Stellungnahme Rabenhorsts muß umso erstaunlicher erscheinen, als sie mit seiner sonstigen hochkonservativen Haltung und den Erfahrungen im Widerspruch steht, die er bei der Beratung derjenigen Budgetpositionen, die sein Ministerium betrafen, mit den Kammern gemacht hatte.

77. Friesen, Erinnerungen 1. S. 239 f.

über die langwierigen Vorberatungen der Budgetvorlagen hatten. Nach der von Friesen mitgeteilten Beratung der Minister im März könnte der Vorgang so konstruiert werden, daß bis zu den Verhandlungen über die deutsche Frage das Ministerium die Absicht gehabt hätte, gütlich mit den Kammern auszukommen und mit ihnen die Vorlagen der neuen Gesetze zu verhandeln. Auch die Tatsache, daß Friesen sofort nach dem Zusammentritt des Landtages den Wahlgesetzentwurf vorlegte, könnte zu der Annahme führen, er habe wirklich zunächst mit diesen Kammern ein definitives Wahlgesetz verabschieden wollen. Wir erinnern uns jedoch, daß der Minister die Gemeindeordnung, die die Grundlage zu dem Landtagswahlgesetz bildete, nur so unvollständig vorlegte, daß die Kammer erklärte, sie könne die ganze Vorlage nicht beraten, mit welchem Beschluß der Minister auch ganz einverstanden war. Friesen konnte mit der Zurückhaltung der Gemeindeordnung nichts anderes bezwecken, als die Beratung des Wahlgesetzes in den Kammern überhaupt unmöglich zu machen. Hätte ihm ernstlich daran gelegen, das definitive Wahlgesetz zu publizieren, so hätte er energischer darauf gedrungen, daß sein Entwurf beraten wurde, trotzdem die Gemeindeordnung noch nicht vollständig vorgelegt war; er hätte ferner die Ausarbeitung sehr beschleunigt und er hätte endlich nicht der Auflösung zugestimmt, bevor nicht die Gemeindeordnung vollständig ausgearbeitet den Kammern vorgelegt und damit auch die Beratung des Landtagwahlgesetzes ermöglicht worden wäre.⁷⁸ Diese drei Gründe sprechen dagegen, daß Friesen zunächst den ernsten Willen gehabt hätte, mit diesen Kammern wichtige gesetzgeberische Arbeiten auszuführen, und erst im März zu der Erkenntnis gekommen sei, mit dieser Volksvertretung sei nicht auszukommen. Der Gegensatz zwischen Regierung und Landtag war zu tief, als daß erst langsam und anläßlich bestimmter Gegenstände sich im Ministerium die Ansicht von der Unmöglichkeit gemeinsamer Arbeit bilden konnte, wie Friesen in seinen Erinnerungen glaubhaft machen will. In diesem ganz prinzipiellen Kampf der Krone gegen die Mitherrschaft der Volksvertretung war

78. Zwar erzählt Friesen, Erinnerungen I. S. 240, auch noch nach den Verhandlungen über die deutsche Frage habe er die Gemeindeordnung vorlegen wollen, tatsächlich aber hat er es nicht getan.

der Innenminister sogar eines der treibenden Elemente — und zwar gegen die Kammern. Er hatte in dem Ministerrat vom Anfang März die Initiative ergriffen und er brachte im Anfang April im Gesamtministerium wiederum die Sprache auf die Auflösung.⁷⁹ Da aber fand er von Seiten Beusts Widerstand.

Wenn wir uns nunmehr der Haltung des Außenministers zuwenden, so finden wir, daß die Frage der Auflösung nicht erst im März akut geworden war, sondern daß sie schon besprochen wurde, als der Landtag noch gar nicht zusammengetreten war. Um diese paradox scheinende Tatsache zu verstehen, muß man sich stets vergegenwärtigen, daß es sich bei diesen Ereignissen gar nicht um den Landtag handelte, sondern vielmehr um das provisorische Wahlgesetz, auf Grund dessen er gewählt worden war. Dieses Erbe von 1848, das demokratische Wahlgesetz, sollte beseitigt werden. Aber das Gesetz konnte nur in den Kammern getroffen werden. Die Situation war die, daß entweder nach dem Mai-Aufstand das provisorische Wahlgesetz beseitigt wurde, oder, wenn die Regierung das nicht tun wollte, noch einmal ein Landtag mit ihm gewählt wurde, an dem die Regierung dann gewissermaßen demonstrieren mußte, daß das Wahlgesetz eine Vertretung ergäbe, mit der eben nicht regiert werden könne. Das war die Stellung des Ministeriums gegenüber dem Landtag. Man kann also sagen, daß es ganz gleichgültig war, welche Stellung im einzelnen die Kammern einnehmen würden; wenn die Regierung einmal entschlossen war, das provisorische Wahlgesetz zu beseitigen, so mußte irgend ein Grund gefunden werden, der die Auflösung und die Beseitigung des provisorischen Wahlgesetzes gerechtfertigt erscheinen lassen konnte. So stellte die innere Politik das Problem, aber es konnte nicht allein nach innenpolitischen Gesichtspunkten gelöst werden, denn es verbanden sich mit ihnen die Fragestellungen der äußeren Politik.

Beust berichtet in seinen Erinnerungen, man habe bereits unmittelbar nach dem Mai-Aufstand an die Beseitigung der provisorischen Wahlgesetze gedacht, er habe aber widersprochen,

79. Im S.H.St.A. war über diese Sitzung des Gesamtministeriums kein Protokoll festzustellen. Daß eine solche Konferenz stattgefunden hat, berichtet Friesen, Erinnerungen 1. S. 242 f.

weil noch preußische Truppen im Lande standen „und auch der Schein — denn die sächsischen Truppen waren ja ebenfalls da — vermieden werden müsse, als habe man unter dem Schutz fremder Bayonnette etwas gewagt“.⁸⁰ Dies ist sehr charakteristisch für Beusts Denken; der außenpolitische Gesichtspunkt überwiegt durchaus. Es geht daraus auch hervor, wie wenig ernst es ihm damit sein konnte, mit Hilfe der preußischen Union die provisorischen Wahlgesetze zu beseitigen, wie Canitz vermutet hatte.⁸¹ Wie die anderen Minister wollte auch er die Abschaffung der provisorischen Wahlgesetze, aber sein Blick war stets auf Preußen gerichtet. Es durfte im Inneren nichts geschehen, was Sachsen in preußische Abhängigkeit bringen oder auch nur den Schein eines Abhängigkeitsverhältnisses erregen konnte.

Wie stand es nun mit dem Widerspruch, den er nach Friesens Mitteilung Anfang April 1850 den Wünschen seiner Kollegen entgegengesetzte? Es konnte ihm aus Gründen der äußeren Politik nichts daran liegen, daß die Kammern zu diesem Zeitpunkt aufgelöst und der Anschein erweckt wurde, als sei die Auflösung wegen ihrer Haltung in der deutschen Frage erfolgt. Während der Monate März und April waren die Verhandlungen über die künftige Gestaltung Deutschlands noch in der Schwebe. Preußen war auf den Münchener Entwurf nicht eingegangen, sondern hatte das Unionsparlament nach Erfurt berufen. Noch hatte Schwarzenberg seinen entscheidenden Gegenstoß gegen die preußische Politik nicht ge-

80. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhundert 1. S. 111. In diesem Zusammenhang verdient auch eine Äußerung Beusts Beachtung, die Friesen, Erinnerungen 1. S. 157 f., mitteilt und die Beust, Erinnerungen zu Erinnerungen, Leipzig 1881 S. 25 f. bestreitet. Danach soll Beust am 6. Mai 1849 Friesen, der eben das Ministerium des Inneren übernommen hatte, gefragt haben, ob es nicht besser sei, sich mit den Insurgenten zu verständigen, eine Amnestie zu gewähren und die Reichsverfassung anzuerkennen als die preußische Hilfe anzunehmen, die doch nur mit der Absicht gewährt werde, Sachsen immer mehr unter preußische Abhängigkeit zu bringen. Der wahre Tatbestand ist nicht festzustellen. Sicher hat Beust im Ernst nicht mehr daran gedacht, zu diesem Zeitpunkt noch die preußische Unterstützung zurückzuweisen, aber es ist immerhin sehr möglich, daß ihm die außenpolitischen Folgen der preußischen Truppenentsendung Bedenken erregten und ihn zu der Frage veranlaßten, die er selbst nicht beantworten wollte.

81. vergl. S. 44 Anm. 41.

führt; erst am 26. April erging die Einladung nach Frankfurt an die deutschen Regierungen. In Erfurt verhandelte man noch über die Unionsverfassung, und bevor hier kein festes Ergebnis vorlag, ließ sich nicht absehen, wie sich die Dinge in der Union wenden würden. Es war also noch keine klare Situation geschaffen. Wenn jetzt in Sachsen die unionsfreundlichen Kammern aufgelöst wurden, so wäre damit die Stellung der sächsischen Regierung nach außen hin sehr scharf gekennzeichnet worden.⁸² Um das zu vermeiden, mag Beust Anfang April gegen das Votum der anderen Minister gestimmt haben, die sich mit der von Friesen geplanten Auflösung einverstanden erklärten.⁸³

Hätte Friesen wirklich die Absicht gehabt, noch das Wahlgesetz zu verabschieden, so hätte er jetzt die Vorlage der Gemeindeordnung auf das Aeüßerste beschleunigt. Aber ihm lag daran den Landtag aufzulösen und er benutzte die Frist, die den Kammern gewährt wurde, nicht. Diese Frist lief ab, als die Kammern Ende Mai ihren letzten, von ihnen selbst als entscheidend gedachten Angriff gegen die Regierung unternahmen, und auf der anderen Seite durch die Einberufung der deutschen Regierungen nach Frankfurt und durch den Abschluß der österreichisch-sächsischen

82. So erklärt es sich auch, daß Beust dem preußischen Gesandten gegenüber hartnäckig leugnete, die Kammerrauflösung sei durch die deutsche Politik des Landtages bedingt, und in den folgenden Jahren immer betonte, der Bruch sei wegen der Differenzen in der inneren Politik erfolgt. Galens Bericht vom 10. Juni 1850. Pr.Geh.St.A. Erst lange Zeit später hat er zugegeben, daß bei der Auflösung des Landtages von 1849/50 die Opposition der Kammern gegen seine deutsche Politik eine große Rolle gespielt hat; vergl. Flathe, Geschichte von Sachsen, S. 671. Die Aeüßerung Beusts in der zweiten Kammer 1864.

83. Beust widerspricht, Erinnerungen zu Erinnerungen S. 33 f. und Aus drei Viertel-Jahrhunderten I. S. 111, der Darstellung Friesens. Er habe die Auflösung Anfang April nicht gewünscht, weil die Parteigruppierung die Kammern daran gehindert habe in der deutschen Frage entschiedene Anträge an die Regierung zu stellen und ihm auf diese Weise freie Hand gelassen habe. Daß Beust zu diesem Zeitpunkt gegen die Auflösung gestimmt hat, ist sehr wahrscheinlich, aber die Gründe zu diesem Widerstand scheinen eher in der oben angegebenen Richtung zu liegen, denn wenn es auch formal in den Kammern nicht zu Anträgen kam, so war doch die Opposition gegen Beusts Politik so einmütig, daß durch die Auflösung seinem „Departement am meisten Luft gemacht“ wurde.

Militärkonvention eine feste Abgrenzung der Stellungen geschaffen war.⁸⁴ Es beruhte auf einer völligen Verkenning des Wesens der Politik Beusts, wenn Graf Galen noch im Mai Sachsen dadurch auf die Seite der Union zu ziehen versuchte, daß er dem sächsischen Minister auseinandersetzte, nach der Annahme der Unionsverfassung durch das Erfurter Parlament könnten die treuen Mitglieder des Dreikönigsbündnisses sich ihres allgemeinen Wahlrechtes entledigen; wenn ihre eigene Kraft dazu nicht reiche, so stünde nunmehr ja die Unionsgewalt hinter ihnen. Beust antwortete kühl, Sachsen werde nächstens beweisen, daß seine eigene Tatkraft genüge, und Galen schließt seinen Bericht resigniert, sollte doch eine Empörung ausbrechen, so sei kein Zweifel, wohin die sächsische Regierung sich mit der Bitte um Hilfe wenden würde.⁸⁵ Jetzt war der richtige Augenblick gekommen, im Inneren entscheidende Schritte zu tun. Man war nicht mehr auf die preußische Unterstützung angewiesen wie vor einem Jahr, mußte andererseits handeln, bevor der Bundestag oder eine ähnliche Zentralgewalt sich wieder konstituiert hatte, denn es war vorauszusehen, daß dann der Bund auf die Beseitigung von Wahlgesetzen dringen würde, die das Revolutionsjahr geschaffen hatte. Daß vor der Nachweilt Beust die Hauptschuld an der Auflösung tragen mußte, obwohl Friesen die führende Rolle für sich in Anspruch nahm, läßt sich nicht anders erklären als damit, daß diese Ereignisse stets unter dem Gesichtspunkt der deutschen Einheitsbewegung betrachtet wurden. In dieser Blickrichtung verloren die innersächsischen Dinge an Bedeutung, und es bot sich der Betrachtung die klare Linie der von Beust gegen Preußen geführten Politik.⁸⁶ Doch ist

84. Friesen, Erinnerungen 1. S. 252, gibt als den letzten Anstoß zur Kammerauflösung an, die sächsische Regierung habe Nachricht von einer geheimen preußischen Anfrage in Wien erhalten, die der österreichischen Regierung von den beiden Großmächten gemeinsam zu unternehmende Schritte zur endlichen Wiederherstellung der Ruhe in Sachsen vorschlug. Eine anderweitige Bestätigung dieses preußischen Schrittes liegt nicht vor, so daß Friesens Mitteilung nur mit starken Zweifeln verwertet werden kann.

85. Galens Bericht vom 6. Mai. Pr.Geh.St.A.

86. vergl. Heinrich von Treitschke, Die Zustände des Königreichs Sachsen. Karl Biedermann, Dreißig Jahre deutscher Geschichte 2. S. 28 f. 2. Aufl. Heinrich von Sybel, Die Begründung des Reichs 3. Aufl. 1913. 2. S. 73 f. Walter Schinke, Der politische Charakter des Maiaufstandes, S. 69. Erich Brandenburg, Die deutsche Revolution, S. 101.

dieses Ereignis nicht nur die Reaktion des autonomen Mittelstaates auf die Gefährdung seiner Eigenstaatlichkeit, sondern gleichzeitig der Gegenstoß der alten Staatsgewalt gegen die neuen politischen Kräfte. Innere und äußere Politik griffen ineinander. Der Gegensatz, der in der inneren Politik zwischen Regierung und Volksvertretung bestand, war latent; er drückte stets mit voller Wucht auf die politische Gesamtlage. Aber die Fragen der leichter sich verschiebenden auswärtigen Politik gaben die zeitlichen Abschnitte, in denen sich die Entwicklung des Kampfes zwischen Ministerium und Kammern vollzog, und erzwangen so auch die letzte Entscheidung — die Landtagsauflösung — zu einem Zeitpunkte, an dem dieses Ereignis für Beusts deutsche Politik günstig war.

Die Reaktivierung der alten Stände.

Wir sahen, daß der politische Zweck der Auflösung die Beseitigung der provisorischen Wahlgesetze war; allein unter diesem Gesichtspunkt hatte das Vorgehen gegen den Landtag von 1849/50 einen Sinn. Damit war aber nur etwas Negatives gegeben, und die Frage war, was denn an die Stelle der provisorischen Wahlgesetze treten sollte.

Friesen hatte bereits im April diese Frage erwogen und seine Gedanken in einem Aufsatz niedergelegt, den er am 18. Mai in wenig veränderter Form den anderen Ministern vorlegte.⁸⁷ Er ging davon aus, daß die provisorischen Wahlgesetze lediglich zu dem Zweck geschaffen seien, mit der durch sie gewählten Volksvertretung ein definitives Wahlgesetz zu vereinbaren; ein endgültiger Zustand sei durch sie nicht hergestellt worden, sondern nur eine zeitweilige Aenderung. Nun hätte es sich aber gezeigt, daß mit den auf Grund dieser Wahlgesetze gewählten Kammern nichts anzufangen sei, und daher hätte das Ministerium nicht nur das Recht — abgeleitet aus dem provisorischen Charakter der Gesetze vom November 1848 — sondern auch die Pflicht, mit diesem Wahlgesetz nicht noch einen dritten Versuch zu machen, der den Staat nur auf das Äußerste gefährden könnte. Wenn man also das provisorische Gesetz aufgab, so hätte nunmehr die Krone nach dem

87. Die ausführliche Behandlung dieser Frage bei Friesen, Erinnerungen 1. S. 254 ff.

Vorgang Preußens ein definitives Wahlgesetz oktroyieren können. Diese Möglichkeit lehnt Friesen aber ab, mit der Begründung, daß in einem solchen Vorgehen eine Verfassungsverletzung läge. Die provisorischen Gesetze hätten diejenigen Paragraphen der Verfassungsurkunde nicht angetastet, nach denen eine Verfassungsänderung — und das wäre ja die Oktroyierung eines Wahlgesetzes gewesen — nur im Einverständnis zwischen Regierung und Volksvertretung rechtskräftig zu Stande kommen könne.⁸⁸ So kommt der Minister zu dem Schluß, daß nichts anderes übrig bleibe, als die alten Stände wieder zu berufen und mit ihnen das definitive Wahlgesetz zu beraten. Friesen gab sich die größte Mühe, die Berechtigung zur Beseitigung der provisorischen Wahlgesetze zu erweisen. Ob es ihm ganz genehm war, daß die Folge die Reaktivierung der alten Stände war, läßt sich bezweifeln. Es hat den Anschein, als ob der König nur zögernd den Plänen der Minister folgte;⁸⁹ daß er auch jetzt dem Vorgehen des Ministeriums gewisse Schranken zog, deutet Friesen selbst an. Es läßt sich mit Bestimmtheit darüber nichts sagen. Ob die Beseitigung der provisorischen Wahlgesetze einen Staatsstreich darstellte — mit dem rechtlich negativ wertenden Urteil, das diesem Ausdruck anhaftet — mag dahingestellt sein bleiben als eine im Rahmen einer historisch-politischen Untersuchung nicht zu lösende Frage.⁹⁰ Hier ist das Entscheidende die politische Bedeutung des Vorganges.⁹¹

88. §§ 77 und 152 der Verfassungsurkunde.

89. vergl. S. 62 Anm. 74.

90. Auch Beust gibt zu, daß er an der rechtlichen Unanfechtbarkeit der Maßregel Zweifel gehegt habe, aber auch ihm kam es eben auf den politischen Zweck an. Vergl. Aus drei Viertel-Jahrhunderten I. S. 112.

91. Wenn es auch der Gesetzgebung eines Staates vorbehalten ist aus eigenem Ermessen das Wahlrecht nach politischen Zweckmäßigkeitsgründen zu regeln, so rechtfertigt diese Anschauung das Verfahren der sächsischen Regierung von 1850 noch nicht, denn die Gesetzgebung Sachsens setzte sich verfassungsmäßig aus der Regierung und den Kammern zusammen. In unserem Fall handelte die Regierung aber allein, ohne die Kammern, ja sogar gegen ihren ausgesprochenen Willen. Zu ihrer juristischen Rechtfertigung konnte die Regierung daher nichts anderes tun, als dem auf Grund der provisorischen Gesetze zusammengetretenen Landtag die Qualitäten des Gesetzgebers absprechen. Da dies staatsrechtlich aber nicht möglich war, da der Landtag rechtlich qualifiziert war, so mußte das Ministerium eben zu der politischen Disqualifizierung greifen und dazu diente die angeführte Definition

Sicher ist, daß im politischen Sinne die Regierung dem Willen des Gesetzgebers vom November 1848 zuwider handelte. Denn der politische Zweck der provisorischen Wahlgesetze war es gewesen, an Stelle der alten Stände eine zeitgemäße Vertretung zu schaffen, mit der das definitive Wahlgesetz beraten werden sollte. Wenn jetzt die Regierung den Partner in der Gesetzgebung, den ihr das Jahr 48 an die Seite gestellt hatte, fortstieß, so brachte sie damit

des Zweckes des provisorischen Wahlgesetzes. Um den Begriff provisorisches Gesetz ging also der Streit. Vergl. über die Anschauungen über die Natur des Wahlrechtes Georg Meyer, Das parlamentarische Wahlrecht. 1913. S. 411 f., herausg. nach dem Tode des Verfassers von Georg Jellinek. 1. Aufl. Berlin 1901.

Die Schrift von Karl Biedermann, Die Wiedereinberufung der alten Stände in Sachsen aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Politik, Leipzig 1850, behandelt die Frage sehr viel mehr in politischer als in rechtlicher Hinsicht. Biedermann sucht nachzuweisen, daß nicht Opposition in inneren Fragen, sondern die Stellungnahme der Kammern gegen Beusts deutsche Politik zu ihrer Auflösung geführt hat. Seine rechtliche Verurteilung des Verfahrens der Regierung gründet sich auf die Ansicht, daß das provisorische Wahlgesetz das Wahlgesetz vom September 1831 endgültig aufgehoben habe.

In den Leitartikeln ihrer Nummern vom 30. und 31. Mai 1850 erbrachte die „Freimüthige Sachsenzeitung“ einen formal begründeten Beweis für die Rechtmäßigkeit der Landtagsauflösung und der Reaktivierung der alten Stände. Sie führte aus, daß nach § 152 der Verfassungsurkunde die Stände einen Antrag auf Abänderung der Verfassung oder auf Zusätze zu derselben nicht eher an den König bringen könnten, als bis in zwei ordentlichen, unmittelbar aufeinander folgenden Ständeversammlungen übereinstimmende Beschlüsse darüber gefaßt worden seien. Demnach seien alle seit dem 18. Mai 1848 (dem Tag des Zusammentritts des Landtages von 1848) gefaßten Beschlüsse über Verfassungsänderungen nichtig, denn der Landtag von 1848 war laut Bekanntmachung des Ministeriums Könneritz und des Ministeriums Braun (9. März und 19. April 1848) ein außerordentlicher. Zwar habe der Landtagsabschied vom 17. November 1848 die Beschlüsse des außerordentlichen Landtages bestätigt, aber auch diese Bestätigung habe keine Rechtskraft, da nicht verfassungsmäßig werden könne, was von vornherein nichtig sei. Diese Beweisführung der Sachsenzeitung ging also sehr viel weiter als die Argumentation Friesens; die Sachsenzeitung wollte die Berechtigung zur Reaktivierung der Stände mit der Nichtigkeit des provisorischen Wahlgesetzes — also formal begründet — beweisen, während der Minister sich auf die rechtliche Unbestimmtheit des Inhaltes des Novembargesetzes stützte. Mag nun die Deduktion der Sachsenzeitung rechtlich betrachtet unwiderleglich sein, welche Frage hier nicht entschieden werden kann, politisch gesehen führte sie zur völligen Verwerfung alles dessen, was die Revolution geschaffen hatte.

nur zum Ausdruck, daß sie die Volksvertretung revolutionären Ursprungs für unfähig ansah, am staatlichen Neubau mitzuwirken. Damit ist noch nicht gesagt, daß eine einfache Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen geplant war, daß die jetzigen Leiter des Staates nicht gewillt gewesen wären in gewissen Grenzen Anregungen von 48 zu verwerten. Es kam dabei viel auf die Haltung der reaktivierten, alten Stände an. Am 3. Juni wurden die Stände des außerordentlichen Landtages von 1848 wieder einberufen. Am gleichen Tag hob das Ministerium den Belagerungszustand auf. Man wollte damit ein Zeichen des Bewußtseins der eigenen Stärke geben und gewährte jetzt freiwillig, was man sich von den Kammern von 1849/50 nicht hatte abfordern lassen.

Der Kampf zwischen Regierung und Volksvertretung um die Vormacht im Staatsleben war zu Gunsten der Krone und ihrer Räte entschieden. Es sollte in Sachsen keine parlamentarische Regierung herrschen in dem Sinne, daß die Majorität der Volksvertretung die Geschicke des Landes bestimmte. Die erste Phase der Reaktion war abgeschlossen, und ihr Inhalt war der Kampf gegen die Ausstrahlungen des Revolutionsjahres gewesen. Wir werden zu untersuchen haben, ob sich die Reaktion in der Verleugnung der Märzerrungenschaften erschöpfte, oder ob nicht eine Verbindung der Märzideen mit den alten Mächten hergestellt wurde, die der Gesamtentwicklung den Stempel positiven Wirkens aufdrückte.

Es wird sich zeigen, daß die Regierung nur vorübergehend auf die Unterstützung der alten Stände rechnen konnte, daß diese, sowie sie einmal wieder in den Sattel gesetzt worden waren, eigene Absichten verfolgten, die denen der Regierung entgegengesetzt waren, und daß die Minister den Geist nicht wieder bannen konnten, den sie gerufen hatten. Es war der Geist des altständischen Agrarkonservatismus.

Zunächst aber wurde der Regierung heftiger Widerstand gegen die Reaktivierung der alten Stände von Seiten der Universität entgegengestellt. Die Aufgabe des nächsten Kapitels ist es, darzustellen, welche Rolle die Universität als Korporation in diesen Jahren spielte, in welcher Richtung sich einzelne Dozenten politisch betätigten und welche Folgen sich daraus für das Verhältnis zwischen dem Ministerium und der Landesuniversität ergaben.

Zweites Kapitel.

Die Universität.

Die Senatsverfassung bis 1848.

Der einzige geschlossene Widerstand, auf den die Regierung bei der Wiedereinberufung der alten Stände stieß, ging von der Universität Leipzig aus, und die Folge dieser Haltung war eine Umgestaltung der Universitätsverfassung.

Die letzten Reste der alten Nationenverfassung, die 1409 aus Prag übernommen war, fielen im Jahre 1830. An die Stelle des concilium nationale magnum und des professorium trat der akademische Senat, der unter dem Vorsitz des Rektors tagte und in dem alle ordentlichen Professoren saßen.¹ Die Kompetenzen dieses neugebildeten Senats waren sehr weit ausgedehnt. Sie umfaßten die Beratung und Beschlußfassung über den Verkehr der Universität mit der Regierung, die Stellenbesetzung des Universitätsrichters und des Rentmeisters, alle wichtigen Verwaltungsangelegenheiten, die Verleihung der bisher von der Versammlung aller Professoren vergebenen Stipendien und die Wahl des von der Universität zur ersten Kammer abzuordnenden Landtagsdeputierten. Aus dieser Fülle der Beratungsgegenstände ergab sich die Notwendigkeit das Material zu sichten und für die Sitzung des Senats vorzubereiten; so bildete sich der Brauch heraus, daß der Rektor die Dekane der vier Fakultäten zu Vorbesprechungen versammelte und zu diesen vorbereitenden Konferenzen aus jeder Fakultät einen ordentlichen Professor zuzog. Es war dies aber lediglich eine aus der Geschäfts-

1. Die Entwicklung der Senatsverfassung ist dargestellt nach den Akten des Universitätsarchivs Leipzig; für den ersten Abschnitt Repert. 1. No. 11. Vol. 4.

praxis erwachsene Gewohnheit, die nicht verfassungsmäßig fixiert wurde. Die Entscheidung in allen der Universität zustehenden Fragen blieb nach wie vor dem Senat vorbehalten. Der Senat hatte also eine ganz überrasgende Stellung inne, die von außen her schwer angreifbar war, weil die ordentlichen Professoren — in gesicherter Position — durch materiellen Druck weniger leicht zu beeinflussen waren, als es eine Versammlung gewesen wäre, der auch materiell weniger geschützte Dozenten angehörten. 1836 suchte das Ministerium zum ersten Mal die Konzentrierung der Geschäftsführung in einem einzigen Kollegium zu beseitigen, indem es die Errichtung eines engeren Ausschusses vorschlug. Diesem Versuch einer Schmälerung seiner Machtvollkommenheit trat der Senat mit dem Hinweis auf die schon bestehenden, vorbereitenden Konferenzen entgegen, durch die eine Ueberlastung des Senats mit Geschäften verhindert werde.² Die Regierung gab sich damit zufrieden.

Aber sechs Jahre später nahm das Kultusministerium seine Pläne wieder auf und regte von neuem die Bildung eines engeren Rates an, der nach dem Muster anderer deutscher Universitäten einen Teil der Geschäfte selbständig bearbeiten, die der Kompetenz des Senats verbleibenden Angelegenheiten vollständig vorbereitet vor dessen Plenum bringen sollte. Wiederum war es also auf eine Einschränkung der Befugnisse der mächtigen Körperschaft abgesehen. Es zeigte sich aber, daß man an der Universität das Endziel dieser Vorschläge erkannte und nicht gewillt war wesentliche Punkte der Stellung des Senats aufzugeben. Denn während der Senat und die theologische Fakultät in den Gutachten, zu deren Abfassung sie von dem Ministerium aufgefordert waren, sich ganz und gar gegen die geplante Einrichtung aussprachen, stimmten die drei anderen Fakultäten der Errichtung des engeren Rates auch nur unter der Bedingung zu, daß seine Kompetenzen auf rein administrative Angelegenheiten beschränkt sein würden. Die Ver-

2. Ebeling, Friedrich Ferdinand Graf von Beust. Leipzig 1871. Bd. 2. S. 374 berichtet, der Senat selbst sei 1836 mit dem Vorschlag der Errichtung eines engeren Ausschusses an das Ministerium herangetreten. Das Gegenteil ist richtig. Ebeling will mit dieser Behauptung nachweisen, daß die Umgestaltung der Universitätsverfassung von 1851 den Wünschen des akademischen Senats entsprochen habe.

handlungen zwischen Kultusministerium und Universität zogen sich mit der äußersten Langsamkeit durch zwei Jahre hin; aber trotz wiederholter Bitten des Senats alles beim Alten zu lassen, beharrte das Ministerium bei seinen Absichten und forderte im Mai 1844 endgültig die Ausarbeitung eines Entwurfs über die Errichtung des engeren Ausschusses ein.

Nunmehr schlug der Senat vor, der Ausschuß möge aus dem Rektor, dem Exrektor, den vier Dekanen, einem ordentlichen Professor der Juristenfakultät und fünf ordentlichen Professoren, die der Senat aus seiner Mitte wählen sollte, zusammengesetzt werden. Um möglichst jede Beeinflussung des Ausschusses durch die Regierung zu verhindern, wünschte der Senat, daß die Ausschußmitglieder zur Ausübung ihrer Funktionen nicht der Bestätigung des Ministeriums bedürften. Es vergingen abermals drei Jahre, bis dieser Vorschlag seitens der Regierung genehmigt und im Juni 1847 endlich auch die Kompetenzverteilung zwischen Senat und Ausschuß festgesetzt wurde. Dem Ausschuß wurde nur eine ganz untergeordnete Stellung neben dem Senat eingeräumt; er hatte lediglich vorbereitende Befugnisse. Die Entscheidung in allen Angelegenheiten stand nach wie vor dem Senat zu. Die Wahlen des Rektors und des Landtagsabgeordneten und die Verleihung sämtlicher Benefizien nahm der Senat auch weiterhin ohne Vorbereitung durch den Ausschuß vor. Im großen und ganzen war also die Stellung des Senats gewahrt; es war lediglich eine Erleichterung in der Geschäftsführung eingetreten. Das Ministerium erteilte diesen Vorschlägen zwar seine Zustimmung, führte aber den Ausschuß, der unter den Händen des Senats zu einer den ministeriellen Absichten so wenig entsprechenden Einrichtung geworden war, zunächst nur versuchsweise ein. Tatsächlich fristete der Ausschuß denn auch ein höchst kümmerliches Dasein, denn die ihm zustehenden Gegenstände wurden nun nicht einmal seiner vorbereitenden Arbeit überwiesen, sondern sie wurden, um Zeit zu sparen, sofort vor den Senat gebracht, so daß in Wahrheit alles beim Alten blieb. Aber der Ausschuß hatte den allen Behörden eigentümlichen Selbsterhaltungstrieb und so zog er aus den Tatsachen nicht die Konsequenz seine Aufhebung zu beantragen, sondern schlug dem Rektorat vielmehr vor den Ausschuß ganz und gar an die Stelle des Senats treten zu lassen und dem letzteren nur

die Vornahme der Wahlen und die Benefizienverleihung vorzubehalten. Der Antrag wurde abgelehnt und statt dessen die Ausarbeitung einer neuen Geschäftsordnung für den Senat in Angriff genommen. Als die Verfassungsangelegenheiten der Universität diesen Stand erreicht hatten, brach die Märzbewegung in Sachsen los.

Die Universität bis zur Reaktivierung der alten Stände.

Bis zum Mai 1850 hatte die Universität zwar nicht als Gesamtheit Anteil an den politischen Ereignissen, aber sie stellte aus den Reihen ihrer Dozenten eine Schaar politisch hervortretender Männer.

Für die sächsische Entwicklung im Jahre 48 hatte die größte Bedeutung der Rektor des Jahres von der Pfordten, Professor für römisches Recht. Er übernahm im Märzministerium vorübergehend das Ministerium des Inneren, um dieses Departement sehr bald mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu vertauschen, an dessen Spitze er bis zum Rücktritt des Märzministeriums anlässlich seiner Weigerung, die Grundrechte zu publizieren, stand. Bei seiner Berufung in das Märzministerium galt er als liberal; unter seinen Ministerkollegen stand er am weitesten rechts und im Lauf des Jahres wurde er als heimlicher Reaktionär immer unbeliebter. Für seine Stellung als Außenminister war jedoch wesentlich seine Haltung in der deutschen Frage. Sicher war er als sächsischer Außenminister nicht so sehr typischer Vertreter der einzelstaatlichen Autonomie wie sein Nachfolger Beust und auch später, als er die auswärtige Politik seines Heimatlandes Bayern leitete, ist er in dieser Richtung nicht so hervorgetreten wie der sächsische Minister. Aber dieser Unterschied ist doch nur ein gradueller. Denn schon in Sachsen war sein Ziel für die Gestaltung Deutschlands eine zwar festere Zusammenfassung der deutschen Staatenwelt zu schaffen, in der den Mittelstaaten jedoch eine Stellung gewahrt werden sollte, wie sie im folgenden Jahrzehnt die trialistischen Bestrebungen bezweckten.³ Pfordten unterscheidet

3. vergl. die Instruktion von der Pfordtens für die sächsischen Gesandten an den deutschen Höfen; abgedr. bei Ernst II. Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Bd. 1. S. 291. Der Minister

sich dadurch von den anderen politisch hervortretenden Leipziger Professoren, daß er im Einzelstaat wirksam war, daß sein Blick nicht so sehr auf Frankfurt und die deutsche Einheitsbewegung sich richtete. Betrachtet man den deutschen Professor von 1848 als das Mitglied einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht und als den Träger einer zwar variierten, im ganzen gesehen aber doch in sich geschlossenen, politischen Willens, so steht Pfordten außerhalb dieses Rahmens; als Parteimann nicht hervortretend ist er von Anfang seiner politischen Laufbahn als verantwortlicher Minister anzusehen. Da um die Mitte des vorigen Jahrhunderts Staat und Parteien sich noch nicht durchdrungen haben, noch nicht eins geworden sind, liegen auch die politische Denk- und Handlungsweise des Staatsmannes und des Parteipolitikers noch auf verschiedenen Ebenen, sind sie einer verschiedenartigen Betrachtungsweise unterworfen.

Den stärksten Gegensatz zu Pfordten verkörperte Karl Biedermann. Im Jahr 48 war er in Frankfurt; einer der Führer des Weidenbuschvereins. In seinen Erinnerungen schildert er ergreifend die Trostlosigkeit, die ihn und seine politischen Freunde angesichts der Resultatlosigkeit der Arbeit der Paulskirche ergriff. Aber in diesem Zusammenbruch aller Hoffnungen trug in ihm der Wille alle Mittel zu ergreifen, die sich der Verwirklichung der deutschen Einheit boten, den Sieg davon über prinzipiell-liberale Bedenken. Er ging nach Gotha und trat auf den Boden der preußischen Union hinüber; ihm fiel dieser Schritt schwerer als manchem anderen, aber er fühlte in sich die Verantwortung gegenüber Deutschlands Zukunft, unter deren Druck er so handelte, wie es ihm realpolitisch möglich war. So war er, als er in die zweite Kammer des Landtages von 1849/50 gewählt wurde, zum Führer der „Gothaer“ in Sachsen geworden. In dieser Rolle sahen wir ihn als einen der schärfsten Gegner Beusts wirksam. Nach der Landtagsauflösung trat Biedermann zurück; er wirkte publizistisch in demselben Sinn wie er es als Abgeordneter getan hatte. Die

ging in diesem Schriftstück von dem Gedanken aus, daß eine monarchische Zentralgewalt für Deutschland nötig sei; er schlägt einen fünfjährigen Wechsel zwischen dem Kaiser und den deutschen Königen vor. Ueber Pfordtens Stellung zur deutschen Frage siehe auch Fritz Hauptmann, Sachsen u. Thüringen 1848/49. Neues Archiv f. sächs. Gesch. Bd. 51. Heft II. S. 222.

Herausgabe der „deutschen Annalen zu Kenntnis der Gegenwart und Erinnerung“ verwickelte ihn in einen Prozeß; er wurde verurteilt und seiner Professur entsetzt (Juli 1854). Zu dieser Zeit hatte Beust das Kultusministerium an Falkenstein abgetreten, er griff aber trotzdem noch in den Verlauf des Prozesses ein und zwar in einer für ihn sehr charakteristischen Weise. 1852 hatte Biedermann, der Honorarprofessor war, den damaligen Kultusminister Beust um Bewilligung eines Gehaltes gebeten. Diese Bitte war von dem Minister auch anstandslos erfüllt worden; nun behauptete Beust jetzt aber, Biedermann habe sich dafür verpflichtet, künftig politischer Polemik gegen die Regierung zu entsagen. Mit dieser Erklärung konnte Beust nichts anderes bezwecken als eine vollkommene Diskreditierung Biedermanns.⁴ Auf den Gang des Prozesses hatte die Angelegenheit keinen Einfluß, sie ist aber kennzeichnend für Beusts Kampfweise, der den Gegner dadurch, daß er ihn moralisch unmöglich zu machen suchte, viel vernichtender treffen wollte als es durch die Verurteilung in einem politischen Prozeß möglich war.

In dem Zusammenhang der Regierungsmaßnahmen gegen mißliebige Professoren verdient noch eine Episode Erwähnung, die an sich keine allgemeine Bedeutung hat, aber bezeichnend für die Zeit ist und deshalb den Blick auf sich lenkt, weil sie das Leben eines der größten Vertreter der deutschen Wissenschaft berührte.

Als die Nachricht von dem Mai-Aufstand nach Leipzig kam, versammelten sich die Ausschüsse des deutschen und des Kramerschen Vereins, der sich im Juli 1848 aus dem Leipziger Vaterlandsverein abgesondert und zwischen ihm und den deutschen Vereinen seine Stellung inne hatte, und bildeten einen gemeinsamen Ausschuß, der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung beraten sollte. Von Seiten des deutschen Vereins gehörten dem gemeinsamen Ausschuß drei Professoren an; der Germanist Friedrich Moritz Haupt, der Altphilologe Otto Jahn und

4. Gesamtministerium Loc. A. No. 10. Vol. 4. S.H.St.A. und Biedermann, Mein Leben. Bd. 2. S. 70 ff. Biedermann bestreitet entschieden, daß er sich bei der Bitte um Gehalt in der von Beust angegebenen Weise gebunden habe. Tatsächlich erscheint eine derartige Handlungsweise bei ihm als Unmöglichkeit.

der außerordentliche Professor der Rechte Theodor Mommsen. Alle drei waren bisher in der Bewegung noch nicht hervorgetreten.

Der gemeinsame Ausschuß, der im Hotel de Saxe tagte, schickte sofort nach seiner Bildung einige Mitglieder an den Rat der Stadt, um Erkundigungen über die Ereignisse in Dresden einzuziehen.⁵ Die zurückbleibenden Mitglieder — unter ihnen Mommsen — begaben sich inzwischen nach Hause. Als sie Nachmittags wieder zu ihrem Versammlungsort zurückkehrten, fanden sie eine große Ansammlung vor, unter der sich sehr radikale Elemente befanden. Diese Menge verlangte stürmisch, die Leipziger Kommunalgarde solle zur Unterstützung des kämpfenden Volkes nach Dresden ziehen und der Rat solle Geldmittel für dieses Unternehmen zur Verfügung stellen. Auf die Nachricht hin, daß die Kommunalgarde sich weigere, nach Dresden zu marschieren, wurde die Menge sehr aufgeregt und nahm eine drohende Haltung ein. In diesem kritischen Augenblick erklärte Mommsen, der sich bisher zurückgehalten hatte, im Namen des deutschen Vereins seinen, Haupts und Jahns Austritt aus dem vereinigten Ausschuß. Die drei Professoren waren also an den Ereignissen nur so lange beteiligt, als es sich darum handelte Ordnung zu wahren; sie zogen sich zurück, als die Versammlung den entgegengesetzten Weg einschlagen schien. Es kam nicht zu dem beabsichtigten Marsch nach Dresden, vielmehr verhinderte die Leipziger Kommunalgarde, fast als einzige im ganzen Lande, ordnungswidrige Bewegungen in der von Truppen gänzlich entblößten Stadt. Für Haupt, Jahn und Mommsen sollte die Teilnahme an der Versammlung jedoch die schlimmsten Folgen haben. Sie wurden wegen hochverräterischer Bestrebungen vor Gericht gezogen, und ,obwohl die zweite Instanz sie „in Mangel mehreren Verdachts“ freisprach, da es allen drei gelang nachzuweisen, daß sie an der Aufforderung zu dem Marsch nach Dresden unbeteiligt waren, beschloß Beust dennoch ihre Entlassung. Für Haupt und Jahn holte er die notwendige Zustimmung der beiden anderen in evangelicis beauftragten Staatsminister ein. Mommsen, der nicht ordentlicher Professor war, konnte er von sich aus seines Amtes entheben; er tat es mit der Begründung, daß

5. Gesamtministerium Loc. A. No. 10. Vol. 4 und Justizministerium No. 5449. S.H.St.A.

Mommsen „durch sein Verhalten in den Mai-Tagen öffentliches Aergernis gegeben und ein sehr schlechtes Beispiel für die akademische Jugend gegeben habe“. Die drei Dozenten fochten diese Entscheidung an, wobei sich Mommsen darauf berief, daß ein öffentliches Amt nur in den vom Civilstaatsdienergesetz ausdrücklich bezeichneten Fällen, zu denen der ihre nicht gehöre, entzogen werden dürfe. Beust gab das ohne weiteres zu, erklärte aber die Entscheidung sei gar nicht nach dem Staatsdienergesetz gefällt, sondern nach der Oberkonsistorialverordnung von 1580, welche die Befugnis über das amtliche und sittliche Verhalten der Universitätslehrer zu wachen dem Konsistorium übertragen habe. Diese Befugnis sei vom Oberkonsistorium auf das Ministerium übergegangen; in Ausübung dieser Disziplinargewalt habe das Ministerium 1809 einen Professor wegen dringenden Verdachts eines beabsichtigten Ehebruchs entlassen.⁶ Ganz analog dazu enthebe man jetzt die drei Professoren ihrer Aemter.⁷

Diese Maßregelung bedeutender Hochschullehrer blieb als unverhüllter Willkürakt in der Geschichte der sächsischen Reaktion vereinzelt; die Fälle Richard Wagners, Röckels und Biedermanns können damit nicht verglichen werden. Die Verfolgung dieser Männer war politisch oder rechtlich begründet, da sie an offenem Aufruhr teilgenommen, oder — wie Biedermann — sich als gefährliche, politische Gegner der Regierung erwiesen hatten. Haupt, Jahn und Mommsen aber wurden von dem haltlosen Ausbruch einer politischen Stimmung getroffen, die keinen anderen Grund als gegenstandslose Nervosität und keinen anderen Erfolg hatte als den, die Empörung weiter Kreise auf die Regierung zu lenken.

Bisher waren Professoren der Landesuniversität einzeln in einer der Regierung unangenehmen Richtung politisch hervorgetreten; die Reaktivierung der alten Stände aber stellte die Universität als Gesamtheit in schroffe Opposition zur Regierungspolitik.

6. Der 1809 Entlassene war der Professor für Philosophie Eck.

7. Auch gegen Biedermann wurde die Oberkonsistorialverordnung von 1580 angewendet; vergl. Biedermann, Mein Leben. Bd. 1. S. 69 f. und Biedermann, Ein Wort in eigener Sache. Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst. Hergg. von Otto Wigand. 1854. S. 369 ff.

8. Repert. 1. No. 11. Vol. 6. U.A.L.

Die Umgestaltung der Senatsverfassung.

Das provisorische Wahlgesetz hatte die verfassungsmäßige Beteiligung der Universität am politischen Leben, die durch die Vertretung in der ersten Kammer gegeben war, beseitigt. Als nun die Regierung mit der Auflösung des Landtages am 1. Juni die alten Stände wieder einberief, erhob sich für den Senat die Frage, ob er durch Wahl und Absendung eines Deputierten die Rechtmäßigkeit der Reaktivierung anerkennen wollte. Der Senat faßte seinen Entschluß, noch bevor eine Missive aus Dresden eintraf, in einer Sitzung am 20. Juni, in der er beschloß die Wahl eines Deputierten nicht vorzunehmen. Das Ministerium konnte nicht gut anders als diesen Beschluß für „unzulässig und ungehörig“ erklären, und sandte die offizielle Aufforderung zur Vornahme der Wahl. Tatsächlich hatte dieser Widerstand der Universität eine gewisse Bedeutung, denn hier erklärte sich die höchste rechtliche Autorität des Landes gegen das Vorgehen der Regierung. Beust begab sich also selbst nach Leipzig und mahnte zur Nachgiebigkeit. Er hatte aber nicht den geringsten Erfolg, denn mit großer Mehrheit erklärte der Senat, er halte sich nicht für berechtigt sich in der ersten Kammer vertreten zu lassen, und weigerte sich die Wahl vorzunehmen. Das Kultusministerium versuchte nun auf einem Mittelweg sein Ziel zu erreichen; es bestand auf der Wahl und Absendung des Abgeordneten, gestattete aber der Opposition sich der Stimmenabgabe zu enthalten. Nunmehr wurde die Wahl vorgenommen, aus der der Theologe Tuch hervorging. Von der Stimmenthaltung hatten 14 Senatsmitglieder Gebrauch gemacht, darunter die Professoren Albrecht, Haupt, Jahn, Roscher und Wuttke. Mit der Vornahme der Wahl hatten die Schwierigkeiten aber noch kein Ende gefunden; jetzt verweigerte der Dekan dem Gewählten die Ausstellung der Vollmacht. Da entschloß sich Beust zu energischem Einschreiten. Er sandte einen Regierungskommissar nach Leipzig, der aus den Senatsprotokollen diejenigen Professoren feststellte, die in den Sitzungen an den ablehnenden Beschlüssen besonderen Anteil hatten. Gegen 18 Professoren wurde dann ein Disziplinarverfahren eingeleitet; gleichzeitig wurden sie von dem Dekanat und der Dekanabilität suspendiert. Nach wiederholten Bitten des Senats stellte das Ministerium das Disziplinarverfahren ein und hob auch

die Suspension von der Dekanabilität wieder auf. Von den Senats-sitzungen blieben die achtzehn aber zunächst noch ausgeschlossen.

Da die Regierung mit dem akademischen Senat so üble Erfahrungen gemacht hatte, griff Beust von neuem auf die alten Pläne der Umgestaltung der Senatsverfassung zurück. Eine besondere Note erhielt die Angelegenheit dieses Mal dadurch, daß eine Versammlung außerordentlicher Professoren Protest gegen den Beschluß des Senats, keinen Landtagsdeputierten zu entsenden, erhoben hatte. Was lag näher, als daß jetzt der schwer lenksamen Versammlung der ordentlichen Professoren außerordentliche Professoren beigegeben wurden, die eben erst bewiesen hatten, daß sie den Wünschen der Regierung gefügiger waren als die in Amt und Würden sitzenden Ordinarien. Selbstverständlich mußte das Ministerium für seine Absicht eine sachliche, unpolitische Begründung angeben und so erklärte es denn, die große Zahl der für den Lehrbetrieb wichtigen außerordentlichen Professoren müßte einen angemessenen Anteil an der Leitung der Universitätsangelegenheiten haben. Auch die Größe des Senats, die ihn stets als Repräsentation der ganzen Universität erscheinen ließ und ihn weniger angreifbar machte, sollte jetzt eingeschränkt werden. Gewitzigt durch die Erfahrungen, die man mit den vom Senat ausgehenden Entwürfen gemacht hatte, legte das Ministerium dieses Mal selbst die Grundzüge für die Neuregelung fest. Die Absichten Beusts gingen daraus klar hervor; einer allgemeinen Universitätsversammlung sollten auch die außerordentlichen Professoren angehören; darüber der engere Senat, an den sich die Regierung bei allen mißliebigen Vorkommnissen halten konnte und auf dessen Zusammensetzung sie sich noch dadurch einen besonderen Einfluß sicherte, daß sie die Hälfte der Mitglieder ernannte. Dieser engere Senat sollte zusammengesetzt sein aus dem Rektor, Exrektor, zehn ordentlichen und vier außerordentlichen Professoren. Zu allem kam noch die Teilnahme eines Regierungsbevollmächtigten an den Sitzungen des engeren Senats, der dem Ministerium Mitteilung von den gefaßten Beschlüssen zu machen hatte, sogar die Befugnis besaß Sitzungen des engeren Senats aufzuheben. Wenn dieser Plan Wirklichkeit wurde, war es mit jeder Opposition der Universität gegen die Regierung vorbei.

Die jede Selbständigkeit der Universität aufhebenden und die Herrschaft der bisher allein mächtigen, ordentlichen Professoren vernichtenden Grundzüge riefen bei ihrem Bekanntwerden im akademischen Senat große Erregung hervor. Drohend rief der Heißsporn der Versammlung, der Domherr Dr. Wiener, der durch seine Weigerung dem gewählten Landtagsabgeordneten seine Vollmacht auszustellen, die Dinge auf die Spitze getrieben hatte, Leipzig sei nicht Landesuniversität, und wie man von Prag hierher gezogen sei, ebenso könne man gegebenen Falls auch weiterziehen; in welcher Ansicht sich denn doch eine starke Unkenntnis der rechtlichen Stellung der Universität und Verkennung der gegebenen Verhältnisse aussprach. Große Entrüstung erregte die geplante Aufstellung eines Regierungsbevollmächtigten; zweifelsohne war dies die schwerwiegendste Bestimmung der Grundzüge. Einstimmiger Protest erhob sich gegen die Zuziehung der außerordentlichen Professoren zu dem engeren Senat. Neben dieser scharf ablehnenden Richtung machte sich aber auch schon eine gemäßigttere Strömung bemerkbar, deren Wortführer der Consiliarius der Universität, der Hofrat Günther war. Der vorsichtige Jurist riet von nutzlosem Widerstand ab mit dem Hinweis darauf, daß die Aufstellung eines Regierungsbevollmächtigten wahrscheinlich gar nicht von der sächsischen Regierung, sondern von anderen Staaten ausgehe und daher wohl kaum zurückgenommen werden würde. Auch sei es untunlich, sich gegen die Berufung von außerordentlichen Professoren in den engeren Senat zu sträuben, denn bei hartnäckigem Widerstand werde das Ministerium einfach der Universitätsversammlung, in der ja auch die außerordentlichen Professoren sitzen sollten, die wichtigsten Kompetenzen zusprechen.

Als Ergebnis der verschiedenen Ansichten ging am Weihnachtstag 1850 das Antwortschreiben an das Ministerium ab. War bisher versucht worden der Tätigkeit des engeren Ausschusses möglichst enge Grenzen zu ziehen und der Vollversammlung der ordentlichen Professoren, dem akademischen Senat, die Summe der Befugnisse zu wahren, so versuchte man jetzt den engeren Senat zu einer Vertretung der ordentlichen Professoren umzubilden, ihm die Führung der wichtigsten Geschäfte zuzuweisen und an die Stelle der von der Regierung für den engeren Senat vorgeschlagenen vier außerordentlichen Professoren die vier Dekane zu setzen. Da er die

Absicht der Regierung erkannte, schlug der Senat vor, die Kompetenzen der Universitätsversammlung mögen auf die Wahlen des Rektors und des Landtagsabgeordneten beschränkt sein, wobei er hoffen mochte, durch dieses Entgegenkommen in der der Regierung wichtigsten Landtagswahlangelegenheit Erfüllung seiner anderen Wünsche zu erlangen. Alle Fragen der inneren Universitätsleitung wollte der Senat nach wie vor den ordentlichen Professoren vorbehalten; daher wünschte er auch, daß den nicht im engeren Senat sitzenden ordentlichen Professoren von den dort gefaßten Beschlüssen Mitteilung gemacht werden dürfe. Trotz des Hinweises Günthers auf die voraussichtliche Nutzlosigkeit bat der Senat dennoch von der Aufstellung eines Regierungsbevollmächtigten abzusehen.

Beust gab aber nur in einem Punkte nach; nach dem Vorschlag des Senats sollte die Universitätsversammlung lediglich die Befugnisse eines Wahlkollegiums haben. Daran, daß die Wahlen der Universität auf eine breitere Basis gestellt wurden, lag ihm am meisten. Aber keineswegs sollten die internen Angelegenheiten den Ordinarien überlassen bleiben; die vier außerordentlichen Professoren sollten also in dem zukünftigen engeren Senat bleiben. Um den akademischen Senat zur Nachgiebigkeit zu bewegen, versprach Beust, er werde die Ausschließung der achtzehn Professoren aus dem Senat bei Eintritt der neuen Einrichtung aufheben. Aber der Dekan der theologischen Fakultät, der die Vorschläge der Regierung „ein Begräbnisreglement der zeitherigen Einrichtungen der Universität“ nannte, gab den Widerstand noch nicht auf. Als sich die Dekane zu einer Besprechung der neuen Regierungsvorschläge beim Rektor versammelten, setzte er die Abfassung einer ablehnenden Antwort an das Ministerium durch, in der neue Vorstellungen gegen die Zuziehung der außerordentlichen Professoren zur Leitung der Geschäfte erhoben wurden. Wiener riet auch „die Provokation auf die Entscheidung der in evangelicis beauftragten Minister im Hintergrund anzudeuten“, was denn auch in ziemlich unverblümter Weise geschah. Aber das energische Schreiben wurde nicht abgeschickt. In einer Senatssitzung vom 16. April 1851 behielt die gemäßigte Richtung die Oberhand, und man einigte sich auf Vorschläge, durch deren endliche Annahme seitens des Ministeriums die Verhandlungen endlich abgeschlossen wurden. Der Senat be-

antragte jetzt die ordentlichen Professoren „in einem besonderen corpus zusammenzuhalten“; als wichtigstes Recht sollte dieser Versammlung die Verleihung der Benefizien verbleiben, da die Ordinarien am besten mit den Verhältnissen der Studierenden vertraut seien. Daneben sollte der engere Senat bestehen, zusammengesetzt aus dem Rektor, Exrektor, den Dekanen, sechs vom Ministerium ernannten und vier von den Fakultäten gewählten ordentlichen Professoren. Auch hier wurden also die außerordentlichen Professoren verdrängt, und zwar mit der Begründung, daß sie nicht so mit dem Leben der Universität verbunden seien, da sie auf auswärtige Berufungen eingestellt und daher nicht so wie die ordentlichen Professoren für die Leitung der Universitätsangelegenheiten geeignet wären. Die Universitätsversammlung nahm der Senat jetzt hin und beschied sich auch mit dem Regierungsbevollmächtigten. Es war also eine dreigliedrige Verfassung vorgesehen, in der den ordentlichen Professoren eine überragende Stellung gewahrt blieb. Die Universitätsversammlung sollte nicht mehr, wie der Statutenentwurf es vorgesehen hatte, die Wahlen vornehmen, sondern sie hatte nur die Befugnis, drei ordentliche Professoren dem engeren Senat zur Auswahl zu präsentieren. Durch diese Aenderung konnte das Ministerium einen noch stärkeren Einfluß auf das Ergebnis der Wahlen ausüben. Denn wenn die Universitätsversammlung der Regierung nicht genehme Kandidaten zur Wahl vorschlug, so hatte diese durch die Zusammensetzung des engeren Senats immer noch die Möglichkeit, die Wahl auf den ihr Genehmsten zu lenken. Mit diesen Aenderungen versehen ist das Statut am 11. August in Kraft getreten. Es stellte ein Kompromiß zwischen Regierung und akademischem Senat dar. Den im alten akademischen Senat allein sitzenden ordentlichen Professoren war es gelungen die Rechte der außerordentlichen Professoren auf die Teilnahme an der Universitätsversammlung zu beschränken. Außer der Rektorwahl und der Präsentation des Landtagsabgeordneten gehörten alle Universitätsangelegenheiten in die Kompetenz des Plenums der ordentlichen Professoren und des engeren Senats. Die Regierung hatte sich einen weitgehenden Einfluß auf die Führung der Universitätsgeschäfte gesichert, indem sie ihrem Bevollmächtigten den Zutritt zu allen drei Versammlungen gewährte und durch die Ernennung von sechs Mitgliedern in den engeren Senat auf die Beschlüsse

dieses wichtigsten Gremiums einwirkte. Im ganzen gesehen stellte das Statut eine beträchtliche Schmälerung der Freiheiten der Universität dar.⁹

Auf Beusts Haltung, der für diese Dinge an erster Stelle verantwortlich war, übten Erinnerungen an die Burschenschaften und ihr Treiben ihren Einfluß.¹⁰ Doch hatte Kaiser FranzJoseph ganz recht, als er auf die Nachricht von der Weigerung der Leipziger Professoren den Landtag zu beschicken, sagte „die Professoren sind heute gefährlicher als die Studenten“.¹¹ Denn gerade die dem Minister des Einzelstaates widerwärtigste Richtung von 1848, das Streben nach der Einheit Deutschlands, hatten die Professoren geführt. Beust betrachtete den politisch tätigen Hochschullehrer als einen über sein eigentliches Betätigungsfeld hinausgreifenden Staatsdiener; aus seinem geliebten England, wo „Oxford und Cambridge auf der Themse wettfahren“ und sich nicht — wie er meinte — in die Politik mischen,¹² übertrug er auf die so ganz anders gearteten deutschen Verhältnisse die Anschauung, daß die Universität lediglich der Pflege der Wissenschaft zu dienen habe, abgewandt von dem großen Ringen der Nation um ihre politische Gestaltung. Es war nicht Gelehrtenfeindlichkeit, die Beust zu dieser Haltung bestimmte. Aber in ihm klang noch die Stimmung des absoluten Staates nach, dem in seiner schärfsten Ausprägung die Universität nur die Schule zum gelehrten Staatsdienst war und dem der Gedanke fern lag, daß von hier ausgehende wissenschaftliche und sittliche Fragestellungen gestaltende Kraft für das politische Leben der Gegenwart gewinnen könnten. Die Abgrenzung der politischen Willensbildung im Staate auf einen kleinen Kreis von Trägern der Regierungsgewalt mußte die von der Universität ausgehenden politischen Impulse unterdrücken, besonders dann,

9. Der erste vom Ministerium bestellte Regierungskommissar war der Kreisdirektor von Leipzig von Broizem. Durch die taktvolle Art, mit der er seines schwierigen Amtes waltete, wurde der Maßregel viel von ihrer prinzipiellen Schärfe genommen.

10. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Bd. 1. S. 113 ff.

11. Vitzthum von Eckstädt, Berlin und Wien. S. 281.

12. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Bd. 1. S. 114. „In England sieht man Oxford und Cambridge auf der Themse wettfahren, man hört aber nicht, daß sie für oder gegen Bradlaugh Partei ergreifen.“

wenn sie im Gegensatz zu den Zielsetzungen der offiziellen Politik standen. Weil die Universität sich der Herbeiführung eines Zustandes widersetzte, den die Politik des Ministeriums anstrebte, wurde ihr Widerstand gebrochen; diesem Zweck diente die Verfassungsänderung, die sich auf diese Weise in den Zusammenhang der gesamten Reaktionspolitik eingliedert.

Sachsen blieb mit solch scharfem Vorgehen gegen politisch mißliebige Professoren im Zeitalter der Reaktion unter den übrigen deutschen Staaten ziemlich vereinzelt. Zwar übten die Regierungen auch jetzt noch einen gewissen Druck auf die Lehrfreiheit aus, besonders im System der Berufungen. So in Preußen unter dem Einfluß Hengstenbergs und Stahls.¹³ Aber von einem so umfassenden Gewaltregiment, wie es im Zeitalter der Restauration über den deutschen Universitäten lag, kann für diese Zeit nicht mehr gesprochen werden. Die deutschen Hochschulen waren nicht mehr der Herd studentischer Konspirationen. Die Maßregelung einzelner Dozenten blieben Nebenerscheinungen in dem Gesamtbilde der Reaktion. Bei dem Kampf der sächsischen Regierung gegen die Universität handelte es sich weniger um eine Antastung der individuellen Sphäre (Freiheit der Forschung) seitens der Regierung, als um den alten Kampf der die staatliche Herrschaft vertretenden Kultusministerien gegen die ihre korporative Selbständigkeit verteidigende Universität. Dieser Gegensatz durchzieht das ganze 19. Jahrhundert und ist heute wieder lebendig geworden. Von den Korporationen, die der Alles beherrschende Staat im Zeitalter des Absolutismus unterdrückte und zerstörte, waren die Universitäten als einzige übrig geblieben; nicht im streng juristischen Sinne, wohl aber in der allgemeinen Tendenz korporativer Selbständigkeit. Dieser Korporationsgedanke tritt in Zeiten politischer Spannung, in denen die Mehrzahl der Dozenten anderen politischen Zielen zustrebt als die herrschende Regierung, entscheidend in den Vordergrund, weil sich dann im einzelnen Universitätslehrer das Gemeinschaftsgefühl getroffen fühlt, und die Korporation als solche reagiert, auch wenn die Maßregelung des Einzelnen sich nicht so sehr gegen die Freiheit der Forschung und Lehre richtet, als vielmehr

13. Max Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Bd. 2. 2. Hälfte. S. 277 ff. Halle 1918

gegen eine politische, antigouvernementale Handlung. Im allgemeinen war auch in dem Verhalten der Regierungen gegenüber den Hochschullehrern in rein politischen Fragen im Vergleich zu dem Zeitalter der Karlsbader Beschlüsse eine Milderung eingetreten.¹⁴ Sachsen nahm eine Ausnahmestellung ein. Im allgemeinen wird man das Urteil Friedrich von Bezolds über die preußische Regierung verallgemeinernd auf die deutschen Zustände anwenden dürfen, daß die Universitäten nicht mehr den Hauptgegenstand der politischen Besorgnisse der Regierung bildeten.¹⁵

Stand also die sächsische Regierung, mit ihren Gewalttätigkeiten gegen Hochschullehrer aus politischen Gründen, vereinzelt in Deutschland da, so verhielt es sich mit den Bestrebungen die Universitätsverfassung im Sinne einer Heranziehung auch der nicht ordentlichen Professoren zu den Geschäften der Verwaltung umzugestalten, anders. Diese Tendenzen waren fast an allen deutschen Universitäten in den Jahren 1848/49 lebendig. Der Unterschied zu den sächsischen Verhältnissen bestand darin, daß in den anderen deutschen Staaten

14. Gegenüber der Ansicht Kaufmanns, Die Lehrfreiheit an den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert. 1898. S. 28, der zwischen den Zuständen vor und nach dem Jahre 1848 keinen wesentlichen Unterschied gelten lassen will, wird dem über preußische Verhältnisse gefällten Urteil Bezolds der Vorzug zu geben sein. Die meisten der von Kaufmann angeführten Beispiele von Unterdrückung der Lehrfreiheit gehören in die Zeit vor 1848. Die Fälle Jahns, Haupts, Mommsens und Biedermanns haben mit der Frage nach der Unterdrückung der Lehrfreiheit im eigentlichen Sinne nichts zu tun, denn ihre Entlassung geschah wegen ihrer außerhalb der Universität ausgeübten politischen Tätigkeit, nicht aber, weil sie etwa in ihren Lehrmeinungen von der Ansicht der Regierungskreise abgewichen wären. In diesem Sinne kann unter den von Kaufmann mitgeteilten Beispielen als ein Fall unterdrückter Lehrfreiheit nach 1848 angesehen werden nur die Angelegenheit Prantls. Die Tatsache, daß die Regierungen die philosophischen Fakultäten zu Gunsten der Fachwissenschaften — wie der Medizin — vernachlässigten, gehört nur mittelbar in diesen Zusammenhang. Man wird in einer solchen Haltung der Regierungen, nicht eigentlich eine Unterdrückung der Lehrfreiheit sehen können. Besonders kennzeichnend für die Auffassung von den Aufgaben der Universitäten sind die Ansprachen König Ernst Augusts an die Professoren der Universität Göttingen vom Sommer 1845 und August 1851; s. von Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover. Bd. 1. Bremen 1898. S. 494 f. und Bd. 2. Leipzig 1899 S. 162.

15. Friedrich von Bezold, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis zum Jahre 1870. Bonn 1920. S. 461.

nicht so sehr die Ministerien sich der Wünsche der Extraordinarien annahmen, wie es in Leipzig unter dem Einfluß einer bestimmten politischen Konstellation geschah. Dadurch, daß die außerordentlichen Professoren sich zum großen Teil dem Vorgehen der Regierung bei der Reaktivierung der alten Stände anschlossen, konnten sie der Unterstützung des Ministeriums bei ihrer Opposition gegen die ordentlichen Professoren auch in den inneren Verfassungsfragen der Universität sicher sein. In Preußen dagegen erschienen die ordentlichen Professoren bei ihrem Widerstand gegen die Forderungen der außerordentlichen Professoren und Privatdozenten als die Vertreter des alten Zustandes. So drangen diese mit ihren Forderungen, die die Extraordinarien und Privatdozenten der Universität Bonn in einer an das Unterrichtsministerium gerichteten Denkschrift niedergelegt hatten, zunächst nicht endgültig durch.¹⁶ An der Berliner Universität, wo außerordentliche Professoren und Privatdozenten ebenfalls aktiven Anteil an den Wahlen des Rektors, der Dekane und des Senats und die Teilnahme mit beratender Stimme an allen Fakultätsverhandlungen verlangten, kam es zu einem heftigen Streit, in dem der Jurist Rudolf Gneist als Wortführer der Opposition gegen die ordentlichen Professoren auftrat.¹⁷ Endlich wurde auf der vom 21. bis zum 23. September tagenden Konferenz sämtlicher preußischer Universitäten in Berlin eine Regelung in dem Sinne getroffen, daß den außerordentlichen Professoren Anteil an den Verhandlungen der Senate zugestanden wurde.

Die gleichen Fragen bewegten die Universitäten Würzburg, Tübingen, München und Wien. Um alle Fragen einer allgemeinen Reform sämtlicher deutschen Universitäten gemeinsam zu behandeln, lud der Senat der Universität Jena zu einer Versammlung auf den September 1848 ein.¹⁸ Während sich die preußischen Universitäten offiziell von dieser Tagung fernhielten, vielmehr an denselben Tagen demonstrativ ihre eigene Versammlung abhielten, kamen in Jena die Vertreter von 18 Universitäten zusammen. Gegen

16. Friedrich von Bezold, ebda. S. 438 ff.

17. Max Lenz, Geschichte der Friedrich-Wilhelms-Universität. Bd. 2. 2. Hälfte S. 259 ff.

18. Max Lenz, ebda. Bd. 2. 2. Hälfte. S. 273 ff.

die Zulassung von nicht ordentlichen Professoren wandte sich hier besonders Heinrich von Sybel.¹⁹ Zu einem Beschluß über diese Angelegenheit kam es nicht.

Nachdem die sächsische Regierung also den Widerstand der Universität gegen die Reaktivierung beseitigt hatte, wurde kein entscheidender Einspruch mehr laut.

Ein neuer Gegner trat den Ministern gegenüber, denn es sollte sich bald zeigen, daß die alten Stände keineswegs gesonnen waren der Regierung nur als deren Verbündete bei der Neuorganisation des staatlichen Lebens zu helfen, sondern daß sie in erster Linie auf ihre Selbsterhaltung bedacht waren und diese auch tatsächlich durchsetzten.

19. Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Hergg. im Auftrag von Rektor und Senat von Georg Kaufmann. 1. Teil S. 237. Breslau 1911.

Drittes Kapitel.

Die Politik der reaktivierten Stände.

Die Stände.

Die Reaktivierung der alten Stände durch die sächsische Regierung rief in Oesterreich Lob und Anerkennung hervor. Konnte man doch in diesem Ereignis die Gewähr eines zuverlässigen Anschlusses Sachsens an Oesterreich sehen. Die konservative Haltung des sächsischen Ministeriums wurde in dem Wien Felix Schwarzenbergs lebhaft gebilligt. Kaiser Franz Joseph und Erzherzogin Sophie rühmten „die vortrefflichen Minister“. „Das muß man dem Minister Beust lassen“, rief Schwarzenberg, „der hat Schneid“.¹ Auch in München machte die Dresdener Politik einen günstigen Eindruck.² Auf preußische Staatsmänner dagegen mußte die Bedeutung, die die Ständereaktivierung für die deutsche Politik Sachsens hatte, eine andere Wirkung ausüben. Graf Galen befand sich in einem inneren Widerspruch; er erkannte zwar, daß die Auflösung der Kammern ein Schachzug gegen die Verbündeten seines Staates war, dennoch hieß sein Konservatismus den energischen Kampf der sächsischen Regierung gegen die Revolutionserrungenschaften gut.³ In Sachsen jubelten die Konservativen. Ihr Organ, die freimütige Sachsenzeitung, bekannte sich einfach zu dem Ziele, die vormärzlichen Zustände zurückzuführen.⁴ Man solle jetzt nur „die treffliche alte Verfassung fortbilden“. Keine neuen Wahlgesetze, sondern Ausbildung einer strengen und uneingeschränkten Staatsgewalt! Volle Disziplinargewalt über „die verwilderten

1. Graf Vitzthum von Eckstädt, Berlin und Wien. S. 278 ff.

2. Paul Hassel, König Albert von Sachsen. Bd. 1. S. 287.

3. Berichte des Grafen Galen vom 9. März und 7. Juli 1850. Pr.geh.St.A.

4. Freimüthige Sachsenzeitung 1850. Nr. 161.

Stände der höheren Staatsbeamten und Schullehrer“.⁵ Es wird im einzelnen zu zeigen sein, wie die Konservativen dieses Programm durchzuführen suchten. Zunächst gingen sie mit der Regierung Hand in Hand und sekundierten ihr, wo es galt, dem Landtag von 1849/50 die Schuld an der Auflösung wegen seiner Haltung in innenpolitischen Fragen zuzuschreiben.

Aber nicht nur aus dem Lager der Konservativen erfuhr das Ministerium Zustimmung zu seinen Maßnahmen. Das besitzende Bürgertum war politisch ernüchtert und bangte um seine wirtschaftliche Stellung, die es besonders in den Industriegebieten durch die radikale Bewegung gefährdet sah. In diesen Kreisen wußte man der Regierung Dank für ein Vorgehen, das den bestehenden Besitzverhältnissen Schutz verhieß. Die breiten Schichten des mittleren Bürgertums begaben sich einer von rechts und links angefochtenen politischen Stellung, wenn sie Ruhe im Wirtschaftsleben erhielten.⁶ Es ist die gleiche „politische Apathie“, über die im preußischen Rheinland Mevissen während der Reaktionszeit klagte.⁷ Man wandte sich von den politischen Fragen ab und widmete alle Kräfte dem gewaltig anwachsenden Wirtschaftsleben. „Die Massen und selbst die Majorität sind des wüsten Treibens müde; sie verlangen Ruhe, Ordnung und den möglichsten Schutz der materiellen Interessen. Wer diese ihnen bietet, der ist ihr Gott.“ So schilderte Graf Galen die Lage im Juni 1850.⁸ Die dreizehn großen Dankadressen, die während des Juni und Juli beim Gesamtministerium einliefen, stammten größten Teils aus den Kreisen des bäuerlichen Grundbesitzes und des mittleren Bürgertums in den Städten des Erzgebirges und Vogtlandes.⁹

Eine besondere Stellung nahm Leipzig ein. Der Großhandel und die Verleger waren von der Bewegung des heranwachsenden

5. Freimüthige Sachsenzeitung 1850. Nr. 139, 146, 147, 150, 217, 228—239.

6. Auch Biedermann, Aus meinem Leben Bd. 1. S. 30, begründet die Teilnahmslosigkeit des Bürgertums an den politischen Ereignissen mit der Angst der Besitzenden vor weiteren Unruhen und ihrem Schutzbedürfnis.

7. Joseph Hansen, Gustav Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild 1815—1899. Berlin 1906. Bd. 1. S. 616, 694 f., 708 f.

8. Bericht Galens vom 24. Juni 1850. Pr.geh.St.A.

9. Gesamtministerium Locat 65. Nr. 4. S.H.St.A.

Industrieproletariats nicht so gefährdet wie die Industrie; andererseits standen seine Vertreter in Opposition zur deutschen Politik Beusts. Nun nahm auch die Universität in der Verfassungsfrage gegen die Regierung Stellung. Professoren wie Biedermann, Großkaufleute wie Harkort und Brockhaus waren die Führer der unionsfreundlichen Liberalen. So waren denn die Gegner der Regierung gewissermaßen in Leipzig konzentriert, und aus dieser Stadt erhielt das Ministerium eine Mißtrauensadresse.¹⁰

Die Demokraten verhielten sich ruhig. Zu gesetzlicher politischer Äußerung bot sich ihnen jetzt, da die alten Stände wieder einberufen wurden, keine Möglichkeit mehr.

Die Minister hatten damit gerechnet, daß sich unter den Abgeordneten Bedenken über die Rechtmäßigkeit ihres Erscheinens geltend machen könnten, und am 14. Juni auf Anraten des Finanzministers Behr in einer Bekanntmachung den Abgeordneten der Stände von 1848 ihren erneuten Zusammentritt als eine dringende Staatsbürgerpflicht dargestellt.¹¹ An Stelle der den Eintritt in die Ständeversammlung Verweigernden berief die Regierung deren Stellvertreter. Mit Hilfe dieser Maßregel waren die Kammern bald soweit vollständig versammelt, daß ihre Sitzungen am 22. Juli eröffnet werden konnten.

Die Thronrede bezeichnete es als Aufgabe der Stände die Grundsätze der konservativen Staatsordnung wieder festzustellen, ohne die durch die veränderten Zeitverhältnisse notwendig gewordenen Aenderungen zurückzuweisen.¹² Das klang ganz gemäßigt, aber es war die Frage, ob die ständische Vertretung die Zeichen der Zeit verstehen würde und der Regierung auf dem vorgezeichneten Wege auch dann zu folgen gewillt war, wenn ihr eigenes Interesse einmal eine andere Richtung verlangen sollte. Mit ihrer Reaktivierung hatte die Regierung sich ihnen weitgehend ausgeliefert. Würde sie die Geister auch bannen können, die sie noch einmal gerufen hatte?

In der ersten Kammer vertraten die Bürgermeister der vier Städte Dresden, Plauen, Budissin, wie die Amtssprache entgegen

10. ebda.

11. Protokoll des Gesamtministeriums vom 5. Juni 1850. S.H.St.A.

12. L.M. 1850/51 I. K. S. 5.

dem längst herrschenden Sprachgebrauch, Bautzen nannte, und Schneeberg im Vogtlande liberale Anschauungen. Die Vermittlung zwischen ihnen und den Konservativen suchten der alte Superintendent von Leipzig, Großmann, und der Kammerpräsident von Schönfels, die sich häufig den weitgehenden Forderungen der Hochkonservativen widersetzen, herzustellen. Die zweite Kammer wies sieben liberale Abgeordnete auf. Die in ihr sitzenden bauerlichen Ständemitglieder stimmten nur in denjenigen Angelegenheiten, die das Verhältnis der Bauern zu den Rittergutsbesitzern betrafen, geschlossen freisinnig. Im übrigen verhielten sie sich indifferent und nahmen an den Debatten kaum teil.¹³

Die größte Rolle spielten die Vertreter der Rittergutsbesitzer. In ihrer Masse wußten die Mitglieder dieses Kleinadels, in engen politischen Verhältnissen groß geworden, für die Verfassungsfragen keinen anderen Rat als starres Festhalten am Alten. In der Verfassung war ihnen eine politische Geltung gesichert, die ihrer staatlichen Leistung und wirtschaftlichen Bedeutung kaum noch entsprach. Ihr Ziel war es, diesen Zustand für immer zu konservieren. Mit einer eigentümlichen Naivität wünschten sie ihre Interessen berücksichtigt zu sehen. Nicht wie etwa in Preußen die Gerlachs stellten sie sich in den Zusammenhang eines das gesamte öffentliche Leben als eine Einheit umfassenden gedanklichen Systems. Wenn die Gerlachs über die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit trauerten, so wähnten sie die staatliche und gesellschaftliche, ja die göttliche Ordnung gefährdet; niemand wird zweifeln, daß auch sie zugleich mit dem Ganzen das Eigene verteidigten, aber das Entscheidende ist, daß sie eben ihr Dasein im Zusammenhang mit dem ihres Staates auffaßten und zuerst von diesem sprachen und dachten. Die sächsischen Rittergutsbesitzer dagegen betrachteten die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit mit wenigen Ausnahmen als eine Beseitigung ihrer Gerechtigkeiten und deren Nutznießung, und nicht mit Erwägungen, die das ganze Staatsleben umfaßten, verteidigten sie sich, sondern sie führten

13. Eine Schilderung der Persönlichkeiten der Abgeordneten, soweit sie schon auf dem Landtag von 1845/48 erschienen waren, enthält die anonyme Schrift Sachsens Regierung, Stände und Volk. Mannheim 1846. Da der Autor offenbar liberal-demokratisch eingestellt gewesen ist, werden die konservativen Ständemitglieder oft ungerecht beurteilt.

gegen ihre „Beraubung“ oft recht zweifelhafte juristische Argumente ins Feld. Dazu entlehnten sie wohl Schlagworte aus dem politischen System, das der preußische Konservatismus vortrug. Manchem aus diesem Adel, wie dem Freiherrn von Friesen auf Rötha, ging schon die Verfassung von 1831 zu weit;¹⁴ dann schweifte der Blick zurück in die Zeit der kursächsischen Ständeherrlichkeit. Die Fragen der deutschen Politik wurden an den Gesichtspunkten der dynastischen Treue zum angestammten Könighaus orientiert. Viele ihrer Äußerungen erinnern an Gedanken und Gefühle, die Friedrich Meinecke unter dem Begriff des „konservativen Nationalstaatsgedankens“ zusammenfaßt.¹⁵ In all dem war die Vergangenheit des sächsischen Adels wirksam. Nicht wie seine preußischen Standesgenossen hatte er seinen Blick über die weiteren Verhältnisse einer Großmacht richten können. Ihm fehlte die Tradition des opferfreudigen Staatsdienstes, die dem preußischen Adel den Stolz auf eine große, von seinen eigenen Leistungen erfüllte Staatsgeschichte gab. Der sächsische Adel hatte nicht, vom fürstlichen Absolutismus in die Schule genommen, als Stand Taten vollbracht, die seinen Ansprüchen historische Berechtigung verliehen. Sein Stolz war die Aehnlichkeit der sächsischen Verfassung mit der mecklenburgischen.

Die Unterstützung der Regierungspolitik durch die Stände.

Ohne Schwierigkeiten bereiteten sich die Ständekammern die Rechtsgrundlage für ihre Wirksamkeit d. h. sie erklärten sich für die rechtmäßige Volksvertretung.¹⁶ Sie betrachteten sich als „das gesetzmäßige Organ der Gesamtheit der Staatsbürger“ und sanktionierten auf diese Weise die Reaktivierung, die die Regierung ausgesprochen hatte. Auch in der Begründung schlossen sich die Stände dem Ministerium an, indem sie politische Notwendigkeiten als maßgeblich für die Auflösung des vorigen Landtages und ihre eigene Wiedereinberufung erklärten; gegen die Reaktivierung sprechende Bedenken staatsrechtlicher Art wurden damit still-

14. Graf Vitzthum von Eckstädt, Berlin und Wien. S. 310 f.

15. Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaatsgedanke. Studien zur Geschichte des deutschen Nationalstaates. 7. Aufl. 1928. S. 253 ff.

16. L.M. 1850/51. 1. K. S. 32 ff.

schweigend übergangen. Die Folge dieser Kompetenzerklärung war, daß die Schreiben, in denen renitente Abgeordnete ihre Missiven zurückgesandt hatten, für ungültig erklärt wurden. Wenn die Abgeordneten nach dreimaliger Zuschickung der Einberufungsschreiben nicht erschienen, entzog man ihnen die Wählbarkeit. Das ganze Verfahren war nur durch die Einberufung der Stellvertreter ermöglicht worden, denn ohne diese wäre die zweite Kammer nicht in beschlußfähiger Zahl zusammengekommen. Daher konnte der Abgeordnete Riedel in der zweiten Kammer nichts anderes bezwecken, als die Reaktivierung zu verhindern, als er erklärte, die Stellvertreter könnten über die Kompetenzfrage nicht votieren, da sie damit gleichzeitig über ihre eigene Einberufung abstimmten.¹⁷ Die Kammermajorität schloß sich aber dem Vorgehen des Ministeriums an; sie wollte eben aus politischen Gründen ihre Daseinsberechtigung erweisen und ließ sich durch die staatsrechtlichen Ausführungen des Ministers Friesen willig überzeugen. Ueberhaupt herrschte zunächst volles Einvernehmen zwischen der Regierung und den Majoritäten der Ständekammern.¹⁸

Die Verordnung vom 3. Juni, durch welche das Ministerium das freie Vereinsrecht beschränkt hatte, wurde genehmigt und dann als Entwurf eines neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes durchberaten und mit einigen von den Kammern hinzugefügten Verschärfungen angenommen.¹⁹ Die prinzipiellen Eingangssätze des Gesetzes waren durchaus freisinnig gehalten, aber durch eine Fülle von Einschränkungen polizeilicher Art wurde die liberale Theorie in praxi stark beschränkt.

Im Staatshaushalt machte sich ein neues Steuerprovisorium nötig. Die vorigen Kammern hatten die Gültigkeit der provisorischen Finanzgesetze auf die Zeit bis zum 31. August 1850 begrenzt. Dieser Termin nahte heran, und das ordentliche Budget war bis

17. L.M. 1850/51 2. K. S. 16 ff.

18. Biedermann, Die Wiedereinberufung der alten Stände S. 17, bestreitet den Ständen das Recht zur Kompetenzerklärung. Er führt aus, daß eine Körperschaft ihren Rechtsboden nur in dem Akte ihrer Berufung selbst bzw. in der subjektiven und objektiven Kompetenz des Berufenden finde. Diese subjektive und objektive Kompetenz der Regierung leugnet Biedermann.

19. L.M. 1850/51 1. K. S. 125 ff. und 2. K. S. 254 ff.

dahin nicht fertig zu stellen. Daher wünschte der Finanzminister, daß die Kammern die ursprünglich geplante Ausdehnung des Provisoriums bis zum 1. Januar 1851 bewilligten. Beide Kammern nahmen die sich hierauf beziehende Vorlage Behrs an.²⁰

Auch diejenige Verordnung vom 3. Juni, in der die Regierung die Preßfreiheit eingeschränkt hatte, fand die nachträgliche Genehmigung der Kammern.

Bisher war also alles nach den Wünschen der Regierung verlaufen. Die Kammern hatten ihre Wiedereinberufung als rechtmäßig anerkannt und die Juniverordnungen gebilligt. Nun gingen die Minister daran mit Hilfe der Stände einen großen Teil der Revolutionsgesetze zu beseitigen. Dabei zeigte sich, daß mit der Aufgabe der provisorischen Wahlgesetze ein ganz prinzipieller Schritt getan worden war. Fast die gesamte Gesetzgebung des Jahres 1848 war provisorisch gewesen d. h. man hatte damals nicht die Fülle der Zeitforderungen in endgültigen Gesetzestexten festlegen können, sondern sich darauf beschränkt den augenblicklich zur Verwirklichung gekommenen Wünschen durch Provisorien die endgültige gesetzliche Erfüllung zu sichern. Diese Provisorien sollten der späteren gründlichen, gesetzgeberischen Arbeit als Richtlinien dienen. Der Versuch mit diesen Ergebnissen den Staat zu führen, war gescheitert. Im offenen Kampf hatte im Maiaufstand die alte Staatsgewalt den Sieg über die neuen im politischen Leben um Geltung ringenden Kräfte davon getragen. Dieser Kampf setzte sich im Stillen fort, als die Kammern als die berufenen Wächter der Märzerrungenschaften daran gingen dieselben durch eine definitive Gesetzgebung zu sichern, und die Regierung diesen Versuch zu verhindern suchte. Sie erreichte ihr Ziel, als sie die auf Grund der provisorischen Wahlgesetze gewählten Kammern beseitigte und an deren Stelle eine Volksvertretung berief, die eben nicht mehr die Errungenschaften der Revolution hütete, sondern vielmehr Interessen wahrte, die im Gegensatz zu der revolutionären Gedankenwelt standen. Indem die reaktivierten Stände die Aufhebung der provisorischen Wahlgesetze aussprachen, legten sie sich das Recht zu alle Provisorien zu beseitigen. Hatten sie bei dem Akt der Selbstrechtfertigung, der zugleich die Aufhebung der provisorischen

20. L.M. 1850/51 1. K. S. 187 ff. und 2. K. S. 179 ff.

Wahlgesetze bedeutete, entgegenstehende staatsrechtliche Bedenken durch politische Zweckmäßigkeitserwägungen überwunden, so mußten sie nun auch mit politischen Notwendigkeiten die Beseitigung jedes einzelnen provisorischen Gesetzes begründen. Der Grundsatz der Regierung, den die Stände sich bei der Anerkennung ihrer Reaktivierung zu eigen gemacht hatten, „daß, wenn ein Provisorium, das zur Anbahnung eines Definitivums bestimmt war, durch Nichterreichung dieses Zwecks oder sonst sich erledigt, dann das frühere Verhältnis wieder Geltung hat . . . ,“²¹ war nun auch für die Stände bei ihrer weiteren gesetzgeberischen Tätigkeit maßgebend.

Nach wie vor erforderten die Zustände des Preßwesens endgültige gesetzliche Regelung. Nach dem provisorischen Gesetz vom 18. November 1848 waren Preßvergehen von Schwurgerichten verurteilt worden. Diese Regelung hatte zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt, da die Geschworenen aus politischen Gründen fast regelmäßig die von der Staatsanwaltschaft Angeklagten freisprachen.²² Als Friesen im Juli 1850 das Justizministerium aufforderte darauf zu dringen, daß die Staatsanwälte „mit unnachsichtlicher Strenge“ die Presse überwachten und auch dann Anklage erheben, wenn Freisprechung durch die Geschworenen zu erwarten wäre,²³ antwortete Zschinsky dem Innenminister, die Staatsanwälte hätten bisher selten Anklage erhoben, weil bei zu häufigen Freisprechungen das Rechtsgefühl des Volkes erschüttert würde.²⁴ Um hier eine Besserung herbeizuführen, hatte die Regierung nach der Niederwerfung des Maiaufstandes am 3. Juni Zusätze zu dem Novembargesetz herausgegeben, welche das Vorgehen der Staatsanwaltschaft erleichterten. Durch enge Zusammenarbeiten der

21. Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm dem Vierten und Wilhelm dem Ersten von Preußen. S. 265 f.

22. Z. B. sprachen die Leipziger Assisen von 14 Angeklagten 10 frei; die Assisen von Bautzen sprachen alle Angeklagten frei. Von den 350 von der Staatsanwaltschaft beantragten Sachen kamen nur 25 Fälle vor die Geschworenen. Aus dem Deputationsgutachten der 1. Kammer. L.M. 1850/51 S. 227 ff.

23. Friesens Schreiben an das Justizministerium vom 6. Juli 1850. S.H.St.A.

24. Zschinskys Schreiben an Friesen vom 20. Juli 1850. S.H.St.A.

Verwaltungsbehörden mit dem Oberstaatsanwalt erhielten die Staatsanwälte mehr Material, auf das sie ihre Anklagen stützen konnten. Die Ständekammern hatten dieser Verordnung ihre Genehmigung erteilt. Die Regierung wollte aber noch weiter gehen und legte den Kammern einen Gesetzentwurf vor, der die Schwurgerichte für Preßvergehen überhaupt beseitigte. Diese Angelegenheit hatte nun aber auch eine große Bedeutung für ein anderes Gebiet. Die Einführung von Schwurgerichten gehörte zu den vornehmsten Forderungen der Revolution. Auch diese Frage war noch nicht endgültig entschieden worden, sie sollte vielmehr erst in der demnächst zu erwartenden Strafprozeßordnung ihre Regelung finden. Wenn nun jetzt die Schwurgerichte für Preßvergehen beseitigt wurden, so war das ein übles Omen für die Behandlung, die diese Angelegenheit in der Strafprozeßordnung erfahren würde. Die Deputation, welche den Entwurf der Regierung vorberiet, sprach denn auch die Befürchtung aus, die öffentliche Meinung werde in der Beseitigung der Gesetze vom 18. November 1848 eine völlige Aufhebung des Instituts der Schwurgerichte erblicken. Sie schlug daher lediglich eine Aenderung des sehr freisinnigen Wahlverfahrens für die Geschworenen vor; wenn man das nicht wolle, so möge man zwar die Geschworenen beseitigen, aber wenigstens den Anklageprozeß und das öffentliche und mündliche Verfahren beibehalten. Das Plenum der Kammern nahm jedoch den auf die bedingungslose Aufhebung der Geschworenengerichte abzielenden Entwurf der Regierung an. Aber beide Kammern sprachen die Erwartung aus, daß hiermit kein Präcedenzfall für die endgültige Regelung der Schwurgerichte geschaffen sei, sondern daß in der neuen Strafprozeßordnung die Entscheidung über schwere Verbrechen den Geschworenen vorbehalten werde. Diese Abstimmung zeigt, daß die Ständekammern nicht durch eine maßlose Reaktion neue Unruhen provozieren wollten. Sie befürchteten, daß die gänzliche Beseitigung des Instituts der Geschworenen einen Ausbruch der Volkswut hervorrufen würde.

Im November legte die Regierung endlich den Entwurf eines Preßgesetzes „zum Schutz gegen den Mißbrauch der Presse“ vor. Die Vorlage enthielt zwar alle prinzipiellen Sätze des Gesetzes vom November 1848, machte sie aber durch die Einführung des Systems der Kautionsbestellung und der Entziehung des Postdebits nahezu

illusorisch. Das Gesetz hielt sich nicht so sehr an den Autor mißliebiger Artikel als vielmehr an den Verleger, gegen den auch die Verwaltungsbehörden weitgehende Ermächtigungen zum Einschreiten erhielten. Es war derselbe Grundsatz, der auch dem neuen Vereinsgesetz seinen Stempel aufgedrückt hatte: man stellte liberale Leitsätze auf, legte aber unteren Verwaltungsinstanzen die Macht in die Hand sie zu nichte zu machen, und erhob auf diese Weise die Figur des Polizisten in eine allmächtige Stellung. Die sächsische Regierung hatte bei der Ausarbeitung des Preßgesetzentwurfs aufmerksam auf die Gesetze anderer deutscher Staaten geachtet; besonders die Preßgesetze von Oesterreich, Preußen und Bayern hatten als Muster gedient. Bei den Spezialdebatten des Gesetzes in den Kammern erregten einige Bestimmungen selbst in der ersten Kammer Bedenken. So hatte § 19 bestimmt, daß die Postverwaltung Annahme und Ausführung von Bestellungen verweigern könne, die vom Innenministerium zu diesem Zwecke bezeichnet würden; die Motiven sagten dazu, man könne vom Staate nicht verlangen, daß er durch seine Anstalten die Beförderung staatsfeindlicher Schriften besorge. Prinz Johann führte gegen diese Bestimmung an, daß die Debetentziehung ein Verbot ohne vorausgegangene rechtliche Erkenntnis und daher verwerflich sei. Trotz solcher Bedenken und trotz der Befürchtungen, die einzelne Abgeordnete von den Wirkungen des Gesetzes für den Leipziger Buchhandel hegten, nahm aber die erste Kammer den Entwurf in allen Teilen an.²⁵ Die zweite Kammer beantragte Erleichterungen für die Uebernahme einer Redaktion und Herabsetzung der Kautionen. Da die erste Kammer ihren Wünschen entgegenkam, wurde das Gesetz angenommen.²⁶

Neben diesen Gesetzen, die die Absicht hatten jeden Widerstand gegen den von der Regierung hergestellten Zustand zu unterdrücken, standen solche, die in der Praxis einer starken, das öffentliche Leben bevormundenden Regierung das Korrelat zu der strengen Verwaltung bilden, indem sie durch Pflege und Förderung der materiellen Interessen dem Bürger ersetzen, was ihm an politischer Freiheit fehlt. In charakteristischer Weise vereinigte der

25. L.M. 1850/51 I. K. S. 518 ff.

26. L.M. 1850/51 I. K. S. 1061 ff.

Abänderungsentwurf zum Schulgesetz von 1835 diese beiden Grundsätze. Danach sollten die Gehälter der Volksschullehrer erhöht, die staatliche Disziplinargewalt über sie verschärft werden. Obwohl die erschreckende Notlage der Lehrer besonders in armen Gemeinden allgemein anerkannt wurde, wies die erste Kammer nach einer langen Debatte aus falscher Sparsamkeit den Entwurf zu nochmaliger Beratung an die zuständige Kommission zurück.²⁷ In der zweiten Kammer entwickelte Beust, der als interimistischer Kultusminister dieses Gesetz zu vertreten hatte, in einer großen Rede die Bedeutung, die den Volksschullehrern in politischer Beziehung zukomme.²⁸ Er erwies sich hier in der klaren Erkenntnis politischer Machtfaktoren als ein Taktiker von einem Format, wie es die Kammern in ihren Reihen nicht aufzuweisen hatten. Es war der Gesichtspunkt, unter dem in Preußen die berüchtigten Stiehlischen Regulative erlassen wurden, den Beust den Kammern vortrug: Wem die Schule gehört, dem gehört die Zukunft. Mit der Parole, daß der Volksschullehrer als das wichtigste Organ der politischen Einwirkung auf die Massen stärker an den bestehenden Staat gefesselt werden müßte, setzte er eine geringe Erhöhung der Gehälter durch. Die erste Kammer trat diesem Beschluß nachträglich bei, wobei sie es sich aber nicht versagen konnte, die staatlichen Behörden zu genauester Erkundigung zu verpflichten, bevor sie die die Gehälter der Lehrer tragenden Gemeinden unterstützten.²⁹ Ein Vergleich mit den Verhältnissen in Preußen zeigt, daß dort die Situation gerade umgekehrt war. Im preußischen Landtag waren es einzelne Abgeordnete der zweiten Kammer — vornehmlich „der Tribun der preußischen Volksschule“, Fritz Harkort — die unermüdlich auf eine Erhöhung der Lehrergehälter drangen, während der Kultusminister von Raumer die auch von ihm als notwendig erkannte Erhöhung den Gemeinden aufbürden wollte.³⁰

Das sächsische Schulgesetz war vorbereitet worden durch die Regelung der an Geistliche und Schullehrer zu entrichtenden Naturalabgaben. Bereits im Jahre 1832 waren alle Naturalleistungen für ablösbar verkündet, 1840 aber wieder unablösbare

27. L.M. 1850/51 1. K. S. 1295 ff.

28. L.M. 1850/51 2. K. S. 1693 ff.

29. L.M. 1850/51 1. K. S. 1560 ff.

30. Louis Berger, Der alte Harkort. S. 425.

Naturalabgaben eingeführt worden, die sich in der Hauptsache auf die in Mehl, Eiern und Holz zu entrichtenden Leistungen erstreckten. Im allgemeinen scheinen die Verpflichteten die Naturalabgaben als drückende Last empfunden zu haben, während sich die Berechtigten mit ihnen zufrieden gestellt fanden.³¹ Die Landtagsverhandlungen spiegelten dieses wirtschaftliche Verhältnis als eine politische Gegensätzlichkeit wieder.³² Die Konservativen stimmten für die Beibehaltung der bestehenden Verhältnisse, welche die liberalen Abgeordneten als „reaktionär“ und als Reste mittelalterlicher Zustände bezeichneten. Es konnte aber auch geschehen, daß die Berechtigten die Ablösung in Geldzahlung wünschten. Diese Verschiedenartigkeit rührte von der Ungleichartigkeit des Geldwertes der einzelnen Naturalien in den verschiedenen Landesteilen her. So machte in den Kammerdebatten die Normierung des Geldwertes denn auch die größten Schwierigkeiten. Nach sehr eingehenden Verhandlungen nahmen beide Kammern den Entwurf der Regierung, der sämtliche Naturalabgaben in Geldzahlungen ablöste, an.³³ Die Minorität der gegen den Entwurf stimmenden Konservativen war in der zweiten Kammer dieses Mal größer als in der ersten. Das Schulgesetz und das Ablösungsgesetz bildeten eine innere Einheit. Die Ablösung sollte den bäuerlichen Grundbesitz entlasten, das Schulgesetz etwaige daraus entstehende Benachteiligungen der Berechtigten ausgleichen und die Interessen des wichtigen Volksschullehrerstandes dem bestehenden Staat zuwenden, ihn gleichzeitig aber stärker seiner Aufsichtsgewalt unterwerfen.

Hatte die Regierung schon diese Gesetze nur mit Mühe den Ständekammern abgewinnen können, so erfuhr sie von Seiten der

31. Während der Verhandlungen über die Ablösungsgesetze lief eine von 1000 Geistlichen und Schullehrern unterzeichnete Petition gegen die Ablösung beim Landtage ein. Die Stellungnahme der Petenten wurde damit begründet, daß die Aufhebung der Naturalabgaben die wirtschaftliche Position vieler Berechtigter schwer schädigen und die ideell so wichtige Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Geber und Empfänger aufheben würde.

32. L.M. 1850/51 1. K. S. 552 ff. und 2. K. S. 532 ff. und 1161 ff.

33. Die Verpflichteten hatten nunmehr eine von der Landrentenbank während 55 Jahren zu tilgende Jahresrente von 120 000 Thalern auf sich zu nehmen.

Rittergutsbesitzer noch heftigeren Widerspruch, als sie den Kammern einen Gesetzentwurf vorlegte, dessen Durchführung den wirtschaftlichen Interessen der ritterschaftlichen Grundbesitzer zuwiderlief. Die Regierung wollte den Untertanenverband mit allen aus ihm entspringenden Abgaben entschädigungslos aufheben. Die widerstrebenden konservativen Elemente erklärten, diese Regelung hebe die ständische Gliederung des Volkes auf, die wegen ihres sozialen Wertes unbedingt erhalten werden müßte. Daß es den Rittergutsbesitzern mit dieser staatsphilosophischen Reflexion nicht allzu ernst war, geht aus dem Beschluß der ersten Kammer hervor, in dem sie sich mit dem Wegfall aller Leistungen, soweit sie nicht mit der grundherrlichen Polizei und Gerichtsbarkeit zusammenhängen, einverstanden erklärte, wenn die Berechtigten eine Entschädigung in Jahresrenten oder einmal zu zahlendem fünfundzwanzigfachen Betrag seitens der Verpflichteten oder des Staates erhielten.³⁴ Es kam den in der ersten Kammer vertretenen Großgrundbesitzern also vornehmlich auf die Vermeidung einer schweren wirtschaftlichen Schädigung an. Eine ruhige Beurteilung wird ihnen diese Politik nicht zum Vorwurf anrechnen; sie erwehrten sich damit des Versuches des Staates, seine in der Revolution übernommenen Verpflichtungen auf ihre Kosten zu erfüllen. Da nun die Entschädigung durch die Verpflichteten selbst als unmöglich erschien, die hohe, von der ersten Kammer vorgeschlagene Entschädigung durch den Staat eine sehr starke Inanspruchnahme der Steuerzahler zur Folge gehabt hätte, lehnte die zweite Kammer diesen Vorschlag ab.³⁵ Um aus der peinlichen Lage einen Ausweg zu gewinnen, erklärte die Regierung, sie werde den Rittergutsbesitzern eine einmalige fünfzehnfache Entschädigung aus der Staatskasse zahlen. Nach einigem Hin- und Herfeilschen einigten sich die Kammern auf eine Entschädigung mit zwanzigfachen Betrag. Die Beratung über diese Gesetze war eine der Gelegenheiten gewesen, bei der die Bauernvertreter in der zweiten Kammer zusammen mit den Liberalen gestimmt hatten, so geschlossen wie sonst selten. Der Ueberblick über diese Verhandlungen der Ständekammern zeigt, daß die Regierung solange auf

34. L.M. 1850/51 1. K. S. 1511.

35. L.M. 1850/51 2. K. S. 2337 ff. und 2430.

die Zustimmung der reaktivierten Stände rechnen konnte, als sie ihnen Gesetzentwürfe vorlegte, die die Beseitigung revolutionärer Zustände zum Ziele hatten, daß sie aber sofort auf den Widerstand der Stände stieß, wenn sie Forderungen des Revolutionsjahres zu verwirklichen suchte, welche mit den Interessen der in den Ständekammern hauptsächlich vertretenen Schichten im Widerspruch standen. Es wird im folgenden zu zeigen sein, daß die Stände diese Haltung auch bei der Erledigung der wichtigsten Frage, die sie zu behandeln hatten, bei der Beratung des Wahlgesetzes, behaupteten.

Die Selbstbehauptung der Stände.

Die Regierung hatte die auf Grund der provisorischen Wahlgesetze gewählten Kammern aufgelöst und den Akt der Reaktivierung der alten Stände mit politischen Notwendigkeiten begründet. Das Provisorium war nach dieser Argumentation durch die Nichterreichung seines Zweckes erledigt; als rechtliche Basis aller weiteren Entwicklung der Verfassungsgesetzgebung hatte die Regierung die ständischen Verhältnisse von 1831 angesprochen. Hieraus ergab sich nun aber, daß das Ministerium diesen alten Ständen gegenüber sehr viel mehr gebunden war als gegenüber den mit dem provisorischen Gesetz gewählten Kammern. Wenn die reaktivierten Stände den Wahlgesetzentwurf der Regierung zurückwiesen, dann konnten die Minister ihnen gegenüber nichts weiter unternehmen, dann waren sie in ihrer eigenen Rechtsdeduktion gefangen. Den Rechtszustand, den die Regierung selbst als solchen anerkannt hatte, konnte sie nicht mit politischen Zweckmäßigkeits-erwägungen umstürzen; ohne offensichtlichen Verfassungsbruch war den alten Ständen wider deren Willen kein neues Wahlgesetz abzutrotzen. Dies war die Zwangslage, in welche das Ministerium sich durch die Reaktivierung begeben hatte. Sie hatte die Entscheidung über die Art der zukünftigen sächsischen Volksvertretung aus der Hand gegeben. In das Belieben der Stände war es gestellt, ob sie ihrem eigenen Dasein ein Ende und einer neuen Gestaltung Platz machen wollten, oder ob sie auf die Verfassungsurkunde pochend ihre Existenz erhielten. Alles kam also darauf an, daß die Regierung die Stände für ihre Wahlgesetzvorlage gewinnen können würde.

Zunächst schien es, als ob — wenigstens in der zweiten Kammer — zahlreiche Mitglieder auch dieses Landtages die Beratung eines definitiven Wahlgesetzes als ihre Hauptaufgabe betrachteten. Interpellationen forderten die Vorlage eines Entwurfes.³⁶ Die Regierung aber blieb nicht bei der Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes stehen, sondern wünschte eine vollkommene Neu-redaktion der Verfassungsurkunde. Ihren Grund hatte diese Absicht in dem Wunsche die Grundrechte des deutschen Volkes aufzuheben.³⁷ Da durch die Grundrechte bereits neue Verhältnisse privatrechtlicher Natur begründet worden waren, die nicht ohne weiteres aufgehoben werden konnten, sollten zwar die Grundrechte selbst beseitigt, zugleich aber einzelne ihrer Bestimmungen in den Abschnitt III der sächsischen Verfassungsurkunde, der von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Untertanen handelte, hineingearbeitet werden. Daraus ergab sich dann die Notwendigkeit einer völligen Umarbeitung der Verfassungsurkunde. Diesem Wunsche der Regierung verschlossen sich jedoch die Stände. Unter Vorantritt der ersten erklärten beide Kammern, eine Neugestaltung der altbewährten Verfassung sei nicht nur unnötig, sondern auch sehr gefährlich. Sie beschlossen, die Verfassungsurkunde solle in ihren vier ersten Abschnitten unverändert fortbestehen. Die Mehrheit beider Kammern wünschte auch die Einführung einzelner Bestimmungen der Grundrechte des deutschen Volkes in die Verfassungsurkunde nicht. Für die vom Minister Friesen bekundete Absicht, die Grundrechte als Ganzes aufzuheben, fand sich zwar in beiden Kammern eine Mehrheit.³⁸ Aber über die Behandlung der Einzelbestimmungen konnte man sich nicht einigen. Während es in der ersten Kammer überhaupt nicht zu einer klaren Beschlußfassung über diese Angelegenheit kam, wollte die zweite Kammer die Entscheidung über die einzelnen Paragraphen der speziellen Gesetzgebung vorbehalten und ersuchte die Regierung um eine Bezeichnung der beizubehaltenden Bestimmungen in einem besonderen Gesetzentwurf.³⁹ Im Negativen herrschte Einigkeit, denn sowohl

36. L.M. 1850/51 2. K. S. 817.

37. Friesen, Erinnerungen. Bd. 1. S. 228 f.

38. L.M. 1850/51 2. K. S. 1637.

39. L.M. 1850/51 1. K. S. 757 ff. und 2. K. S. 1627 ff.

die Staatsregierung, wie eine Mehrheit in beiden Kammern wünschte, die Aufhebung der Grundrechte, „weil ein Teil der darin enthaltenen Bestimmungen auf der Voraussetzung beruhe, daß die beabsichtigte deutsche Reichsverfassung wirklich zur Ausführung gelange, bei anderen Bestimmungen es zweifelhaft sei, ob deren Anwendbarkeit in Sachsen, ganz abgesehen von der inneren Zweckmäßigkeit, unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen im Bereich der Möglichkeit liege“.⁴⁰ In diesen Worten verbirgt sich die Grundrichtung des ganzen Geschehens. Regierung und Stände wollten sich der Normen entledigen, die von einer über der eigenen Staatspersönlichkeit stehenden, heteronomen Gewalt diktiert waren, und zweitens die diesen Bestimmungen zu Grunde liegende liberal-demokratische Gedankenwelt aus dem eigenen staatlichen Leben ausmerzen. Die formale Anfechtung der deutschen Grundrechte wahrte die Eigenstaatlichkeit gegenüber einer höheren Gewalt, der Angriff auf ihren Inhalt ließ die konservativen Forderungen über den Geist von 1848 triumphieren. Diese Tendenzen herrschten im Augenblick, und gegenüber der großen Mehrheit ihrer Vertreter konnte sich die geringe Zahl derer, die die Grundrechte durch ihre Verankerung in der Verfassungsurkunde retten wollten, nicht durchsetzen. Minister Friesen kam den Wünschen der zweiten Kammer entgegen; ohne auf dem von ihm vorgeschlagenen Wege zu beharren, gab er zu, daß es in manchen Beziehungen vorteilhafter sei, die Aufhebung der Grundrechte von der Wahlgesetzangelegenheit getrennt zu behandeln. Er und Zschinsky verhiessen die Vorlage eines besonderen Gesetzentwurfes über das Schicksal der Grundrechte. Somit war die Verfassungsurkunde in ihren Hauptbestandteilen vor einer Umänderung bewahrt, und die Wahlgesetzfrage konnte isoliert erledigt werden.

Es war selbstverständlich, daß der Entwurf, den die Regierung hierüber jetzt vorlegte, einen ganz anderen Charakter trug als der dem vorhergegangenen Landtag mitgeteilte. Wir erinnern uns, daß der damalige Entwurf gänzlich von einer aus ständischen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung abgesehen hatte; die Wahlberechtigung zur ersten Kammer sollte von der Höhe der Steuerleistung, für die zweite Kammer im wesentlichen von der

40. Aus dem Gutachten des ersten Ausschusses der ersten Kammer.

Wahlberechtigung bei den Gemeindewahlen abhängig gemacht werden, welche ihrerseits im Prinzip wieder auf der wirtschaftlichen Stellung der Wähler beruhte. Der vorjährige Entwurf Friesens brach also mit der ständischen Tradition des sächsischen Verfassungslebens und machte statt dessen die Steuerleistung als eine Pflicht gegen den Staat maßgeblich für den Umfang der zu gewährenden, staatsbürgerlichen Rechte. Indem man auch die alte Wahlkreiseinteilung in Wegfall brachte, wurden auch die letzten Spuren einer ständischen Vertretung beseitigt. Von den provisorischen Wahlgesetzen vom November 1848 unterschied sich der Entwurf von 1849 durch die Erhöhung des Steuerzensus für die erste Kammer. Ueber das im Entwurf von 1849 geplante Aussehen der zweiten Kammer lassen sich nähere Angaben nicht machen, da keine Ausarbeitung der ihr zu Grunde gelegten Gemeindeordnung erschienen war. Aber da für die Gemeindewahlen immerhin ein gewisses Maß wirtschaftlicher Selbständigkeit zur Grundlage genommen werden sollte, so hätte nach dem Entwurf von 1849 auch die zweite Kammer gegenüber dem allgemeinen Wahlrecht der provisorischen Wahlgesetze eine andere Zusammensetzung erfahren. Trotz dieser Unterschiede zu den provisorischen Wahlgesetzen war es sicher, daß die erste Kammer der reaktivierten Stände dem Gesetzentwurf von 1849 oder einem in ähnlichem Sinne gehaltenen Wahlgesetz ihre Zustimmung verweigern würde; und daß ein solches Gesetz auch in der zweiten Ständekammer keine Billigung finden würde, war immerhin wahrscheinlich, denn auch in ihr überwog eine konservative Mehrheit. Daß jedoch diese taktische Erwägung für das Ministerium der allein ausschlaggebende Grund war, nicht den Entwurf von 1849 einfach wieder auszugraben, sondern eine dritte, konservativere Vorlage auszuarbeiten, ist nicht wahrscheinlich.

Wie die provisorischen Wahlgesetze von 1848, wie der Entwurf von 1849, so spiegelte der Entwurf von 1850 das Bild der augenblicklich vorherrschenden Tendenzen wieder. Im Revolutionsjahr war — wenigstens für die zweite Kammer — das demokratische, allgemeine, gleiche Wahlrecht erreicht worden, der nach dem Maiaufstand 1849 vorgelegte Entwurf brachte in breiter Masse die Schichten des erwerbenden Bürgertums zur Beteiligung am politischen Leben. Die Vorlage von 1850 näherte sich am meisten

dem Wahlgesetz von 1831. Die Unterscheidungen vom alten Wahlgesetz bestanden im einzelnen darin, daß für die erste Kammer die Vertretung des Hochstifts Meißen und des Kollegiatstifts Wurzen wegfiel, daß an die Stelle der zwölf auf Lebenszeit gewählten Abgeordneten der Rittergutsbesitzer, fünfzehn auf Lebenszeit gewählte Vertreter des Großgrundbesitzes traten. In dieser Bestimmung lag wohl die entscheidende Aenderung für die erste Kammer. Die Motiven begründeten den neuen Modus mit der Tatsache, daß die Rittergüter vor anderem größeren Grundbesitz nichts mehr voraus hätten, und eine gesonderte Vertretung daher keinen inneren Sinn mehr hätte. In der Tat setzten die Ablösung der alten Jagdgerechtsame und die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit die Rittergüter den anderen größeren Gütern gleich. Das aktive und das passive Wahlrecht für die fünfzehn Vertreter des größeren Grundbesitzes wurde an den Besitz von 1500 beziehungsweise 3000 Steuereinheiten geknüpft. Der König sollte nicht mehr zehn, sondern zwölf Mitglieder zur ersten Kammer ernennen und war in der Auswahl nicht mehr auf die Rittergutsbesitzer beschränkt. Es blieben vertreten die Standes-, Lehns- und Rezeßherrschaften, die Universität, acht Städte, die Superintendentur zu Leipzig, das evangelische Oberhofpredigeramt in Dresden und das Domstift zu Bautzen.

Für die zweite Kammer wurde die ständische Gliederung vollständig fallen gelassen. Sie sollte nunmehr aus 75 Mitgliedern zusammengesetzt werden. Das aktive Wahlrecht war an das erreichte 25. Lebensjahr und einen Steuerzensus von zweieinhalb Thalern jährlicher, ordentlicher Abgaben, das passive Wahlrecht an das 30. Jahr und die Entrichtung von 10 Thalern jährlicher Steuern gebunden. Die vorgesehene Wahlkreiseinteilung in 30 städtische und 45 ländliche Wahlbezirke erinnerte noch an die alte scharfe Scheidung von Stadt und Land und das Ueberwiegen der ländlichen Vertretung. Durch die Bestimmung, daß auch in den ländlichen Wahlbezirken Unangesessene wahlberechtigt seien, fand aber auch in dieser Beziehung eine Milderung statt. In den Augen der Stände stellte die Bestimmung über das Wahlrecht der Unangesessenen auf dem Lande, die nur einer richtigen Einsicht der Regierung in die Bedeutung des beweglichen Kapitals entsprang, eine der wesentlichsten Neuerungen dar.

Das Wahlgesetz von 1831 beruhte auf einem Gemisch von feudalständischer und berufsständischer Vertretung, wobei der ersten Kammer fast ausschließlich das altständische Element seinen Stempel aufdrückte, und in der zweiten Kammer die berufsständische Vertretung auch nur durch die Abgeordneten des Handels und der Intelligenz dargestellt wurde. Der neueste Entwurf verlieh der ersten Kammer durch die Vertretung des Grundbesitzes einen andersartigen Charakter, denn die Abgeordneten der Großgrundbesitzer waren Vertreter eines Berufsstandes, nicht mehr wie die Abgeordneten der Rittergutsbesitzer Vertreter eines der alten Ländstände. Aus der zweiten Kammer sollte nun auch noch die berufsständische Vertretung verschwinden. An ihre Stelle trat die Repräsentation aller eine gewisse Mindestgrenze der Steuerleistung erreichenden Staatsbürger. Der Entwurf setzte also die erste Kammer teilweise altständisch, teilweise berufsständisch, die zweite Kammer nach den Gesichtspunkten der Repräsentation zusammen. In der Vermischung aller dieser Elemente sah der Innenminister Friesen den größten Vorzug dieses Entwurfes.

Welche Aufnahme die Vorlage bei den Hochkonservativen finden würde, darüber konnte die Freimütige Sachsenzeitung unterrichten, die dem Ministerium Verblendung vorwarf und für die unbedingte Erhaltung des alten Wahlgesetzes eintrat. Die Verhandlungen in der ersten Kammer, vor welche die Vorlage zuerst gelangte,⁴¹ griffen als wichtigste Neuerung des Entwurfes die Zurückdrängung des ländlichen Elementes auf. Unter diesem Gesichtspunkt übte die Majorität des Kammerausschusses an der geplanten Zusammensetzung beider Kammern die heftigste Kritik. Zwar gab die Deputation die formelle Notwendigkeit der Aenderung des Wahlgesetzes zu, denn es sei nun einmal ein neues Wahlgesetz versprochen worden, aber sie ordnete diesen rechtlichen Gesichtspunkt den politischen Nützlichkeitsbetrachtungen, wie die Majorität ihrer Mitglieder sie verstand, unter. Der Grundbesitz sei die „festeste Stütze des Vaterlandes“, die Grundbesitzer „die präsumptiv besten Untertanen“. Die Staatsnotwendigkeit verlange die ständische Gliederung und die überwiegende Vertretung des agrarischen Grundbesitzes, daneben könnten formal-rechtliche Be-

41. L.M. 1850/51 I. K. S. 776 ff.

denken nicht bestehen. Zwei Sätze stützten die so von der Kommissionsmehrheit begründete Ablehnung der Regierungsvorlage: Die Behauptung, daß die Grundbesitzer die festeste Stütze der bestehenden Staatsverfassung seien, und der Satz, daß nur Volksvertretungen, die aus Ruhe garantierenden Elementen zusammengesetzt sind, den Ausbruch von Unruhen verhindern könnten. Da der ländliche Grundbesitz in dem vorgelegten Gesetz nicht genügend berücksichtigt sei, sei dasselbe abzulehnen. Und da keine Verfassung den angeführten Grundsätzen in höherem Maße gerecht werden könne als die Urkunde von 1831, so riet die Mehrheit des Ausschusses ihrer Kammer „zur Zeit eine vollständige Revision der Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 in ihrem 7. und 8. Abschnitt abzulehnen“. In diesen Gedankengängen bewegten sich auch die Debatten im Plenum der Kammer, in denen der Gegensatz zwischen der in der Repräsentativverfassung verkörperten Staatseinheit und der in der ständischen Vertretung sich darstellenden, organisch gegliederten Vielheit aufgestellt wurde. Es war eine große Mehrheit, die sich in diesem Streit der Systeme auf die Seite des Alten stellte. Aber durch die theoretischen Darlegungen blinkten immer die höchst realen Interessen hindurch, welche die Anhänger der altständischen Gliederung verteidigten, und nur dünn war die ideologische Umhüllung. Da nützten die einsichtigen Argumente, mit denen der Innenminister seine Vorlage verteidigte, nichts. Die Hochkonservativen waren weit von Friesens Ansicht entfernt, daß eine Landesvertretung den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt sein, daß Elemente, die ihre Bedeutung verloren hätten, ausgeschieden werden müßten. Es zeigt, daß Friesen einen richtigen Blick für die tatsächlichen Verhältnisse hatte, wenn er die hohe Bedeutung des beweglichen Kapitals betonte, wenn er darauf hinwies, daß das alte Wahlgesetz in den Fabrikgegenden, in welchen von den oftmals unangesessenen Fabrikherren alles abhing, wo der Unternehmer die wichtigste Figur des sozialen Lebens sei, jeden Sinn verloren habe. Die Rittergutsbesitzer wollten davon nichts hören, und mit 27 zu 10 Stimmen wies die erste Kammer gemäß dem Majoritätsantrag ihrer Deputation die Regierungsvorlage zurück.⁴²

42. Acht in der ersten Kammer sitzende Bürgermeister stimmten für die Vorlage.

Einen anderen Verlauf nahmen die Debatten der zweiten Kammer.⁴³ Hier schloß man sich dem Vorgehen der ersten Kammer nicht an, sondern trat in die spezielle Beratung über den Entwurf ein. Die Rittergutsbesitzer wollten — wie ihre Genossen in der ersten Kammer — die Vorlage zwar zurückweisen, aber sie wurden überstimmt von einer Mehrheit, die das Repräsentativsystem wünschte und die eine ungenügende Volksvertretung als einen Anlaß zu Unruhen betrachtete. Wenn jetzt die zweite Kammer der Vorlage ihre Zustimmung erteilte, dann befand sich das Ministerium in einer schwierigen Lage. Graf Galen prophezeite einen Konflikt zwischen beiden Kammern.⁴⁴ Es sollte jedoch nicht zu einer Annahme des Gesetzes durch die zweite Kammer kommen. Zwar hatten die Debatten auch der ersten Kammer eine große Mannigfaltigkeit der Wünsche und Ansichten im einzelnen gezeigt, aber im großen und ganzen brachte die Art der Zusammensetzung dieser Kammer doch wenigstens die einmütige Ablehnung des Neuen mit sich. Man hatte ja die gute alte Verfassung, bei der man sich beruhigen konnte. War man sich nicht einig über das, was man wollte, so herrschte doch Uebereinstimmung der Ansichten über das, was man nicht wünschte. Die alte Verfassung war eine Losung, unter der sich die auseinandergehenden Meinungen sammeln konnten. Anders die zweite Kammer. Viel weiter auseinander gehende Interessen stießen sich hier, wo neben dem unbeholfenen Bauern der Handelsherr aus Leipzig, neben dem zäh seine Rechte verteidigenden adligen Rittergutsbesitzer der Advokat aus den Industriebezirken saß. Viele Rittergutsbesitzer forderten auch hier einfach die Erhaltung der ständischen Gliederung; andere fanden sich mit der Aufgabe dieses Prinzips ab, verlangten nun aber eine schärfere Trennung zwischen größerem und kleinerem Grundbesitz, denn die Einführung eines für beide Kategorien gleichmäßig geltenden Steuerzensus vernichtete die bisher geltende Trennung zwischen Rittergütern und Bauergütern.⁴⁵ Im Grunde wollten die

43. L.M. 1850/51 2. K. S. 1975 ff.

44. Bericht Galens vom 15. Dezember 1850. Pr.geh.St.A.

45. Die Begriffe Rittergut und größerer Grundbesitz waren in wirtschaftlicher Hinsicht durchaus nicht identisch. Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Inneren in der ersten Kammer, L.M. 1850/51 S. 836, gab es 25 Rittergüter, die gar keinen Grundbesitz, ein Rittergut, welches 0,34 Steuereinheiten,

Vertreter beider Richtungen dasselbe, aber schon die Rittergutsbesitzer unter sich konnten sich nicht einigen. Die Abgeordneten aus den Städten beanstandeten die Bevorzugung des Landes vor der Stadt, da die zweite Kammer nach der Vorlage künftig aus 45 ländlichen und 30 städtischen Abgeordneten zusammengesetzt sein sollte. „Ein Unparteiischer muß beim Anblick dieses Wahlgesetzes der Meinung sein, das sächsische Volk sei ein ackerbautreibendes, aber nicht ein gewerbetreibendes“. Die Fabrikbesitzer hielten die Benachteiligung der Städte für umso ungerechter, als diese „den nervus rerum ins Land schaffen“. „Heißt dies nicht, daß offenbar die Nachkommen des Crösus preisgegeben werden!“ rief einer von ihnen voll Entrüstung. Und in dieser Kammer wurden auch schon Forderungen laut, die über die Kämpfe der Gegenwart hinaus in die Zukunft wiesen. In den Debatten, in denen die alten feudalen Gewalten mit dem gebildeten, wohlhabenden Bürgertum um die Macht rangen, wo Stadt und Land das Feldgeschrei waren und die Bauern still dabei saßen, da meldete der demokratische Abgeordnete Riedel, der vorläufig in den reaktivierten Ständen der einzige energische Vertreter dieser im Augenblick zur Ohnmacht verurteilten Partei war, das Kommen einer neuen Macht an. Man solle nicht glauben, führte er aus, dem großen Grundbesitz durch einen hohen Census sichere Garantien geben zu können, wie es ritterschaftliche Abgeordnete verlangt hatten; „die Güter vermehren sich nicht, aber das Volk vermehrt sich, der Handwerker- und Arbeiterstand, das Proletariat vermehrt sich, und wenn man ihm alle Rechte abschneidet, so verfeindet man ihn dem Volke noch mehr“.⁴⁶ Es war nur eine vereinzelte Stimme; sie ging ohne Widerhall in dem Lärm der zeitgenössischen Kämpfe unter und darf in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Auch in der zweiten Kammer verfocht Friesen in mehreren großen Reden die Regierungsvorlage. Warnend wandte er sich gegen diejenigen Abgeordneten, denen der Entwurf nicht liberal genug war, die Regierung habe aus ihren

sechs, die weniger als 100, im ganzen neunundachtzig, die weniger als 1500 Steuereinheiten besaßen. Da in der ersten Kammer auch nach dem alten Wahlgesetz nur Rittergüter mit einer größeren Anzahl von Steuereinheiten vertreten waren, so hätte sich die prinzipielle Aenderung im Wahlverfahren hier nicht so ausgewirkt wie in der zweiten Kammer.

46. Gemeint ist hier unter Volk wohl: Allgemeinheit.

Erfahrungen gelernt, sie brauche nicht zu weit zu gehen. Den Rittergutsbesitzern stellte er vor, wie die Einführung des Begriffes Großgrundbesitz nur eine andere Abgrenzung eines einzelnen Standes nicht die Aufhebung des ständischen Prinzips bedeute. So versuchte er die Vorlage den verschiedenen Parteien genehm zu machen, aber es gelang ihm nicht. Noch eine Woche dauerten die Spezialdebatten bis zur endgültigen Abstimmung geschritten werden konnte. Da die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Gesetz nicht zu Stande kam, mußte es als auch von der zweiten Kammer abgelehnt angesehen werden. Die Konservativen hatten den Sieg davon getragen. Aus all den Wirren und Kämpfen der vorhergegangenen Jahre, aus allen Hoffnungen und Wünschen war nichts hervorgegangen. Abschnitt für Abschnitt stand die alte Verfassung unversehrt da, und es tagten weiterhin die Ständekammern.

Aber dieser Sieg war den Konservativen von der Regierung nicht allzu schwer gemacht worden. Ob freilich diese zur Macht zurückgekehrten ständischen Rittergutsbesitzer unbedingte Bundesgenossen einer strammen monarchischen Regierungsweise waren, war eine andere Frage. Zunächst hatten sie sich im Bunde mit der Regierung gegenüber den revolutionären Gewalten durchgesetzt. „Wozu versöhnen wollen, wo eine Versöhnung doch nie oder nur zum Schein angenommen werden wird?“ fragte in der ersten Kammer Graf Einsiedel-Reibersdorf, und der Abgeordnete von Zeschwitz, der Heißsporn der Konservativen in der zweiten Kammer, schloß seine Lobhymnen auf die dreieggliederte altständische Verfassung mit dem Bekenntnis: „Ich halte überhaupt nichts von dem politischen Selbstmord und kann mich als Rittergutsbesitzer nicht dazu entschließen, dafür zu stimmen, daß der Stand, dem ich angehöre, politisch aufgehoben werde“. Aber diese Hochkonservativen fochten gegen zwei Fronten, gegen „die Scylla des Konstitutionalismus und die Charibdis des Absolutismus“, wie ihr preußischer Gesinnungsgenosse Leopold von Gerlach die Gegner kennzeichnete.⁴⁷ Auch dem Königtum wollten sie nicht weichen. Die in dem Entwurf enthaltene Bestimmung, daß der König zwei Abgeordnete mehr zur ersten Kammer ernennen und in der Wahl

47. Denkwürdigkeiten Leopold von Gerlachs. 2. Bd. S. 377.

nicht mehr auf die Rittergutsbesitzer beschränkt sein solle wie früher, schien ihnen die Möglichkeit zu einer zu weitgehenden Beeinflussung der Stände durch die Krone zu enthalten. Bei der Beratung der das Steuerbewilligungsrecht der Stände betreffenden Paragraphen erklärte Herr von Erdmannsdorf das Steuerbewilligungsrecht als das wichtigste Recht der Stände, demgegenüber auf alle anderen Befugnisse verzichtet werden könnte. Sie zogen gegen die staatliche Bürokratie ebenso zu Felde wie die Gerlachs und ihr Kreis. Der neuen unechten Freiheit stellten sie die „echte Freiheit“ gegenüber, und diese echte Freiheit war nichts anderes als die ständische Libertät.

Wie verhielt sich nun die Regierung in dieser durch sie selbst hervorgerufenen Lage? Trat sie der ständischen Reaktion energisch entgegen und bekundete durch solchen Widerspruch ernstlichen Reformwillen? Zweifellos war die Wahlgesetzvorlage der Versuch, auf einem mittleren Wege zwischen den widerstreitenden Interessen den Anregungen von 1848 Rechnung zu tragen. In den Auseinandersetzungen mit den Ständen über das Gesetz stand der Innenminister in erster Reihe. Aus seinem Departement war die Vorlage hervorgegangen; und wenn dazu auch die königliche Sanktion und die Uebereinstimmung mit den anderen Ministern nötig gewesen war, so mußte Friesen in erster Reihe doch die Vertretung der Vorlage vor den Kammern übernehmen. Von liberaler Seite wurde ihm nun vorgeworfen, er habe diese Verteidigung kraftlos geführt.⁴⁸ Man sah in diesem Lager bei der Regierung nur Schwäche oder gar Böswilligkeit. Friesens Kammerreden enthielten eine Fülle gemäßigter Anschauungen, und der Minister versuchte es redlich, in seinem Sinne auf die Konservativen einzuwirken. Was sich sachlich gegen die Politik der Stände einwenden ließ, wurde hier ausgesprochen, und wer sich von sachlichen Gründen überzeugen lassen wollte, der fand ihrer hier genug. Aber es fehlte diesen Reden die Kraft, die aus dem unbedingten Willen sich durchzusetzen, spricht. Bei aller sachlichen Verteidigung schien der Minister doch immer zu sagen, wenn Ihr nicht wollt, muß es auch so gehen. Und in der Tat wollten die Konservativen nicht; sie wollten „keinen politischen Selbstmord begehen“. Was sollte

48. Sächsische Dorfzeitung 1850 Nr. 50.

das Ministerium nun beginnen? Noch einmal von vorn anfangen, auch die reaktivierten Stände nach Hause schicken mit der Begründung, daß auch mit ihnen kein definitives Wahlgesetz zu Stande zu bringen sei? Damit hätte das Ministerium seiner eigenen, öffentlich verkündigten Rechtsanschauung zuwider gehandelt. Die Reaktivierung der Stände hatte jeden Ausweg abgeschnitten. Die Oktroyierung eines Wahlgesetzes, als letztes Mittel, zu einer neuen Ordnung auf dem Gebiete des Verfassungslebens zu gelangen, wäre nach den Anschauungen der Regierung selbst ein Staatsstreich gewesen. Die beiden großen Nachbarmächte, Oesterreich und Preußen, boten das Beispiel einer Oktroyierung; aber zieht man das, was hier geschah, zum Vergleich heran, so ist zu bedenken, daß beide Staaten vor 1848 keine Verfassungsurkunde besaßen. Sollte in Berlin und Wien überhaupt etwas Neues geschaffen werden, und waren die Regierungen der Meinung, daß mit den im Jahre 1848 entstandenen Volksvertretungen dieses Ziel nicht zu erreichen sei, so blieb ihnen nur eine Oktroyierung übrig. In Sachsen aber bot sich die Verfassung von 1831 dem suchenden Blick, wenn er nichts anderes fand. Nach Friesens Erinnerungen scheint es, als sei ihm die einfache Rückkehr zum Alten am schwersten gefallen.⁴⁹ Bei der konservativen Presse war er verhaßt.⁵⁰ Daß die Regierung mit der äußersten Rechten in dauernder Feindschaft lebte, berichtete der preußische Gesandte.⁵¹ Friesen erzählt auch, daß das Ministerium in dieser Frage nicht einmütig gewesen sei, und daß besonders Beust, als er den Widerstand der Konservativen bemerkte, unter der Hand verbreiten ließ, „daß er für seine Person es auch für kein großes Unglück halten werde, wenn diese Entwürfe von den Kammern abgelehnt und bis auf Weiteres die alten Verhältnisse einfach aufrecht erhalten würden“. Die Politik, welche Beust später den konservativen Rittergutsbesitzern gegenüber befolgte, läßt die Aussagen Friesens als durchaus glaubhaft erscheinen; aktenmäßig können sie nicht erwiesen werden. Die allgemeine Lage der deutschen Verhältnisse konnte dem Außenminister das Fortbestehen der Ständeverfassung als das günstigste Ergebnis erscheinen lassen. Gerade jetzt wurden die

49. Friesen, Erinnerungen. Bd. 1. S. 291 ff.

50. Friesen, ebda. S. 287.

51. Bericht Galens vom 4. Juli 1851. Pr.geh.St.A.

Dresdener Konferenzen abgehalten. Noch war die Neuregelung der deutschen Angelegenheiten nicht entschieden; noch war nicht bestimmt, mit welchen Kompetenzen gegenüber der Verfassungsgesetzgebung der Einzelstaaten die künftige deutsche Zentralgewalt ausgestattet werden würde. Sollte man da das Verfassungsleben des Landes neu gestalten? Ueber solche Gebote des Augenblicks hinaus konnte es noch eine andere Erwägung sein, welche Beust die Erhaltung der alten Verfassung wünschen ließ. Es wird noch zu zeigen sein, welche Ziele er bei der Neuordnung Deutschlands verfolgte. Sie waren nicht der Art, daß sie die Zustimmung von Kammern gefunden hätten, die mit dem von Friesen entworfenen Wahlgesetz gewählt worden waren. Dagegen hatten die Rittergutsbesitzer Beusts deutscher Politik ihren vollen Beifall geschenkt. Im Dezember 1850 sprachen die Ständekammern dem Minister ihre Zustimmung für die Mobilmachung gegen Preußen aus, die die Regierung vor der Unterzeichnung der Punktation von Olmütz angeordnet hatte,⁵² und es war Beust aus der Seele gesprochen, wenn bei dieser Gelegenheit in der ersten Kammer der Freiherr von Friesen auf Rötha sagte: „Der Boden des Rechts ist der Bund; unser treuester und aufrichtigster Alliierter ist der Bund, und unsere Kraft besteht in einer kräftigen Bundesgewalt“. Wo konnte Beust sonst Kammern finden, die seiner deutschen Politik so folgten wie diese? Daß diese außenpolitische Haltung der Konservativen für Beusts Stellungnahme in der Wahlgesetzfrage sehr maßgeblich gewesen sein mag, scheint keine zu gewagte Konstruktion.

Vergleich mit der Verfassungsentwicklung in Bayern und Württemberg.

Der provisorische Charakter des Wahlgesetzes vom November hatte die Rückkehr zum alten Wahlgesetz ermöglicht. Wäre das Novembargesetz nicht „provisorisch“ gewesen, dann hätte die Regierung sich nur mit Hilfe der Bundesgesetze auf rechtliche Weise des Revolutionsgesetzes entledigen können. Ein Vergleich mit den Ereignissen in Bayern und Württemberg wird die Bedeutung, die der provisorischen Gesetzgebung von 1848 für die verfassungsrechtliche Entwicklung zukam, verdeutlichen.

52. L.M. 1850/51 1. K. S. 522 ff. und 2. K. S. 750 ff. und S. 951 ff.

In Bayern wurde am 22. März 1848 ein außerordentlicher Landtag einberufen.⁵³ Er tagte nur zwei Monate, stellte aber in dieser kurzen Zeit mit der Regierung ein neues Wahlgesetz für „die Kammer der Abgeordneten“ fest. Danach war jeder bayerische Staatsbürger, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte war und eine direkte Staatssteuer entrichtete, wahlfähig. Es wurde nicht einmal eine Mindestgrenze der Steuerleistung festgesetzt, sondern die einzige Sicherung gegen einen zu radikalen Ausfall der Wahlen in einem indirekten Wahlverfahren gesucht. Das passive Wahlrecht zum Wahlmann wurde an das erreichte 25., zum Abgeordneten an das 30. Lebensjahr geknüpft. Es handelte sich also um ein sehr liberales Wahlgesetz. Ein neues Gesetz für „die Kammer der Reichsräte“ hatte der außerordentliche Landtag nicht mehr mit der Regierung beraten können, vielmehr sich damit begnügt, um Vorschläge für eine Umänderung zu bitten. Der auf Grund dieses Wahlgesetzes am 16. Januar zusammentretende Landtag wies in der zweiten Kammer ein Uebergewicht der Linken auf, die nun auf die Unterwerfung der bayerischen Regierung unter die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung drang und im Inneren die Herrschaft des Parlamentes herzustellen suchte.⁵⁴ Als die Kämpfe zwischen den Parteigruppen in der Kammer der Abgeordneten immer heftiger wurden, und die Linke jede gesetzgeberische Tätigkeit sabotierte, vertagte Maximilian der Zweite die Kammern bis zum 13. Mai 1849. In der Zwischenzeit wurde ein neues Ministerium gebildet, an dessen Spitze Ludwig von der Pfordten trat. Da die Linke ihm die Mitarbeit versagte, wurde der Landtag aufgelöst. Mit dem neuen, auf Grund des gleichen Wahlgesetzes gewählten Landtag konnte die Regierung auskommen, da in seiner zweiten Kammer eine gemäßigte liberale Gruppe die Mehrheit hatte. Trotz dieses friedlichen Verhältnisses wünschte das Ministerium aber zu dem alten Wahlgesetz zurückzukehren. Als der Innenminister dem Landtag 1854 ein darauf abzielendes Wahlgesetz vorlegte, wurde er jedoch abgewiesen und besaß nun kein Rechtsmittel — außer der Anrufung des Bundestags — um die aus der Revolution stammende zweite

53. vergl. Michael Doeberl, Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens. 3. Aufl. München 1918. S. 104 ff.

54. Doeberl, ebda. S. 122.

Kammer abschütteln zu können. Der Rückentwicklung war dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß das Wahlgesetz zur zweiten Kammer ein definitives war. Andererseits erfüllte die Regierung das von dem Märzministerium gegebene Versprechen nicht, „die Kammer der Reichsräte“ umzugestalten.

In Württemberg verlief die Entwicklung der sächsischen nicht unähnlich.⁵⁵ Hier wurde durch Gesetz vom 1. Juli 1849 eine Versammlung von Volksvertretern zur Revision der Verfassungsurkunde von 1819 einberufen. Diese Versammlung wurde auf Grund eines Wahlrechtes gewählt, das — analog der bayerischen Verordnung — als Bedingung für das Wahlrecht eine Steuerleistung forderte, deren Höhe nicht festgesetzt wurde. Aber diese Versammlung hatte nur provisorischen Charakter, ebenso wie das Wahlgesetz, mit dessen Hilfe sie gewählt worden war. Ähnlich den in Sachsen auf Grund der provisorischen Wahlgesetze gewählten Kammern sollte die in Württemberg gewählte Versammlung erst ein definitives Wahlgesetz feststellen. Die Volksvertreter erklärten jedoch der Staatsregierung, um die Rückkehr zu dem alten Wahlgesetz in jedem Falle zu verhindern, in einer Adresse vom 1. Dezember 1849, daß die Landesvertretung von 1819 durch das Juligesetz für immer aufgehoben, und daß die neue Versammlung bis zum Zustandekommen eines definitiven Wahlgesetzes die einzig rechtmäßige Vertretung des württembergischen Volkes sei. In kürzester Frist stellten sich Konflikte dieser Versammlung mit der Regierung ein, deren Gegenstand hauptsächlich die Anerkennung der Reichsverfassung war. Drei Wochen nach ihrem Zusammentritt wurden die Volksvertreter bereits von ihrer Regierung nach Hause geschickt. Aber das Wahlgesetz blieb in Kraft, und im März 1850 wurde damit eine neue Landesversammlung gewählt, die ebenfalls anläßlich der deutschen Frage mit der Regierung zusammenstieß. Die Folge war eine abermalige Auflösung. Im Oktober machte das Ministerium noch einen dritten Versuch mit dem revolutionären Wahlgesetz, aber einen Monat später wurde auch diese Versammlung aufgelöst.

55. vergl. C. V. Fricker und Geßler, Geschichte der Verfassung Württembergs. Zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Verfassungsurkunde vom 25. September 1819. Im Auftrage des ständischen Ausschusses. Stuttgart 1869. S. 260 ff.

Nun erklärte der König in einer öffentlichen Ansprache, es bestünde keine Hoffnung auf Einigung über die Verfassungsfragen mit einer solchen Volksvertretung; da das Gesetz vom 1. Juli 1849 nur einen translatorischen Charakter gehabt habe, werde er nach dem alten Wahlgesetz die Stände eines ordentlichen Landtages berufen. Das Wort „translatorisch“ hatte also die gleiche Bedeutung wie der Ausdruck „provisorisch“. Das württembergische Ministerium konnte sich darin genau so wie das sächsische verhalten, daß es seine Entschließungen über die Veränderung der Verfassung mit politischen Zweckmäßigkeitserwägungen begründen konnte. Aus dem translatorischen Charakter des Juligesetzes folgte es die Berechtigung zu solchem Vorgehen. Im folgenden nahm dann die Entwicklung einen anderen Verlauf als in Sachsen. Zwar legte die württembergische Regierung den Ständen des Landtages, der am 6. Mai 1851 zusammengetreten war, am 13. Juni 1851 einen revidierten Verfassungsentwurf vor. Es kam aber nicht mehr zu einer Aeußerung der Kammern über die Vorlage, denn noch bevor die Verhandlungen im Plenum begonnen hatten, zog die Regierung am 17. April 1852 den Entwurf mit der Begründung wieder zurück, daß seit dem Juli 1850 die Verhältnisse in Deutschland eine Revision der Verfassungsurkunde nicht mehr nötig erscheinen ließen. Hier war es also offensichtlich, daß die Regierung selbst die alte Verfassung erhalten wollte.⁵⁶

56. Es ist wahrscheinlich, daß die württembergische Regierung durch die Einsetzung des sog. „Reaktionsausschusses“ am Bundestage im Sommer 1851 zu diesem Vorgehen ermutigt wurde. Der Reaktionsausschuß hatte die Aufgabe, die einzelstaatlichen Verfassungen zu überprüfen und im Notfalle auf eine Abänderung im konservativen Sinne zu dringen. Wenn schon im Sommer 1850 die allgemeinen Verhältnisse eine Aenderung der Verfassung nicht mehr nötig erscheinen ließen, wie die Regierung behauptete, dann hätte sie nicht fast ein Jahr später noch einen Revisionsentwurf am 13. Juni 1851 vorgelegt.

Viertes Kapitel.

Die politische Polizei.

Der deutsche Polizeiverein.

Die Bedeutung, welche die Polizei für die Geschichte der Reaktionszeit hatte, gibt die Berechtigung zu einer näheren Betrachtung dieses Instituts. Es soll nur die politische Polizei behandelt werden. Man ist leicht geneigt, das Institut der Polizei mit Vorstellungen von Unterdrückung, Ueberwachung, Geheimnissen und Sensationen zu verbinden. Und leicht ergibt sich daraus ein negatives Werturteil. Die Polizei — so wie dieser Begriff im 19. Jahrhundert gefaßt wurde — soll beobachten, vorbeugen, einen bestehenden Zustand bewahren. Aber es ist nicht diese Tatsache allein, die das Urteil bestimmt, sondern der Umstand, daß eben diese schützende Tätigkeit der Polizei oftmals zu einer Unterdrückung führt; dann nämlich, wenn der zu schützende Zustand von starken Kräften bedroht wird. In solchen Zeiten wird die politische Polizei in den Händen der noch am Ruder stehenden Gewalten zu einem Mittel gewaltsamer Unterdrückung. Das Vorgehen der politischen Polizei gewinnt umso leichter das Ansehen rechtloser Gewalttätigkeit, als ihre Wirksamkeit nur wenig an Rechtsnormen gebunden werden kann und das Geheimnis, das ihre Arbeit umgibt, völlig unrechtliche Willkür vermuten läßt. Die Zeit der Reaktion auf das Jahr 1848 mit ihrem Mißtrauen der herrschenden Mächte gegen eine Wiederkehr der revolutionären Kräfte brachte für die politische Polizei gesteigerte Arbeit. Ihre Organisation und Tätigkeit zu untersuchen, ist im folgenden die Aufgabe.

Am 11. Oktober 1851 beantragten beim Bundestag Oesterreich und Preußen die Errichtung einer Bundespolizeibehörde.¹ Die Gesandten der beiden Großmächte begründeten den Antrag mit dem

1. Protokolle der deutschen Bundesversammlung vom Jahre 1851 § 185.

Fehlen einer gut organisierten Polizei in vielen deutschen Einzelstaaten und mit der Notwendigkeit, mit Hilfe eines Zentralorgans derartige Mängel abzustellen. Um den mittleren und kleinen Staaten die Furcht zu benehmen, daß man sich von Bundes wegen in ihre inneren Angelegenheiten mischen werde, fügten die Großmächte hinzu, daß die Verbesserung der inneren Organisation selbstverständlich den Einzelstaaten überlassen sein werde, daß die Zentralbehörde nur auf Mängel aufmerksam machen solle. Als Sitz der Behörde schlug der Antrag das zentral gelegene Leipzig vor. Schon hierin war für die sächsische Regierung ein Grund gegeben, dem Plane besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Bereits am 24. Juni des Jahres, nachdem ihm zum ersten Male von dem Projekt eine Mitteilung gemacht worden war, hatte Beust der österreichischen Regierung die großen Bedenken angezeigt, die man in Dresden hegte.² Beust meinte, wenn die Behörde ihren Sitz in Leipzig aufschlage, so würden daraus Schäden für die Messe und den Leipziger Buchhandel erwachsen. Mit seinem Bundestagsgesandten war er sich darüber ganz einig, daß die Einzelstaaten Eingriffe in die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten von Seiten des Bundesinstituts zu befürchten hätten. Dies war wohl der Hauptgrund für seine Skepsis. Die einzige Möglichkeit, seinen Staat vor solchen Unannehmlichkeiten zu bewahren, sah er in der Uebertragung des Vorsitzes der Behörde an die sächsische Regierung. Gegen diesen Wunsch hatte Schwarzenberg nichts einzuwenden, aber die preußische Regierung wollte davon nichts wissen.³ Der sächsische Minister aber hatte nun einen festen Standpunkt für die Verhandlungen gewonnen: entweder erhält Sachsen den Vorsitz, oder es stimmt dem Antrage nicht zu. In diesem Sinne instruierte er am 9. November den Bundestagsgesandten. Aber nun häuften sich die Schwierigkeiten. Die Süddeutschen wünschten Frankfurt als Sitz der Behörde. Bayern hegte Besorgnisse, es werde keinen Vertreter bei dem Bundesinstitut haben können; es war geplant, daß die Behörde aus den Bevollmächtigten von fünf Staaten zusammengesetzt sein sollte; da für Oesterreich und Preußen je ein fester Sitz vorhergesehen war, und Sachsen mit der Stelle des Direktors für sich

2. Beusts Schreiben an Nostitz vom 23. Oktober 1851. S.H.St.A.

3. Beusts Schreiben an Nostitz vom 5. November 1851. S.H.St.A.

den gleichen Vorzug verlangte, war die Möglichkeit eines Ausschlusses Bayerns tatsächlich gegeben. Endlich erklärte der neue preußische Bundestagsgesandte, Herr von Bismarck-Schönhausen, daß Sachsen der Vorsitz nicht zukäme. Wenn die sächsische Regierung auf dem Vorsitz beharre, müsse die Behörde in eine nichtsächsische Stadt verlegt werden.⁴ In der Umgebung Friedrich Wilhelms IV. war Leopold von Gerlach gegen den ganzen Plan, zumal gegen den sächsischen Vorsitz eingenommen.⁵ Pfordten machte immer neue Schwierigkeiten. Auf der anderen Seite versteifte sich Beust auf den Vorsitz.⁶ Es war vorauszusehen, daß der Plan scheitern würde. Tatsächlich hörte man denn auch seit dem Frühjahr 1852 nichts mehr davon.

Wenn nun auch aus einer offiziellen Bundespolizeibehörde nichts geworden war, so machte die eigene Initiative der höheren Polizeibeamten verschiedener Staaten diesen Mangel wett. Es war der Berliner Polizeipräsident von Hinkeldey, der im März 1851 die Anregung zu Zusammenkünften der höheren Polizeibeamten gab. Nach kurzem Besinnen gaben die Regierungen der vier in den Plan eingeweihten Staaten, Oesterreich, Preußen, Sachsen und Hannover ihre Zustimmung. So trafen sich am 9. April 1851 der Ministerialrat und Stadthauptmann von Weiß aus Wien, Hinkeldey aus Berlin, der Polizeidirektor von Wermuth aus Hannover in Dresden; die sächsische Regierung hatte den Geheimrat Eberhardt aus dem Ministerium des Inneren abgeordnet. Er sollte bald das rührigste Mitglied des Vereins werden. Zunächst legte er seinen auswärtigen Kollegen einen Organisationsplan vor, den diese einstimmig annahmen. Danach wurde das Gebiet des deutschen Bundes in vier Bezirke eingeteilt. Jeder der vier Beamten überwachte die Vorgänge in einem Bezirke,⁷ setzte sich mit den höheren

4. Bericht an Nostitz vom 10. Januar 1852. S.H.St.A.

5. Denkwürdigkeiten Leopold von Gerlachs. 1. Bd. S. 689 f.

6. Beusts Schreiben an Nostitz vom 17. Januar 1852. S.H.St.A.

7. Nach dieser Einteilung hatte Weiß zu überwachen — Oesterreich und die Hauptmasse der bayerischen Gebiete; Hinkeldey — Preußen, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Hamburg, Lübeck und die anhaltischen Fürstentümer; Wermuth — Hannover, Kurhessen, Oldenburg, Braunschweig, die lippischen Fürstentümer, Waldeck und Bremen; Eberhardt — Sachsen, die thüringischen Staaten, bayerisch Franken, Großherzogtum Hessen, Baden, Württemberg, die bayerische Pfalz und Frankfurt a. M.

Polizeistellen der im Bezirk befindlichen Staaten ins Einvernehmen, hielt Bezirksversammlungen ab und ließ sich aus seinem Bezirk jede Woche einmal Mitteilung machen. Die vier Bezirksvorsteher hatten sich gegenseitig regelmäßig Wochenberichte zuzusenden. Nach einem bestimmten Schema sollten alphabetische Verzeichnisse flüchtiger politischer Verbrecher angefertigt werden, welche die Bezirksvorsteher untereinander auszutauschen hatten. Besondere Aufmerksamkeit beschloß man London und Paris zuzuwenden, wo sich die Flüchtlinge aus aller Herren Länder einfanden. Für ihre Beaufsichtigung plante man, in diesen Städten „hinlänglich qualifizierte Agenten“ anzustellen.

Diesem Plane entsprechend trat die Organisation ins Leben. Alljährlich trafen sich — meist unter falschem Namen — die Polizeigewaltigen in den kleinen Hotels der verschiedenen deutschen Städte. Nach vorsichtigen Vorbereitungen kamen sie am Abend zusammen, um nach nächtlicher Sitzung sich am nächsten Morgen wieder frühzeitig zu trennen. Ueber ganz Deutschland spannte sich das Netz der Wochenberichte. Seitenlange Namensverzeichnisse der Verbrecher verschiedenster Art schickten sich die Polizeibehörden gegenseitig zu. Diese Wochenberichte und die vertraulichen Mitteilungen, die meist einem einzelnen Gegenstand galten, können als eine sehr aufschlußreiche Quelle für die Geschichte der Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren angesehen werden.⁸ Neben den nichtigsten Dingen wie dem Lebenswandel heute ganz vergessener Persönlichkeiten, finden sich da Protokolle von geheimen Arbeiterversammlungen, Zeitungsausschnitte aus der „Verbrüderung“, aus dem „Volksorgan des Zentralkomitees für Arbeiter“, Statuten der Arbeitervereine, Uebersichten über den großen Streik von 1857 nach der hauptsächlichen Beteiligung der ver-

8. Die eigentlichen Agentenberichte können nur mit großer Vorsicht benutzt werden. Anders verhält es sich mit den den Berichten beigelegten beschlagnahmten Papieren. Die Agenten mußten ihre Bezahlung rechtfertigen, und so haben sie oft starke Farben aufgetragen, um ihre Auftraggeber von der Gefährlichkeit des Gegners und der Notwendigkeit ihrer eigenen Tätigkeit zu überzeugen. Vergl. Bismarcks skeptisches Urteil über die Agentenberichte. Preußen im Bundestag. Dokumente der Kgl. Preußischen Bundestags-Gesandtschaft. Hergog. von Dr. von Poschinger. 4 Bde. 1882—1884. 1. Bd. S. 323 ff.

schiedenen Industrien, Mitteilungen über Löhne und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Produktionszweigen, sehr lebendige Schilderungen der Zustände unter den Emigranten in London. Die Hauptaufmerksamkeit war den Arbeiter- und Turnvereinen zugewendet, die alle als sehr verdächtig galten. Daneben spielte eine wichtige Rolle die Mitteilung über den Aufenthalt von Persönlichkeiten, die im Revolutionsjahre hervorgetreten waren. „Koryphäen der Umsturzpartei“, „radikale Häuptlinge“, „Notabilitäten der Revolution“ hießen sie in den Berichten. Die steten Reisen dieser gehetzten Menschen gaben der Paß- und Fremdenpolizei Arbeit. Auch die wandernden Handwerksgehlen wurden scharf überwacht. Da sie als „Verbreiter politischer Krankheitskeime“ angesehen wurden, war das ganze Wanderwesen oft Gegenstand der Beratungen auf den Konferenzen.

Aus der dauernden Beschäftigung mit den politisch bedeutungsvollen Arbeiterfragen ergab sich für die Polizeibeamten zwangsläufig ein Eingehen auf die wirtschaftlich soziale Seite des Arbeiterproblems. Dabei nahm die Polizei eine strenge Scheidung zwischen den politischen und den rein wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter vor. Mit großer Schärfe ging man zwar gegen jeden Ansatz zu einer politischen Wirksamkeit an, aber die höheren Polizeibeamten sorgten sich andererseits um Lohnverhältnisse und Arbeitsmöglichkeiten, so daß des öfteren gerade von ihnen den Regierungen wertvolle Anregungen zur Hebung der materiellen Nöte des vierten Standes gegeben wurden. Zumal in dem auf dem Wege der Industrialisierung schon weit fortgeschrittenen Königreich Sachsen haben der geheime Regierungsrat Eberhardt und nach seinem im Dezember 1852 erfolgten Tode der Regierungsrat Koerner den Minister Beust oft auf krisenhafte Bewegungen in der Industrie aufmerksam gemacht und ihn — zumeist vergeblich — um Abhilfe und Einschreiten ersucht. Auf der Polizeikonferenz von 1854 machte Koerner den Vorschlag durch Gesetz Unterstützungskassen einzurichten, in welche Arbeiter und Unternehmer nach einem gewissen Maßstab Einzahlungen zu leisten hätten. Er begründete seinen Vorschlag mit dem Hinweis auf die durch plötzlich aufsteigende Arbeitsstockungen hervorgerufenen Notstände der Arbeiter, in denen diese allein auf die mangelhafte Unterstützung von Staat und Gemeinden angewiesen seien, da die Fabrikherren

sich nicht im geringsten um die Not der Arbeiter kümmerten. Da in Preußen durch die Gewerbeordnungen von 1845 und 1849 schon ähnliche Unterstützungskassen eingeführt waren, ließ sich Koerner die preußischen Gesetze mitteilen und wies Beust am 24. September auf die hohe Wichtigkeit der Angelegenheit hin. Er schlug dem Minister damals sogar eine staatliche Unterstützung derjenigen Arbeitervereine vor, die lediglich wirtschaftliche Ziele — wie die Errichtung von Krankenkassen — anstrebten. Auch die Polizeikonferenz von 1855, die in Berlin stattfand, beschäftigte sich mit diesen Fragen, und abermals drang Koerner bei Beust auf den Erlass eines Gesetzes „zur Verhütung des Notstandes unter den Arbeitern.“ Auf der Polizeikonferenz von 1858 erfuhr man, daß die badische Regierung den Fabrikanten die Errichtung von Arbeiterunterstützungskassen nahe gelegt habe, und daß diese dem Wunsche der Regierung „bereitwilligst“ nachgekommen seien. In Württemberg ging die Regierung soweit, die Konzessionserteilung für industrielle Unternehmen von der Einrichtung einer Unterstützungskasse abhängig zu machen. Es soll in dieser Arbeit nicht auf die soziale Bewegung und die soziale Gesetzgebung eingegangen werden, sondern diese wenigen Beispiele mögen nur zeigen, daß diejenige Instanz, die sich die Aufrechterhaltung der bestehenden staatlichen Ordnung zur Aufgabe gesetzt hatte, die großen Gefahren erkannt hatte, die aus dem Arbeiterproblem erwachsen, und nun im Interesse des Staates eine Ausgleichspolitik zwischen den wirtschaftlichen Gegensätzen anstrebte. Die eindringende, überwachende Tätigkeit machte die Organe der Polizei enger vertraut mit den wirtschaftlichen Nöten der Arbeiterschaft und ließ sie eher die Ueberzeugung von der Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in den Prozeß der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit gewinnen als die meisten anderen Staatsbehörden. Die Polizei war gleichsam ein vorgeschobener Beobachtungsposten des Staates; tastend betraten ihre Beamten den Boden einer dem alten Staate noch unbekannten Wirksamkeit. Manches von den Ansichten und Plänen der Polizeikonferenzen weist auf die spätere umfassendere Sozialgesetzgebung Bismarcks hin.⁹

9. An Ansätzen zu einer staatlichen Sozialpolitik hat es in Sachsen

Die wesentliche Schwäche des Polizeivereins lag darin, daß er nicht ein offizielles Institut war. Immer hing die ganze Existenz der Organisation von dem Wohlwollen der Regierungen ab, die nicht bundesgesetzlich gebunden waren, und leicht konnte es geschehen, daß ein Staat keinen Beamten zur Konferenz entsandte und keine Wochenberichte mitteilte. Ja sogar innerhalb der einzelnen Staaten selbst erhoben nachgeordnete Organe der Polizei Widerspruch gegen die Teilnahme an den Arbeiten des Polizeivereins,¹⁰ und es blieb dann nichts übrig als gütliches Zureden oder ein sanfter Druck von Seiten des Ministeriums. Diese innere Schwäche des Vereins trat nicht in die Erscheinung, solange die Staaten in gleichmäßiger Gegenbewegung gegen die Revolution das Bedürfnis gegenseitiger Anlehnung empfanden, solange überhaupt die innere Reaktion der wichtigste Impuls ihrer Politik war. Epochen, die hauptsächlich von sozialen oder religiösen Bewegungen bestimmt werden, ist ein überstaatlicher Charakter eigen; Zeiten der Revolution ebenso wie solchen der Reaktion. Da scheinen die Gegensätze der Staatspersönlichkeiten zurückzutreten und ein Gesetz für eine Weile die Staatengemeinschaft zu regieren. In solchen Momenten gelangt das Interventionsprinzip zur vollen Geltung. Die Staaten halten sich zur Aufrechterhaltung des von ihnen für die Allgemeinheit gewünschten, inneren Zustandes zur Einmischung in die Angelegenheiten eines vielleicht unruhigen Nachbarstaates für berechtigt. Aber die außenpolitischen Machtkonflikte, die für eine Weile eine untergeordnete Rolle spielten, treten wieder hervor, sie zerreißen das umschlingende Band, und alte Feindschaften werden wieder lebendig. In dem Augenblick, da andere Fragen wichtiger wurden als die Aufräumarbeiten

während der Revolution nicht gefehlt. Es sei hier auf die Einsetzung der „Kommission für Erörterung der Gewerbe- und Arbeitsverhältnisse in Sachsen“ und deren Arbeiten verwiesen. In den starken Bänden der Protokolle der Kommissionssitzungen und der gedruckten Referate der einzelnen Abteilungen findet sich reichhaltiges Material über diese Fragen. Eine Untersuchung der sozial-wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zeit der Reaktion müßte hier ihren Ausgang nehmen.

10. So lehnte am 16. April 1851 der Polizeidirektor Stengel in Leipzig die Teilnahme an dem Polizeiverein mit der Begründung ab, daß es sowieso die Pflicht der Polizei sei aufzupassen. „Was würde man sagen, wenn sich ein Nachtwächterverein auftäte, um Nachts nicht zu schlafen.“ S.H.St.A.

an dem Chaos, als das den wieder gefestigten Regierungen die Revolution erschien, da geriet auch der Polizeiverein ins Schwanken, der so recht das Produkt eines der deutschen Staatengemeinschaft gemeinsamen Interesses war. So wandte sich Oesterreich in den Unruhen des Krimkrieges zeitweilig ganz von ihm ab. Als aber dieser Verein sich gar zum Handlanger der Interessen einer bestimmten Gruppe von Staaten zu machen drohte, die im Gegensatz zu den Tendenzen anderer Vereinsmitglieder standen, da war es um ihn geschehen. Auf der Polizeikonferenz von 1860 beantragte Wermuth energisches Vorgehen gegen die Mitglieder des Nationalvereins, aber nur die Vertreter von Oesterreich und Sachsen schlossen sich ihm an. Im Staate Beusts stellte man die so beliebten Tabellen bereits auch für diese Kategorie von Staatsbürgern auf. Preußen, das nur mit großem Widerstreben sich überhaupt dazu entschlossen hatte, den Polizeipräsidenten von Zedlitz auf die Konferenz zu schicken, widersprach dem hannoverschen Antrag energisch. Es war die letzte Konferenz des deutschen Polizeivereins, und sie endete mit einem Mißklang. Der Verein war entstanden neben dem Bunde, der seiner Bestimmung nach für die gemeinsamen Angelegenheiten den Rahmen hätte abgeben sollen. Der Bund hatte hier versagt wie auch auf anderen Gebieten, wo größere und zukunftsreichere Dinge auf dem Spiele standen. Wie Preußen außerhalb des Bundes den Zollverein gegründet hatte, so war auf seine Anregung neben dem Bunde der Polizeiverein errichtet worden, der gesprengt werden mußte, weil er einer Bestimmung diene, die ihrem Wesen nach nur eine vorübergehende Erscheinung sein konnte, und weil er zu einem Werkzeug gegen seinen Schöpfer zu werden schien.

Auch da, wo der Bund die polizeilichen Interessen seiner Mitglieder gegenüber dem nichtdeutschen Auslande wahrnehmen sollte, versagte er. Es ist bekannt, wie das Asylrecht, das England den politischen Flüchtlingen gewährte, zu einer Ansammlung von Persönlichkeiten aus allen europäischen Staaten in London führte, die in der Bewegung von 1848 hervorgetreten waren. Zwischen radikal-sozialistischen, deutschen Arbeitern und nationalen Ungarn, Polen und Italienern, die sich in verschiedenen gegeneinander intrigierenden Interessengruppen befehdeten, lebte als Größter Karl Marx. Die deutschen Regierungen sahen in diesem bunten

Treiben eine Gefährdung der Ruhe in ihren Staaten. Oft übertriebene Berichte ihrer Agenten steigerten ihre Besorgnisse. In den Meldungen der Spitzel war von geheimnisvollen Waffensendungen nach der Schweiz, dem Rheinland und Italien, von der Absendung insgeheim ausgebildeter Revolutionsmannschaften nach dem Kontinent und anderen gefährlichen Vorbereitungen für eine bewaffnete Revolution die Rede. Wenn sich diese Gerüchte auch meist bei näherer Prüfung als weit übertrieben herausstellten, so hatten die Regierungen doch auch tatsächlich Ursache zu Besorgnissen. Bei dem schlechten Stand der Polizei in den Hansestädten¹¹ bildete besonders Hamburg ein rechtes Ausfallstor für Agitatoren in das Gebiet der deutschen Staaten. Auf Antrag Oesterreichs und Preußens richtete daher der Bundestag am 6. Dezember 1851 eine Note an die britische Regierung, in welcher diese gebeten wurde, dem Mißbrauch des Asylrechtes ein Ende zu machen.¹² Diese Bitte wurde von Lord Granville glatt abgelehnt. Als im folgenden Jahre die großherzoglich hessische Regierung wiederum Schritte in der Flüchtlingsfrage beantragte,¹³ fand sie in der Bundesversammlung keinen Anklang. Buol-Schauenstein, Pfordten und Beust hätten zwar gerne etwas unternommen,¹⁴ aber der Mißerfolg von 1851/52 hatte sie entmutigt. Bismarck betrachtete die Angelegenheit aus ganz anderen Gesichtspunkten. Er meinte, Preußen werde von der Sache nicht betroffen und solle sich an antienglischen Schritten nur beteiligen, wenn Oesterreich einen Gegendienst leiste.¹⁵ Ihm war der vorliegende Fall an sich gleichgültig, er sah darin nur eine Gelegenheit, für das Eigeninteresse seines Staates zu sorgen, dessen Vorteile er nicht mit denen der

11. Ueber die Polizei in den Hansestädten schrieb am 1. November 1861 Wermuth an den sächsischen Regierungsrat Haepe, das Grundübel der Polizeiverwaltung in den freien Städten sei „der kaufmännische Geist, das Streben, jedes Verhältnis zur tunlichsten Ausnutzung, zum Gelderwerbe auszuheuten“. Die Polizei sei eine Finanzquelle des Staates, denn das Publikum müsse für jede Dienstleistung sofort bar bezahlen. Die Beamten seien schlecht bezahlt und „daher sagenhaft bestechlich“. S.H.St.A.

12. Protokolle der deutschen Bundesversammlung 1851 § 251 und 1852 § 21.

13. Protokolle der deutschen Bundesversammlung 1853 §§ 36 und 83.

14. Beusts Schreiben an Nostitz vom 13. März 1853 S.H.St.H.

15. Preußen im Bundestag. 1. Bd. S. 213.

anderen Bundesstaaten gleichsetzte. Das waren Gedanken, die über die Zeit der gemeinsamen Reaktion schon weit hinauswiesen. Der Polizeiverein mußte sich auch hier selbst helfen; er tat es durch besonders scharfe Ueberwachung der aus England kommenden Reisenden.

Die politische Polizei in Sachsen unter Beust.

Wenden wir uns — gemäß der Aufgabe dieser Untersuchungen — den besonderen sächsischen Verhältnissen zu, so erwarten wir da ein anderes Bild. Es lag an dem überstaatlichen Charakter des Polizeivereins, daß er nicht mit Verfügungen und Festnahmen scharf in das Leben des Einzelnen eingreifen konnte, sondern sich im wesentlichen auf das Sammeln von Nachrichten und Erteilen von Ratschlägen beschränken und auch da noch die Empfindlichkeit der Einzelstaaten schonen mußte. Anders lagen die Dinge in den Staaten selbst. Hier konnte sich schroff ein den Bürger auf Schritt und Tritt bedrückender Polizeidespotismus entwickeln. Da war es nun ein für die sächsischen Verhältnisse charakteristischer Zug, daß die Polizeigewalt sich nicht roh und gewalttätig äußerte, sondern unauffällig wirkte. Verhaftungen waren nicht häufig; aber das Spionieren und Ueberwachen wurde zum System gemacht. Ueber alle Arten von Berufen wurden Tabellen angelegt. Zum Teil geschah dies für die Zwecke des Polizeivereins, in der Hauptsache aber für den eigenen Gebrauch. Lehrer, deren politischer Haltung Beust in kluger Erkenntnis ihrer Bedeutung stets große Aufmerksamkeit schenkte, Eisenarbeiter, Gesangsvereine, Sommerfrischler in den Landhäusern des Erzgebirges, Personen, die Calabreserhüte trugen, die Redaktionen von regierungsfeindlichen Zeitungen — alle wurden registriert und in Tabellen aufgezeichnet.¹⁶ In großer

16. So wurde im Jahre 1860 für die hannoversche Regierung ein Verzeichnis der „im Interesse der regierungsfeindlichen Parteien tätigen Zeitungsschreiber in Sachsen“ angefertigt. Die deutsche allgemeine Zeitung in Leipzig und ihre Mitarbeiter wurden darin beschrieben „Dtsche. allg. Ztg. koquetiert mit der Umsturzpartei und möchte doch nicht direkt zu ihren Tendenzen sich bekennen; steht auf Seiten der sog. nationalen Partei. Nomineller Redakteur ist der Dr. Ed. Brockhaus jun. In Wahrheit aber wird das Blatt von einem Schwarm unbedeutender Literaten, die als literarische Fabrikarbeiter im Brockhaus'schen Geschäft für das Konversationslexikon, für Uebersetzungen

Menge und bunter Reihenfolge füllen diese Listen die Akten des zuständigen Innenministeriums. Ueber die Zusammensetzung der städtischen Magistrate mußten die Kreisdirektionen von Zeit zu Zeit Tabellen einreichen, in denen die politische Stellung der Stadtverordneten verzeichnet war. Da das Polizeipersonal zahlenmäßig zur Ausführung dieser Ueberwachungstätigkeit nicht ausreichte,¹⁷ mußten besondere Agenten und Spitzel, die Beust seine „Subjekte“ nannte und die er auch zu außenpolitischen Erkundigungen verwendete, angestellt werden. Die Kreisdirektionen und Amtshauptmannschaften griffen, um den ständigen Anforderungen nach neuen Erhebungen zu genügen, zur Inanspruchnahme der anruchigsten Personen. Von welcher Art deren Berichte dann waren, läßt sich daraus entnehmen, daß mitunter die Namen angegebener Persönlichkeiten zurückgenommen werden mußten, weil sich heraus-

aller Art benutzt werden, mit Artikeln versehen. Diese ganze Literatenclique ist in Leipzig ein nicht unbedenkliches Element. Zu derselben gehören: Burckhard, Dr. Eduard, früher als Geschichtsschreiber genannt, jetzt dem Trunke ergeben, heruntergekommener Kompilator und literarischer Handlanger. v. Treitzschke, Privatdozent an der Universität, schreibt zuweilen Leitartikel für die dtische. allg. Ztg. Freytag, Gustav, wohnhaft in Gotha, Hofrat.“ u. A. S.H.St.A.

17. Ueber die Organisation der sächsischen Gendarmerie im Vergleich mit anderen deutschen Staaten geben die Vorlagen Eberhardts an das Ministerium des Inneren Aufschluß. In Sachsen standen gegenüber einer Bevölkerungszahl von 1 800 000 Köpfen 173 Gendarmen. Sie waren einzeln stationiert und den Amtshauptmannschaften unterstellt. Eberhardt empfahl am 14. März 1850 ihre Zusammenziehung. Im November des gleichen Jahres erklärte der Geheimrat, daß in Sachen der Gendarmerie Sachsen hinter allen deutschen Bundesstaaten zurückstehe. Bayern hatte gegenüber einer Bevölkerung von 4 519 546 Seelen eine Gendarmerie von 2319 Mann; in Baden stand einer Gendarmerie von 476 Mann eine Bevölkerung von 1 362 744 Seelen gegenüber; in Württemberg kamen 431 Gendarmen auf 1 726 744 Köpfe; in Hannover 415 Mann auf eine Bevölkerung von 1 758 847 Seelen. Von Oesterreich berichtete Eberhardt mit Neid, daß man dort 16 Gendarmerieregimenter zählte. In diesen Staaten war die Gendarmerie militärisch organisiert, während in Sachsen die verstreuten Gendarmen von den Behörden zu allen möglichen, außerhalb ihres eigentlichen Dienstbereiches liegenden Funktionen verwendet wurden. Dazu waren die Leute oft alt und kränklich. Eberhardt empfahl Friesen eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes, militärische Organisation nach auswärtigem Muster. Aber erst unter Beust wurden die gerügten Mängel teilweise abgestellt.

stellte, das die Verdächtigen nicht gegen, sondern für die Regierung gesprochen hatten. Es herrschte eine förmliche Wut nach Tabellen. Unter diesem Regime, „dem System des lächelnden, schleichenden Despotismus“, wie Treitschke es bitter genannt hat, blühten Denunziantentum und Gesinnungsschnüffelei. Geschah es doch, daß sich Studenten der Universität gegenseitig bei den Behörden verdächtigten.

An all dem trägt Beust einen großen Teil der Schuld. „Ich war stets der Meinung, daß eine gute Polizei, d. h. eine solche, die viel bemerkt, aber wenig bemerkt wird, eine sehr nützliche Sache sei — —“, mit diesen Worten kennzeichnete er seine Auffassung von den Aufgaben der Polizei.¹⁸ Gewalttätigkeit und polizeiliche Roheiten lagen seinem Wesen nicht. Er glaubte selbst nicht, daß polizeiliche Maßnahmen ein wirksames Mittel gegen politische Strömungen seien. Aber er wollte über sie unterrichtet sein; sein Mißtrauen und seine Furcht vor einer Wiederholung der Ereignisse von 1848 war immer wach. Als die Oesterreicher 1856 die Polizeikonferenz nicht mehr beschicken wollten, schrieb Beust in einem für seine Anschauungen sehr aufschlußreichen Briefe an Buol-Schauenstein, man solle sich ja nicht von der augenblicklichen Ruhe einschläfern lassen. In jedem Augenblick könnten die Leidenschaften wieder hervorbrechen, sie fänden in den heutigen Zuständen die gleiche Nahrung wie vor acht Jahren. „Die Revolution ist deroutiert, aber nicht dekouagiert.“ So ließ er die Gegner denn überwachen; aber er ist gegen sie nicht brutaler vorgegangen als die Regierungen anderer deutscher Staaten. Es sollte nicht immer der Fall Richard Wagners¹⁹ als Beispiel einer besonders gehässigen Verfolgungssucht angeführt werden. Die Frage, ob ein Hofkapellmeister auf den Barrikaden kämpfen dürfe, wird auch von anderen königlichen Ministern entschieden negativ beantwortet worden sein als von Beust. An der überwachenden Tätigkeit der Polizei hat er regen Anteil genommen;²⁰ in dem oben genannten Brief an Buol

18. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten Bd. 1. S. 175.

19. vergl. über Richard Wagners Schicksal nach seiner Beteiligung am Maiaufstande Woldemar Lippert, Richard Wagners Verbannung und Rückkehr. 1849—1862. Dresden 1927.

20. Es sei an dieser Stelle das berüchtigte „schwarze Buch“ Beusts erwähnt. In seinen Erinnerungen, Bd. 1. S. 83, versucht Beust die Angelegen-

rühmte er sich dessen. Manche Maßnahmen, um deren Ausführung Eberhardt schon Friesen gebeten hatte, der diesen Dingen gleichgültiger gegenüber stand, hat Beust als Innenminister ergriffen; so 1854 die Uebernahme der städtischen Polizei durch den Staat in der Residenz.²¹

heit des schwarzen Buches als die harmlose Ungeschicklichkeit eines untergeordneten Organs darzustellen. Ein Beamter der Polizeidirektion Dresden habe in allzu großem Amtseifer ein alphabetisches Verzeichnis politisch verdächtiger Persönlichkeiten angefertigt und Beust überreicht. Da der Mann die Tabellen auf seine Kosten bereits habe drucken lassen, habe Beust ihm die Exemplare aus Mitleid, damit er nicht in Unkosten gestürzt werde, abnehmen und an die Polizeibehörden verschicken lassen. Nun sahen wir bereits, daß dergleichen Tabellen nichts besonderes waren. Sie wurden in großer Zahl sowohl für die Bedürfnisse des Polizeivereins, wie für den eigenen Gebrauch angefertigt. In fast allen deutschen Staaten wurden „Generalanzeiger“, „Generalverzeichnisse“ von den Polizeibehörden verfaßt. Das Verzeichnis, welches den Namen schwarzes Buch erhielt, hatte nur eine Besonderheit — es wurde bekannt. Wahrscheinlich aus eigener Initiative hatte der Dresdener Polizeirat Herrmann Müller einen „Anzeiger für die politische Polizei“ verfaßt. Exemplare davon erhielten nicht nur die sächsischen Polizeistellen, sondern auch die Gesandtschaften, die sich bei der Ausstellung von Pässen danach orientierten. Durch eine Indiskretion wurde dieser Anzeiger bekannt. Nachdem er zuerst in den Nummern 22 und 23 der Weimarischen Zeitung besprochen worden war, schrieb in Wien Kuranda in der „ostdeutschen Post“ darüber. Den sensationellen Namen hatte die Weimarische Zeitung gegeben. Beust schrieb am 23. Februar 1856 an Könneritz, S.H.St.A., daß der Anzeiger den Charakter eines Privatunternehmens habe, setzte aber hinzu, „Diese Abweisung jedweder Verantwortlichkeit gegenüber dem erwähnten Blatte verhindert jedoch die sächsische Regierung nicht, sich mit der Tendenz desselben einzuverstehen“. Man wird sich das schwarze Buch demnach als ein von der Regierung unterstütztes, halboffizielles Nachrichtenblatt der politischen Polizei, ein Gegenstück zu den fortlaufenden Wochenblättern des Polizeivereins und für die Polizeigebahrung der Zeit keine Besonderheit vorzustellen haben. Sehr unangenehm war nun für Beust das Interesse der Vertreter auswärtiger Staaten für das Blatt. So bat im Februar 1856 der Nuntius in München de Luca den dortigen sächsischen Gesandten von Bose um Ueberlassung eines Exemplars. Unter beständigen Versicherungen, daß „nur in Erweisung einer persönlichen Gefälligkeit“ ihm „das Privatexemplar“ des Gesandten gegeben werde, wurde die Bitte des Kirchenmannes erfüllt — und das gesandtschaftliche Archiv erhielt für seine Zwecke sofort ein Ersatzexemplar.

21. Eberhardts Schreiben an Friesen vom 21. Dezember 1851 S.H.St.A. und Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten Bd. 1. S. 175.

Es war jedoch nicht nur die hohe Wertschätzung der Polizei, die Beusts Anteilnahme hervorrief; viel trug dazu auch die Organisation bei. Beust war als Innenminister zugleich Polizeiminister. In den kleinen Verhältnissen Sachsens gab es keine Versuche zur Verselbständigung der Polizei wie in Oesterreich; nicht einmal stand an der Spitze der gesamten Polizei ein hoher Beamter, der eine eigene Politik inauguriere konnte, wie das zur gleichen Zeit in Preußen und in Hannover der Fall war. Niemals haben Eberhardt und seine Nachfolger die Stellung eines Kempen,²² Hinkeldey²³ oder Wermuth²⁴ inne gehabt. So entwickelte sich nicht der Dualismus zwischen Innenministerium und oberster Polizeibehörde, der in der Donaumonarchie eine so große, in Preußen ein wenig geringere Rolle spielte.²⁵ Es gab keine Ueberwachung der höchsten Staatsbeamten und der Mitglieder der Herrscherfamilie;²⁶ das Innenministerium konnte in der Polizei stets ein Werkzeug seiner eigenen Politik sehen, welches nicht eigene oder gar entgegengesetzte Bahnen einschlug.²⁷ Ursache und Wirkung sind schwer voneinander zu scheiden, und man wird nicht bestimmen wollen, ob dies so war, weil eben Beust die Zügel über die Polizei stets in der Hand behielt, oder ob er zu dieser Haltung durch die den kleinen Verhältnissen entsprechende Organisation veranlaßt wurde. Sicher

22. vergl. Heinrich Friedjung, Oesterreich von 1848 bis 1860. 2. Bd. 3. Aufl. Stuttgart und Berlin 1912. S. 193.

23. vergl. Unter Nikolaus dem Ersten und Friedrich Wilhelm dem Vierten. Briefe und Tagebücher aus den Jahren 1834—1857 von Theodor von Bernhardt. Bd. 2. Leipzig 1893. S. 284 ff.

24. vergl. von Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover. Bd. 2. S. 326 ff.

25. vergl. über die Streitigkeiten zwischen Bach und Kempen Friedjung, Oesterreich von 1848 bis 1860. Bd. 2. S. 195. Daß ein ähnlich gespanntes Verhältnis in Preußen zwischen Westphalen und Hinkeldey bestanden habe, bestreitet Ferdinand v. Westphalen, Der Generalpolizeidirektor von Hinkeldey und der Minister des Inneren von Westphalen. H.Z. Bd. 78. 1897. S. 461 ff.

26. vergl. für Preußen die Klagen der Prinzessin von Preußen über polizeiliche Ueberwachung ihrer Person und Manteuffels Verteidigung gegen diesen Vorwurf. Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministers von Manteuffel. hergeg. von Heinrich von Poschinger. Bd. 1. Berlin 1901. S. 183.

27. In Preußen die Gegnerschaft der Camarilla und Hinkeldeys. Denkwürdigkeiten Leopold von Gerlachs. 2. Bd. S. 417.

ist seine persönliche Stellungnahme das Entscheidende dabei gewesen. Der Charakter des Mannes und die Art der staatlichen Organisation fügten sich zu einem Ergebnis zusammen, das unter verwaltungspolitischen Gesichtspunkten bei einem Vergleich mit den größeren Nachbarstaaten günstig zu nennen ist.

Wie waren nun die Folgen dieses Systems auf die Bevölkerung? Im allgemeinen machte sich nach der Erregung von 1848 eine politische Abspannung bemerkbar. In dem industriereichen Königreich Sachsen traten die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund des allgemeinen Interesses. Aber diese Ruhe darf doch nicht mit der vollkommenen politischen Gleichgültigkeit der Biedermeierzeit verglichen werden; es bestehen auch hier Unterschiede zwischen der Restaurationszeit und dem Reaktionsjahrzehnt. Die nationale Bewegung hatte die Gemüter zu stark ergriffen, als daß sie jetzt hätte völlig unterdrückt werden können; in der Arbeiterschaft hielten die materiellen Nöte eine gewisse politische Unzufriedenheit am Leben. Es war nach der Revolution das öffentliche Leben zwar kaum viel bewegter, aber wacher, reifer, gespannter geworden. Die Regierung zählte sieben liberale Zeitungen;²⁸ die „gothaischen Zeitungen“ wurden sie in Dresden in den Ministerien kurzab genannt. Im Landtag traten die Liberalen nur selten einmal hervor; das lag an der ständischen Zusammensetzung und an dem Fehlen einer führenden Persönlichkeit. Immer noch hatte die liberale Partei einen aristokratischen Charakter; sie war im wesentlichen auf das besitzende Bürgertum beschränkt. Leipzig war nach wie vor ihr Mittelpunkt. Gewaltsame Unruhen befürchtete die Regierung von dieser Seite nicht. Die Demokraten waren nach den Berichten der Amtshauptmannschaften — besonders in Chemnitz und in den Fabrikdörfern des Vogtlandes und Erzgebirges — zahlenmäßig sehr stark. Unter ständigen Verboten unterhielten sie als einzige größere Zeitung die Dresdener Volkszeitung. Im übrigen verhielten sie sich ganz still. Aber die Regierung sah diesen Zustand keineswegs als dauernd an, sondern be-

28. Es waren die Deutsche allgemeine Zeitung in Leipzig; die sächsische konstitutionelle Zeitung in Dresden; die sächsische Dorfzeitung in Dresden; das Chemnitzer Tageblatt; der illustrierte Dorfbarbier; die Zeitschrift „Das deutsche Museum“ hergeg. von Brockhaus; die „Grenzboten“ hergeg. von Gustav Freytag und Julian Schmidt.

fürchtete jeder Zeit neue Ausbrüche. Die Polizeiberichte meldeten „die Demokratie lauert“. Mit Ausnahme des agrarischen Ost-sachsen und armer Bauerngemeinden im Erzgebirge herrschte eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit dem Gange der Regierungs-politik. Nach außen trat dies nicht hervor; so inhaltlos und lang-weilig die Landtagsverhandlungen sich dahinschleppten, so matt und einschläfernd war die gesamte innenpolitische Atmosphäre dieser Jahre.

Fünftes Kapitel.

Die Organisation der unteren Staatsbehörden.

Die Trennung der Justiz von der Verwaltung in der untersten Instanz und die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit bis zum Jahre 1848.

Auf die Gewaltenteilungslehre Montesquieu's ging die liberale Forderung nach der Trennung von Justiz und Verwaltung zurück. In der Sonderung beider Zweige suchte man die Freiheit des Individuums zu sichern vor der im absoluten Staate in der Persönlichkeit des Herrschers vereinigten Gesamtheit der öffentlichen Gewalt.¹ Hier ist nur in groben Zügen zu skizzieren, wie sich diese Trennung allmählich auf deutschem Boden — zuerst in den oberen Behörden — vollzog.² Der historische Ueberblick wird zeigen, daß die Trennung von Justiz und Verwaltung in der untersten Instanz eng verknüpft ist mit der Existenz der Patrimonialgerichte. Programatisch hat Friedrich der Große im Ressortreglement von 1749 mit der Ausführung begonnen.³ Viel später erst folgten die übrigen deutschen Staaten nach. Organisationsmäßig begann die Scheidung meist in den oberen Sphären mit der Aufstellung von Fachministerien; rasch folgte die Einrichtung gesonderter Behörden mittlerer Instanz im Zeitalter des Rheinbundes. Aber vor der Tren-

1. vergl. Fritz Fleiner, Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts. 8. Aufl.⁹ Tübingen 1928. S. 9 ff.

2. vergl. für Preußen vornehmlich E. v. Meier, Französische Einflüsse auf die Staats- und Rechtsentwicklung Preußens im 19. Jhdt. Bd. 1. 1907. Bd. 2. 1908.

3. Hier wurde vom König verlangt, „daß regulariter alle Prozeßsachen, welche das interesse privatum vel jura partium quarum interest betreffen, bei denen jeden Orts bestellten ordentlichen Gerichten Justiz-Collegiis erörtert und decidiret werden müssen“. vergl. Fleiner S. 9.

nung in der untersten Instanz wurde überall Halt gemacht. In Baden,⁴ im Großherzogtum Sachsen⁵ erhoben leitende Staatsmänner ihre Stimme dafür, aber sie drangen nicht durch. In Hannover, wo unter der französischen Herrschaft auch die untersten Instanzen getrennt worden waren, hob man nach der Vertreibung der Franzosen diese Ordnung ohne Verständnis für die Neuerung und scheinbar ohne stärkeres Bedürfnis danach wieder auf.⁶ Der Grund für diese Haltung war im allgemeinen Rücksichtnahme auf die alte Gewohnheit der Bevölkerung, die nicht aus dem patriarchalischen Verhältnis herausgerissen werden sollte, in welchem sie zu dem gleichermaßen ihre Angelegenheiten verwaltenden, wie richtenden Beamten stand. Aus diesem Grunde machte sich auch in dem sonst so reformlustigen Zeitalter eine gewisse Scheu geltend vor den durch die Trennung notwendigen Neuorganisationen derjenigen Behörden, die mit dem Leben des Volkes in engster Berührung standen. Dazu kam noch, daß ein sehr gewichtiges Institut der Trennung der untersten Instanzen im Wege stand — die Patrimonialgerichtsbarkeit. Zwar auch sie wurde — wiederum in den süddeutschen Staaten — von Staatswesen nicht unangetastet gelassen, die jetzt in kurzer Zeit mit fremder Hilfe ihre Souveränität von patrimonialständischen Einrichtungen befreiten. Württemberg und Baden hoben die Patrimonialgerichtsbarkeit für kurze Zeit ganz auf,⁷ mußten sie aber nach Artikel 14 der Bundesakte wieder restituieren.⁸ In Bayern half sich Graf Montgelas, da er in Rück-

4. vergl. Willy Andreas, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802 bis 1818. 1. Bd. Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik. Leipzig 1913. S. 371.

5. vergl. Fritz Hartung, Das Großherzogtum Sachsen unter der Regierung Carl Augusts. 1775—1828. Carl August. Darstellungen und Briefe zur Geschichte des Weimarischen Fürstenhauses und Landes. Im Auftrag des thüringischen Staatsministeriums hergeg. von Erich Marcks. Weimar 1923. S. 283.

6. vergl. v. Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover. 1. Bd. Bremen 1898. S. 165.

7. vergl. Friedrich Winterlin, Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg, hergeg. von der Kommission für Landesgeschichte. 2. Bd. Stuttgart 1906. S. 200 Verordnung vom 10. Mai 1809 und Willy Andreas, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation, S. 349, Verordnungen vom 14. und 26. Mai 1813.

8. Altmann, Ausgewählte Urkunden S. 12 f.

sicht auf die wirtschaftliche Lage des Adels die Gerichtsbarkeit nicht ganz beseitigen wollte, damit, daß er verfügte, die grundherrlichen Gerichte beruhten nicht mehr auf eigener Berechtigung, sondern auf staatlicher Genehmigung.⁹ Aber auch hier mußten wieder Zugeständnisse an den Adel gemacht werden.

Das Fortbestehen der Patrimonialgerichtsbarkeit verhinderte deshalb die Trennung von Justiz und Verwaltung in der untersten Instanz, weil sie sowohl jurisdiktionelle wie administrative Befugnisse (z. B. Polizeiverwaltung) umfaßte. Hier wird die Problemstellung sichtbar, die sich auch für die sächsischen Staatsmänner im Zeitalter der Reaktion aus dieser Verquickung ergab: erst wenn die private Gerichtshoheit beseitigt war, konnte der Staat Rechtsprechung und Verwaltung in den untersten Instanzen trennen. Es braucht hier nicht darauf eingegangen zu werden, wie von den beiden, mit eigener Gerichtsbarkeit ausgestatteten Gewalten — Standesherrschaften und Rittergütern einerseits, Städten andererseits — die Städte zuerst ihrer eigenen Gerichtsbarkeit entkleidet wurden, und auf diese Weise in den Städten zuerst die Trennung durchgeführt werden konnte: der Staat übernahm die Gerichtsbarkeit, den Magistraten wurden die Verwaltungsgeschäfte zum großen Teile zugewiesen. Dieser Prozeß war bis zum Jahre 1848 fast überall beendet.¹⁰ Aber die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und die Trennung von Justiz und Verwaltung auf dem Lande blieben unerfüllte Forderungen, die bis 1848 nicht mehr verstumten.¹¹

9. M. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns. 3. Aufl. München 1928. Bd. 2. S. 461. „Aus einer *jurisdictio propria* war eine *jurisdictio delegata* geworden.“

10. Eine Ausnahme bildete das Königreich Hannover, wo in der Zeit von 1814 bis 1852 die Städte meist freiwillig aus wirtschaftlichen Gründen auf ihre Gerichtsbarkeit verzichteten. Hier durfte z. B. die Stadt Elze ihre Gerichtsbarkeit 1846 wieder übernehmen, als sie sie bezahlen konnte. Ernst von Meier, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1680—1866. Bd. 2. Leipzig 1899. S. 529. Als Stüve 1848 einen Entwurf zur allgemeinen Städteordnung ausarbeitete, meinte er, Städte, welche groß genug seien, um Amtsgerichtsbezirke bilden zu können, sollten ihre eigene Gerichtsbarkeit behalten können. ebda. S. 556 f.

11. Andererseits machten sich in dem Jahrzehnt vor der Revolution altständische Bestrebungen zur Wiederbelebung und Erhaltung der Patrimonial-

Der Wendepunkt, der für die Entwicklung der süddeutschen Staaten mit der Rheinbundszeit gegeben war, trat für Sachsen im Jahre 1831 ein. Mit der Einführung der Verfassungsurkunde war die Möglichkeit geschaffen, die Fragen der Staatsverwaltung in den Bereich der öffentlichen Diskussion zu ziehen. Zumal über die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, aber auch über Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und die Einführung der Geschworenengerichte entbrannten in der zweiten Kammer heftige Kämpfe. Die Regierung selbst wünschte die Beseitigung der patrimonialen Gerichtsbarkeit ausgehend von § 55 der neuen Verfassungsurkunde, nach welchem die privilegierten Gerichtsstände aufgehoben werden mußten, wenn sie nicht auf Verträgen oder besonderen Verhältnissen beruhten. Das Ministerium Lindenau schlug den Ständen des Landtages von 1833/34 die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit vor, stieß jedoch bei der ersten Kammer auf so starken Widerstand, daß die Minister ihre Absicht zunächst aufgaben.¹² Auf dem Landtage von 1836/37 kam diese Frage wieder zur Sprache, und abermals mußte die Regierung vor der ersten Kammer zurückweichen.¹³ Dasselbe wiederholte sich 1839/40.¹⁴ In dem ersten Jahrzehnt des sächsischen Verfassungslebens wurde der Streit um die Patrimonialgerichtsbarkeit geradezu maßgeblich für eine gewisse Parteigruppierung.¹⁵ Als auf dem Landtage von 1842/43 das Ministerium wieder mit dem Wunsche nach der Beseitigung vor die Stände trat, schloß sich auch Prinz Johann, der bisher für die Erhaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit gewirkt hatte, weil er sie für ein unentziehbares Eigentumsrecht ansah, den Argumenten der Minister an, da er sich hatte überzeugen lassen, daß es sich bei der Patrimonialgerichtsbarkeit nicht um ein privatrechtliches Eigentum der Gerichtsherren handelte.¹⁶ Dieses

gerichtsbarkeit geltend. Vergl. für Preußen Erich Marcks, Bismarck. Bd. I. Stuttgart u. Berlin 1909. S. 301 ff. u. 383 ff.

12. vergl. Johannes Göpner, Der sächsische Landtag von 1830 bis 1840. Leipziger Dissertation 1913. S. 29.

13. Göpner, ebda. S. 33.

14. Göpner, ebda. S. 75.

15. Göpner, ebda. S. 107 und Flathe, Geschichte von Sachsen S. 519.

16. vergl. J. P. von Falkenstein, Johann König von Sachsen. 2. Aufl. Dresden 1879. S. 130.

Mal erschien die Angelegenheit schon in dem größeren Zusammenhange der gesamten Neuordnung der Strafprozeßordnung. In der zweiten Kammer erhob sich der Ruf nach Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, und diese Forderung verstummte bis zur Revolution nicht mehr. Schon schloß sich daran das Verlangen nach der Einführung von Geschworenengerichten. Da die Regierung in ihrem Entwurf der Strafprozeßordnung auf diese weitgehenden Forderungen nicht einging, sondern das alte Inquisitionsverfahren im Strafprozeß festhielt, wies die zweite Kammer die Vorlage zurück.¹⁷ In den Gedanken, die über Prozeßordnung und Verwaltung geäußert worden waren, war für die eigene Gerichtshoheit der Rittergüter schon vor der Revolution kein Raum mehr, aber noch bestand sie, und es schien sogar, als sei vorläufig weniger denn je an ihre Beseitigung zu denken. Denn es hatte in dem Ministerium ein Wechsel der Ansichten Platz gegriffen, nachdem Bernhard von Lindenau aus der Regierung getreten, (1843) und der neue Justizminister von Könneritz sein Nachfolger als Vorstand des Gesamtministeriums geworden war. In der Regierungspolitik machte sich eine konservativere, sich an die altständische Opposition gegen die liberalen Forderungen anschließende Richtung geltend. So blieben denn bis zur Revolution die Patrimonialgerichte und mit ihnen die Verquickung von Justiz und Verwaltung in der untersten Instanz bestehen. Nicht nur übten die königlichen Landgerichte, die Justizämter, die Justitiariate, die Kammergutsgerichte und die Patrimonialgerichte Funktionen der Administration aus, sondern Spezialverwaltungsbehörden — z. B. die Bergämter — sprachen auf der anderen Seite Recht.¹⁸ Wir sahen, in dieses System war durch die Städteordnung vom 2. Februar 1832 Bresche gelegt worden, da nun in Sachsen wie anderen Orts die kommunalen Behörden lediglich mit Verwaltungsgeschäften betraut waren, während die Rechtspflege von königlichen Untergerichten ausgeübt wurde.¹⁹ Noch vor Ausbruch der Revolution vollzog sich die Trennung von Justiz und Verwaltung auch in den mittleren Instanzen,

17. Flathe, Geschichte von Sachsen S. 530.

18. vergl. C. E. Leuthold, Das Staatsrecht des Königreichs Sachsen. Handbuch d. öffentl. Rechts Bd. 2. Freiburg und Tübingen 1884. S. 244.

19. Leuthold, ebda. S. 244.

indem 1835 die Gerichtsbarkeit den höheren Verwaltungsbehörden entzogen wurde; als Gerichtsbehörden wurden nun vier Appellationsgerichte und ein Oberappellationsgericht eingesetzt.²⁰ Für die Verwaltungsgeschäfte richtete man vier Kreisdirektionen ein,²¹ unter denen die alten Amtshauptmannschaften standen. So war die Formation der Behörden beschaffen, als die Revolution hereinbrach. Sie brachte die Organisationsfrage für die unterste Instanz ins Rollen. Ihre Forderungen waren die alten: Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, Einführung von Schwurgerichten für schwere Verbrechen, mündliches und öffentliches Gerichtsverfahren und Trennung von Justiz und Verwaltung auch in der untersten Instanz. Es sind dies Wünsche, die nicht nur in Sachsen, die in fast allen deutschen Staaten laut wurden. Die Regierungen bewilligten sie, und die deutschen Grundrechte machten ihre Ausführung zur Pflicht.^{22/23}

Die Pläne der Minister Zschinsky und Friesen über die Organisation der unteren Instanzen.²⁴

In einem einzigen, inhaltreichen, provisorischen Gesetz (23. November 1848) sprach das Märzministerium die Erfüllung der revolutionären Forderungen aus; wie so viele der achtundvierziger Gesetze auch dieses — politisch betrachtet — ein Versprechen, das erst künftige gesetzgeberische Tätigkeit einlösen sollte. Wenn man

20. vergl. Carl Victor Fricker, Grundriß des Staatsrechts des Königreichs Sachsen. Leipzig 1891. S. 113.

21. Bautzen, Dresden, Leipzig, Zwickau.

22. §§ 44, 48, 51.

23. Es sei zur Rechtfertigung der langen Einleitung bemerkt, daß es für Sachsen keine Geschichte der Verfassung und Verwaltung gibt, wie sie von Juristen und Historikern für die innere Entwicklung der meisten größeren deutschen Staaten geschrieben worden sind. Es wäre unmöglich gewesen, den Leser zur Orientierung über die vormärzlichen Zustände auf eine Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Sachsens zu verweisen. So ergab sich die Notwendigkeit, aus den in historischer Beziehung sehr unergiebigsten staatsrechtlichen Werken, dem Buche von Flathe und der Dissertation von Göpner einige der wichtigsten Daten zusammenzustellen.

24. Das Folgende, soweit Protokolle der Sitzungen des Gesamtministeriums, Gesetzentwürfe und Schriftwechsel der Minister benutzt sind, aus Gesamtministerium Locat Nr. 14. Fasc. 4, 5 und 6. S.H.St.A.

später an die Ausführung gehen wollte, so war das Novembergesetz der Ausgangspunkt sowohl für eine Neuorganisation der Behörden — durch die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, wie für eine neue Prozeßordnung — durch die Einführung von Schwurgerichten, Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des Verfahrens. Von dem Märzministerium übernahm die Aufgabe, dies durchzuführen, das kurzlebige Ministerium Held. Dem Unverstandslandtage kündigte denn auch die Thronrede am 17. Januar 1849 Vorlagen über die Trennung an, aber die Kammerauflösung schnitt jede weitere Verhandlung ab. Es verging fast ein ganzes Jahr, bis der neue Minister des Inneren Friesen Ende 1850 den Vorständen der anderen Ministerien einen sehr umfangreichen Entwurf vorlegen konnte, aus dem hervorging, daß es diesem Minister mit der Ausführung des Novembergesetzes wirklich ernst war. Es war natürlich, daß die Vorlage des Innenministers sich vornehmlich mit den Verwaltungsbehörden beschäftigte.

Mit einem Schlage hob der Entwurf die bisherige Wirksamkeit der Kreisdirektionen, Amtshauptmannschaften, der verschiedenen Untergerichte in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsbehörden auf. Statt dessen schlug Friesen die Einrichtung von fünf Kreisdirektionen vor, die in ihren Bezirken für gewisse Fälle selbständig beschließende und ausführende, in anderen Fällen nur delegierte Organe der Staatsregierung sein sollten. Unter diesen standen nach Friesens Plan 30 Amtshauptmannschaften, mit ihnen auf gleicher Stufe die Stadträte derjenigen Städte, in denen die allgemeine Städteordnung von 1832 eingeführt war, und die Polizeidirektionen von Dresden und Leipzig. Die Amtshauptmannschaften waren einerseits als Bezirksobrigkeit gedacht, andererseits als ausführendes Organ. Die Stadträte sollten ihnen nebengeordnet sein bis auf die Erledigung von Angelegenheiten, welche nur bezirksweise zu besorgen waren;²⁵ in diesen Fällen galten die Amtshauptmannschaften auch den Städten als Bezirksbehörden. Nur Dresden und Leipzig sollten in dieser Regelung eine Ausnahme bilden. Die Polizeiverwaltung wurde entweder den Städten oder den Amtshauptmannschaften zugewiesen; ebenfalls mit Ausnahme von Dresden und Leipzig, wo die Polizeidirektionen unmittelbar den Kreisdirektionen

25. z. B. Rekrutierungsangelegenheiten, Häuser- und Straßenbausachen.

bezw. dem Ministerium des Inneren unterstellt waren. Ueber die Formation der Gerichtsbehörden sagte Friesens Vorschlag nur aus, daß sich 32 Gerichtsbezirke erster Instanz mit den 30 Amtshauptmannschaften und den Städten Dresden und Leipzig decken sollten. Für die neue Organisation errechnete Friesen einen Kostenanschlag von 60 000 bis 70 000, im Höchstfalle 100 000 Thalern, der sich hauptsächlich aus dem notwendigen Bau von Amtslokalen ergab. Diese finanziellen Anforderungen dienten später der konservativen Opposition als Deckmantel für ihr Vorgehen gegen die Ausführung des Novembergesetzes. Für die laufenden Kosten gab der Entwurf einen Mehrbetrag von 79 000 Thalern pro Jahr gegenüber den jährlichen Aufbringungen für die alte Organisation an. Diese Erhöhung rührte daher, daß die Wirksamkeit der Amtshauptmannschaften sehr stark ausgedehnt war; denn die Amtshauptmannschaften waren nunmehr in Verwaltungssachen unterste Instanz an Stelle der Gerichte unterster Instanz.

Bevor eine Beratung der Minister über diesen Entwurf stattfand, gab der Kriegsminister am 15. Dezember sein Gutachten ab, in welchem sich schon der Widerstand gegen die Trennung ankündigte. Zwar erhob Rabenhorst nicht prinzipielle Einwände, aber, indem er die ganze Frage lediglich unter finanziellen Gesichtspunkten betrachtete, kam er doch dazu, Friesens Projekt abzulehnen und statt dessen die Angliederung einer Verwaltungsabteilung an jedes Bezirksgericht zu beantragen. Mit der Durchführung dieses Vorschlages hätte man das Prinzip der Trennung schlechthin wieder aufgehoben. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit geben die Akten keine Auskunft. Sie enthalten keine Gutachten der anderen Minister zu dem Friesenschen Entwurfe und auch kein Protokoll einer Sitzung des Gesamtministeriums, in dem der Gegenstand verhandelt worden wäre.

Aber es scheint, als hätten sich nur Friesen und Zschinsky unbedingt für die Trennung eingesetzt. In seinen Denkwürdigkeiten berichtet Friesen, daß Beust sich in dieser Frage anfänglich Zurückhaltung auferlegt hätte, daß aber zu befürchten war, wenn die Angelegenheit im Gesamtministerium zur Verhandlung käme, werde der Außenminister Widerspruch gegen die Trennung erheben.²⁶ Als Friesen aus dem Ministerium ausschied, da er in der

26. Friesen, Erinnerungen Bd. 1. S. 309.

Zollvereinskrise eine von den Ansichten der Majorität seiner Kollegen abweichende, propreußische Politik führen wollte, hat Zschinsky ihn mit dem Hinweise zu halten gesucht, daß Beust nun freie Bahn bekäme, die Behördenorganisationsgesetze zu Fall zu bringen.²⁷

Vorläufig waren jedoch die Gesetze über die Behördenorganisation nicht soweit fertig gestellt, daß sie im Gesamtministerium schon zur Sprache gebracht werden konnten. Da aber mit dem Jahre 1852 eine neue Finanzperiode begann, mußte den Ständen des Landtages von 1851/52 ein Budgetentwurf zur Begutachtung vorgelegt werden, und wenn nun die Staatsregierung während des dreijährigen Ablaufes der kommenden Finanzperiode die neue Behördenorganisation einführen wollte, so mußte sie sich im Budget auch die dafür notwendigen Summen von den Ständen bewilligen lassen. Auf diese Weise wurde die Behördenorganisation in die Kammerdebatten gebracht, bevor im Ministerium ein Beschluß darüber gefaßt war. Das Budget wies also in der neunten Position die von Friesen als Höchstsumme errechneten 100 000 Thaler auf. Aus der Entscheidung der Kammern über diese Forderung konnte die Regierung ersehen, welche Stellung die reaktivierten Stände in der Organisationsfrage einnehmen würden.

Bei der Betrachtung der Ständepolitik muß man sich immer vor Augen halten, daß das Novembergesetz, welches den Ausgangspunkt für diesen ganzen Fragenkomplex bildete, neben dem Grundsatz der Trennung auch den der Aufhebung der Patrimonialgerichte enthielt; und hier lag für die ständische Opposition der eigentliche Angriffspunkt. Bereits am 28. April 1852 hatte eine Deputation mehrerer Mitglieder der zweiten Kammer sich an die erste Kammer mit der Bitte um Unterstützung einer Petition gewandt, in der sie den Wunsch aussprach, die Justiz möge nicht von der Verwaltung getrennt werden. Ihr Gesuch begründeten die Abgeordneten mit dem Hinweis auf die hohen Kosten der Neueinrichtung. Sie betrachteten es ferner als einen Uebelstand, daß die Rat und Recht Suchenden sich nunmehr an zwei verschiedene Stellen wenden müßten, und prophezeiten, das Nebeneinander der verschiedenen Behörden werde zu Kollisionen führen. Die erste

27. Friesen, ebda. Bd. 1. S. 357 und 360.

Kammer brachte die Petition zur Kenntniss der Regierung,²⁸ und tatsächlich finden sich die hier gegen die Trennung vorgetragenen Gründe in den Motiven zu den späteren Gesetzentwürfen des Ministeriums des Inneren.

Die Deputation der zweiten Kammer hatte aber in ihrem Plenum nur eine Minderheit hinter sich, denn die zweite Kammer bewilligte der Regierung 60 000 Thaler zur Herstellung der Gebäude für die neu einzurichtenden Behörden und sprach sich damit für die Trennung aus.²⁹ Sie blieb bei diesem Beschlusse auch stehen, obwohl die erste Kammer die Bewilligung ablehnte, die sie „für richtunggebend für die künftige Entschliebung der nächsten Ständeversammlung über die Frage“ hielt. Erst nachdem die Minister Zschinsky und Friesen mit großem Nachdruck erklärt hatten, daß die Regierung die Grundsätze der Trennung von Justiz und Verwaltung und der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit nicht fallen lassen werde, bewilligte auch die erste Kammer 60 000 Thaler, setzte aber ausdrücklich hinzu, daß sie sich dadurch in der endgültigen Entscheidung über die Frage nicht binde. Es hatte sich also gezeigt, daß die Regierung auf heftigen Widerstand bei den Konservativen stoßen würde, wenn sie auf der Ausführung des Novembergesetzes in der Weise beharrte, wie Zschinsky und Friesen es wünschten. Nun stand es aber noch keineswegs fest, daß das Gesamtministerium sich schon so entschieden hätte, wie die beiden Minister vor den Kammern behauptet hatten. Tatsächlich hatten sie nur ihre eigenen Absichten ausgesprochen, und als Friesen im Oktober 1852 aus dem Ministerium schied, sah sich Zschinsky allein. Zwischen ihm und Beust, der jetzt das Ministerium des Inneren übernahm und die von ihm interimistisch innegehabte Leitung des Kultusministeriums an Herrn von Falkenstein abtrat, an dem er in den Fragen der inneren Organisation zumeist einen unbedingten Anhänger fand, entspann sich nun ein hartnäckiger und zäher Kampf um die Organisation, aus dem endlich Beust als Sieger hervorgehen sollte.

28. L.M. 1851/52 1. K. S. 724 ff.

29. L.M. 1851/52. 1. K. S. 879 ff. und 2. K. S. 1645 ff.

Das Programm der Feudal-Konservativen enthielt eine anonyme Broschüre.³⁰ Auch hier galt es — genau wie bei dem provisorischen Wahlgesetz — zunächst den rechtlich bindenden Charakter des Gesetzes vom November 1848 zu leugnen. Der anonyme Autor fand die Berechtigung dazu in der Tatsache, daß bei Erlaß des Novembergesetzes noch gar kein Plan für die neue Organisation bestand, woraus zu folgern sei, daß man damals „stillschweigend den Vorbehalt gemacht hat: der im Gesetz ausgesprochene Grundsatz soll ins Leben treten, vorausgesetzt, daß sich die Verwaltungsministerien und dann die Regierung mit den Ständen über einen Plan wegen Einrichtung vereinigen können“. Es war die gleiche Argumentation wie bei der Beseitigung der provisorischen Wahlgesetze: das Gesetz soll nur dann Gültigkeit haben, wenn es ausführbar ist. Die rein praktische Frage der Ausführbarkeit aber soll nach konservativen Interessen entschieden werden. Im folgenden führte die Schrift aus, warum die Ausführung des Novembergesetzes bei den gegebenen Verhältnissen untunlich sei. Der erste Grund war, daß es die Patrimonialgerichtsbarkeit aufhebe, „das heute so viel belächelte Verhältnis des Bauern zum Patrimonialrichter“, der ja auch Verwaltungsfunktionen habe. Dieser Gedanke des lebendigen Verhältnisses zwischen dem Patrimonialrichter und den Bauern wurde auch in Preußen bei den Reorganisationsplänen über die Patrimonialgerichtsbarkeit von den Verteidigern des alten Instituts vorgetragen.³¹ Hier wird die Verquickung der Patrimonialgerichtsbarkeit mit der Behördentrennung deutlich sichtbar, und ganz ehrlich der wichtigste Grund für den Widerstand der Konservativen gegen die Trennung ausgesprochen. Ferner wurden die Argumente, die wir bereits kennen gelernt haben, gegen die neue Organisation angeführt: die Verteuerung der Staatsverwaltung, Herabminderung des Ansehens der Verwaltungsbeamten. Die Beweisführung endete mit einem scharfen, persönlichen Angriff gegen den bisherigen Innenminister Friesen, der die Trennung nur gewünscht habe, um eigene Unterbehörden zu erhalten. Es war ein übles Zeichen für die kommenden Verhand-

30. Bemerkungen zu der Frage: ob in Sachsen die Justiz von der Verwaltung zu trennen sei. Von einem Staatsbeamten v. F. Leipzig 1852.

31. vergl. Erich Marcks, Bismarck. S. 303.

lungen im Gesamtministerium, daß der neue Kultusminister sich den Gedankengängen der Broschüre ganz und gar anschloß.

Inzwischen rüstete Zschinsky für den kommenden Kampf. Am 22. Februar 1853 ließ er ein Schreiben bei seinen Kollegen herumgehen, in dem er seine Gedanken über die Frage darlegte. Die Trennung der Behörden verteidigte er mit praktischen Erwägungen. Wünschenswert sei die reinliche Scheidung, weil die Beamten der Doppelaufgabe richterlicher und verwaltender Tätigkeit erfahrungsgemäß meist nicht gewachsen seien. Der bisherige Zustand verletze das Rechtsempfinden der Untertanen, die nicht begreifen könnten, daß dieselbe Person heute unparteiisch Urteile fälle und morgen Befehle erteile. In Zschinskys Ausführungen waren die entscheidenden Gründe enthalten, die sachlich für die Beseitigung des alten Zustandes sprachen. Das historische Urteil wird lauten, daß Zschinsky auf Seiten der unaufhaltsamen Entwicklung stand, die auf eine vollkommeneren Technik der Staatsverwaltung und auf die Herausarbeitung des Rechtsstaates aus den unklaren Verhältnissen der Vergangenheit hinstrebte. Der Justizminister wollte nur einer Entwicklung zum Siege verhelfen, die bereits die oberen und mittleren Regionen der staatlichen Organisation ergriffen und umgestaltet hatte. In der unteren Instanz aber wurde die Angelegenheit durch ihre Verbindung mit der Patrimonialgerichtsbarkeit zu einer politischen Machtfrage von gesellschaftlichen Interessengruppen, und daran scheiterte Zschinsky. Seine Darlegung machte auf die Kollegen keinen Eindruck. Als am 12. Juli in Gegenwart des Königs die entscheidende Sitzung des Gesamtministeriums abgehalten wurde, da war Zschinsky der Einzige, der die Behörden trennen wollte. Die anderen Minister erklärten sich dagegen, und der König erteilte den Ansichten der Mehrheit seine Zustimmung. Damit war die in der Revolution versprochene Trennung endgültig fallen gelassen; Friesens und Zschinskys Befürchtungen hatten sich erfüllt.³²

32. Die Protokolle über die Sitzungen des Gesamtministeriums sind so dürftig geführt, daß im einzelnen die Stellungnahme der Minister zu den behandelten Fragen kaum festzustellen ist. Ueber diese Art der Protokollierung haben sich die Minister Beust und Falkenstein am 5. Dezember 1853 selbst beschwert (S.H.St.A.), ohne daß dieses Vorgehen zu einer Besserung geführt hätte. Protokollführer war der Oberappellationsrat Dr. Marschner aus dem Justizministerium.

Beusts Friedensrichterinstitut.

Nachdem die Gegner der Trennung sich durchgesetzt hatten, übernahm Beust als Innenminister ihre Führung in der Organisationsfrage. Am 5. November 1853 ließ er dem Gesamtministerium eine umfangreiche Denkschrift mit einem Gesetzentwurfe zugehen. Er ging von dem Beschlusse aus, die Behörden unterster Instanz nicht zu trennen; aber er ging noch weiter. § 2 des Novembergesetzes hatte die Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit ausgesprochen. Bisher war von der Regierung an dieser Zusage nicht gerüttelt worden, vielmehr hatten Zschinsky und Friesen den Ständekammern mit aller Entschiedenheit erklärt, daß das Ministerium in dieser Frage unnachgiebig das Revolutionsgesetz durchführen werde. Nun stellte Beust auch diese Verheißung in Frage. Es sei zwar zuzugeben, hieß es in seiner Denkschrift, daß das Gesetz die Aufhebung der Patrimonialgerichte ausgesprochen habe „allein in der Form eines bloßen Grundsatzes, der erst durch ein weiteres zwischen Regierung und Ständen zu vereinbarendes Gesetz seine praktische Ausführung erhalten soll. Die gegen die damalige Periode durch und durch veränderte Lage der Dinge gestattet nun aber durchaus nicht, jenen Grundsatz jetzt noch als ein jeder Kontroverse entrücktes, für die einzelnen Faktoren der Gesetzgebung unbedingt maßgebendes, staatsrechtliches Axiom hinzustellen. Man wird vielmehr nicht umhin können, die Alternative, ob völlige Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit oder Konservierung des noch übrigen Teils derselben, wo nicht gar Wiederherstellung des ganzen Instituts der Sache nach als eine offene behandeln zu lassen und, wenn sich eine Opposition findet — und daß es an dieser nicht fehlen werde, scheint nicht zu bezweifeln — mit den widerstrebenden Elementen abzurechnen und zu transigieren genötigt sein“. Auch hier also wieder der Gedankengang: die Gesetze von 1848 sind nicht rechtlich bindend; sie enthalten nur Grundsätze, von deren praktischer Durchführung jetzt unter so anderen Umständen man nicht nur absehen kann, sondern es aus Gründen der Staatsraison vielleicht sogar tun muß. Das Besondere in diesem Falle war nur, daß diese Ansichten von dem einflußreichsten Minister geäußert wurden. Bisher hatte die von der Regierung in den Sattel gehobene Interessengruppe der konservativen Rittergutsbesitzer diese Beweisführung zur Erhaltung ihrer

wirtschaftlichen und sozialen Stellung benutzt, und demgegenüber hatten Friesen und Zschinsky versucht, den staatlichen Neubau nach überparteilichen, von der Einsicht einer hohen Bürokratie gefaßten Entschlüssen aufzuführen. Jetzt aber schien die Regierung sich aus dem Munde Beusts zum Anwalt einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht zu machen. Zwar wollte auch Beust die Partimonialgerichtsbarkeit nicht wieder vollkommen aufleben lassen, aber er erkannte doch nicht nur die von den Rittergutsbesitzern gegen ihre „Beraubung“ vorgebrachten Gründe an, und er suchte nicht nur ein taktisches Mittel, eine Abschlagszahlung, um die konservative Opposition zu gewinnen, sondern er war selbst davon überzeugt, daß eine Konservierung des durch die Aufhebung seiner Sonderrechte als politischer Schicht getroffenen, grundbesitzenden Adels notwendig sei. „Die Anerkennung einer obrigkeitlichen Stellung der Gutsherren ist als Grundlage der künftigen Verwaltungsordnung zu betrachten“, so bezeichnete er selbst den Grundgedanken, der ihn bei der Ausarbeitung seines Organisationsgesetzes geleitet hatte. Die Rittergutsbesitzer, denen das in Geltung gebliebene, alte Wahlrecht eine so große verfassungsmäßige Stellung gewährte, sah er nicht als höchstbesteuerte Großgrundbesitzer, sondern „als eine geschichtlich entstandene, mit wichtigen Vorrechten ausgestattete politische Körperschaft“ an. Er folgerte nun weiter, daß, wenn den Rittergutsbesitzern die Gerichtshoheit entzogen werden würde, dann die ihnen verfassungsrechtlich gewährte Stellung keinen Sinn mehr hätte, ihr Dasein als politische Schicht keine Berechtigung. Denn als politische Körperschaft existierten die Rittergutsbesitzer nur kraft gewisser politischer Rechte, von denen Beust die eigene Gerichtshoheit als das wichtigste betrachtete. Werde diese ihnen entzogen, so müßte unbedingt ein Aequivalent geboten werden.³³ Als Entschädigung für die entrissene Patrimonialgerichtsbarkeit schlug nun Beust das Institut der Friedensrichter vor. Die politische Bedeutung dieses Projektes beruhte also darin, daß Beust dem Gange der Entwick-

33. Den Gedanken, daß die Patrimonialgerichtsbarkeit einen „idealen Anspruch“ auf einen Platz in der ersten Kammer gewähre und daher nicht aufgehoben werden könne, ohne daß die bedenklichsten Folgen daraus für das Wahlgesetz zu befürchten wären, hatte auf dem ersten Landtage schon Albert von Carlowitz ausgesprochen. vergl. Flathe, Geschichte von Sachsen S. 480 f.

lung, der mit der Erhaltung der alten Stände eingeschlagen war, folgte und die ständische Tendenz des Verfassungslebens auch auf dem Gebiete der Verwaltung verstärken wollte. Aus der Tatsache, daß die alten Stände „keinen politischen Selbstmord“ begangen hatten, zog er die Konsequenz, ihre in der Verfassung gegebene Stellung auch verwaltungsmäßig zu verankern. Wie war nun im einzelnen die von Beust vorgeschlagene Behördenorganisation beschaffen, und welche Stellung hatten die Friedensrichter darin?

Den allgemeinen Ausführungen war ein Gesetzentwurf beigelegt, welcher als unterste Verwaltungsinstanz an die Stelle der vormärzlichen Vielheit von Gerichtsbehörden staatliche Gerichtsämter setzte, die für ihren Verwaltungsbezirk gleichzeitig Gerichtsbehörde unterster Instanz waren; hierin kam der Beschluß, die Trennung nicht durchzuführen, zum Ausdruck.³⁴ Die Stadtbehörden der Städte, in denen die allgemeine Städteordnung eingeführt war, wurden mit den Gerichtsämtern in ihrer Eigenschaft als unterste Verwaltungsinstanz auf eine Stufe gestellt. Daraus folgte, daß die Amtshauptmannschaften, die in dem Friesenschen Entwurfe zur untersten Verwaltungsinstanz herabgedrückt worden waren, nun wieder die zweite Instanz darstellten. Die Verwaltung der Polizei fiel den Gerichtsämtern zu. An dieser Stelle fand Beust Raum für die Einführung der Rittergutsbesitzer in die Verwaltungsorganisation. Er teilte nämlich für die örtliche Polizeipflege jeden Gerichtssprengel in eine Anzahl von Bezirken, an deren Spitze er je einen Friedensrichter stellte. „Derselbe, so fährt der Entwurf fort, ist als Stellvertreter der Obrigkeit dazu berufen, die polizeiliche

34. Das hier geplante Gerichtsamt hatte demnach eine ganz ähnliche Stellung wie das in Oesterreich von der Kübeck'schen Organisationskommission 1852 geschaffene Bezirksamt. Auch im Kaiserstaate war durch die kaiserliche Entschliebung vom 26. Juni 1849 die Trennung der Justiz und Verwaltung in der untersten Instanz verheißen worden. Bereits hatte Bach die notwendige Neuorganisation durchgeführt, indem er als unterste Verwaltungsinstanz die Bezirkshauptmannschaften, als unterste Instanz für die Rechtsprechung die Bezirksgerichte einführte. Diese Organisation entsprach etwa in sächsischen Verhältnissen dem Entwurfe Friesens mit Amtshauptmannschaften und Gerichtsämtern. Aber auch in Oesterreich führte die Reaktion zur Aufgabe des Grundsatzes der Behördentrennung; Bezirkshauptmannschaft und Bezirksgericht wurden nun im Bezirksamt vereinigt. vergl. Friedjung, Oesterreich von 1848 bis 1860. Bd. 1. S. 317 ff. und Bd. 2. S. 183 f.

Ordnung innerhalb des Bezirks zu handhaben und die Behörde überhaupt bei ihrer Wirksamkeit zu unterstützen“. Da jeder ehemalige Patrimonialgerichtsherr zur Uebernahme dieses Amtes berechtigt sein sollte, war eine sehr große Zahl von Friedensrichtern vorgesehen. In Unterstützung der Staatsbehörden sollten die Friedensrichter also vorwiegend polizeiliche Funktionen ausüben. Auf diese Weise konnten zwei Ziele erreicht werden. Einmal erfuhr die Polizeiverwaltung eine Stärkung, ohne daß dem Staate größere Aufbringungen zugemutet werden mußten, zweitens erhielten die Rittergutsbesitzer wieder eine obrigkeitliche Stellung.³⁵ Aber trotz allen guten Willens Beusts blieb von der alten, Gott gesetzten Stellung der patrimonialen Obrigkeit nicht viel übrig; die Friedensrichter waren nur Büttel der Staatsgewalt; dazu kam noch, daß sie sich in untergeordneter Stellung zu einer Behörde — dem Gerichtsamte — befanden, deren Chefs in gesellschaftlicher Beziehung unter den Rittergutsbesitzern standen. Aus diesen Gründen, zu denen noch solche finanzieller Art kamen — das Friedensrichteramt war nach dem Entwurf ein Ehrenamt — sollten dem Plane des Ministers aus dem Lager der Konservativen starke Widerstände erwachsen.

Beust verband aber mit seinem Friedensrichterinstitut noch einen anderen Gedanken; der Gesetzentwurf bestimmte, daß der Verein sämtlicher Friedensrichter einer Amtshauptmannschaft dieser Verwaltungsbehörde als beratendes Organ in all denjenigen Fragen dienen sollte, in welchen der Amtshauptmann ihren Rat hören wollte. Hierin sah Beust die Grundlage zu einer Selbstverwaltungsorganisation; er griff dabei auf Gedanken Friesens zurück,

35. Auch in Preußen war durch das Gesetz vom 11. März 1850 der Versuch gemacht worden, die Polizei auf dem Lande in besd. Amtsbezirken ehrenamtlich tätigen sog. Amtshauptleuten anzuvertrauen; vergl. Otto Hintze, Die Hohenzollern und ihr Werk. Berlin 1915. S. 549. Aber diese Einrichtung sollte nicht der Erhaltung einer obrigkeitlichen Stellung der Rittergutsbesitzer dienen. Das Gesetz blieb denn auch nicht in Geltung, vielmehr erhielten die Gutsbesitzer ihre Polizeiobrigkeit wieder. Freilich geschah dies teilweise sehr gegen ihren Willen, denn sie betrachteten die Polizeiverwaltung ohne die Patrimonialgerichtsbarkeit, welche ihnen nicht zurückgegeben wurde, als eine „Chikane der Bürokraten“, die ihnen einen Teil der Staatsaufgaben aufbürden wollten, ohne ihnen doch das eigentlich Wesentliche, die Gerichtsbarkeit wieder zurückzuerstatten. vergl. Denkwürdigkeiten Leopold von Gerlachs. Bd. 2. S. 397.

der sich auch mit Organisationsplänen für eine Bezirksvertretung getragen, die Frage aber der späteren Gesetzgebung vorbehalten hatte. Beust machte nun den Selbstverwaltungsgedanken einer Politik dienstbar, die darauf ausging, die konservativen Elemente zu stützen. Nach seinem eigenen Geständnis blieb dies aber vorläufig ein untergeordneter Gesichtspunkt.³⁶ Der Minister gab auch selbst zu, daß dieser nur nach freiem Ermessen der Verwaltungsbehörde einzuberufende Verein nur erst Ansätze zu einer Selbstverwaltung bilden sollte. Auch hier war ein Angriffspunkt gegen Beusts Entwurf. Schon gegen Friesens Andeutung einer später zu organisierenden Selbstverwaltung hatte Rabenhorst Widerspruch erhoben; unter bürokratischen Gesichtspunkten schien ihm die „Vielregiererei“, die jede Art von Selbstverwaltung mit sich brächte, lästig. Es war zu erwarten, daß von derselben Seite jetzt die gleichen Einwände gegen Beusts bescheidene Ansätze erhoben werden würden.

Der Kampf im Ministerium um die Behördenorganisation.

Der Entwurf Beusts wurde nun zunächst zwischen den Ministerien des Inneren und der Justiz verhandelt. Da Zschinsky gegen den Beschluß, die Behörden nicht zu trennen, nichts unternehmen konnte, beschränkte er sich auf die Defensive und ließ von einem Beamten seines Ministeriums den Entwurf Beusts kritisieren. Gegen die Gerichtsämter führte der Oberappellationsrat Dr. Marschner an, daß bei der in ihnen vollzogenen Vereinigung von administrativen und jurisdiktionellen Funktionen Kompetenzstreitigkeiten anläßlich der Beamtenernennungen zwischen den beiden Ministerien entstehen würden. Scharf wandte sich Marschner gegen das Friedensrichterinstitut. „Bedenklich aber muß es wenigstens nach den neueren staatsrechtlichen Grundsätzen doch wohl erscheinen, wenn der Staat sich eines Teiles des ihm zustehenden Verwaltungsrechts entäußert, daß es künftig nicht mehr ihm, sondern den Rittergutsbesitzern zukommt“. Mit diesen

36. Beust in der zweiten Kammer am 24. Juli 1855: „Es soll nicht geleugnet werden, daß beim ersten Entwurf die Regierung von der Absicht ausging, den ehemaligen Patrimonialherren eine ihrer verfassungsmäßigen Stellung entsprechende Tätigkeit zu geben“. L.M. 1855 2. K. S. 2039.

Worten ist der Standpunkt des Justizministers klar umschrieben. Wie er gegenüber den liberalen Forderungen keine Minderung der bürokratisch regierenden Krone hatte zulassen wollen, so verteidigte er jetzt die staatlichen Hoheitsrechte gegen ihren ältesten Gegner, den Feudalismus. Eine derartige Entäußerung staatlicher Rechte hielten Zschinsky und Marschner für umso unnötiger, als sie die eigene Gerichtshoheit keineswegs als ein ursprünglich zum Wesen des Rittergutes gehöriges Recht gelten lassen wollten. In geraden Gegensatz zu Beusts Anschauung von der heutigen Bedeutung der Rittergutsbesitzer aber setzte sich Marschner, wenn er behauptete, nicht weil den Gutsbesitzern heute noch eine besondere tatsächliche Bedeutung zukäme, sehe man sie noch als ein wichtiges Element in der Landesvertretung an, sondern nur weil ein historisches Recht dafür spreche.

Am gleichen Tage (11. November 1853) äußerte sich auch Rabenhorst zu Beusts Gesetzentwurf. Seine Einwände waren mehr praktischer Natur. Er erwartete von den Friedensrichtern nur eine unnötige Vermehrung der unteren Instanzen, und glaubte nicht einmal, daß die Beteiligten das Ehrenamt sorgsam verwalten würden.

Zwei Tage bevor Zschinsky die Erwidierungsschrift Marschners dem Innenministerium mitgeteilt hatte, war im Justizministerium kurz die künftige Organisation der Gerichtsbehörden skizziert worden, um der zu erwartenden Sitzung des Gesamtministeriums Unterlagen für die Besprechung dieser Frage zu geben. Die unterste Instanz sollte durch kollegialisch eingerichtete Bezirksgerichte und Einzelrichter gebildet werden; über ihnen erhoben sich vier Appellationsgerichte, darüber das Oberappellationsgericht in Dresden.

Noch bevor Beust auf die Angriffe Marschners geantwortet hatte, fand am 16. November die Sitzung des Gesamtministeriums statt, in der die Organisationsfrage besprochen wurde. Hier befolgte nun Beust gegenüber Zschinsky eine ganz eigentümliche Taktik, um sein Friedensrichterinstitut durchzusetzen. Er erklärte nämlich, die Frage der Aufhebung der Patrimonialgerichte sei noch nicht entschieden; die Beseitigung sei nur möglich, wenn gleichzeitig eine Entschädigung geboten werde, da sonst die Regierung niemals die Zustimmung der Kammern zu der Aufhebung des Gerichtsrechtes erhalten würde. Beust benutzte also den Umstand,

daß im Schoße der Regierung immer noch keine offizielle Entscheidung getroffen war über das Schicksal der Patrimonialgerichte, um einen Druck auf den Justizminister auszuüben, von dem er wußte, daß er die Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit im Interesse der Justizpflege dringend wünschte. Und sofort zeigte es sich, daß trotz der Erklärungen Zschinskys und Friesens vor den Kammern einige Minister immer noch das eigene Gerichtsrecht zu erhalten wünschten, denn Behr und Falkenstein sprachen sich nun, durch Beusts Vorgehen ermutigt, für die Beibehaltung der patrimonialen Gerichtsbarkeit aus. Nur Rabenhorst trat auf Zschinskys Seite. So standen sich die Meinungen schroff gegenüber, aber Beust zeigte einen Ausweg aus der von ihm geschaffenen Situation: das Friedensrichterinstitut. Wenn man den Rittergutsbesitzern eine solche Entschädigung biete, dann könne man auch ihr altes Gerichtsrecht beseitigen. Auf diesem Wege sah auch Prinz Johann eine gangbare Möglichkeit. Auch er wünschte im Interesse der Einheitlichkeit der Justizorganisation die Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit; nun konnte sie mit Hilfe des Beustschen Allheilmittels vollzogen werden, ohne die Betroffenen politisch allzusehr zu schädigen. Der Prinz empfahl „die Beustsche Idee der Stärkung des ritterschaftlichen Elements“ als sehr beachtlich. Es war ein sehr geschickter Schachzug Beusts gewesen, die Frage der Patrimonialgerichte in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken und zum Handelsobjekt zu machen. Aber sachlich wird sich dieser Schacher mit Institutionen des öffentlichen Lebens niemals rechtfertigen lassen, und das historische Urteil wird sich auf die Seite Zschinskys stellen, der diese Fragen nach ihrer sachlichen Bedeutung abwog. Nur insoweit wird dem Urteile des Panegyriker Beusts, Ebeling, statt zu geben sein, der dem Justizminister „Büromanie“ vorwirft, als Zschinskys bürokratische Bedenken gegen die kümmerliche Selbstverwaltung, die Beust mit den Vereinen der Friedensrichter einzurichten gedachte, übertrieben waren. Ueber die Anschauungen Beusts von der Selbstverwaltung wird im folgenden noch zu sprechen sein; hier sei nur gesagt, daß der Minister selbst viel zu sehr Bürokrat war, um eine die Tätigkeit der staatlichen Verwaltung wirklich einschränkende Selbstverwaltung ins Leben zu rufen. Daß aber das prinzipielle Widerstreben Zschinskys gegen eine Uebertragung staatlicher Hoheitsrechte — noch dazu an die Ritterschaft — „büromanisch“ war, wird nicht

behauptet werden können. Der König konnte sich noch nicht zu einer Entscheidung über das Schicksal der Patrimonialgerichtsbarkeit entschließen, und so verlief die Sitzung ergebnislos.

Am 22. November ließ Beust durch den Geheimrat Kohlshütter aus dem Ministerium des Inneren Marschners Schreiben beantworten. Er trug die Entschädigungstheorie vor. Er ging von dem Grundsatz aus, daß jedem politischen Recht eine politische Pflicht entsprechen müsse. Ein politisches Recht sei die durch das wieder geltende Wahlgesetz von 1831 gegebene, verfassungsrechtliche Bevorzugung der Ritterschaft in der Ständeversammlung; eine politische Pflicht sei die Ausübung der Patrimonialgerichtsbarkeit, an deren Stelle jetzt das Amt des Friedensrichters trete. Das klang ganz schön. Nur schade, daß die Rittergutsbesitzer die Handhabung ihrer Gerichtshoheit keineswegs als eine Pflicht, sondern durchaus als ein Recht, und zwar als ein „nutzbares“ betrachteten, und daß Beusts Entschädigungsgedanke selbst mit dieser Theorie des Ausgleichs von Rechten und Pflichten im Widerspruch stand, denn eine „Entschädigung“ von abgenommenen Pflichten durch Aufbüdung neuer Pflichten gibt es nicht. Was er nach wie vor festhielt, lag vielmehr in den Worten, es müsse vermieden werden, „daß durch gänzliche Vernichtung jeden staatsrechtlichen Unterschiedes zwischen der ritterschaftlichen und anderen Klassen ein verändertes Prinzip in der Landesvertretung zur Geltung gelangen müsse“.³⁷ Das Innenministerium gab selbst zu, daß sich aus den Reihen der Rittergutsbesitzer eine Opposition gegen das geplante Institut entwickeln könne; aber Beust gab doch der Hoffnung Ausdruck, daß die Ritterschaft sich mit der Zeit an das neue Amt gewöhnen würde. Eine dauernde Ablehnung wäre eine solche „moralische Insolvenzerklärung“, daß der Staat dann keine Gründe für eine weitere Bevorrechtung mehr sähe. Beust konnte so zuversichtlich sprechen, denn Tags zuvor hatte er in einer Sitzung des Gesamtministeriums endgültig den Sieg über Zschinsky davon getragen. Der König hatte sich für die Aufhebung der Patrimonial-

37. Die Behauptung Ebelings, Friedrich Ferdinand Graf von Beust Bd. 2. S. 401, erst die Ständekammern hätten „die höchst unglückliche Idee“ gehabt, in dem Friedensrichterinstitut eine Entschädigung für den Wegfall der gutherrlichen Gerichts- und Polizeirechte zu suchen, ist völlig unhaltbar. Diese höchst unglückliche Idee ist der Ausgangspunkt Beusts gewesen.

gerichtsbarkeit entschieden, war dann aber ganz den Gedanken Beusts gefolgt und hatte erklärt, es müsse nunmehr den Rittergutsbesitzern eine Stellung geschaffen werden, „welche das Band, das zwischen ihnen und ihren früheren Gerichtsbefohlenen einerseits und der Staatsregierung andererseits bestanden, erhalte“. Diese Worte, zu Beginn der Sitzung gesprochen, waren richtunggebend gewesen für die anschließende Diskussion über das Friedensrichterinstitut, mit dem sich nunmehr alle Minister einverstanden erklärten.³⁸

38. Das Protokoll auch über diese Sitzung ist so kurz gehalten, daß sich der genaue Verlauf der Konferenz daraus nicht ersehen läßt. Verwunderlich muß es erscheinen, daß Zschinsky sich der Einführung des Friedensrichterinstituts doch fügte „vorbehaltlich einiger Modifikationen“. Zu einigen Vermutungen über die Gründe des Justizministers können die Berichte des preußischen Gesandten Grafen Redern Anlaß geben. Dieser meldete am 30. November 1853, Beust habe versucht, die beabsichtigten Verbesserungen in der Justizpflege zu verhindern; Zschinsky habe dem Außenminister aber widersprochen, und der König sei auf die Seite des Justizministers getreten. Dieser Bericht kann sich nur auf die Kontroverse der beiden Minister über die Aufhebung der Patrimonialgerichte beziehen, in der der König sich Zschinskys Meinung anschloß. Redern aber meinte mit den beabsichtigten Verbesserungen der Justizpflege, wie aus seinem Berichte vom 6. Dezember ersichtlich ist, die Trennung von Justiz und Verwaltung. Er schrieb am 6. Dezember, Beust mache sein Verbleiben im Amte davon abhängig, daß Zschinsky der fortdauernden Vereinigung beider Behörden zustimme. Prinz Johann habe den Justizminister zur Nachgiebigkeit bewogen, so daß Beust Minister bleibe. (Bericht des Grafen Redern vom 30. November an Friedrich Wilhelm und vom 6. Dezember an Manteuffel Pr.Geh.St.A.). Nun war aber schon am 12. Juli beschlossen worden, die Behörden nicht zu trennen, so daß diese Frage nicht im November den Konfliktstoff gegeben haben kann. Auch die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit war am 21. November entschieden worden; auch über diese Frage war eine Kontroverse nicht mehr möglich. Wir sahen außerdem, daß Beust sich gar nicht auf die Beibehaltung der patrimonialen Gerichte versteifte. Die einzige Angelegenheit, derentwegen jetzt noch zwischen Beust und Zschinsky eine Meinungsverschiedenheit obwaltete, war das Schicksal von Beusts Friedensrichterplänen, worauf allein sich Rederns Bericht von der Ministerkrise beziehen kann. Daß Prinz Johann in dieser Frage den Justizminister umgestimmt hat, ist durchaus glaubhaft, denn er befürwortete ja die Beust'sche Idee. Demnach wäre also der überraschende Umfall Zschinskys so zu erklären, daß Beust durch seine Drohung den Justizminister zur Nachgiebigkeit oder Demission gezwungen hätte. Hätte Zschinsky der Einführung des Friedensrichterinstituts nicht zugestimmt, so

Von den Verheißungen des Novembergesetzes war also nur die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit erfüllt worden, und auch dafür noch wollte die Regierung den Rittergutsbesitzern ein Aequivalent in dem Friedensrichteramt bieten. Noch versuchten die Führer der konservativen Ritterschaft jedoch das Gerichtsrecht zu retten. Mitte Dezember überreichten sie dem Gesamtministerium eine Eingabe,³⁹ in der sie darum baten, die Regierung möge doch den „Schwindel von 1848“ ganz aufgeben, die Behörden in der untersten Instanz nicht trennen und den Berechtigten die Patrimonialgerichtsbarkeit lassen. Nun hatte das Gesamtministerium den Grundsatz der Trennung schon vor einem halben Jahre aufgegeben, aber es ist dennoch lohnend, die Beweisführung der verspäteten Eingabe kennen zu lernen. Freiherr von Friesen und seine politischen Freunde gaben zwar zu, daß die Trennung allen Anforderungen genügen würde, welche gemeinhin an eine staatliche Institution gestellt werden, wenn sie ausführten, „die Verwaltung bloß mit Sachen ihres Ressorts beschäftigt und von der Justiz getrennt würde nur nach Rücksichten der Zweckmäßigkeit, Nützlichkeit und öffentlichen Wohlfahrt handeln und entscheiden“, aber sie lehnten die Trennung dennoch ab, weil sie befürchteten, die Verwaltungsbehörden würden „leicht in rechtsverletzende Extreme übergehen“. Der Sinn dieser düsteren Prophezeiung war, daß mit der Trennung der Behörden der Einfluß der Ritterschaft auf die Verwaltungsangelegenheiten aufgehoben wurde. Billiger Weise wird den konservativen Bittstellern kein Vorwurf daraus gemacht werden können, daß sie dieses Uebel abwenden wollten, aber es zeugt doch von einer gewissen Naivität, wenn sie auch „die Rücksichten der Zweckmäßigkeit, Nützlichkeit und öffentlichen Wohlfahrt“ hinter ihrem Interessenstandpunkt zurücktreten lassen wollten. Die Eingabe

hätte er selbst sein Amt verlassen müssen und nicht Beust. Denn sowohl der König wie der Prinz standen in dieser Angelegenheit auf Seiten Beusts, der also, ohne seine Stellung ernsthaft zu gefährden, mit dem Rücktritt drohen konnte. So gewinnt auch die Erzählung Rederns in seinem Bericht vom 30. November Wahrscheinlichkeit, man behaupte, daß Beust bei dieser Gelegenheit den Justizminister habe stürzen wollen.

39. Unterzeichnet war die Eingabe vom Freiherrn von Friesen auf Rötha, dem Grafen Schönburg, zwei Grafen Einsiedel, Herrn von Posern, dem Grafen Solms-Wildenfels, Herrn von Schönberg und Herrn von Lüttichau, Mitglieder der ersten Kammer.

kam zu spät; die Entscheidung war gefallen, und sie war nur insofern den Bitten der hochkonservativen Rittergutsbesitzer günstig, als sie die Vereinigung der Behörden nicht beseitigte.

Inzwischen gab Zschinsky seinen Kampf keineswegs auf. Am 23. Dezember legte er seinen Kollegen einen Entwurf über die Organisation der Gerichtsbehörden vor. Als unterste Instanz sah er bürokratisch eingerichtete Gerichtsämter vor; über ihnen sollten sich kollegial zusammengesetzte Bezirksgerichte erheben. Die Abgrenzung zwischen beiden Gerichten war nur grob skizziert. Das Bezirksgericht sollte erste Instanz „in allen wichtigeren Strafsachen“ und „in allen größeren bürgerlichen Rechtssachen“ sein. Außerdem sollte das Bezirksgericht in seinem Bezirke noch einen kleineren Sprengel bilden, in welchem es als Gerichtsamt erster Instanz „für die übrigen (minder wichtigen) bürgerlichen und Strafsachen“ fungierte. In diesen Entwurf hatte nun Zschinsky keine Bestimmungen über die Zuständigkeit der einzelnen Ministerien bei der Ernennung des Personals der unteren Behörden eingefügt. Diese Kompetenzfrage war in der Sitzung des Gesamtministeriums vom 21. November bereits dahin entschieden worden, daß dem Justizministerium allein die Ernennung der Beamten des Gerichtsamtes zukäme, mit Ausnahme des Dirigenten, welcher ja auch Verwaltungsgeschäfte zu erledigen hatte. Vor seiner Ernennung sollte das Justizministerium das Einverständnis der Ministerien des Inneren und des Kultus einholen. Mit dieser Regelung hatte sich Zschinsky einverstanden erklärt, erweckte jetzt aber, da er keinerlei Bestimmungen über den Ernennungsmodus in seinem Gesetzentwurfe anführte, den Anschein, als wolle er das vereinbarte Abkommen wieder in Frage stellen. Seine Taktik bestand ganz offensichtlich darin, an den Schwierigkeiten bei der Beamtenernennung zu den der Verwaltung und der Justiz gemeinsamen Behörden zu demonstrieren, wie nötig die von ihm gewünschte Trennung beider Zweige sei. Er hatte damit, daß er die Ernennungsfrage als eine offene behandelte, einen wahren Erisapfel in die Verhandlungen geworfen. Denn nun erklärten Behr und Rabenhorst (5. Januar 1854), alle Minister müßten bei der Ernennung der Amtshauptleute als derjenigen Mitglieder der Bezirksgerichte, welche die Verwaltungsangelegenheiten führten, und bei der Ernennung der als Verwaltungsinstanz unter den Amts-

hauptleuten stehenden Gerichtsamtleute (Dirigenten der bürokratisch eingerichteten Gerichtsämter) ein Einspruchsrecht in die durch die Ministerien des Inneren und der Justiz vollzogene Wahl haben. Vier Tage später erhoben die Minister Beust und Falkenstein, die wohl die Taktik Zschinskys durchschauten, sehr energischen Protest gegen dieses Verfahren, indem sie sich darauf beriefen, daß der König in der Gesamtministerialsitzung vom 21. November schon seine Entscheidung gefällt habe. Zschinsky antwortete, in so wichtigen Angelegenheiten seien Aenderungen wohl noch möglich, zumal ja noch kein Beschluß der Regierung publiziert sei. Es bedeutete eine recht scharfe Kritik an der Politik Beusts und Falkensteins, wenn Zschinsky fortfuhr, seine beiden Kollegen hätten ja sogar behauptet, auch das publizierte Gesetz vom 23. November 1848 könne aufgehoben werden, wenn seine Unausführbarkeit erwiesen sei. Umso eher, folgerte der Justizminister, könne man an einem Beschlusse des Gesamtministeriums noch Aenderungen vornehmen. Beust brach diese Korrespondenz, die eine für ihn unangenehme Wendung zu nehmen drohte, schroff mit der Erklärung ab, er gedächte diesen unnötigen und zeitraubenden Schriftwechsel nicht fortzusetzen, denn es stünde einem gewissenhaften Minister nicht an, über Beschlüsse, die der König gefaßt habe, zu debattieren. So war man denn wieder in einen sehr peinlichen Konflikt hineingeraten, in dem der Justizminister in ganz unverhüllter Weise Beust seine gesetzwidrige Haltung gegenüber dem Novembargesetze vorgeworfen, und aus dem dieser sich nur unter Berufung auf die königliche Autorität hatte zurückziehen können.

Beust konnte erkennen, daß trotz der königlichen Entscheidung vom 21. November weder das Friedensrichterinstitut noch die Ernennungskompetenzen erledigte Fragen waren. Er ließ also einen neuen Entwurf in seinem Departement für die Organisation der Behörden erster Instanz ausarbeiten, in welchem er Zschinskys Einwänden gegen die Friedensrichter dadurch die Spitze abzubrechen suchte, daß er die Friedensrichter den Gerichtsamt Männern nebenordnete und die Kosten der friedensrichterlichen Büros den Rittergutsbesitzern selbst bzw. der Sportelkasse des zuständigen Gerichtsamtes aufbürdete. Zschinsky hatte nämlich darauf hingewiesen, daß die Friedensrichter nicht amtlich unter den Gerichtsamt Männern würden stehen wollen, und hatte Bedenken gegen die

Kosten der ganzen Einrichtung geäußert. Beiden Einwänden begegnete Beusts neuer Vorschlag. Trotz dieses Entgegenkommens beharrte der Kriegsminister auf seinem Widerspruch gegen die geplante Einrichtung, die ihm von jeher unangenehm gewesen war, und auch Zschinsky erhob ungerührt seine alten Einwände. Beust hatte in seinem neuesten Entwurfe Anspruch auf die gesamten Stellenbesetzungen bei den unteren Behörden für sein Departement erhoben. Auf diesem Felde, auf welches Zschinsky den Kampf um die Trennung hinübergespielt hatte, führte der Justizminister ihn auch weiter und verlangte seinerseits, daß die Gerichtsbehörden auch in den Ernennungsfragen dem Justizministerium unterstellt werden müßten. Alle diese Schwierigkeiten sprächen für die Trennung; wenn seine Kollegen sie nicht durchgeführt wissen wollten, dann müßten sie auch die Konsequenzen tragen. Das Schlimmste war, daß nun auch noch Falkenstein, der sich zunächst auf der Seite Beusts gehalten hatte, für sein Ministerium erweiterten Einfluß auf die Stellenbesetzung verlangte. Es machten sich hier dieselben Erscheinungen bemerkbar, die für die politischen Verhältnisse Preußens in diesem Jahrzehnt so kennzeichnend waren: die Beobachtung einer strengen Kirchenfrömmigkeit bei den Staatsbeamten. Falkenstein führte für seine Forderung an, daß das kirchlich-religiöse Element jetzt sehr beobachtet werden müsse, daß der Beamte wissen solle, „daß nicht nur seine politische, sondern auch seine kirchlich religiöse Tüchtigkeit ins Auge gefaßt werde“ und daß zu einer Hebung des kirchlichen Geistes bei den Unterbehörden „das Gefühl einer größeren Abhängigkeit von der kirchlichen Behörde und eine gewisse Zusammengehörigkeit des politischen und kirchlichen Elements beitragen“ werde.

Es war keine angenehme Stellung, in der sich Beust befand. Unter Führung Zschinskys hatten seine Kollegen von Neuem gegen die Vereinbarungen vom November des vorigen Jahres, soweit sie die Ernennungskompetenzen betrafen, Stellung genommen, und auch gegen sein Friedensrichterinstitut machten sie die alten Einwendungen geltend; in dieser Frage allein kam ihm Falkenstein entgegen. Beust tat das einzig Mögliche; er verschanzte sich hinter der Autorität des Königs und forderte von seinen Kollegen einmütiges und energisches Einstehen für die unter königlicher Sanktion vereinbarten Prinzipien. Auch Friedrich August wünschte

einen endlichen Abschluß der unaufhörlichen Verhandlungen und Kontroversen; man stand nun im vierten Jahre, und noch war keine Einigkeit über die Behördenorganisation erzielt worden. So wurde denn zur Verhandlung über diesen Gegenstand auf den 30. Juni 1854 wieder ein Ministerrat einberufen, zu dessen Beginn der König erklärte, er wünsche, daß nunmehr die Vorbesprechungen über die Behördenorganisation abgeschlossen würden. Er forderte für die Kammerverhandlungen, daß die Minister den vorzulegenden Entwurf einmütig verträten und keine abweichende Meinung zu Tage treten ließen. Das war ein sehr deutlicher Wink für Zschinsky, und die Annahme, daß hinter dieser königlichen Willenserklärung Beusts Einfluß stand, wird nicht fehlgehen. Weiter sprach sich der Monarch für unbedingtes Festhalten an den gefaßten prinzipiellen Beschlüssen aus; er werde lieber die ganze Organisation fallen lassen, als von ihnen abgehen. Wir wissen, worin die prinzipiellen Beschlüsse bestanden; es waren die zu erhaltende Vereinigung der Behörden in der untersten Instanz, die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und die Einführung des Friedensrichterinstitutes. Wenn der König sich jetzt so entschieden für ihre Durchführung aussprach, dann konnte kein Minister mehr Widerspruch erheben. Jetzt mußte auch Zschinsky endgültig nachgeben, und die Sitzung gestaltete sich zu einem glatten Siege Beusts. Trotz entgegenstehender Bedenken nahm man allseitig das Friedensrichterinstitut an. Die Disziplinargewalt über die Behörden erster Instanz wurde zwar dem Justizministerium zugesprochen, den anderen Ministern aber das Recht zuerkannt, beim Justizministerium Anträge zu seiner Aufsichtshandhabung anzubringen. Den Verwaltungsbeamten beim Gerichtsamt sollten die Departements des Inneren und der Justiz gemeinsam ernennen, wobei das Innenministerium sich vorher mit dem Kultusminister in Verbindung zu setzen hatte. So hatte Beust wenigstens innerhalb des Gesamtministeriums seinen Friedensrichterplan durchgesetzt. In der Ernennungs- und Disziplinarfrage war allen Wünschen Rechnung getragen worden. Aber man hatte sich auf ein so umständliches Verfahren geeinigt, daß auch hieraus wieder die Notwendigkeit der Trennung ersichtlich werden konnte.

Nachdem auf diese Weise endlich durch ein königliches Machtwort — im großen und ganzen im Sinne Beusts — Einigkeit erzielt worden war, konnte man nunmehr aus den zahlreichen Entwürfen,

die die Ministerien des Inneren und der Justiz bisher geliefert hatten, einen Gesetzentwurf herstellen, den das Gesamtministerium am 12. August beschloß, den Kammerdeputationen zugehen zu lassen. Die einzelnen Bestimmungen dieses endgültigen Entwurfes sind bisher schon so oft als Gegenstand der ministeriellen Kontroversen erschienen, daß das Gesetz hier nur im großen skizziert zu werden braucht. Die Zuständigkeit der bisherigen Gerichtsbehörden erster Instanz als Verwaltungsbehörde ging auf die bürokratisch organisierten Gerichtsämter über. Ihre Zuständigkeit in der Rechtspflege sollte durch die noch auszuarbeitende Strafprozeßordnung und für die zivile Rechtsprechung durch die einschlägigen Gesetze geregelt werden. Neben ihnen standen die kollegialischen Bezirksgerichte, die keinerlei Verwaltungsbefugnisse hatten, sondern lediglich als Gerichtsbehörde fungierten. Ueber die Abgrenzung ihrer richterlichen Befugnisse von denen der Gerichtsämter sollten wiederum die einschlägigen Gesetze entscheiden.⁴⁰

40. Das Verfahren in Strafsachen setzte sich nach dem Entwurf für die Bezirksgerichte aus drei Stufen zusammen:

- a) Voruntersuchung
- b) Anklageverfahren
- c) Hauptverhandlung.

Bei den kleineren Angelegenheiten, welche bei den Einzelrichtern verhandelt wurden, fand insofern eine Vereinfachung statt, als der Einzelrichter auf Grund der von ihm selbst angestellten Erörterungen das Urteil fällte. Die gegen die Erkenntnisse des Einzelrichters anzuwendenden Rechtsmittel waren:

- a) Einspruch
- b) Nichtigkeitsbeschwerde.

Für den Instanzenweg dieser beiden Rechtsmittel beabsichtigte der Entwurf nun eine Zersplitterung, welche mit praktischen Gründen motiviert wurde. Während nämlich über den gegen das Urteil eines Einzelrichters vorgebrachten Einspruch das Bezirksgericht entscheiden sollte, war für die Nichtigkeitsbeschwerde das Oberappellationsgericht zuständig; auf diese Weise sollte das Oberappellationsgericht vor einer Ueberlastung mit Geschäften bewahrt werden. (Mitteilung des Regierungskommissars Dr. Schwarze in der zweiten Kammer. L.M. 1854. 2. K. S. 67 ff.) Als der Entwurf zur Beratung vor die Deputationen kam, wurde er auf Wunsch der Majoritäten beider Ausschüsse dahin abgeändert, daß auch über den Einspruch gegen das Urteil des Einzelrichters das Oberappellationsgericht zu entscheiden hatte „zur Herstellung einer gleichmäßigen Justiz im Lande“. L.M. 1854. 2. K. S. 87. So wurde die instanzenmäßige Ueberordnung des Bezirksgerichts über den Einzelrichter, welche der Entwurf der Prozeßordnung vorgeschlagen hatte, beseitigt.

Das Friedensrichteramt wurde so organisiert, wie es Beusts letzter Entwurf vom 14. Mai vorgeschlagen hatte.⁴¹ Für diese, in erster Reihe den politischen Inhalt der neuen Institutionen untersuchende Arbeit sind die dem Gesetze beigegebenen Motiven wichtiger als viele der einzelnen Paragraphen selbst. Die Regierung gab hier als Grund dafür, daß die Verwaltungs- und die Justizbehörden nicht getrennt wurden, die Kostspieligkeit der vollkommen gesonderten Behördenaufstellung an. Man habe sich daher entschlossen, die Verwaltung von den Einzelrichtern weiterführen zu lassen, wie es — zumal auf dem Lande — Jahrhunderte alte Tradition sei. Nur da, wo die Reform des Strafrechts zur Einführung von Richterkollegien geführt habe, seien Justiz und Verwaltung getrennt worden. Dies war also der Grund, weswegen neben den bürokratisch geordneten Gerichtsämtern die kollegialisch zusammengesetzten Bezirksgerichte bestanden. Man beließ auch den Einzelrichtern der Gerichtsämter die Entscheidung über bürgerliche Rechtssachen, welche nach dem Novembargesetz von 1848 eigentlich hätten Kollegialgerichten überwiesen werden müssen. Wären die sich auf das Gebiet der Rechtsprechung erstreckenden Bestimmungen des Novembargesetzes alle zur Ausführung gekommen, d. h. wäre der größte Teil sämtlicher Straf- und Zivilprozesse vor das Tribunal der Kollegialgerichte d. i. der Bezirksgerichte gezogen

41. § 30 des Gesetzentwurfs: „Die friedensrichterliche Tätigkeit erstreckt sich besonders auf folgende Gegenstände der Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei:

1. Verhütung von Handlungen, welche die Sicherheit des Staates gefährden und von Friedensstörungen.

2. Abwehr von Gefährdungen der Sicherheit der Personen und des Eigentums, nicht minder Aufsicht über die gehörige Verrichtung des Tag- und Nachtwächterdienstes.

3. Armenwesen, sowie Versorgung und Unterbringung hilfsbedürftiger und preßhafter Personen.

4. Aufsicht über den tüchtigen und sicheren Zustand der nicht fiskalischen, öffentlichen Wege, Stege und Brücken.

5. Beobachtung der auf die Sonntagfeier, sowie auf die öffentlichen Tanzvergnügungen und anderen Lustbarkeiten bezügl. allgemeinen und örtlichen Polizeivorschriften.

6. Handhabung des Gesetzes vom 9. Oktober 1840, „den Gewerbebetrieb auf dem Lande betr.“ usw. Die Friedensrichter erhielten also im wesentlichen die Aufgaben der Sicherheits-, Bau-, Sitten- und Gewerbepolizei.

worden, so wäre dem Einzelrichter des Gerichtsamtes eine so geringe richterliche Kompetenz geblieben, daß seine Tätigkeit als Verwaltungsbeamter weitaus überwogen hätte, und de facto doch die Trennung von Justiz und Verwaltung durchgeführt worden wäre, eben weil die große Summe der Rechtsprechung an die Bezirksgerichte gekommen wäre.

War die Kostenfrage der einzige Rechtfertigungsgrund, den die Regierung anführte, dafür, daß sie eine der wichtigsten Bestimmungen des Novembergesetzes nicht ausführte? Sie sprach noch ein Motiv aus, das merkwürdig unsachlich und rein politisch wirkt. Das Festhalten an dem alten Prinzip, so hieß es in den Motiven, soll ein Protest gegen die moderne Anschauung sein, die Rechtspflege und Verwaltung als zwei spezifisch verschiedene Gebiete ansieht. Sie seien eine höhere Einheit im Dienste an den Staatszwecken. Nun gehörte zwar die vollständige Trennung zu den hauptsächlichsten Forderungen der Liberalen; modern — das sahen wir — war diese Anschauung sicher nicht. Minister Friesen bemerkte bitter, der Umstand, daß die Liberalen die Trennung auf ihr Panier geschrieben hatten, habe genügt, um die Maßregeln, die der Ausführung des Gedankens dienten „als revolutionär und staatsgefährlich zu bezeichnen“.⁴² Sucht man in den Erinnerungen Beusts als desjenigen Mannes, dem nicht nur sein erbitterter Kollege Friesen, sondern auch die nüchternen Protokolle den Hauptanteil daran zusprechen, daß die Trennung nicht durchgeführt wurde, nach sachlichen Gründen für diese Politik, so stößt man nur auf eine Bestätigung des absprechenden Urteils des früheren Innenministers. Auch Beust weiß außer der Kostenfrage nichts anderes gegen das Prinzip der Trennung zu sagen, als daß seine Verwirklichung in allen achtundvierziger Programmen gefordert worden sei.⁴³ Ihm schien die Stimmung im Lande der Trennung abgeneigt zu sein, und die Bestätigung dafür suchte und fand er in den Kammern. Es konnte aber von den Ständekammern durchaus nicht eine getreue Wiedergabe der öffentlichen Meinung erwartet werden, denn sie waren zum großen Teile nur die Vertretung der ritterschaftlichen Interessen. Die Rittergutsbesitzer hatten sich

42. Friesen, Erinnerungen Bd. 1. S. 309.

43. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten Bd. 1. S. 308.

allerdings gegen die Trennung erklärt, und nach ihren Wünschen richtete Beust sich in dieser wichtigen Frage der inneren Politik.⁴⁴ In seiner Nachgiebigkeit gegen die Konservativen vernachlässigte er die sachlichen Gesichtspunkte, die Zschinsky für die Behörden-trennung angeführt hatte. In dieser Frage hatte Beust den Sieg davon getragen. Die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit freilich wurde den Rittergutsbesitzern nicht erspart, aber das Friedensrichteramt bot doch wenigstens einen Ersatz. Die Frage war nun, ob die Betroffenen der Beseitigung ihres Gerichtsrechtes zustimmen und die Entschädigung annehmen würden.

Die ständischen Verhandlungen über die Organisationsgesetze.

Den Kammern des Landtages von 1852 hatte ein königliches Dekret verkündet, daß zur Vorbereitung der Verhandlungen über die Gesetzentwürfe betr. ein allgemeines bürgerliches Gesetzbuch, über das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen, über ein revidiertes Strafbuch, über ein revidiertes Militärstrafgesetzbuch, über eine Militärstraßprozeßordnung und über die Organisation der Justiz- und Verwaltungsbehörden aus den beiden Kammern Zwischendeputationen gewählt werden sollten. Die Regierung nahm an, daß die Behandlung so zahlreicher und wichtiger Gesetzentwürfe ohne ständische Vorbereitung auf einem Landtage nicht möglich sein werde. Daher sollten die Zwischendeputationen die Gesetze vorbereitend behandeln, bevor ein Landtag einberufen wurde. Die Stände erteilten diesem Plane ihre Zustimmung, und so traten die Deputationen am 5. April 1853 zusammen und berieten bis in den Herbst 1854 hinein die genannten Entwürfe. Für diese Untersuchungen ist vornehmlich die Stellungnahme der Deputationen zu den Organisationsentwürfen von Bedeutung. In beiden Deputationen fanden sich Majoritäten, welche die ausdrückliche Aufhebung des Gesetzes vom November 1848 verlangten, da es in wesentlichen Teilen nicht zur Ausführung gelange. Die Vorlage selbst erfuhr von Seiten der zweiten Deputation Billigung; ihre Mitglieder waren mit der Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit

44. Friesen ist demnach durchaus im Recht, wenn er behauptet, Beust habe sich „in Bezug auf die innere Politik durch die Ansichten und Forderungen der ersten Kammer und der konservativen Presse“ stark beeinflussen lassen.

einverstanden und sprachen sich auch einstimmig für das Friedensrichterinstitut aus „als eine zugleich zur Hebung des ritterschaftlichen Standes geeignete, dem Prinzip der Gerechtigkeit entsprechende, nach Maßgabe der Motiven in der Durchführung mögliche, wiewohl nicht unbedingt nötige Einrichtung“. In der Deputation der ersten Kammer hingegen verlangte eine Minorität, (von Welck und von Zehmen) daß die Patrimonialgerichtsbarkeit nur bei vollkommen freiwilliger Zustimmung des einzelnen Berechtigten aufgehoben werden solle. Auf die Besprechung des Friedensrichterinstitutes ging die erste Deputation gar nicht ein, da ihre Mitglieder die Einrichtung prinzipiell verwarfen. Diese Haltung der ersten Deputation sah die Regierung als bedeutungsvoll genug an, um sich in zwei Ministerkonseils (19. und 23. Oktober 1854) mit der Frage zu beschäftigen, was zu geschehen habe, wenn die Kammern des nach Abschluß der Arbeiten der Zwischendeputationen zu berufenden, außerordentlichen Landtages dem Minoritätsantrage der ersten Kammerdeputation über die Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit und ihrem einstimmigen Widerspruche gegen die Friedensrichter Folge leisten würden. Nach anfänglichem Schwanken einigten sich die Minister darauf, notfalls den Welckschen Antrag zu genehmigen, keinesfalls aber die Friedensrichtereinrichtung aufzugeben. Wieder wie in der Wahlrechtsfrage ließ sich die Regierung von den Ständen ins Schlepptau nehmen. Eigentümlich muß es dabei wirken, daß das Friedensrichterinstitut, ursprünglich als Entschädigung für die aufzuhebende Patrimonialgerichtsbarkeit gedacht, jetzt von dem Ministerium gegen jeden Widerspruch festgehalten wurde, während der eigentliche Angelpunkt des ganzen Organisationsgesetzes, die Patrimonialgerichtsbarkeit, gleichmütig aufgegeben und die Entscheidung darüber den Ständen in die Hand gelegt wurde. Die Annahme liegt nahe, daß Beust, dessen Einfluß ständig zunahm und dessen Ansichten, unterstützt von Falkenstein, im Gesamtministerium immer maßgeblicher wurden, den Hauptanteil an diesen Beschlüssen hatte. Waren doch er und der Kultusminister durchaus nicht unbedingte Anhänger der Aufhebung der patrimonialen Gerichtsbarkeit. Woran ihm lag — das Friedensrichterinstitut — das sollte dem ständischen Widerspruch nicht preisgegeben werden. Sein Programm, vorsichtiger gesagt, das Programm des vermutlich unter seinem Einflusse stehenden Ge-

samtministeriums für die Verhandlungen war also, möglicher Weise die teilweise Erhaltung der Gerichtshoheit zuzugeben, die verwaltungsmäßige Stärkung des ritterschaftlichen Elementes durch das Friedensrichteramt gegen jeden Widerstand durchzusetzen. Im März des Jahres hatte sich Beust sehr gegen die versprochene Einberufung des außerordentlichen Landtages gesträubt, und erst ernste Hinweise Zschinskys und Behrs, denen sich auch Rabenhorst anschloß, auf die Verfassungswidrigkeit seiner Absicht hatten ihn dazu vermocht, der Einberufung des Landtages, die der König am 3. April beschloß, keine weiteren Hindernisse in den Weg zu legen.⁴⁵

Nach den Oktoberverhandlungen im Gesamtministerium konnte er den Landtagsdebatten ruhig entgegentreten; das Friedensrichterinstitut war gesichert.

Am 10. Oktober 1854 wurden die Sitzungen des außerordentlichen Landtages eröffnet. Unsere Betrachtung wird sich auf die Darstellung der Verhandlungen über die vorgelegte Strafprozeßordnung und über das Organisationsgesetz beschränken.⁴⁶ Die neue Strafprozeßordnung sah die Errichtung von Staatsanwaltschaft, Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Verfahrens vor, ließ aber die wichtigste Forderung der Liberalen, die Einführung der Schwurgerichte unberücksichtigt. Wir sahen, daß die Regierung das Gesetz vom 18. November 1848, welches provisorisch Schwurgerichte für die Aburteilung von Preßvergehen eingerichtet hatte, im Einverständnis mit den Kammern des Landtages von 1850/51 aufgehoben hatte, da die mit diesen Geschworenengerichten gemachten Erfahrungen zu übel waren. Keineswegs aber sollte damit schon ein endgültiger Beschluß über die Geschworenengerichte gefaßt worden sein, sondern ausdrücklich hatte der Landtagsabschied vom 12. April 1851 erklärt, die Regierung werde in der neuen Strafprozeßordnung nicht das ganze Institut beseitigen, und sogar

45. Der für Beusts Auffassung von den Pflichten eines konstitutionellen Ministers und sein Verhalten gegenüber seinen Kollegen recht aufschlußreiche Briefwechsel im Gesamtministerium Locat 67. S.H.St.A.

46. Außer diesen beiden Entwürfen nahmen die Kammern die Vorlagen über das Strafgesetzbuch, über das revidierte Militärstrafgesetzbuch, über Forst-, Feld-, Garten-, Wild-, Fischdiebstahl und über die Beschädigung von Eisenbahn und Telegraphen an. vergl. auch Flathe, Geschichte von Sachsen. S. 704 f.

die erste Kammer hatte damals den Wunsch geäußert, die Aburteilung schwerer Verbrechen möge künftighin den Geschworenen vorbehalten bleiben. Nun löste die Regierung ihr Versprechen nicht ein und begründete dieses Verfahren mit der Behauptung, die mit den Schwurgerichten gemachten Erfahrungen hätten gezeigt, daß das sächsische Volk zu diesem Institut noch nicht reif sei. Dagegen bemerkten die Liberalen in beiden Kammern, daß aus den bisher gemachten Erfahrungen keine Schlüsse auf die Zweckmäßigkeit der Einrichtung gezogen werden dürften, denn man hätte das ganz unvorbereitete Volk die Geschworenen nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht wählen lassen und den so Gewählten sofort die aktuellsten politischen Prozesse vorgelegt.⁴⁷ Kein Wunder, daß sie da versagten und in einseitiger politischer Befangenheit ihre Urteile fällten. Der Bürgermeister Koch von Leipzig sprach sogar den Verdacht aus, die Regierung habe mit dieser Regelung „das Institut von Haus aus zu Grabe tragen wollen“; ein Argwohn, der gegenüber dem Märzministerium, welches das Gesetz vom 18. November 1848 ja vorgelegt hatte, sicherlich unberechtigt war. Trotzdem nahm die zweite Kammer den Entwurf an; die in ihr sitzenden Liberalen erfreut darüber, daß wenigstens ein Teil der achtundvierziger Versprechungen Erfüllung darin gefunden hatte.⁴⁸ Die Konservativen der ersten Kammer hatten ganz vergessen, daß auch sie das Ministerium 1851 um Erhaltung der Schwurgerichte gebeten hatten. Jetzt brauchten sie nicht mehr, wie vor drei Jahren, Furcht vor dem Ausbruch neuer Unruhen zu hegen, und so schien ihnen auch diese Prozeßordnung noch zu freisinnig. Die Abgeordneten von Welck und von Friesen befürchteten, daß sich zwangsläufig aus dem öffentlichen Verfahren die Einführung der Geschworenengerichte entwickeln würde.⁴⁹ Beide wollten auch die kollegialischen Bezirksgerichte beseitigen und ihre Tätigkeit den Gerichtsämtern, soweit es sich um schwerere Fälle handelte, den Appellationsgerichten überweisen.⁵⁰ Sie blieben jedoch in der Minderheit, und auch die erste Kammer nahm die Prozeßordnung an.⁵¹

47. L.M. 1854. 1. K. S. 226 und 2. K. S. 53.

48. L.M. 1854. 2. K. S. 121.

49. L.M. 1854. 1. K. S. 220 f.

50. L.M. 1854. 1. K. S. 213.

51. L.M. 1854. 1. K. S. 342.

Der wichtigste Gegenstand, der in dieser Session zur Beratung kam, war das Organisationsgesetz. Würden sich die Rittergutsbesitzer mit der Aufhebung ihres Gerichtsrechtes abfinden? Würden sich liberale Stimmen gegen die Regierung erheben, weil sie die Behörden nicht getrennt hatte? Endlich, welche Aufnahme würde das Friedensrichterinstitut finden? Die zweite Kammer billigte im allgemeinen die Vorschläge der Regierung. Es fanden sich in ihr nur wenige Gerichtsherren, die gegen die Aufhebung ihres Gerichtsrechtes protestierten; in der Endabstimmung votierte nur der Abgeordnete von Polenz gegen die Beseitigung.⁵² Auch die Bestimmung, daß die Trennung nicht durchgeführt werden sollte, fand kaum Widerspruch, der von den Liberalen zu erwarten gewesen war. Allein das Friedensrichterinstitut gab Anlaß zu bewegten Debatten. Wie vorausszusehen, griffen die wenigen Demokraten, die inzwischen in den Ständekammern ihren Einzug gehalten hatten, den aristokratischen und den polizeilichen Charakter der geplanten Einrichtung an. Der Abgeordnete Oehmichen aus Choren verlangte, die Friedensrichter müßten aus allgemeinen Wahlen hervorgehen, wenn sie Männer des allgemeinen Vertrauens sein wollten.⁵³ Der radikale Riedel erkannte den politischen Sinn von Beusts Projekt ganz richtig, wenn er meinte, man wolle nur einer Klasse von Staatsbürgern wieder Rechte einräumen, die sie längst aufgegeben hätten.⁵⁴ Eine gemäßigte Mitte war bereit, den Plan zu akzeptieren, wünschte aber noch Aenderungen des Entwurfes. Die am weitesten rechts stehenden Rittergutsbesitzer sahen in dem Friedensrichteramt keine genügende Entschädigung und lehnten es ab. Im ganzen war jedoch die Stimmung für den Organisationsgesetzentwurf günstig, und die zweite Kammer nahm die Vorlage an.

Anders lagen die Verhältnisse in der ersten Kammer.⁵⁵ Zahlreiche Abgeordnete erklärten sich für das Votum der Minorität ihrer Zwischendeputation. Sie bestritten der Regierung das Recht, ein

52. Er erklärte, die Patrimonialgerichtsbarkeit sei ein nutzbares Recht, welches den Rittergutsbesitzern nicht einfach entzogen werden könne. L.M. 2. K. S. 409.

53. L.M. 1854. 2. K. S. 412.

54. L.M. 1854. 2. K. S. 494.

55. L.M. 1854. 1. K. S. 505 f.

unantastbares, nutzbares Eigentumsrecht, wie es die Patrimonialgerichtsbarkeit sei, aufzuheben. „Die Gerichtsbarkeit, welche wir heute Patrimonialgerichtsbarkeit nennen“, führte Freiherr von Friesen aus, „ist das ursprünglichste und natürlichste Recht, welches je in der Welt existiert hat“. „Wenn auch die Historiker dazu lachen, es ist doch wahr — — Ich behaupte, die Grundherrlichkeit ist älter als jede Landeshoheit, denn die jetzigen Landesherren waren ursprünglich auch nichts anderes als große Grundeigentümer.“ So trat das „Kleinkönigtum“, wie die Männer der preußischen Wochenblattspartei diese Anschauungswelt und ihre Vertreter nannten, für seine Rechte in die Schranken, und es hatte gegenüber der Regierung den Vorteil der Konsequenz. Bitter rächte sich hier wieder das Verfahren, welches das Ministerium bei der Beseitigung des provisorischen Wahlgesetzes angewendet hatte. Was wollten die anwesenden Minister erwidern, wenn der Abgeordnete von Schönberg-Purschenstein ihnen zurief: wenn die Staatsregierung das Recht sich nimmt, Postulate stürmischer Zeiten auf das richtige Maß zurückzuführen, so haben die Stände die gleiche Befugnis. „Was den Wahlgesetzen und den Grundrechten gegenüber richtig war, das hat auch für das Gesetz, welches die Patrimonialgerichtsbarkeit aufhob, seine Berechtigung“, so argumentierte der Abgeordnete von Friesen. Beust erfind in seiner Not gegen diese rechtlich nicht zu widerlegenden Ausführungen einen schönen Namen; er bezeichnete das Novembergesetz als ein „gesetzliches Programm“. Bindende Gesetzeskraft konnte er dem Revolutionsgesetze nicht zusprechen, denn das Ministerium war in wesentlichen Punkten selbst von ihm abgewichen; andererseits mußte er doch einen rechtsverbindlichen Charakter konstruieren, sonst war er ganz wehrlos gegen die Deduktionen der erbitterten Ritter. Trotzdem Beust, von Zschinsky loyal unterstützt, vor Ueberspannungen warnte, brachte Freiherr von Friesen einen Antrag auf unangetastetes Fortbestehen der patrimonialen Gerichtsbarkeit ein. Obwohl das Gesamtministerium nun eigentlich beschlossen hatte, schlimmsten Falls in der Frage der Patrimonialgerichtsbarkeit nachzugeben, erklärte Zschinsky nunmehr entschieden, die Staatsregierung werde einer Beibehaltung des Gerichtsrechtes niemals ihre Zustimmung geben. Diese energische Sprache hatte wenigstens den Erfolg, daß die Kammer den weit-

gehenden Antrag Friesens „abwarf“. Statt dessen nahm sie nun aber den etwas gemäßigteren Antrag ihrer Deputationsminorität an, nach welchem die Patrimonialgerichte als Gerichte erster Instanz denjenigen Gerichtsherren verbleiben sollten, deren Sprengel mindestens 2000 Seelen umfaßte; kleinere Gerichtsherren sollten ihre Gerichtsbarkeiten zu einem diese Ziffer erreichenden Bezirke zusammenlegen dürfen. Dieser Plan hatte eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Organisationsprojekt, das Bismarck im Februar 1846 zur Erhaltung der Patrimonialgerichte ausarbeitete.⁵⁶ Es war also offensichtlich, daß die Majorität nicht nachgeben wollte, denn im Prinzip bezweckte auch dieser Antrag die Erhaltung der Patrimonialgerichte. Auch das Friedensrichterinstitut lehnte die Kammer ab und verlangte andere Vorlagen. Nachdem auf diese Weise der Regierungsentwurf verstümmelt worden war, erhielt er in der Gesamtabstimmung die geringe Mehrheit von fünf Stimmen. Da die Abstimmungen beider Kammern ein so verschiedenartiges Resultat ergeben hatten, schritt man zu dem von der Verfassung für derartige Fälle vorgeschriebenen Vereinigungsverfahren,⁵⁷ d. h. die Deputationen beider Kammern traten zusammen und suchten in gemeinsamer Verhandlung eine Einigung zu erzielen. Die zweite Kammer ließ erklären, sie würde niemals der Beibehaltung der patrimonialen Gerichtsbarkeit zustimmen. Aber auch das half nichts; mit zwei Stimmen Mehrheit beharrte die erste Kammer bei ihrem Beschlusse. Dennoch mußte die im Paragraph 1 des Organisationsgesetzentwurfes ausgesprochene Aufhebung der Patrimonialgerichte für angenommen angesehen werden, denn die für die Verwerfung einer Regierungsvorlage in der Verfassungsurkunde bestimmte Zweidrittelmehrheit in einer Kammer hatte sich für die Beibehaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit nicht ergeben.⁵⁸ So hatte dieses Mal die für die Rittergutsbesitzer im allgemeinen so günstige Verfassungsbestimmung dazu gedient, der Regierung im Verein mit den gemäßigten Elementen zum Siege zu verhelfen.⁵⁹ Auf diese Weise wurde Sachsen davor bewahrt, durch die Herrschaft einer ständischen Adelsoligarchie eine Ausnahme unter den

56. Erich Marcks, Bismarck. S. 309.

57. § 131 der Verfassungsurkunde.

58. § 92 der Verfassungsurkunde.

59. vergl. oben S. 4.

deutschen Staaten zu bilden, denn wenn auch viele Ergebnisse des Revolutionsjahres in der Folgezeit vernichtet wurden, die Patrimonialgerichtsbarkeit wurde nirgendwo wieder ins Leben gerufen.^{60/61/62} „Ist es bloß die Fügsamkeit und Schmiegsamkeit des sächsischen Naturells, ist es ein tiefer sittlicher Instinkt?“ hatte sich Gustav Kühne gefragt, als er von dem Antrage der Rittergutsbesitzer auf Aufhebung der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit auf dem außerordentlichen Landtage von 1848 gehört hatte.⁶³ Die Verhandlungen des Jahres 1854 gaben die Antwort auf diese Frage.

Wie in Sachsen sich die Entwicklung der Patrimonialgerichtsbarkeit in Uebereinstimmung mit anderen deutschen Staaten vollzog, so war auch die Behandlung der Behördentrennung nicht vereinzelt. Die bayerische Regierung verfuhr hier nicht anders als die

60. Fritz Hartung, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jhdt. bis zur Gegenwart. 3. Aufl. 1928 S. 140.

61. Gegen die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit protestierten, gesondert von der großen Masse der berechtigten Rittergutsbesitzer, das Pflugk'sche Geschlecht und der Graf von Schönburg in langen, gelehrten Schreiben. Die Familie Pflugk machte geltend, daß ihr Lehnhof in Leipzig etwas anderes sei als die gewöhnliche Patrimonialgerichtsbarkeit und daher auch eine andere Behandlung erfahren müsse. Der Lehnhof belehnte selbst Vasallen mit dem Gerichtsrechte; die Pflugk's betrachteten sich daher nicht als Vasallen des Landesherrn, sondern als seine Vertreter. Der Graf von Schönberg berief sich auf die Belehnung seiner Güter mit der Straf- und Zivilgerichtsbarkeit durch Herzog Moritz von Sachsen und beanspruchte ebenfalls, von der allgemeinen Aufhebung der Patrimonialgerichte ausgenommen zu werden. Das Gesamtministerium beschied beide Gesuche abschlägig. Der Graf beruhigte sich jedoch dabei nicht, und die Verhandlungen mit ihm kamen erst am 1. Juni zu Ende.

62. Das praktische Interesse der Rittergutsbesitzer an ihrem Gerichtsrecht war mitunter gering. Es kam vor, daß sie freiwillig um Uebernahme der ihnen zustehenden Gerichtsbarkeit durch den Staat baten. Die Gründe für diese Haltung waren verschieden. Oft fand sich in diesen Gesuchen die Erklärung, daß der Richter alt und krank geworden sei, und der Gutsherr keinen neuen Richter anstellen wolle, oder, daß der Patrimonialrichter in den Staatsdienst getreten sei. Manchmal fühlte sich der Bittsteller auch aus Rücksicht für die Gerichtsbefohlenen zu diesem Schritte bewogen. Aus solchen Gründen war die Zahl der Patrimonialgerichte in den Jahren 1833 bis 1. Februar 1854 von 1148 auf 607 zusammengeschmolzen. Die Zahlen aus einer auf amtliche Unterlagen gegründeten tabellarischen Uebersicht. L.M. 1854. 1. K. S. 509. angegeben auch bei Flathe, Geschichte von Sachsen S. 710.

63. Gustav Kühne, Mein Tagebuch S. 278.

sächsische. Dem provisorischen, sächsischen Gesetze entsprach das bayerische Grundlagengesetz vom 4. Juni 1848, dessen Name schon seine Bedeutung kennzeichnet. Nun konnte die Regierung in der Reaktionszeit diejenigen Teile des Grundlagengesetzes, welche in einem definitiven Gesetze schnell ausgeführt worden waren, nicht wieder rückgängig machen; auf diese Weise behielt man in Bayern die Schwurgerichte und die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens. Aber die Behördentrennung, die noch nicht endgültig geregelt war, ließ das Ministerium von der Pfordten unausgeführt, und erst 1861 erfüllte der Justizminister von Mulzer diesen Teil des Grundlagengesetzes.⁶⁴ Auch in Baden wurden die untersten Instanzen von Justiz und Verwaltung trotz der Verheißungen von 1848 erst 1857 getrennt.⁶⁵

Außer der Streitfrage über das Schicksal der Patrimonialgerichte waren die beiden Kammern auch in ihren Abstimmungen über das Friedensrichterinstitut auseinander gegangen. In dieser Angelegenheit kam es bei den Verhandlungen der vereinigten Deputation zu einer Einigung. Man beschloß, vorläufig nicht in eine Spezialberatung der einzelnen Bestimmungen einzutreten, sondern die Regierung um eine neue Vorlage über die Friedensrichter für den nächsten ordentlichen Landtag zu ersuchen.

Beusts letzte Entwürfe über die Friedensrichter.

Der neue Entwurf, den Beust jetzt ausarbeiten ließ, unterschied sich von seinen Vorgängern dadurch sehr wesentlich, daß der Gedanke der Erhaltung einer obrigkeitlichen Stellung der Rittergutsbesitzer zurücktrat hinter dem Wunsche nach der Einführung des selfgovernments, der Selbstverwaltung, wie der Minister sie verstand. Aus vom König ernannten Mitgliedern wurden danach Bezirksräte gebildet, deren Aufgabe Beratung und Unterstützung

64. vergl. M. Doeberl, Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens. 3. Aufl. München 1918. S. 116 ff. u. 136; auch Max von Pölnitz, Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und die Staatsaufsicht über dieselben in ihrer Entwicklung nach der Gemeindegesetzgebung des rechtsrheinischen Bayerns seit König Max Joseph dem Ersten. Erlanger Dissertation 1890. S. 73.

65. vergl. Ernst Walz, Das Staatsrecht des Großherzogtums Baden. Das öffentl. Recht der Gegenwart hergeg. von Jellinek, Laband, Piloty. 5. Bd. Tübingen 1909. S. 108.

der Amtshauptmannschaften sein sollte. In ihnen trat das ritterschaftliche Element nicht mehr allein herrschend auf, denn die königliche Auswahl war nicht mehr auf die Rittergutsbesitzer beschränkt, sondern erstreckte sich auf größere ländliche Grundbesitzer überhaupt, sowie auf die sonst durch Vermögen, größeren Gewerbebetrieb und persönliche Stellung ausgezeichneten Einwohner des Bezirks. Ueber die speziellen Beratungsgegenstände der Bezirksräte sollte ein besonderer Gesetzentwurf später vorgelegt werden. Vorläufig wollte Beust ihnen nur die vom Ministerium zugewiesenen Angelegenheiten zur Beratung und von den Kreisständen vorgelegte Gegenstände zur Verwaltung übergeben. Zur Verhandlung war ein einmaliger Zusammentritt im Jahre vorgesehen. Die Mitglieder der Bezirksräte sollten gleichzeitig als Friedensrichter für denjenigen Gerichtsamtsbezirk fungieren, innerhalb dessen sie ihre Wohnsitze hatten. Ihre friedensrichterlichen Befugnisse wurden in dem neuen Entwurfe nicht geändert. Noch stärker wurde ihre Gleichstellung mit den Gerichtsämtern betont. Hinter dem Selbstverwaltungsgedanken trat die Absicht, den Rittergutsbesitzern eine obrigkeitliche Stellung zu verschaffen, zurück. Eine derartige Entfernung von dem ursprünglichen, rein konservativ tendenziösen Ausgangspunkte war dadurch möglich geworden, daß die Gutsherren aus ihren Kämpfen um die Erhaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit immer noch gewisse obrigkeitliche Befugnisse, vornehmlich die unmittelbare Lokalpolizei auf ihren früheren Gerichtssprengeln, gerettet hatten, so daß Beust hierauf nicht mehr Bedacht zu nehmen brauchte.

Es stellte sich nun aber der Richtung, welche die Entwicklung des Friedensrichterinstituts jetzt nahm, ein Widerstand entgegen, der von einer Seite kam, auf welcher der Minister bisher das größte Entgegenkommen für seine Gedanken und Pläne gefunden hatte. Prinz Johann war seinem, auf einer Reise in Tirol im Sommer 1854 tödtlich verunglückten Bruder, Friedrich August dem Zweiten, auf dem Throne gefolgt. Mit den Problemen der Rechtspflege und der Verwaltung besser vertraut und zu eigener Urteilsbildung überhaupt eher geneigt als der verstorbene König,⁶⁶ machte er gegen Beusts

66. vergl. Woldemar Lippert, Friedrich Augusts des Zweiten Entwicklungsgang. Neues Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde

Vorschläge bürokratische Bedenken geltend. Er befürchtete, die Bezirksräte würden einen zu starken Druck auf die Amtshauptmannschaften ausüben; auch die Periodizität ihrer Versammlungen schien ihm gefährlich, da sie „Anlaß zu gefährlichen Ideen geben“ könnte. In einem selbst entworfenen Vorschlage rückte der König die polizeiverwaltenden Aufgaben der Friedensrichter wieder in den Vordergrund und schwächte die Stellung der Bezirksräte dadurch, daß er sie auf Antrag der Amtshauptmannschaft mit Genehmigung der Kreisdirektion zusammentreten ließ. Beust verteidigte seinen Plan in einem langen Schreiben vom 29. April 1855 gegen die Einwände des Königs. Johann hatte gemeint, die Bezirksräte würden nicht genügend Betätigung finden und daher darauf sinnen, wie sie den Behörden Befugnisse entreißen könnten. Der Minister berief sich in seiner Entgegnung auf Julius Stahl mit dem Grundsatz, daß eine Gesetzgebung nicht nur schon vorhandenen Bedürfnissen rechtliche Normen setzen solle, sondern daß ihre vornehmste Aufgabe darin bestehe, in die Zukunft blickend und zwecksetzend Lebensbeziehungen zu regeln und neu zu schaffen. Man dürfe daher nicht nur die augenblicklichen Verhältnisse, die bereits der Tätigkeit von Bezirksräten ein weites Feld böten, ins Auge fassen, sondern müsse auch an die Zukunft denken, in welcher dem Staate so viele Aufgaben zufallen würden, daß eine Heranziehung geeigneter Bevölkerungsschichten zur Erledigung staatlicher Aufgaben schon heute begonnen werden dürfe. Trotz dieser Bemerkungen fügte sich aber Beust in einem neuen Entwurfe den Wünschen des Königs völlig. In den Motiven des neuen Gesetzentwurfes betonte er zwar noch immer den Selbstverwaltungsgedanken, aber er setzte im Sinne Johanns einschränkend hinzu, daß hier nur ein Keim vorliege, dessen weitere Entwicklung durchaus der Zukunft vorbehalten werden müsse. Das Verhältnis der Bezirksräte zu den Amtshauptmannschaften regelte er ganz nach den Ansichten des Monarchen, und auch die Stellung der einzelnen Friedensrichter zu den Guts-

hergeg. von Hubert Ermisch. 45. Bd. Dresden 1924. In dem „eigenhändigen Entwurf einer Schilderung der staatsmännischen und militärischen Erziehung und politischen Entwicklung Friedrich Augusts des Zweiten“ sagt der König von sich selbst: „Dieses Vorwalten des Zweifels bei mir hat ferner zur Folge, daß ich leicht meine Meinung der anderer Personen, zu deren Einsicht und Redlichkeit ich Vertrauen habe, unterordne“.

herren erfuhr eine den königlichen Intentionen entsprechende Ordnung. Das friedensrichterliche Amt stellte sich nunmehr als ein höherer Grad der gutsherrlichen Autorität dar, und „die Friedensrichter selbst sind in gewissermaßen als ein engerer, nur durch Hinzutritt nicht gutsherrlicher Elemente und Notabilitäten ergänzter und verstärkter Ausschuß der mit jener Autorität bekleideten Gutsbesitzer zu betrachten.“ So hatte der ursprüngliche Zweck des Institutes wieder den Sieg davon getragen über den zuletzt von Beust stärker betonten Gedanken der Errichtung des selfgovernments. In dieser Form wurde der Gesetzentwurf mit einigen juristisch-technischen Veränderungen am 18. Mai 1855 im Gesamtministerium genehmigt, so daß er nunmehr den Kammern des ordentlichen Landtages von 1855 vorgelegt werden konnte.⁶⁷

In den Kammern traten bei der Beratung die gleichen Ansichten hervor wie im Vorjahre. In der ersten Kammer benutzten die Hochkonservativen die Gelegenheit, um gegen die Beseitigung der Patrimonialgerichtsbarkeit zu protestieren.⁶⁸ Von der Mehrzahl der Abgeordneten wurden aber die konservativen Absichten der Vorlage anerkannt und daher angenommen. In der zweiten Kammer erregte eben gerade diese Tendenz einigen Widerspruch;⁶⁹ auch sah man in der neuen Einrichtung „ein geheimes Mittel des Ministeriums des Inneren, um den Zweck, die Vermehrung der Gensdarmerie, hierdurch zu erreichen“.⁷⁰ Im ganzen herrschte eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber dem Institut. Aber auch in der zweiten Kammer ergab die Endabstimmung eine Majorität für den Entwurf, so daß das Gesetz über die Friedensrichter endlich am 11. August 1855 publiziert werden konnte.⁷¹

67. Es kennzeichnet Falkensteins Einstellung, daß er jetzt, da neben den ursprünglich nur konservierenden Inhalt des Gesetzes der Selbstverwaltungsgedanke getreten war, das früher befürwortete Institut heftig bekämpfte. Falkensteins Bemerkungen zu dem Entwurfe vom 2. Mai 1855.

68. L.M. 1855 1. K. S. 695 ff.

69. L.M. 1855 2. K. S. 2028 ff.

70. Der Abgeordnete Riedel in der zweiten Kammer am 24. Juli. L.M. 1855. 2. K. S. 2033 f.

71. Das Friedensrichtergesetz wurde außer Kraft gesetzt durch § 34 des Organisationsgesetzes vom 21. April 1873. vergl. Bernhard Francke, Die Gesetzgebung des Königreichs Sachsen seit dem Erscheinen der Gesetzsammlung im Jahre 1818 bis zur Gegenwart. Bd. 2. Leipzig 1888. Die Jahre

Das englische Vorbild.

Beusts Bestreben nach der Einführung des Friedensrichter-institutes und des selfgovernments stand unter dem Einfluß des englischen Vorbilds. Da der Wunsch, Einrichtungen des englischen öffentlichen Lebens auf deutschen Boden zu übertragen, nicht nur eine Eigentümlichkeit des sächsischen Ministers war, sondern einer allgemeinen Zeittendenz entsprach, ist es nötig, zu untersuchen, wie Beust das englische Vorbild auffaßte und mit welchen Absichten und in welcher Weise er die Nachahmung erstrebte. Die Forderung nach der Nachahmung englischer Einrichtungen erhob sich aus den Lagern entgegengesetzter Parteien. Zumal das englische selfgovernment lenkte die Blicke auf sich. Die Konservativen betonten die „Naturwüchsigkeit“ dieser Einrichtung und ihren aristokratischen Charakter. Die Liberalen sahen in der englischen Selbstverwaltung das Prinzip der lokalen Repräsentation verkörpert; von beiden Seiten wurde das durch die Selbstverwaltung hervorgerufene, unbürokratische Element des englischen Staatslebens gepriesen.⁷² Diesem allgemein, das Vorbild unklar erfassenden Drange nach Nachahmung englischer Vorbildlichkeit hat Rudolf Gneist in wissenschaftlicher Form erst eigentlich den Gegenstand

1851—1870 enthaltend. S. 125. Bd. 3. Leipzig 1896. Die Jahre 1871—1890 enthaltend. S. 173.

72. Der Gegensatz zwischen korporativem, von einer herrschenden Schicht getragenen Eigenleben und einer auf Repräsentativsystem beruhenden Gemeindeverfassung kommt zum Ausdruck in den Forderungen Friedrich Wilhelms des Vierten und der Wochenblattspartei. „Die Rettung aller bisher verschont gebliebenen korporativen Elemente und Ausbildung aller Keime zu korporativen Bildungen, die in den neuen Formen liegen, wird das wichtigste, wenn auch nicht das leichteste Beginnen sein“ schrieb der König am 13. Mai 1851 an Manteuffel. Unter Friedrich Wilhelm dem Vierten. Denkwürdigkeiten des Ministers Freiherrn von Manteuffel hergeg. von Heinrich von Poschinger. Berlin 1902. Bd. 2. S. 24. Grundzüge der konservativen Politik. Für die Mitglieder beider Häuser des Landtages als Manuskript gedruckt. 1856. heißt es S. 25: „Die konservative Politik ist bestrebt das selfgovernment in der Genossenschaft, der Gemeinde, dem Kreise zur Herrschaft zu bringen, den unmittelbaren Einfluß der Zentralregierung auf die engeren Kreise des Staatslebens mehr und mehr zu beseitigen“. Damit wird die Belebung der Gemeindeselbstverwaltung gefordert. s. S. 21. Gemeinsam ist beiden Forderungen die Wendung gegen die Bürokratie.

gegeben.⁷³ Betrachten wir im folgenden kurz Gneists Ansicht über die englische Selbstverwaltung, die auf die deutsche Gedankenwelt einen so weitreichenden Einfluß ausüben sollte, und versuchen wir gleichzeitig — Gneists Sätze im Vergleiche mit den Anschauungen neuerer Forscher korrigierend — ein Bild von der englischen Selbstverwaltung zu gewinnen, wie sie gewesen ist, und wie sie auf Beust gewirkt haben kann.

Gneists Absicht ging auf die praktische Wirksamkeit;⁷⁴ er stellte das englische selfgovernment dar, um praktischer Nachbildung den Gegenstand zu geben. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist ihm im hohen Grade geglückt. Zumal die spätere preußische Gemeindeverwaltung und Verfassung stand ganz unter dem Einflusse seiner Gedanken. Der Standpunkt Gneists war aristokratisch. In der gentry sah er eine durch das normannische Königtum und die Plantagenets zur dienenden Mitarbeit am Staate erzogene, durch Mäßigung gegenüber den unteren Klassen und Unterwerfung unter die Gewalt der Krone zur politisch-gesellschaftlichen Führung berechnete Schicht.⁷⁵ Programmatisch hat er in seiner Erstlingschrift über diesen Gegenstand ausgesprochen, England sei ihm „das Normalland für die Frage: durch welche Gesetze und Einrichtungen besteht und erhält sich die Gewalt der besitzenden Classen im Staate“.⁷⁶ Aus diesem Satze tritt die große Bedeutung, welche Gneist für jede konservative Politik auf dem von ihm behandelten Gebiete des Verwaltungsrechts gewinnen mußte, deutlich hervor. Aber von diesem Ausgangspunkte aus kam er zu

73. Das heutige englische Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Teil 1 (behandelt das Staatsverwaltungsrecht) erschien in erster Auflage in einem Bande 1857. In zweiter Auflage in zwei Bänden 1867. Dritte „nach deutscher Systematik umgestaltete Auflage“ in zwei Bänden 1883—1884 unter dem Titel: Das englische Verwaltungsrecht der Gegenwart in Vergleichung mit den deutschen Verwaltungssystemen. — Teil 2 erschien in erster Auflage in einem Bande. In zweiter Auflage in zwei Bänden 1863. In dritter Auflage in einem Bande 1871 unter dem Titel: Selfgovernment, Kommunalverwaltung und Verwaltungsgerichte in England.

74. Die Blickrichtung Gneists auf praktische Ziele hebt scharf hervor Otto Gierke, Rudolf von Gneist. Gedächtnisrede gehalten in der juristischen Gesellschaft zu Berlin. 9. Oktober 1895. Berlin 1896. S. 21 ff.

75. Rudolf Gneist, Adel und Ritterschaft in England. Berlin 1853. S. 36.

76. Rudolf Gneist, ebda. S. 12.

einem fundamentalen Irrtum. Er überschätzte die Bedeutung des absoluten Königtums der Normannen und Plantagenets.⁷⁷ Im Gegensatz zu aller Autonomie von Kreisständen, Landgemeinden und Städten, unter Ueberwindung aller patrimonialen Eigenrechtlichkeit hätten die normannischen Könige, so meinte Gneist, die Selbstverwaltung zu einer ehrenamtlichen Ausübung lokaler staatlicher Aufgaben ausgebildet.⁷⁸ Eine allgewaltige Staatsgewalt übertrug nach dieser Auffassung ihre örtlichen Aufgaben auf solche Personen, die zu der ehrenamtlichen und entschädigungslosen Uebernahme wirtschaftlich befähigt und bereit waren. In dieser von ihm angenommenen Tatsache erblickte Gneist in dialektischer Gegenüberstellung der Begriffe Staat und Gesellschaft die Ueberwindung des individuellen, egoistischen, wirtschaftlich begründeten Einzelinteresses durch das umfassende staatliche Interesse.⁷⁹ Demgegenüber hat Joseph Redlich nachgewiesen, daß nicht planmäßige Unterwerfung feudaler Eigenrechtlichkeit durch das absolute Königtum, sondern die Erhaltung der „Selbsttätigkeit aller Volksgenossen im staatlichen Interesse“ (z. B. Friedensbürgschaft) in der Gegenwehr gegen die Ueberwucherung durch eine patrimoniale, ständische Entwicklung der Ausgangspunkt der englischen Selbstverwaltung gewesen ist.⁸⁰ Gneist sah die zunehmende Anhäufung

77. Diese politische Tendenz Gneists und seine sachlichen Irrtümer, sowie die korrigierende neuere Literatur hat die Dissertation von Hans Walter vollkommen übersehen. Hans Walter, Die innere Politik des Ministers von Mantouffell und der Ursprung der Reaktion in Preußen. Berliner Dissertation 1910.

78. Rudolf Gneist, Selfgovernment, Communalverfassung und Verwaltungsgerichte in England. S. 881 ff.

79. Auf den Einfluß, welchen Hegel'sche Dialektik auf Gneist bei der Gegenüberstellung von „Staat“ und „Gesellschaft“, von umfassendem, staatlichem Interesse und egoistischem, wirtschaftlich bedingtem Einzelinteresse ausgeübt hat, hat schon vor Joseph Redlich, Englische Lokalverwaltung. Darstellung der inneren Verwaltung Englands. Leipzig 1901, Otto Gierke in der oben genannten Gedächtnisrede hingewiesen. S. 28. Auch Julius Hatschek, Die Selbstverwaltung in politischer und juristischer Bedeutung, Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen hergeg. von Georg Jellinek und Georg Meyer Bd. 2. Heft 1 Leipzig 1898 S. 20 f. und 97 f. verwendet die Begriffe „Individualinteresse“ und „Gemeininteresse“. Hatschek sieht das Wesen des englischen selfgovernment darin, daß bei einer Vereinigung von Individualinteresse und Gemeininteresse das Individualinteresse zum öffentlichen Recht erhoben wird.

80. Redlich, Englische Lokalverwaltung S. 3 ff. und 768.

von Funktionen in den Händen der im Rahmen des selfgovernment stärker hervortretenden Friedensrichter als die immer weiter gehende Belastung einzelner leistungsfähiger und leistungswilliger Männer mit staatlichen Pflichten an, woraus sich erst die innere Berechtigung ihrer großen Stellung in der Gesamtverfassung ergab.⁸¹ Redlich erkennt in dieser Tatsache die ausgreifende Machtusurpation der herrschenden gentry. Im 18. Jahrhundert erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Die Friedensrichter als die nunmehr wichtigsten Funktionäre des selfgovernment waren mit einer großen Fülle von Geschäften administrativer und jurisdiktioneller Art belastet.⁸² Mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet wurden sie nach einem Ausdruck Hatscheks⁸³ „Werkzeuge des ausgebildetsten Polizeistaates“ d. h. Werkzeuge der eigenen, den Staat durch das Parlament beherrschenden Schicht.⁸⁴ In diese Verhältnisse brachte das 19. Jahrhundert einen entscheidenden Umschwung. Seit der Reformbill von 1832 gewann der Repräsentationsgedanke auch in der Lokalverwaltung Raum; der Gedanke, daß demjenigen, der Leistungen für das Gemeinwesen aufbringt, auch ein Anteil an der Verwaltung derselben zukomme. Für das englische selfgovernment bedeutete dies, daß den Mittelklassen als der zur Aufbringung der Kommunalsteuern am meisten beitragenden Schicht der von ihnen geforderte Anteil an der Verwaltung der kommunalen Angelegenheiten gewährt wurde. Politisch betrachtet handelte es sich um den Kampf der Mittelklassen gegen die allmächtige gentry.⁸⁵ Aber das alte Selbstverwaltungssystem wurde nicht nur von dieser Seite her erschüttert, auch andere

81. Gneist, Selfgovernment. S. 939 f.

82. In England waren Justiz und Verwaltung nicht so scharf geschieden, wie es auf kontinentalem Boden unter dem Einfluß Montesquiens und in der Gegenwehr gegen die Allmacht des absoluten Staates, welche auf das Gebiet der Verwaltung beschränkt werden sollte, der Fall war. Andererseits gab die Bindung jeden Verwaltungsaktes an das formale Verfahren und den Sinn eines Rechtsspruches der englischen Verwaltung früher als der kontinentalen den Charakter der Administration des Rechtsstaates.

83. vergl. Julius Hatschek, Englische Verfassungsgeschichte bis zum Regierungsantritt der Königin Victoria. München und Berlin 1913. S. 480.

84. vergl. für die Befugnisse der Friedensrichter Gneist, Selfgovernment S. 51 f. u. 362.

85. Gneist, Selfgovernment S. 111 u. Redlich, Lokalverwaltung S. 209 ff.

Gründe führten zu seiner Aushöhlung. Die von den Friedensrichtern ausgeübte Verwaltung genügte den gewaltig gesteigerten Anforderungen des modernen öffentlichen Lebens nicht mehr.⁸⁶ Gegenüber diesen Erscheinungen versagte die friedensrichterliche Verwaltung. So war es nicht nur eine politische Strömung, die die Friedensrichter ihrer alten Machtfülle beraubte und ihnen einen Teil ihrer Geschäfte abnahm, sondern auch sachliche Notwendigkeiten forderten eine neue Organisation der lokalen Verwaltung. Staatliche Bürokratie und Gemeindeversammlungen gemeinsam nahmen teilweise die Aufgaben des selfgovernments an sich. Es befand sich also um die Jahrhundertmitte das englische selfgovernment in einer allgemeinen Umwälzung. Gneist hat das sehr wohl gesehen und er hat in dieser Veränderung die Vernichtung des Gedankens der Pflichterfüllung im Dienste der Allgemeinheit, den er im ehrenamtlichen Friedensrichteramt verkörpert wähnte, durch die Betätigung des egoistischen Einzelinteresses beklagt.⁸⁷ Politisch gesprochen: er hat die Vernichtung des aristokratischen Elementes durch das liberal-demokratische Repräsentativsystem in diesem Vorgange betrauert und hat daraus einen kommenden Verfall des inneren Lebens Englands gefolgert.⁸⁸

Der Gedanke liegt nahe, daß diese aus der Wurzel aristokratisch-konservativer Anschauung erwachsene Beurteilung Gneists auch diejenige Beusts gewesen ist. Da ist zunächst zu betonen, daß von einer Beeinflussung Beusts durch Gneist bei der Einführung des Friedensrichterinstituts in Sachsen schon deswegen nicht die Rede sein kann, weil bis zur Publikation des Friedensrichtergesetzes im Jahre 1855 noch keines der großen Werke Gneists bekannt geworden war. Allein die kleine Schrift *Adel und Ritterschaft in England*, die 1853 erschienen war, konnte Beust zugänglich sein, aber sie ging nicht auf das englische selfgovernment ein.

86. Redlich, *Lokalverwaltung* S. 781 ff. u. Hatschek, *Verfassungsgeschichte* S. 688 ff.

87. Gneist, *Selfgovernment* S. 939 f.

88. Redlich dagegen, *Lokalverwaltung* S. 778, preist diesen Umschwung als „eine der größten Taten des englischen Parlaments“, denn für ihn war nun erst eine allgemeine Betätigung breiter Schichten an der Selbstverwaltung möglich, welche bisher durch die oligarchische Herrschaft der gentry verhindert wurde.

In keinem einzigen Stück des Briefwechsels, der zwischen Beust und seinen Kollegen über die Behördenorganisation geführt worden ist, ist Gneists Name erwähnt worden. Die Bekanntschaft Beusts mit der englischen Einrichtung muß auf anderem Wege gesucht werden; das sächsische Friedensrichterinstitut ist der interessante Versuch einer Nachbildung englischer Muster auf deutschem Boden ganz kurz vor dem Einsetzen des weithin wirkenden Einflusses Rudolf Gneists.

In den Jahren 1846 bis 1848 war Beust sächsischer Ministerresident in London. In dieser Zeit hat er mit regem Interesse das öffentliche Leben Englands verfolgt und seine Einrichtungen studiert; empfangene Eindrücke und Anschauungen legte er in umfangreichen Berichten an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten von Zeschau nieder. Damals hat er auch das englische selfgovernment kennen gelernt. In dem einzigen Schreiben, welches er über diesen Gegenstand verfaßte, zeigte er sich nun durchaus nicht als der blinde Bewunderer der Friedensrichterverwaltung, als welchen wir Gneist kennen gelernt haben.⁸⁹ Vielmehr tadelte er scharf die großen Mißstände, die eingerissen waren, und wies dabei besonders auf die verlotterten Zustände in der öffentlichen Gesundheitspflege hin, die damals in London allgemeine Kritik hervorriefen. Ganz prinzipiell aber wandte er sich überhaupt gegen selfgovernment, wenn darunter eine Entfernung der staatlichen Verwaltung aus den meisten Zweigen der öffentlichen Verwaltung verstanden werde. Nur dann sei selfgovernment nützlich und nachahmenswert, wenn es „auf Teilnahme, Beihilfe und Raterteilung sachkundiger und praktisch befähigter Personen bei der von der staatlichen Bürokratie ausgeübten Verwaltung“ beschränkt sei. Es ist ein rein bürokratischer Standpunkt, den Beust hier einnahm. Weit entfernt von der Bewunderung, welche Gneist für die aristokratisch-oligarchische Gewalt der englischen Friedensrichter hegte, stammte Beusts Anschauung aus der Welt des bürokratisch verwaltenden, absoluten Staates. Unumwunden hob der Ministerresident alle Mängel des englischen Systems hervor und bekannte sich zur heimischen Verwaltung. Verglichen mit dem englischen selfgovernment erscheint die Billigung von „Teilnahme, Beihilfe

89. Beusts Bericht an Zeschau vom 13. Dezember 1847. S.H.St.A.

und Raterteilung“ nur als eine kleine Konzession. Dies war die Anschauung, welche sich Beust vor der Revolution aus eigenen Erfahrungen gebildet hatte. Bevor wir uns im folgenden der Analyse der Beust'schen Selbstverwaltungspläne nach dem Jahre 1848 zuwenden, ist es notwendig eine Skizzierung der Entwicklung der Gemeindeselbstverwaltung auf deutschem Boden bis zum Revolutionsjahre vor auszuschicken.

Analyse der Organisationspläne Beust's.

In der Entwicklung der deutschen Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert lassen sich zwei Tendenzen feststellen: zunächst der Gedanke, daß in der Gemeinde der Einzelne zur Vertretung seiner Interessen berechtigt, daß den Gemeindemitgliedern eine Einwirkung auf die Verwaltung der kommunalen Angelegenheiten zu gewähren sei.⁹⁰ Dies war der Leitgedanke beim Erlasse der preußischen Städteordnung, und in diesem Sinne verstanden und forderten in Bayern der Generaldirektor Zentner,⁹¹ in Hannover der junge Stüve,⁹² in Württemberg der Freiherr von Wangenheim⁹³ Selbstverwaltung. Der konstitutionelle Gedanke zog sich in die Gemeinde zurück, und es bildete sich in Deutschland auf diese Weise „der Gegensatz zwischen dem monarchischen Obrigkeitsstaat und der mit demokratischem Oele durchtränkten Selbstver-

90. In der Einleitung zur preußischen Städteordnung vom 19. November 1808 heißt es „... und das dringende Bedürfnis einer Teilnahme der Bürgerschaft an der Verwaltung des Gemeinwesens überzeugen uns von der Notwendigkeit, den Städten eine selbständigere und bessere Verfassung zu geben, in der Bürgergemeinde einen Vereinigungspunkt gesetzlich zu bilden, ihnen eine thätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwesens beizulegen, und durch diese Teilnahme Gemeinsinn zu erregen und zu erhalten“. vergl. Conrad Bornhak, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte. Berlin 1903. S. 330. So versprach die Einleitung der bayerischen Verfassungsurkunde vom 26. Mai 1818 „Wiederbelebung der Gemeindekörper durch die Wiedergabe der Verwaltung der ihr Wohl zunächst berührenden Angelegenheiten“. Altmann, Ausgew. Urk. S. 17.

91. vergl. Max Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns Bd. 2. 3. Aufl. München 1928 S. 457.

92. W. v. Hassell, Geschichte des Königreichs Hannover Bd. 1. S. 239.

93. Winterlin, Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg Bd. 2. S. 18 u. 197.

waltung“.^{94/95} Demgegenüber vertrat die Praxis des absoluten Staates den Grundsatz, die Organe der Gemeindeverwaltung nur als unterste Glieder der staatlichen Behördenhierarchie zu betrachten, den Kreis der von der Gemeinde selbst zu besorgenden Angelegenheiten möglichst einzuengen, die meisten Verwaltungsgegenstände als vom Staate auf die Gemeindeorgane zur Verwaltung übertragen anzusehen.⁹⁶ Es ist charakteristisch, daß in Baden und im Großherzogtum Sachsen die Gemeinden als Minderjährige und Unmündige angesehen und nach den für diese geltenden Rechtsvorschriften behandelt wurden.⁹⁷ Am weitesten ging diese Auffassung da, wo sogar die Verwaltung des Gemeindevermögens als in den übertragenen Wirkungskreis gehörig betrachtet wurde, denn die eigene Vermögensverwaltung galt so recht als das Kernstück jeder Gemeindeselbstverwaltung. Solche Anschauungen machten sich am stärksten in denjenigen Staaten geltend, in welchen eben erst die Staatsgewalt eine weitgehende, eigen- und körperschaftsrechtliche Ausstattung der Gemeinden hatte einschränken müssen.⁹⁸ Gegenüber dem erstgenannten Typus der Gemeindeverfassung ist dieser denn auch zeitlich früher anzusetzen.⁹⁹ Mit dieser Art der Gemeindeverfassung entrissen die Staaten den patrimonialen Gewalten möglichst viele Stücke ihrer

94. Fleiner, Institutionen S. 99 ff.

95. So erscheinen denn in den Städte- und Landgemeindeordnungen wie im kleinen die Organe eines konstitutionellen Regierungssystems mit Bürgermeister, Magistrat und Stadtverordneten in Preußen. In Bayern schuf das Gemeindeedikt vom 17. Mai 1818 eine ähnliche Organisation für Stadt- und Landgemeinden; in Württemberg die Organisationsedikte vom 31. Dezember 1818; im Großherzogtum Baden das Gesetz vom 31. Dezember 1831.

96. vergl. auch Hatschek, Selbstverwaltung S. 70 f.

97. Willy Andreas, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation S. 172 und Fritz Hartung, Das Großherzogtum Sachsen S. 284. Im Großherzogtum Sachsen nur die Landgemeinden.

98. Die eigene Gerichtsbarkeit wurde den Städten in Preußen 1809, in Bayern 1803, in Württemberg 1810/11, im Großherzogtum Sachsen 1810 genommen.

99. Ihm entsprachen in Bayern die durch die Edikte vom 18. Juli und 24. September 1808 eingeführte Organisation; in Württemberg die Gesetze vom 19. und 26. August 1811; in Baden das zweite und vierte Konstitutionsedikt vom 14. Juli 1807 und 4. Juni 1808 und das Ergänzungsedikt vom 26. November 1809.

Gerechtigkeiten, und erst nachdem dieser Prozeß beendet war, konnte sich die konstitutionelle Auffassung von der Gemeindeverfassung durchsetzen. Die Anschauung, daß die Gemeinde im wesentlichen nur der unterste Bezirk der Staatsverwaltung ist, war am stärksten in den süddeutschen Staaten vertreten, denen die Rheinbundszeit mit ihren territorialen Neuerwerbungen den Anstoß zu einem kräftigen Anziehen der Staatsgewalt im Inneren gab.¹⁰⁰

An dem Königreich Sachsen waren diese Fragen vorübergegangen. Im dritten Bande seiner deutschen Geschichte hat Heinrich von Treitschke überaus lebensvoll und nicht ungerecht „das Stilleben“ gezeichnet, dem ein patriarchalisches Königtum und die alte Ständeherrlichkeit im politischen Leben während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts ihren Stempel aufdrückten.¹⁰¹ Hier brachte erst die Julirevolution und die ihr folgende Reformtätigkeit des Ministeriums Lindenau auch in den Fragen der Kommunal- und Lokalverwaltung eine Aenderung im modernen Sinne hervor durch die allgemeine Städteordnung vom 2. Februar 1832¹⁰² und die Landgemeindeordnung vom 7. November 1838.¹⁰³ Aber das trotz der Bemühungen der Regierung unverminderte Fortbestehen der Patrimonialgerichtsbarkeit mit ihren administrativen Befugnissen schränkte den Wirkungskreis der Landgemeinden stark ein.¹⁰⁴ Vor allem konnte ihnen nur in geringem Grade ein übertragener Wirkungskreis zugewiesen werden, denn in diesen unteren Sphären

100. Als die Hauptvertreter dieser Anschauungen können Graf Montgelas in Bayern und Freiherr von Reitzenstein in Baden angesehen werden. vergl. Denkwürdigkeiten des Grafen Maximilian Joseph von Montgelas über die innere Staatsverwaltung Bayerns 1799—1817. hergeg. von G. Laubmann und M. Doeberl. München 1908. Einltg. von M. Doeberl S. 14. M. Doeberl, Entwicklungsgeschichte S. 463. Max v. Pölnitz, Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden S. 11 ff. und Willy Andreas, badische Verwaltungsorganisation S. 259 ff.

101. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jhdt. 3. Bd. S. 487 ff.

102. Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen vom Jahre 1832 S. 7 ff.

103. Gesetz- und Verordnungsblatt für Sachsen 1838 S. 431 ff.

104. Es soll hier des Zusammenhangs wegen nur auf die Landgemeinden eingegangen werden. In den Städten wurden dieselben Organe geschaffen wie in anderen deutschen Staaten: Bürgermeister, Stadtrat und Stadtverordnete. Ebenso eigener und übertragener Wirkungskreis.

der Verwaltung befanden sich die meisten obrigkeitlichen Funktionen in den Händen der Gerichtsherren, welche sie kraft eigenen, unveräußerlichen Rechtes zu besitzen behaupteten. Eine Wandlung mußte hier eintreten, als mit der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit der Staat die Verwaltungsangelegenheiten der Gerichtsherren an sich nahm und sie dann von sich aus den Gemeinden in Form des übertragenen Wirkungskreises delegieren konnte. Eine derartige Formation wurde durch die revidierte Landgemeindeordnung vom 24. April 1873 erreicht.¹⁰⁵ Mit dieser Skizzierung sind wir den Ereignissen vorausgeeilt. In der Zeit zwischen der Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Gesetzgebung von 1873 bestand Beusts Friedensrichterinstitut.

Die Analyse des Beust'schen Planes zeigt zwei deutlich voneinander gesonderte Abschnitte, in welche die Entstehung des Friedensrichtergesetzes zerfällt. Der Ausgangspunkt Beusts war der Entschädigungsgedanke; die Ueberzeugung, daß den Rittergutsbesitzern ein Aequivalent für die entzogene Patrimonialgerichtsbarkeit geboten werden müßte. Daher sollte jeder ehemalige Gerichtsherr zum Friedensrichteramt berufen sein. Das Amt selbst war einigermaßen bedeutungslos; es bestand in der Unterstützung der untersten Staatsbehörde, des Gerichtsamtes. Englisch war bei diesem Projekt die aristokratische Tendenz. Als Angehörige der Ritterschaft, welcher der Minister auf diese Weise ihre alte Bedeutung erhalten wollte, sollten die Friedensrichter bestimmte öffentliche Funktionen im Ehrenamte ausüben. Wenn hier der aristokratische Zug des altenglischen selfgovernment zum Ausdruck kam, so diente er doch nur der Erhaltung einer typisch

105. Die reine Verwaltung von Eigeninteressen übernahmen jetzt für ein größeres Gebiet die neugebildeten Selbstverwaltungskörper. Das Gesetz vom 27. April 1873 schuf die Bezirks- und Kreisverbände. Ihren Organen war keinerlei obrigkeitliche Gewalt vom Staate delegiert, sondern sie verwalteten in Anlehnung an die Staatsverwaltungsbehörden; es waren dies für die Bezirksverbände die Amtshauptmannschaften, für die Kreisverbände die durch das Organisationsgesetz vom 21. April 1873 aus den kollegialischen Kreisdirektionen in bürokratische Behörden umgewandelten Kreishauptmannschaften. Zu den vom Staate als in die autonome Sphäre der Selbstverwaltungskörper gehörenden Gegenständen zählten die Armenversorgung, öffentl. Krankenpflege, Wegebau. vergl. Otto Mayer, Das Staatsrecht des Königreichs Sachsen. S. 291.

kontinentalen, deutschen Erscheinung, der politischen Konservierung des feudalistischen Adels. Der erste wichtige Unterschied zwischen dem englischen Vorbild und der sächsischen Nachahmung ist der Wesensunterschied zwischen der gentry und dem ost-deutschen Gutsadel. Wenn Beust am 5. November 1853 an die Kollegen schrieb „... es gibt nichts Verderblicheres als einen Faktor der Gesetzgebung und der Landesvertretung in den Vordergrund zu stellen, dessen verfassungsmäßige Qualifikation und Berufung dazu zur Unwahrheit gemacht wird“, so sprach er damit aus, daß er den Rittergutsbesitzern auch in der Verwaltung wieder eine Stellung einräumen wollte, die ihrer verfassungsmäßigen Bevorzugung entsprach. Dies war konsequent, sozial konservativ gedacht, aber an der Ausführung scheiterte dieses Programm, denn er gewährte den Rittergutsbesitzern nun nicht weitreichende, irgendwie an das englische Vorbild erinnernde Befugnisse, nicht freie Selbstverwaltung des ritterschaftlichen Elementes, sondern polizeiliche Hilfestellung in Unterordnung unter die unterste Staatsbehörde. Der Bürokrat in Beust triumphierte über den gesellschaftserhaltenden Aristokraten. Mochte ihm auch die Erschütterung der Revolution die Anregung zu sozial-konservativer Politik gegeben haben, er blieb doch der bürokratischen Anschauung treu, welche wir aus dem Berichte an Zeschau kennen gelernt haben. Beust wollte seinen Standesgenossen eine öffentliche Verwaltungstätigkeit erhalten, aber nur im Rahmen der staatlichen Bürokratie, und da blieb kein Lebensraum für sie. Die Stände von 1854 wiesen seinen Entwurf zurück, und die Rittergutsbesitzer sicherten sich in der Beilage zu dem Gesetz betr. die künftige Einrichtung der Behörden erster Instanz,¹⁰⁶ nicht nur solche Rechte, die nicht als Ausfluß der Patrimonialgerichtsbarkeit anzusehen waren,¹⁰⁷ sondern auch die Verwaltung der Lokalpolizei in den ihnen gehörenden Ortschaften unter Aufsicht des Gerichtsamtes.¹⁰⁸ So war die Patrimonialgerichtsbarkeit aufgeteilt; der jurisdiktionelle

106. Gesetz- und Verordnungsblatt für Sachsen 1855 S. 143 ff.

107. z. B. Aufsicht über Kirche und Schule.

108. Nach § 19 der Beilage waren die hauptsächlichsten lokalpolizeilichen Aufgaben der Rittergutsbesitzer:

1. Verhütung unerlaubter Zusammenkünfte.
2. Friedensgebote bei tumultuarischen Auftritten und Excessen.

Teil war an die staatlichen Gerichte gefallen, die Administration verteilt zwischen den gleichen Behörden und den ehemaligen Patrimonialgerichtsherren. Zwar war der Löwenanteil dabei den Staatsbehörden zugefallen, aber für die Rittergutsbesitzer noch so viel übrig geblieben, daß der Entschädigungsplan nicht mehr notwendig war. Damit begann der zweite Abschnitt in der Entstehung des Friedensrichterinstituts. Wäre es Beust lediglich auf die Entschädigung der Rittergutsbesitzer angekommen, so hätte er sich jetzt beruhigen können. Aber nun zeigte es sich, daß er auf jeden Fall dem ritterschaftlichen Element einen besonderen Anteil in der öffentlichen Verwaltung gewähren wollte. Daher betonte er jetzt die Notwendigkeit, den staatlichen Verwaltungsapparat durch die Einschlebung eines ehrenamtlichen, mit obrigkeitlicher Gewalt ausgestatteten Funktionärs zu entlasten.¹⁰⁹ Die Verwirklichung dieses Planes verhinderte die Tatsache, daß Gerichtsamt und Gutsherr den Verwaltungsaufgaben durchaus genügten, und durch die Einführung der Friedensrichter nur eine bedenkliche Häufung obrigkeitlicher Personen hervorgerufen worden wäre.

Angesichts dieser Sachlage nahm Beust einen letzten Anlauf, mit dem er dem englischen Vorbilde am nächsten kam. Aus der Stellung eines Lokalbeamten hob er die Friedensrichter in die

-
3. Anordnung zur Ergreifung von Verbrechern, Paßlosen, Vagabunden, Bettlern.
 4. Veranstaltung von Visitationen der Gasthöfe, Schankstätten, Winkel- und Diebsherbergen.
 5. Veranstaltung von Haussuchungen nach gestohlenem Gute.
 6. Verhütung von Feuersbrünsten.
 7. Aufsicht über Wege, Stege, Brücken.
 8. Aufsicht über öffentliche Vergnügungen.
 9. Verhütung und Unterdrückung verbotener Schriften und Spiele.
 10. Fürsorge und Unterbringung von Wahnsinnigen, Kranken und Armen.
 11. Veranstaltung zur Rettung Verunglückter.
 12. Verhütung und Unterdrückung unerlaubten Handels mit Arzneien, Giften und des unerlaubten Waffentragens.
 13. Treffung von Maßregeln gegen Epidemien und Viehseuchen.
 14. Aufsicht über Sonntagsfeier und Schulbesuch.
 15. Aufsicht über Hebammenwesen, Neubauten, Hausierer, unerlaubten Gewerbebetrieb.

109. In den Motiven zu dem Gesetzentwurfe des Innenministeriums vom 12. April 1855.

Sphäre des Bezirks. Zwar behielten sie noch immer die örtliche Polizeiverwaltung da, wo sie nicht von einem ehemaligen Patrimonialgerichtsherrn ausgeübt wurde, aber diese Funktion trat jetzt hinter einer anderen zurück. Alle Friedensrichter eines amts-hauptmannschaftlichen Bezirks sollten in einem Bezirksamt vereinigt werden. Die Aufgaben der Bezirksämter sollten die Vertretung der Interessen des Bezirks gegenüber den staatlichen Behörden und die Ausführung derjenigen Beschlüsse, die sie im Einvernehmen mit den Staatsbehörden gefaßt hatten, „in selbständig verwaltender Tätigkeit“ sein. Zwar tritt eine antibürokratische Tendenz hier schon stärker hervor als in den vorhergehenden Entwürfen, aber immer noch bildeten die Staatsbehörden den festen Kern der Verwaltung. Von einer aristokratischen Selbstverwaltung durch die Bezirksämter kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil die Beschlußfassung den Friedensrichtern nicht zustand. Auch das, was dieser Entwurf bot, blieb noch weit hinter dem altenglischen selfgovernment zurück, aber im Vergleich mit seinen anderen Plänen entfernte Beust sich hier am weitesten von seinen bürokratischen Traditionen. Der Einspruch König Johanns lehnte selbst diese bescheidene Teilnahme nicht staatlicher Elemente an der öffentlichen Verwaltung ab, und Beust setzte seine Stellung nicht für seine sozialkonservative Politik ein. Er machte der primitiveren Gestaltung Platz, welche die staatliche Bürokratie und die Ritterschaft forderten. Von der beabsichtigten „selbständig verwaltenden“ Tätigkeit der in den Bezirksämtern vereinigten Friedensrichter blieb nur eine Beratung der Behörden übrig; zwar war der einzelne Friedensrichter in seiner polizeiverwaltenden Wirksamkeit dem Gerichtsamte nebengeordnet, aber diese Polizeiverwaltung war doch zu sehr nur Hilfsdienst, als daß sie die Grundlage für eine Weiterbildung im Sinne einer durch sozial führende Schichten geübten Verwaltung hätte bilden können. Grundsätzlich unterscheidet sich Beusts Anlehnung an das Vorbild der englischen Friedensrichter von den Anregungen, die etwa Ludwig von Gerlach für die preußischen, vorrevolutionären Verhältnisse in England empfing, dadurch, daß Gerlach mit dem Fortbestehen der Patrimonialgerichtsbarkeit rechnen konnte und daher in erster Linie Elemente der friedensrichterlichen Rechtsprechung

auf Preußen zu übertragen suchte;¹¹⁰ während Beust in der Administration der Friedensrichter Englands sein Muster sah.

Vielleicht wäre eine Politik, die den Rittergutsbesitzern jeden Rest patrimonialer Gerechtigkeiten genommen und statt dessen einer — im Sinne der englischen gentry — nach unten offenen Aristokratie der besitzenden Klassen einen Anteil an der öffentlichen Verwaltung gewährt hätte, der bedeutender war als die Polizeiverwaltung im staatlichen Hilfsdienste, letztlich konservativer gewesen, weil sie eine stärkere Verankerung dieser Schichten im Staatsleben, eine innigere Anteilnahme an den Geschicken des bestehenden Staates hätte bewirken können. Sicher strebten Beusts Gedanken ein solches Ziel an, aber er hätte selbst sehr viel weniger Mann des bürokratischen Beamtenstaates sein müssen als er es tatsächlich war, um in dieser Richtung energischer vorgehen zu können. Er wurde zwischen seiner gefühlsmäßigen Zugehörigkeit zu dem monarchisch-bürokratischen Beamtentum und seinen durch die Erfahrungen von 1848 wachgerufenen, gesellschaftserhaltenden Tendenzen hin und hergerissen, und es scheint fast notwendig, daß dieser ungelösten inneren Gegensätzlichkeit nur ein lebensunfähiges Ergebnis, das „totgeborene Institut“ der Friedensrichter entsprechen konnte.

110. Erich Marcks, Bismarck. S. 306 f.

Sechstes Kapitel.

Sachsen und der Bundestag.

Die Dresdener Konferenzen.

Um ein auch nur einigermaßen abgeschlossenes Bild über die Gesamtrichtung in der Politik eines Staates zu gewinnen, ist es nötig, den Gang seiner auswärtigen Angelegenheiten in die Darstellung einzufügen. Das besondere Wesen eines Staates zeichnet sich im Gegensatz zu anderen Mächten schärfer ab; die in seinem Inneren wirkenden Gegensätze verblassen, und greifbarer tritt seine Eigentümlichkeit, seine Individualität hervor. Die Fragestellung dieses Abschnittes wird es sein zu untersuchen, wie sich die Auseinandersetzung mit denjenigen Erfahrungen vollzog, welche der deutsche Mittelstaat Sachsen in der Revolution gemacht hatte in Bezug auf sein Verhältnis zu den deutschen Nachbarstaaten. Gerade die Behandlung der deutschen Angelegenheiten durch Beust wird noch einmal zeigen, wie sehr seine Gesamtpolitik — auch die innenpolitische Reaktion — von dem Streben geleitet war, das partikulare Sonderdasein zu retten. Der mittelstaatliche Staatsmann reagierte letztlich doch gegen die nationale Bewegung von 1848/49 und erst in zweiter Linie gegen die eigentlich innenpolitischen Erscheinungen. Darüber hinaus zeigt die Betrachtung seiner Außenpolitik, daß seine innenpolitischen Bestrebungen ihm von der Gesamtentwicklung Deutschlands diktiert waren. So sehr seiner konservativen Einstellung die konservative Reaktion entsprach, er hätte sie in jedem Falle durchführen müssen, weil sie sich eben in ganz Deutschland und vor allem in den beiden Großmächten durchsetzte. Von dieser Entwicklung konnte er sich nicht ausschließen, selbst wenn er es gewollt hätte. Ja er mußte sogar schnell handeln, denn je mehr in Oesterreich und Preußen die alten

Gewalten sich wieder konsolidierten, desto stärker regte sich in ihren leitenden Persönlichkeiten die Neigung, nun auch in den kleineren Staaten die alte Ordnung wiederherzustellen. Auswärtige Politik hieß für das Königreich Sachsen im wesentlichen deutsche Politik. Auf allen Seiten von den Grenzen deutscher Mächte umgeben besaß es weder die Kraft noch fühlte es die Notwendigkeit einer Einmischung in die größeren europäischen Gegensätze. Die geographische Lage zwischen den beiden deutschen Großmächten machte Sachsens Geschicke in besonderem Maße abhängig von der Entwicklung des österreichisch-preußischen Dualismus. Politik nach außen bedeutete Daseinsbehauptung in diesem großen Gegensätze. Gerade auf diesem Felde hatte die Revolution und die sich ursächlich und zeitlich an sie anschließende preußische Unionspolitik die Gefahr in größter Nähe gezeigt: die Herabdrückung zu völliger Bedeutungslosigkeit durch Preußen. Die Frage, ob in Friedrich Wilhelm und Radowitz ein Funke preußischen Staatsgefühls glühte, ist in diesem Zusammenhange bedeutungslos. Auf Beust, den Vertreter des staatlichen Selbsterhaltungswillens Sachsens, wirkte die Unionspolitik als einfache Machtpolitik, die darauf ausging, im Rahmen eines preußischen Bundes auch noch die zweite Hälfte des Königreichs zu verschlingen. Seine Politik mußte jetzt die Wiederkehr einer Paulskirche mit kleindeutschem Programm und eines Dreikönigsbündnisses zu verhindern trachten.

Wir hatten seine deutsche Politik bis zu seiner Anerkennung der von Schwarzenberg nach Frankfurt berufenen Bundesversammlung verfolgt und ihren Zusammenhang mit den innersächsischen Ereignissen untersucht. Es ist nicht nötig, darauf einzugehen, wie Beust die sächsische Politik bis zur Punktation von Olmütz weiterlenkte.¹ Er wünschte nicht die einfache Rückkehr zum alten Bunde, denn ihm schienen stärkere Sicherungen gegen die nationalen Leidenschaften nötig, als sie die vormärzliche Bundeseinrichtung bot. Als die Krise zwischen den Großmächten in einer kriegesischen Verwicklung zu enden drohte, trat der sächsische Minister schließlich entschieden auf Oesterreichs Seite. Mit großer Span-

1. Eine Darstellung dieses Gegenstandes gibt Fritz Hauptmann, Die deutsche Politik Sachsens von der Kaiserwahl bis Olmütz. Manuskript, dessen Einsicht mir Herr Dr. Hauptmann gestattete.

nung verfolgte er den letzten Versuch, den Oesterreich und Preußen zur gütlichen Beilegung des Konfliktes unternahmen, die Warschauer Konferenz vom Oktober 1850. Beust bangte jetzt davor, daß die großen Staaten über die Köpfe der kleineren hinweg eine Einigung treffen würden. Aus Wien war ihm Mitteilung von den zwischen Schwarzenberg und dem Grafen Brandenburg gepflogenen Verhandlungen gemacht worden. Der preußische Ministerpräsident hatte dem Oesterreicher in sechs Punkten die Vorschläge seiner Regierung zu einer künftigen Neuorganisation Deutschlands vorgelegt.² Sie liefen auf die Gleichstellung der beiden Mächte am Bunde hinaus. Beiden Staaten sollte gemeinsam die Exekutive vorbehalten sein. Eine Bundesversammlung von 17 Stimmen war vorgesehen; von einer Volksvertretung am Bunde, welche die Mittelstaaten wünschten, wollte man „zur Zeit“ absehen.

Dem sächsischen Minister, dessen ganze Absicht darauf ausging, den Mittelstaaten eine ansehnlichere Stellung innerhalb des Bundes zu verschaffen, mußte besonders die Beschränkung der Exekutive auf Oesterreich und Preußen mißfallen, durch welche die Mittelstaaten in die Reihe der Kleinen hinabgedrückt worden wären. Seine Gedanken über die künftige Bundesorganisation legte er in einem Schreiben an den sächsischen Gesandten in Wien von Könneritz nieder, welches dieser „der wohlwollenden Erwägung des Fürsten Schwarzenberg empfehlen“ sollte.³ Beust zeigte sich zunächst darüber sehr erfreut, daß Schwarzenberg den preußischen Vorschlag in Bezug auf die Zweiteilung der Exekutive nicht angenommen, sondern statt dessen ganz allgemein eine kräftige Exekutivgewalt gewünscht hatte, ohne weiter darauf einzugehen, wem diese zukommen sollte. Sachsens Außenminister riet dem Fürsten nun dringend zu einer Beteiligung auch anderer Staaten an der Bundesexekutive, „um die notwendige Vermittlung zwischen den voraussichtlich in häufigen Fällen verschiedenen Richtungen nachgehenden Großmächten zu gewähren und um der Bundesgewalt den nötigen Impuls zu geben da, wo ein Interessenstreit der Großmächte Stillstand droht“. Mit diesen Worten bekannte sich

2. vergl. Heinrich von Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm den Ersten. 3. Aufl. München und Berlin 1913. Bd. 2. S. 4 f.

3. Schreiben Beusts an Könneritz vom 15. November 1850. S.H.St.A.

Beust zur Trias, zu der Auffassung, daß neben den beiden Machtgruppen Oesterreich und Preußen noch eine dritte, gebildet aus den Mittelstaaten, notwendig sei, die zwischen den beiden europäischen Großmächten eine Aufgabe der Vermittlung im spezifisch deutschen Interesse hätte. Daneben aber führte er noch einen realeren, geschickt auf Schwarzenberg berechneten Grund gegen die ausschließliche Zuteilung der Exekutive an die beiden Großmächte an. Wenn den Staaten des dritten Deutschland nicht die Möglichkeit gegeben werde, sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen, welche stark genug sei, selbständig neben Oesterreich und Preußen Stellung zu nehmen, so müßten sie vereinzelt Anlehnung suchen; da alle geographisch auf Preußen angewiesen seien, sei kein Zweifel, wo sie sich anschließen würden. Beust suchte also mit einiger Uebertreibung den österreichischen Minister mit dem Schreckbild einer neuerstehenden preußischen Union für seine trialistischen Pläne zu gewinnen. In dieser Frage brauchte er den Oesterreicher nur noch in seiner angenommenen Haltung zu bestärken, denn bereits hatte Schwarzenberg den preußischen Plan abgelehnt. Anders verhielt es sich mit der Einrichtung einer Volksvertretung beim Bunde. Hier wollte Beust Preußens künftigen Sonderbundsplänen den Wind dadurch aus den Segeln nehmen, daß er dem Bunde durch einige Konzessionen an die nationalen und liberalen Wünsche die Sympathien der öffentlichen Meinung zuzuwenden strebte. Die vier Mittelstaaten hatten bereits im Februar des Jahres eine Volksvertretung in ihrem deutschen Verfassungsprojekt vorgesehen, und schon damals hatte Schwarzenberg diesen Gedanken sehr kühl aufgenommen. In dieser Haltung war er jetzt mit dem Grafen Brandenburg ganz einig. Beust aber hielt gerade diese Einrichtung für sehr wesentlich; sie gehörte zu seinen Lieblingsideen. Er stellte Schwarzenberg vor, daß Preußen der Verwirklichung dieses Gedankens nur deshalb widerspreche, damit der Bund nicht eine Gestalt gewänne, die dem Einheitsstreben der Nation genüge; einer derartigen Politik müsse man vorbeugen. Um die absolutistischen Bedenken des Fürsten zu überwinden, meinte er, man könne ja die Kompetenzen der Volksvertretung auf das äußerste einschränken, „ihre Tätigkeit hauptsächlich auf das Feld der materiellen Interessen wenden und vom Gebiet der politischen Diskussion abwenden“. Daß Beust sich selbst bei einer solchen Politik keine

konstitutionellen Skrupel machte, zeigte das Vergnügen, mit welchem er feststellte, wie gerade der Umstand, „daß unter den gegenwärtigen Konjunkturen die Ansprüche und Erwartungen in dieser Hinsicht auf ein geringes Maß gesunken sind“, seinem Plane förderlich sei. Die Zusammensetzung der Volksvertretung aus Delegationen der einzelstaatlichen Ständekammern, die schon der Münchener Entwurf vorgeschlagen hatte, hielt er für eine geeignete Grundlage. Es waren nicht liberale Gedanken, die Beust zu diesem Eintreten für eine Volksvertretung bewogen, sondern die rein außenpolitische Tendenz, Preußen propagandistisch zu treffen, den Bund, innerhalb dessen er Sachsens staatliche Existenz gesichert sah, zu festigen. Dieser Plan war ein Schachzug in der Politik der „moralischen Eroberungen“. Daß dabei der Machtfülle der Regierungen nichts geraubt werde, dafür sollte durch völlige Bedeutungslosigkeit der Volksvertretung gesorgt werden.

Die günstigste Gelegenheit zur Vertretung und Verwirklichung seiner Gedanken boten dem sächsischen Minister die Dresdener Konferenzen. In Olmütz hatten sich Oesterreich und Preußen dahin geeinigt, auf freien Konferenzen, die von allen deutschen Staaten beschickt werden sollten, die Reform der Bundesverfassung vorzunehmen.⁴ Schwarzenbergs Programm für die künftige Ordnung bestand aus folgenden Punkten: Einbeziehung Gesamtösterreichs in den Bund, künftiger Eintritt Oesterreichs in den Zollverein, Verteilung der Exekutive an Oesterreich, Preußen und die Mittelstaaten. Bis hierher war Beust mit ihm ganz einverstanden. Eine Meinungsdivergenz ergab sich erst anläßlich der Frage der Bundesvolksvertretung, welche der Fürst nach wie vor ablehnte. In diesem Punkte fanden sich die Regierungen von Bayern und Sachsen.⁵ Von der Pfordten, jetzt bayerischer Minister und Bevollmächtigter auf den Konferenzen, setzte sich mit Beust gemeinsam für eine

4. Für die Dresdener Konferenzen vergl. immer noch Sybel, Begründung des Reiches. Bd. 2. S. 52 ff.

5. Wie sehr die sächsische Regierung das Zustandekommen einer Volksvertretung am Bunde wünschte, geht daraus hervor, daß sie noch kurz vor der Abstimmung über einen dahin abzielenden Antrag der zweiten Kammer, einige Abgeordnete der ersten Kammer dazu zu gewinnen suchte, für den Antrag der zweiten Kammer zu votieren. Bericht des Grafen Galen vom 28. Januar 1851 Pr.geh.St.A. und L.M. 1851. 2. K. S. 1881 f.

solche Einrichtung ein. Eine starke Annäherung dieser beiden Männer, deren Staaten auf den Konferenzen die gleichen Interessen hatten, war überhaupt während der Verhandlungen festzustellen.⁶ Sie waren die rühmlichsten Vertreter der mittelstaatlichen Politik. Auf den Gang der Konferenzen, die ergebnislos verliefen, braucht hier nicht näher eingegangen zu werden; es soll nur dargestellt werden, wie Beust die Gelegenheit benutzen wollte, der künftigen Ordnung Deutschlands eine den Mittelstaaten günstige Gestalt zu geben. Es waren für die Arbeiten der Bevollmächtigten fünf Kommissionen gewählt worden; Gegenstand ihrer Arbeiten war die Organisation der obersten Bundesbehörde, Wirkungskreis der obersten Bundesbehörde, materielle Interessen (Handel, Zoll, Schifffahrt), Bundesgericht und Protokollführung. Die sächsische Regierung war in allen fünf Kommissionen vertreten. Der Geschäftsgang war in der Weise geregelt, daß die Kommissionen Anträge ausarbeiteten, welche sie der Plenarversammlung sämtlicher Bevollmächtigten zur Abstimmung vorlegten. Am 19. April 1851 erstattete Beust in der zweiten Kommission einen Bericht, in dem er wiederum den Wunsch einer Konstituierung der Volksvertretung am Bunde vortrug.⁷ Er konnte auf den Konferenzen nicht seine geheimen politischen Absichten enthüllen, wie sie aus dem Schreiben an Könneritz hervorgegangen waren. So begründete er seine Forderung denn mit staatsrechtlichen Motiven. Von dem Grundsatz der Bundesakte⁸ ausgehend, daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassungen der Einzelstaaten nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden dürften, deduzierte er, daß Eingriffe in die revolutionären Verfassungsbestimmungen, wie sie die Einzelregierungen jetzt vielleicht auf Betreiben des

6. vergl. auch Ernst der Zweite, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. 2. Bd. Berlin 1888. S. 23.

7. Dieses Schriftstück liegt als Spezialbericht an die zweite Kommission unter den gedruckten Protokollen und Berichten der Konferenzen. Locat 30340. Bundestagsgesandtschaft Nr. 140. S.H.St.A.

8. Es ist ein Irrtum Beusts, daß sich diese Bestimmung in der Bundesakte befinde. Er bezog sich auf Art. 56 der Wiener Schlußakte von 1820: „Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden“. Altmann, Ausgew. Urkunden S. 84.

Bundes vornehmen könnten, bei dem Fehlen einer Volksvertretung am Bunde die Garantien verletzen würden, welche die Bundesakte für die einzelstaatlichen Verfassungen gegeben hatte. Der politische Inhalt dieser Ausführungen steckte darin, daß Beust ein allen gemeinsames Interesse für seinen Plan anführte. Einig war man sich darüber, daß von Bundes wegen Auswüchse der Verfassungen liberal - demokratischer Natur beschnitten werden müßten. Dazu bedürfe man einer Volksvertretung am Bunde. Die Delegationen sollten demnach Eingriffe der Bundesgewalt in das zu freiheitliche Verfassungsleben der Einzelstaaten — nicht durch ihre Zustimmung, sondern durch ihr bloßes Dasein — sanktionieren. Auch auf den Konferenzen galt es wieder, die Regierungen von der völligen Gefährlosigkeit der geplanten Einrichtung zu überzeugen. So entwarf Beust ein Bild von dieser Volksvertretung, das auch dem absolutistischsten Minister zusagen mußte. „Wenn nun die vorgeschlagene Versammlung von Delegierten der Ständekammern nur in einzelnen ausnahmsweisen Fällen einberufen wird, wenn sie sich nur mit ihr von der Bundesversammlung vorgelegten Entwürfen zu befassen hat, wenn ihr alle und jede Initiative verfassungsmäßig entzogen ist, wenn sie mit keinem verantwortlichen Ministerium zu tun hat, wenn endlich ihre Beratungen nicht öffentlich gepflogen werden dürfen, so müßte es doch in der Tat sich wunderbar fügen, wenn eine solche Versammlung zu einer zweiten Paulskirche werden sollte“. Von diesem Zerrbild einer Volksvertretung hoffte der Minister, „der bessere Teil der Ständerversammlungen werde das Gebotene dankbar dahinnehmen“.⁹ Jedoch, Oesterreich und Preußen blieben bei ihrem Widerstand, und so wurde dieses Projekt, wie alle auf den Konferenzen gemachten Vorschläge als „schätzbares Material“ zu den Akten gelegt. Beust aber ist von diesem Plane niemals abgekommen, solange der alte Bund noch bestand.¹⁰

9. Mit Recht nannte die während der Konferenzen erschienene Flugschrift, Die Dresdener Konferenzen. Berlin 1851. S. 56 ff., das Streben der mittelstaatlichen Regierung nach einer Volksvertretung am Bunde „Scheinkonstitutionalismus“.

10. Ueber Beusts Plan zur Reform des deutschen Bundes von 1861 vergl. Hans Heinz Thumann, Neues Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde. Bd. 46. Dresden 1925. Dieser Entwurf — entstanden als Gegen-

Nicht anders erging es einem sächsischen Vorschlage, nach dem sich alle Regierungen verpflichten sollten, die vollständige Vereinigung aller deutschen Staaten zu einem Zoll- und Handelsgebiet anzustreben.¹¹ Auch hier war es Beusts und Pfordtens Absicht, Oesterreichs Stellung in Deutschland gegenüber Preußen zu stärken und Preußen in ihre eigenen Reihen herabzuziehen.

Die entscheidende Frage war, ob Preußen die österreichischen Vorschläge zur Bildung eines Direktoriums für die Exekutive annehmen würde. Schwarzenberg plante ein Kollegium, welches aus den Vertretern Oesterreichs und Preußens mit je zwei Stimmen, der vier Königreiche mit je einer Stimme, der beiden Hessen, Baden, Holstein und Luxemburg mit zusammen einer Stimme bestehen sollte. Zwar war dieses Projekt den Mittelstaaten nicht mehr so günstig wie der Gruppenvorschlag des Fürsten vom Frühjahr 1850,¹² aber es sicherte ihnen immer noch eine verhältnismäßige Bevorzugung. Dagegen war eine solche Regelung für Preußen und die Kleinstaaten unannehmbar, denn Preußen wurde dadurch der Majorisierung durch die Bundesgenossen Oesterreichs ausgesetzt, und die kleinen Staaten völlig ausgeschaltet. So ergab sich zwischen Preußen und den Kleinen eine gemeinsame Front gegen die österreichisch-mittelstaatlichen Pläne. Friedrich Wilhelm hielt es für angezeigt, daß Preußen seine Bundesgenossen schütze.¹³ Dennoch stimmte die preußische Regierung Schwarzenbergs Programm zunächst wenigstens soweit zu, daß sie sich lediglich die

zug gegen die Gründung des Nationalvereins — gönnte der beabsichtigten Volksvertretung größere Rechte als das Projekt von 1851. Es sollte der Delegiertenversammlung jetzt jedes von der Bundesversammlung ausgearbeitete Gesetz vorgelegt werden. Auch in politischen Fragen — nicht nur in materiellen — sollten die Delegierten herangezogen werden.

11. Denkschrift der sächsischen Regierung vom 1. Januar 1851. S.H.St.A.

12. Nach diesem Plane sollte das Direktorium aus elf Stimmen bestehen; je drei für Oesterreich und Preußen, eine für Bayern. Sachsen, Württemberg und Hannover sollten an der Spitze je einer Gruppe stehen, für welche sie zu votieren hatten. vergl. Heinrich Friedjung, Fürst Felix Schwarzenberg und Graf Albrecht Bernstorff. Hist. Aufsätze 1. und 2. Aufl. Stuttgart und Berlin 1919.

13. Leopold von Gerlach an Manteuffel am 3. Januar 1851. Preußens auswärtige Politik 1850—1858, hergeg. von Heinrich von Poschinger. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse Manteuffels. 1. Bd. 1902. S. 62.

Vermehrung der neun Stimmen auf elf ausbedang; die zwei neuen Stimmen sollten den Kleinstaaten zu Gute kommen. Innerhalb der ersten Kommission, in welcher diese Frage behandelt wurde, war auf diese Weise vorläufig Einigkeit zwischen den beiden Großmächten erzielt. Daß Preußen aber nicht gesonnen war, diese Regelung tatsächlich anzunehmen, zeigte sich, als nun Schwarzenberg am 16. Februar 1851 die preußische Regierung aufforderte, die auf Grund der Kommissionsbeschlüsse einzusetzenden, neuen Bundesbehörden in Frankfurt mit Oesterreich gemeinsam zu etablieren. Die preußische Regierung weigerte sich. Für sie lief jetzt alles auf die Frage hinaus, ob Oesterreich volle Gleichberechtigung auch im Präsidium gewähren werde, oder nicht.¹⁴ In der Plenarsitzung vom 23. Februar stimmten dann 18 von den vertretenen 35 Staaten gegen die Kommissionsanträge, und es wurde deutlich, daß die Konferenzen ergebnislos verlaufen würden. Beust und Pfordten erklärten, es müsse unbedingt etwas zu Stande kommen. Der bayerische Minister fuhr fort, seine Regierung werde nicht zustimmen, daß man auf den Konferenzen einen Beschluß über die Fortdauer des alten Bundes fasse; auch diesem Schritte schloß sich Beust an.¹⁵ Die beiden Minister wollten mit dieser Erklärung nicht aussprechen, daß sie überhaupt der Rückkehr zum alten Bunde ihre Zustimmung verweigern würden, sondern sie bestritten den Konferenzen nur das Recht, über die Existenz des Bundestags zu entscheiden. Das Dasein des Bundes sollte über jede Diskussion erhaben sein. Daher forderte Beust am 4. März 1851 den sächsischen Bundestagsgesandten auf, „jede Gelegenheit zu ergreifen, um die Wirksamkeit des Bundestags nach außen hin wirksam zu betätigen“, damit man sich im Notfalle darauf berufen könne, daß das Bundesorgan schon längst in Tätigkeit sei, und man seine Einberufung nicht erst zu beschließen brauche.¹⁶ So sollte

14. Manteuffel an Graf Alvensleben am 4. Januar 1851. Preußens auswärtige Politik. Bd. 1. S. 63.

15. Diese Erklärung ist von Sybel, Begründung des Reiches Bd. 2. S. 65. mißverstanden worden. Sybel stellt den Hergang so dar, als hätten die beiden Minister mit ihrem gemeinsamen Schritte verhindern wollen, daß die Konferenzen resultatlos verliefen. Ernst der Zweite deutet in seinen Erinnerungen Bd. 2. S. 17 den Sachverhalt richtig, aber in sehr unklarer Weise an.

16. Beust legte in einem Schreiben vom 4. März 1851 an Nostitz die Gründe zu seiner und Pfordtens Erklärung dar. Er will verhindern, „daß es

von vornherein die Ansicht unterdrückt werden, als sei die Wirksamkeit des Bundestags von einer über ihm stehenden Instanz abhängig. Pfordten und Beust hätten die Organisation des Bundestags zwar gerne in ihrem Sinne umgewandelt, aber an der Unerschütterlichkeit seiner Existenz an sich wollten sie keine Zweifel aufkommen lassen. Vier Tage später (27. Februar) erklärte die preußische Regierung, die unumstößliche Bedingung für ihre Zustimmung zu den Kommissionsvorschlägen sei die Gleichberechtigung Preußens mit Oesterreich im Bundespräsidium.¹⁷ Damit war das Schicksal der Konferenzen entschieden. Diese Bedingung wollte Schwarzenberg niemals erfüllen; lieber kehrte er zum alten Bunde zurück.¹⁸ Die Kommissionen arbeiteten zwar noch weiter, aber ihre Tätigkeit war von nun an zur Erfolglosigkeit verurteilt. Ende April hatten sie ihre Beratungen beendet, und am 15. Mai fand die Schlußsitzung der Konferenzen statt. Die Kommissionsarbeiten wurden der Bundesversammlung als Grundlage für weitere Verhandlungen übergeben.

So trat denn der alte Bundestag wieder in Kraft. Auch auf dem Gebiete der deutschen Politik war man zu den vormärzlichen Zuständen wieder zurückgekehrt. Für Beust war diese einfache Rückkehr zum Alten eine schwere Enttäuschung. Sowohl die Punktation von Olmütz wie die Erfolglosigkeit der Konferenzen hatten ihm gezeigt, daß nicht die Wünsche der Mittelstaaten, sondern die Entscheidungen der beiden Großmächte den Gang der deutschen Politik bestimmten. Er schätzte den alten Bundestag deshalb nicht, weil er ihn nicht für geeignet hielt, den Mittelstaaten ein genügend festes Bollwerk gegen die nationale Bewegung und gegen die preußische Machtpolitik zu geben. Nun blieb ihm nichts anderes übrig, als die alte Bundesorganisation möglichst für seine Zwecke auszunutzen.

des ärgernisvollen Beschlusses einer Rückkehr zum Bundestage bedarf, um die Beratungen jener Behörde fortzusetzen“. Beusts Schreiben an Nostitz S.H.St.A.

17. Manteuffel an Schwarzenberg am 27. Februar 1851. Preußens auswärtige Politik. Bd. 1. S. 115.

18. Schwarzenberg an Prokesch-Osten am 29. März 1851. Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten. (1849—1855) hergeg. von Anton Graf Prokesch von Osten. Wien 1896. S. 209.

Beusts Bundestagspolitik.¹⁰

Beust fand für seine deutsche Politik an dem Bundestagsgesandten Sachsens, dem Freiherrn von Nostitz und Jänkendorf, einen verständnisvollen Helfer. Nostitz war einer der dienstältesten Diplomaten in der Eschenheimer Gasse. Mit seinen durch langjährige Tätigkeit erworbenen, reichen Erfahrungen verband er einen klaren Verstand und eine große Arbeitskraft.²⁰ In seinen Berichten fällte er vorsichtige, nüchterne und einigermaßen temperamentlose Urteile über Menschen und Dinge. Bismarck meinte, Nostitz hege im stillen preußische Neigungen, die er deshalb nicht zum Ausdruck bringe, weil er aus wirtschaftlichen Gründen in Frankfurt bleiben wolle und sich daher dort zur Zufriedenheit seines vorgesetzten Ministers aufführen müsse, um nicht abberufen zu werden. Rein persönliche Gründe seien es demnach, die ihn im Einklang mit Beust entgegen seinen eigentlichen Ueberzeugungen zu einer antipreußischen Haltung bestimmten.²¹ In seiner poli-

19. Ein näheres Eingehen auf die Stellungnahme Beusts zu einzelnen Fragen der Bundespolitik schien nach der eingehenden Darstellung, die Arnold Oskar Mayer, Bismarcks Kampf mit Oesterreich am Bundestag zu Frankfurt (1851—1859) Berlin und Leipzig 1927, der Geschichte des Bundestags für dieses Jahrzehnt gewidmet hat, unnötig. Eine erneute eingehende Behandlung der Frage der Bundespreßgesetzgebung, der Flottenangelegenheit wird daher hier vermieden. Es soll nur gezeigt werden, welche Absichten die sächsische Politik am Bundestage verfolgte. Im einzelnen ist dies an Gegenständen nachzuweisen, die in der Literatur nicht so eingehend behandelt worden sind wie die oben genannten.

20. Diese Eigenschaften rühmte Johann Gustav Droysen an ihm, der den sächsischen Gesandten in den Sitzungen des Siebzehner-Ausschusses kennen gelernt hatte. Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte. Braunschweig 1849 S. 21. So auch Bismarck in einem Privatschreiben an Manteuffel vom 30. Mai 1853. Preußen im Bundestag. Bd. 1. S. 256.

21. Beust, Aus drei Viertel-jahrhunderten Bd. 1. S. 148 f., nimmt Nostitz gegen die „Insinuation“ Bismarcks in Schutz. Er berichtet, Nostitz habe nach 1850 nicht wieder nach Frankfurt gehen wollen. Sowohl Bismarck wie Beust mögen ihre Urteile über den Gesandten in gutem Glauben gefällt haben. Tatsächlich konnte Beust aus den Berichten Nostitz' nicht eine seiner eigenen entgegengesetzte Auffassung über die preußische Politik herauslesen. Andererseits mag Nostitz sich Bismarck gegenüber bei der Erledigung unangenehmer Aufträge hinter die Aufträge seiner Regierung zurückgezogen und so den Anschein seiner stillen Meinungsdivergenz mit Beust hervorgerufen haben. So

tischen Korrespondenz mit Beust hat Nostitz niemals preußenfreundliche Ansichten laut werden lassen. Er erschien stets als der einsichtige Vertreter der Politik des Ministers ohne eigene Ansichten. „Eine selbständige Meinung hat er nicht. Er ist der Geschäftsadjutant vom Grafen Thun“, schrieb General von Rochow über den sächsischen Kollegen.²² Bismarcks Schilderung widerspricht dies nicht. In einem Punkte war er jedenfalls mit Beust ganz einig, und das war seine Abneigung gegen alles, was an das Jahr 1848 erinnerte. Aber diese Einstellung hinderte ihn nicht, bei Gelegenheiten, wo infolge allgemein geltender, reaktionärer Beschlüsse des Bundestags eine Antastung der einzelstaatlichen Souveränität möglich war, sehr zurückhaltend aufzutreten. Auch in dieser Hinsicht entsprach seine Handlungsweise ganz den Absichten Beusts. Das Verhältnis dieser beiden Männer zueinander wird in die richtige Beleuchtung gerückt bei einem Vergleiche mit dem Verkehr zwischen Manteuffel und Bismarck. Hier ein starker Einfluß des Gedankenreichtums eines temperamentvollen Gesandten auf den Minister, bei den Sachsen unbedingte Fügsamkeit eines routinierten, intelligenten und arbeitsamen Geschäftsmannes unter die konsequente Politik des überlegenen Vorgesetzten.

Beusts Politik am Bundestage wurde durch zwei Richtpunkte bestimmt. Einmal sollte der Bund dazu dienen, im konservativen Sinne in die einzelstaatlichen Verhältnisse einzugreifen und an der Wiederherstellung der vormärzlichen Zustände mitzuwirken. Im Widerspruch dazu aber stand sein Streben, im Bunde und durch den Bund den Mittelstaaten ein Maß an Geltung zu sichern, wie sie es ohne den schützenden Rahmen dieser Institution niemals mehr sich hätten erhalten können. Konsequenter durchgeführte schloß eine

äußerte er einmal zu Bismarck während der Zollvereinskrise, Sachsen müsse „erstaunlich dumm“ sein, wenn es eine Sprengung des Zollvereins zuließe. Bismarck aber sah in Beust den ärgsten Gegner Preußens in dieser Angelegenheit. Bismarck an Manteuffel am 18. Dezember 1851. Preußen im Bundestag Bd. 1. S. 50.

22. Rochow an Manteuffel am 16. Juni 1851. Preußens auswärtige Politik. Bd. 1. S. 185. Daß dem so war, verdankte Nostitz wohl seiner Geschäftskennntnis und Arbeitsfähigkeit. Ueber das Verhältnis des sächsischen Gesandten zu dem Grafen Thun vergl. auch A. O. Meyer, Bismarcks Kampf mit Oesterreich. S. 40.

Tendenz die andere aus. Zwischen diesen beiden Gegensätzen mußte sich Beusts Stellungnahme im Einzelfalle hindurchwinden; so erklärt sich manches, was auf den ersten Blick als widerspruchsvoll erscheint. Wenn er etwa der reaktionären Tätigkeit des Bundes nicht immer so freudig zustimmte, wie es seine innerpolitische Haltung wohl erwarten ließ, so gab ihm dazu eben die Befürchtung Anlaß, daß der Bewegungsfreiheit der Einzelstaaten in ihren eigenen Angelegenheiten durch die Bundesbeschlüsse zu enge Schranken gezogen werden könnten.

Diese Vorsicht gegenüber innerstaatlichen Reaktionsbestrebungen des Bundes betätigte er bei der ersten sich bietenden Gelegenheit. Schon bei den Konferenzen in Dresden waren sich die Minister darüber ganz einig gewesen, daß der Bund das Recht haben müsse, Aenderungen zu liberaler Verfassungsbestimmungen in den Einzelstaaten zu verlangen. Friedrich Wilhelm IV. wollte soweit gehen, dem Bunde das Recht zur Uebernahme der Regierungsgewalt in den einzelnen Staaten — auch gegen deren Willen — zu vindizieren, wenn es unter konservativen Gesichtspunkten Not tue.²³ Solche mißliebigen Verfassungsbestimmungen waren etwa Beschränkung des landesherrlichen Veto in der Gesetzgebung, Bestimmungen, welche das Recht der Ministerernennung indirekt in die Hände von Kammermajoritäten legten, allgemeines Wahlrecht. Es war nun kennzeichnend für den Geist des wieder versammelten Bundestags, daß aus der Fülle des „schätzbaren Materials“, welches die Konferenzen zur Bearbeitung geliefert hatten, diese Angelegenheit zuerst herausgegriffen wurde. Bereits im Mai 1851 beabsichtigten die Regierungen von Oesterreich und Preußen dem Bundestage einen Antrag vorzulegen, nach welchem derselbe sich das Recht zuerkennen sollte, zur Ueberwachung der inneren Ruhe Deutschlands einzelstaatliche Gesetzesbestimmungen beseitigen zu dürfen, „die mit den Bundesgesetzen kollidieren und die Sicherheit des Bundes gefährden“. Von Wien aus hatte man dem sächsischen Minister von dieser Absicht Nachricht zukommen

23. Handbillet des Königs an Manteuffel am 12. Mai 1851. Vier Wochen später drängte er den Minister abermals, am Bundestage Anträge gegen „die demokratischen Umtriebe“ einzubringen. Preußens auswärtige Politik. Bd. 1. S. 163 ff. und S. 180.

lassen, so daß Beust rechtzeitig dazu Stellung nehmen konnte. Hier war nun ein derartiger Fall gegeben, in dem seine im Inneren reaktionäre Politik mit seinen mittelstaatlichen Selbständigkeitsbestrebungen nach außen in Konflikt geriet. Er war mit der Tendenz des Antrags ganz einverstanden, aber er fürchtete, bei seiner Ausführung werde der selbständigen Tätigkeit der Staaten nicht in genügendem Maße freie Hand gelassen werden. Man müsse sehr vorsichtig zu Werke gehen, um jede Beschränkung der einzelstaatlichen Bewegungsfreiheit zu verhindern, schrieb er an Nostitz.²⁴ „Die moralische und materielle Macht des Bundes beruht wesentlich auf der selbständigen Kraft seiner Glieder, ohne Rücksicht auf deren verhältnismäßige Machtstellung. Der Bund würde in die Irrtümer der Reichsverfassungstheorien verfallen, wollte er diese Kraft seiner mindermächtigen Glieder nicht schonen und pflegen“. Diese Worte zeigen aufs neue deutlich, warum die Mittelstaaten so sehr am Bunde festhielten: nur in ihm konnte ihre Eigenstaatlichkeit eine Bedeutung behalten, welche ihrer hervorragendsten Staatsmänner einer selbst als unverhältnismäßig bezeichnen mußte. Wie sehr sie sich um der Erhaltung dieser Stellung willen gegen eine in inneren Angelegenheiten durchgreifende Bundespolitik sträubten, geht aus einer Aeußerung hervor, die König Max von Bayern zu Friedrich Wilhelm im August 1851 tat, „er werde sich an die Bundesbeschlüsse über Presse und Polizei nicht kehren, da der Bund über diese Dinge nicht zu sagen habe“. ²⁵ In der Angelegenheit des Eingriffsrechtes des Bundestags machte Beust nun einen vorsichtigen Vermittlungsvorschlag. Der Bund solle Regierungen dazu ermahnen dürfen, lästige Verfassungsbestimmungen zu beseitigen, die Ausführung aber ihnen selbst überlassen; erst wenn sie sich darin säumig zeigten, möge der Bund einen Druck auf sie ausüben. Zur Ueberwachung der Verfassungszustände in den Einzelstaaten sollten ständige Ausschüsse beim Bunde eingesetzt werden. Am 8. Juli trugen die Großmächte ihren angekündigten Antrag der Bundesversammlung vor.²⁶ Zur Prüfung der dem

24. Beusts Schreiben an Nostitz vom 21. Juni 1851, S.H.St.A.

25. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Leopold von Gerlach. Bd. 1. S. 665.

26. Protokolle der Bundesversammlung 1851. § 68.

Bundestage zur Verfügung stehenden Mittel zu seiner Ausführung wurde ein Ausschuß eingesetzt. Nach kurzer Zeit hatte dieser seine Vorarbeiten beendet, und im Namen der Prüfungskommission trug Nostitz am 16. August der Bundesversammlung ihre Ergebnisse vor.²⁷ Es war im ganzen der Standpunkt Beusts, den der Gesandte zum Ausdruck brachte. Im Prinzip sei der Antrag zu begrüßen, aber es dürften keine Eingriffe in die Souveränität der Einzelstaaten stattfinden. „Die Kompetenz des Bundes gegenüber der inneren Landesgesetzgebung der einzelnen Staaten findet ihre Grundlage in dem Zweck des Bundes,²⁸ ihre Grenze in der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Bundesstaaten, die eine Einmischung in die inneren Landesangelegenheiten nicht gestattet, jede Einwirkung des Bundes in innere Staatseinrichtungen und Staatsverwaltung ausschließt, wo nicht der bestimmt ausgesprochene Zweck, oder einzelne seiner Kompetenz besonders zugewiesene Gegenstände sie erfordern.“ Mit voller Schärfe wurde der föderative Charakter des Bundes hier betont. Ganz wie Beust es angedeutet hatte, schlug der Kommissionsbericht dann die Einsetzung eines besonderen Ausschusses vor, der auf notwendige Veränderungen einzelstaatlicher Verfassungen aufmerksam machen sollte. Beust konnte mit seinem Gesandten zufrieden sein, denn in dieser Gestalt hatte der österreichisch-preußische Antrag nichts Bedrohliches mehr. Es war der Tatkraft der Regierungen jetzt überlassen, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen. Sachsen stimmte der Einsetzung des Ueberwachungsausschusses, der den offiziellen Namen politischer Ausschuß trug, vorbehaltlos zu.²⁹ So trat der berüchtigte „Reaktionsausschuß“ ins Leben.

Ebenso zurückhaltend wie in dieser Angelegenheit verhielt sich Beust gegenüber einem hannoverschen Antrage, der für alle Fälle von Steuerkonflikten zwischen Regierungen und Ständen Entschei-

27. Protokolle der Bundesversammlung 1851. § 116.

28. Art. 2 der Bundesakte. „Der Zweck desselben (des deutschen Bundes) ist: Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten“. Altmann, Ausgew. Urkunden S. 9. Ebenso Art. 1 der Wiener Schlußakte. Altmann S. 74.

29. Protokolle der Bundesversammlung 1851. § 120.

dung durch den Bundestag verlangte.³⁰ Er schrieb Nostitz Ablehnung vor, wenn es zur Abstimmung über diesen Gegenstand kommen sollte.³¹ Auch hier leiteten ihn die gleichen Anschauungen. Alles andere war ihm genehmer als die Einmischung in die heimischen Dinge von Seiten einer auswärtigen Instanz. Die sächsische Regierung werde im Falle eines bleibenden Konfliktes mit den Ständen „jedes andere Kompromiß einer Einmischung des Bundes vorziehen“, schrieb er an Nostitz. Wir erinnern uns hier seines Wortes, daß die Monarchie viele Einschränkungen nach innen, keine nach außen vertrage.³²

Auch für seine Bundestagspolitik ist diese Ueberordnung außenpolitischer Gesichtspunkte über die Problemstellungen der inneren Politik kennzeichnend. Da aber seine konservative Einstellung andererseits das reaktionäre Vorgehen des Bundes guthieß, so wollte er der Frankfurter Versammlung die Rolle eines konservativen Mahners zuweisen; erst wenn Ermahnungen nichts fruchteten, hielt er das aktive Eingreifen des Bundes für gestattet. In diesem Lichte müssen auch viele seiner innenpolitischen Maßnahmen betrachtet werden. Er ging den revolutionären Errungenschaften, abgesehen davon, daß sie ihm an sich verhaßt waren, in seinem eigenen Staate auch deswegen so energisch zu Leibe, weil er wußte, daß der Bund sonst einschreiten könnte. Eine derartige Bundesaktion aber wollte er unbedingt vermeiden. Treitschke spottete darüber, daß Beust sich rühmte, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sachsens vermieden zu haben.³³ Größeres Verständnis für diese Politik der souveränen Eigenstaatlichkeit aber wird dieses Eigenlob als durchaus berechtigt anerkennen müssen. Tatsächlich machte Beusts innere Politik einen solchen Eingriff unnötig und unmöglich, wie er von Seiten des Reaktionsausschusses in den kleineren Staaten Hessen-Kassel, Hessen-Homburg, Lippe-Detmold stattfand. Diese Politik verhinderte es aber auch, daß wie im Königreich Hannover die Ritterschaft gegen ihre eigene Regierung beim Bundestage vorging. In Sachsen blieb die Regie-

30. Bericht von Nostitz vom 29. August 1851. S.H.St.A.

31. Beusts Schreiben an Nostitz vom 10. September 1851. S.H.St.A.

32. s. oben S. 15.

33. Treitschke, Die Zustände des Königreichs Sachsen S. 109.

rungsgewalt fest in den Händen des einheimischen Ministeriums. Beusts Politik ging darauf aus, diesen Zustand auch gegenüber dem Bundestage zu erhalten. Sein reizbares mittelstaatliches Selbstgefühl ließ auch von Seiten des lockeren Bundes keine Einschränkung zu.

Andererseits bemühte er sich darum, dem Bunde eine ansehnliche Stellung in Europa zu geben. Beust verkannte die Bedeutung der nationalen Bewegung nicht und er fürchtete ihre Gewalt für die Selbständigkeit des seiner Führung anvertrauten Staates. Der Minister stand dieser Strömung wohl innerlich kühl und fremd gegenüber, aber er bewertete sie als eine politische Macht. Um den nationalen Wünschen möglichst zu genügen, wünschte er der Bundestag möge so achtungsgebietend in der Welt dastehen, wie es die Selbständigkeit der einzelnen Staaten nur immer zuließ. Er wollte die nationale Frage im Rahmen des Bundes lösen; nicht so sehr der Nation zu Liebe, als um des Bundes willen. „Wir haben nie aufgehört anzuerkennen, daß die nationale Frage Ausfluß eines wirklichen Bedürfnisses, daher eine bleibende praktische sein wird, welche mit den bestehenden Verhältnissen in Einklang gebracht, der Revolution entwunden und auf Bundesboden gelöst werden muß“, schrieb er an Nostitz.³⁴ Der Nachdruck dieser Worte liegt auf dem „Einklang mit den bestehenden Verhältnissen“. „Wollen wir“, so fährt das Schreiben fort, „der Wiederkehr der bundesstaatlichen Tendenzen gründlich vorbeugen und die daran sich reihenden Uebel der Anfeindung der Partikularsouveränitäten und Dynastien entfernen, so müssen wir daraufhin arbeiten dem Bunde eine erhöhte politische Geltung in Europa zu verschaffen. Dies geschieht dann, wenn das föderative Prinzip, im Gegensatze zu der bundesstaatlichen Idee, sich als schaffend und mehrend erweist.“ Locker gefügt nach innen, nur auf dem Gebiete der materiellen Interessen einheitliche Institutionen aufweisend, nach außen in mächtiger Umfassung aller deutschen Staaten und ihrer nicht-deutschen Gebiete, so schwebte dem sächsischen Minister das Idealbild des deutschen Bundes vor. „Deutschland im Herzen des Festlandes gelegen, muß seine Grenzen notwendig über seine

34. Beusts Schreiben aus Bad Gastein an Nostitz vom 7. Juli 1851. S.H.St.A.

Sprachgrenzen hinaus erweitern, wie dies zu den blühendsten Zeiten des deutschen Reiches geschehen ist; man denke zurück an die Zeit der Hanse.³⁵ Sind dies nicht Töne, wie wir sie, machtvoller und großartiger, aus den Denkschriften des österreichischen Handelsministers Bruck kennen? War auch Beust ergriffen von den in der politischen Atmosphäre seiner Tage liegenden, großdeutschen Gedanken, stieg auch vor seinen Augen das lockende Bild Großdeutschlands auf? Müssen wir den bisher arg verkannten Minister Sachsens zu einem Großdeutschen erhöhen? Es fehlt nicht an Beispielen dafür, daß einem mittelstaatlichen, partikularistischen Staatsmanne nachträglich die Gloriele des Großdeutschtums umwoben wurde.³⁶ Aber das Beispiel Dalwigks zeigt, wie nahe die partikularistische Praxis der mittelstaatlichen Politik und großdeutsche Ideen sich berühren konnten. Wenn Beust Gedanken aussprach, die wir als großdeutsch bezeichnen möchten, so dachte er sich ihre Verwirklichung nur im Rahmen des Bundes. Großdeutschland war für ihn der Bund unter Einbeziehung sämtlicher Gebiete der Bundesstaaten und mit umfassender Zollorganisation. In einem derartigen größeren Deutschland war Sachsens Stellung gegenüber dem nicht deutschen Auslande gefestigter und Preußens Bedeutung innerhalb der deutschen Staatenwelt herabgedrückt. Was er unter Großdeutschland verstand, wird verständlich bei einem Vergleich des das gesamte österreichische Staatsgebiet umschließenden Bundes mit der kleindeutschen Reichsverfassung von Frankfurt und der Erfurter Unionsverfassung. Großdeutschland, das war ihm der Bund, volkstümlich in seinen Grenzen erweitert, locker gefügt, den Einzelstaaten ihre Selbständigkeit garantierend; Kleindeutschland, das war die Unterdrückung durch Preußen. Und dazu kam noch die propagandistische Bedeutung, die Beust so verstandenen großdeutschen Ideen beimaß. Es muß als selbstverständlich erscheinen, daß sich in Beusts Bundesorganisationenplänen großdeutsche Gedanken finden. Wie all seine Pläne dienten auch sie vor allem der Erhaltung von Sachsens

35. ebda.

36. vergl. Die Tagebücher des Freiherrn Reinhard von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860—1871. hergeg. von Wilhelm Schübler. Stuttgart und Berlin 1920. 2 Bde.

Selbständigkeit. Was ihm und seinem Freunde Dalwigk stets die Hauptsache blieb, das drückte er in einem anderen Zusammenhange mit den Worten aus: „... wie ich ganz Sachse, war er ganz Hesse“.³⁷

So war der großdeutsche Gedanke beschaffen, der Beust dazu bewog, den Eintritt Gesamtösterreichs in den deutschen Bund zu befürworten. Aus dieser Einstellung heraus widersprach er auch dem Austritt Ost- und Westpreußens, den die preußische Regierung im Jahre 1851 betrieb. Am 11. und 22. April 1848 hatte der engere Rat beschlossen, diese beiden Provinzen in das Bundesgebiet aufzunehmen. Jetzt wollte die preußische Regierung sie wieder aus dem Bunde ausgeschieden wissen, da mit der Erneuerung des alten Bundes der unter ganz anderen Umständen erfolgte Eintritt rechtlich nicht mehr existiere.³⁸ Außerdem wollte man wohl den Oesterreichern die Möglichkeit nehmen, zur Rechtfertigung des Wunsches, ihren eigenen gesamten Länderbestand in den Bund aufzunehmen, auf den Eintritt der beiden preußischen Provinzen als beispielgebend hinzuweisen. Denn die Aufnahme Gesamtösterreichs wollte die preußische Regierung nur zulassen, wenn Oesterreich dafür völlige Gleichstellung Preußens im Bunde gewähre.³⁹ So kündigte denn Bismarck den Kollegen am 11. Juni 1851 an, daß seine Regierung den Austritt der beiden Provinzen beantragen werde.⁴⁰ Er hatte Nostitz bereits vorher gefragt, was er von der Angelegenheit persönlich halte, und wie die sächsische Regierung sich dazu stellen werde.⁴¹ Dieser hatte Bismarck ganz im Sinne Beusts geantwortet, die Ausscheidung der Länder werde einen üblen Eindruck auf die öffentliche Meinung machen, denn man werde sagen, der reaktionäre Bundestag verkleinere das Bundesgebiet. Bismarck durchschaute diese Politik ganz klar und schrieb an Manteuffel, die Mittel- und Kleinstaaten seien immer bestrebt, „sich in der öffentlichen Meinung von allen mißliebigen

37. Beust, *Aus drei Viertel-Jahrhunderten* Bd. 1. S. 141.

38. So stellte Leopold von Gerlach Manteuffel die Auffassung des Königs über diese Frage dar. *Preußens auswärtige Politik* Bd. 1. S. 220.

39. Manteuffel an den Prinzen Wilhelm am 20. März 1851. *Preußens auswärtige Politik*. Bd. 1. S. 135.

40. *Protokolle der Bundesversammlung*. 1851. § 45.

41. Bericht von Nostitz vom 28. Juni 1851. S.H.St.A.

Sachen nach Möglichkeit frei zu halten, um ihren Kammern gegenüber das Odium aller unpopulären Elaborate der europäischen Diplomatie den beiden deutschen Großmächten zuschieben zu können“.⁴² Die sächsische Regierung versuchte denn auch die preußischen Pläne zu hintertreiben. In Vertretung des abwesenden Beust beauftragte Zschinsky den Freiherrn von Nostitz, in der Bundesversammlung darauf zu dringen, daß der Antrag einem Ausschusse zur Begutachtung überwiesen werde; da man trotz aller guten Gründe dem preußischen Antrage nicht schroff entgegen-treten könne, wolle man wenigstens auf diese Weise versuchen, „jeden übereilten Beschluß zu vermeiden“.⁴³ Bismarck bereitete jedoch den Boden für den endgültigen Antrag in der Bundesversammlung so geschickt vor, daß auch diese Verschleppungstaktik nicht zu dem gewünschten Erfolge führte. Er fragte den Sachsen auf den Kopf zu, ob er Instruktionen in der Angelegenheit bekommen habe.⁴⁴ Nostitz — der Meinung, „daß Offenheit am Platze sei“ — zeigte ihm die Weisung Zschinskys, worauf Bismarck den Freiherrn bat, sich von seiner Regierung ermächtigen zu lassen, nicht auf Einsetzung einer Begutachtungskommission zu dringen. Die Kommissionsberatung werde nur Verzögerungen hervorrufen, an der Sache selbst aber nichts ändern, denn die meisten Gesandten hätten ihm bereits die Zustimmung ihrer Regierungen zu dem preußischen Antrage zugesichert. Die Umfragen des vorsichtigen Nostitz bestätigten diese Aussage. Wenn die sächsische Regierung jetzt nicht gänzlich isoliert Preußen gegenüber dastehen wollte, mußte sie in der von Bismarck gewünschten Weise nachgeben. Bismarck legte noch ein Pflaster auf die Wunde, indem er versicherte, diese Frage sei ganz ohne Einfluß auf den Eintritt Gesamtösterreichs in den Bund. Die kaiserliche Regierung beabsichtige jetzt nicht, einen darauf abzielenden Antrag in der Bundesversammlung zu stellen, täte sie es aber doch, so werde Preußen keinen Widerspruch erheben. So gab denn Beust in übellaunigem Tone seine Zustimmung.⁴⁵ Als Bismarck dann am 20. September

42. Preußen im Bundestag Bd. 1. S. 90.

43. Zschinskys Schreiben an Nostitz vom 20. Juli 1851. S.H.St.A.

44. Bericht von Nostitz vom 15. August 1851. S.H.St.A.

45. Beusts Schreiben an Nostitz vom 22. August 1851. S.H.St.A.

offiziell seinen Antrag vortrug,⁴⁶ erhielt er nach kurzem Aufschub allseitige Genehmigung. Nicht wenig hatte zu diesem Erfolge Bismarcks geschickte Vorbereitung beigetragen, die darin bestand, den hartnäckigsten Gegner zu isolieren. Es kennzeichnete aber seine Einstellung zum Bunde, daß er gesonnen war, bei anhaltendem Widerstande zu erklären, Preußen werde den Austritt der Provinzen selbständig vollziehen.⁴⁷ Er war gewillt mit dem Bunde zu gehen, solange dieser der preußischen Politik keine ernstlichen Hindernisse in den Weg legte; im Notfalle aber den Bundestag einfach bei Seite zu schieben. Eine solche Politik aber mußte bei Beust die heftigste Gegnerschaft hervorrufen.

Gegenüber dieser Bundesfeindlichkeit der preußischen Regierung und ihres Frankfurter Gesandten wollte der sächsische Minister nun den Reaktionsausschuß zu einer diplomatischen Aktion verwenden, mit deren Hilfe Preußen an einer erhöhten Aktivität des Bundestags beteiligt werden sollte. Dazu sollte die norddeutsche Großmacht durch Majorisierung gezwungen werden. In vorbildlicher Weise schien ihm der kurhessische Verfassungskonflikt Gelegenheit zu solcher Aktion gegeben zu haben. Beust meinte, der Bundesbeschluß vom 23. August 1851, nach welchem der Bund das Recht hatte, Einklang zwischen Einzelverfassungen und Bundesverfassung herzustellen, biete Gelegenheit, Preußen wieder in eine Situation hineinzulavieren, in der es nur die Alternative hätte, sich an der Wirksamkeit des Bundestags zu beteiligen, oder vor Deutschland und Europa das Odium einer bundeswidrigen Politik auf sich zu nehmen. In einem Schreiben an Könneritz in Wien gab er in einer für seine Auffassung von den Verhältnissen am Bundestage sehr aufschlußreichen Weise an, wie man dieses Ziel im einzelnen erreichen könne.⁴⁸ „Wir sind nun der Ansicht“, heißt es da, „daß es keine bessere Diversion für jene bundeswidrigen Bestrebungen der königlich preußischen Regierung gibt, als eine baldige und energische Durchführung des Beschlusses vom 23. August 1851. In dieser Frage sind Majoritätsbeschlüsse zulässig, und es wird nicht schwer fallen, solche zu Stande zu

46. Protokolle der Bundesversammlung 1851. § 149.

47. Sybel, Begründung des Reiches Bd. 2. S. 110.

48. Beusts Schreiben an Könneritz vom 16. Februar 1852. S.H.St.A.

bringen. Schließt sich Preußen diesen Beschlüssen an, so ist der Bund wieder trotz aller Berliner Deklamationen in voller allseitiger Tätigkeit und es ist ein heilsames Beispiel des Zusammenwirkens der Regierungen gegeben. Schließt sich Preußen aus, so kann es gleichwohl die Vollziehung der Beschlüsse nicht aufhalten, und seine negierende und passive Haltung bringt es alsdann in eine noch schiefere Stellung als worin es sich 1850 befand. Es würde dies in noch höherem Grade der Fall sein, wenn irgendwo eine Bundesexekution beschlossen sein sollte. Alsdann ist noch am ehesten Hoffnung vorhanden, daß Preußen in Erkenntnis dieser gebundenen Stellung dem Bunde gegenüber endlich die Notwendigkeit begreift den letzteren zu etwas Besserem als einer bloßen Polizeianstalt zu machen.“ Dasselbe Mittel, am Bunde positiv zu arbeiten, damit Preußen bei etwaiger Opposition sich selbst schade, schlug auch der österreichische Gesandte in Berlin dem Fürsten Schwarzenberg gegen die Bundesfeindlichkeit der norddeutschen Großmacht vor.⁴⁹ Es war die Situation von Olmütz, die Beust bei seiner gegen Preußen gerichteten Politik vorschwebte, und sein Blick umfaßte auch die europäischen Bindungen Preußens, wenn er darauf hinwies, daß die preußische Regierung schon aus Rücksicht auf Rußland bei dem Vorgehen des Bundes gegen revolutionäre Verfassungen nicht bei Seite stehen könne. Unter dem Eindruck von Bismarcks Bundespolitik zeigte er sich eher als vor einem Jahre bereit, Eingriffe des Bundes in die einzelstaatlichen Verhältnisse zu billigen. Ja er wünschte jetzt solche Machtentwicklung des Bundes geradezu. Und wieder zeigt sich die Verknüpfung der inneren und auswärtigen Politik: Beust konnte jetzt einer Reaktionspolitik des Bundes ruhig entgegensetzen, er brauchte für Sachsen keinen Eingriff der Frankfurter Versammlung zu befürchten, denn in den heimischen Verfassungsverhältnissen war der status quo erreicht. Gegenüber den von Berlin drohenden Gefahren, die ihm die Jahre von 1848 bis 1850 so deutlich gezeigt hatten, sah er für seinen Staat im Bunde den schützenden Zufluchtsort. Die Organisation des Bundestags verfassungsmäßig zu stärken, war nicht gelungen; nun versuchte er wenigstens in den Grenzen des Gegebenen die

49. Prokesch an Schwarzenberg am 30. September 1851. Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten. S. 228.

ausgreifende preußische Politik an diese die deutsche Staatenwelt umfassende Institution zu ketten. In all seiner auswärtigen Politik war sein Blick stets auf Berlin gerichtet; immer war ihm das Verhältnis Sachsens zu dem gefährlichen großen Nachbarn die drängendste Frage.⁵⁰ Der rückschauenden Betrachtung scheint es, als stünde diese Politik schon ganz unter dem Banne der heran nahenden Katastrophe von Königgrätz.

50. Wie sehr sich Beust durch seine Politik das Mißfallen der leitenden Kreise in Berlin zugezogen hatte, geht daraus hervor, daß nach der Beendigung der Zollvereinskrise sowohl der Prinz von Preußen wie auch Bismarck Manteuffel dazu zu bewegen suchten, in Dresden Beusts Entlassung zu verlangen. Unter Friedrich Wilhelm dem Vierten. Denkwürdigkeiten Manteuffels Bd. 2. S. 289. und Preußen im Bundestag Bd. 1. S. 212 f. Auch Leopold von Gerlach teilte diese Abneigung gegen den sächsischen Minister. Briefwechsel des Generals Leopold von Gerlach mit dem Bundestagsgesandten Otto von Bismarck. 3. Aufl. Berlin 1893. S. 81.

Ergebnis.

Die Zusammenfassung ergibt, daß zwei Gewalten auf die Ereignisse von 1848 reagierten: die Krone und die mit ihr verbündete Bürokratie und eine soziale Schicht, die Ritterschaft. Gemeinsam unternahmen sie es, die Errungenschaften der Revolution zu beseitigen. Was geschah, als dieses Ziel erreicht war? Nicht, wie Friesen und Zschinsky gewünscht hätten, wurden von Seiten der Regierung moderne Einrichtungen in der staatlichen Organisation eingeführt. Es waren nur wenige Forderungen der Revolution, welche die Reaktionszeit bewilligte. So die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit; aber auch dieser Akt wurde seines politischen Inhalts beraubt. Es sollte nur eine technische Verbesserung von Verwaltung und Rechtsprechung stattfinden. Die politische Bedeutung der Neuorganisation — die Entmachtung der Ritterschaft — suchte man durch die Einführung des Friedensrichtersinstituts zu paralysieren. Wider besseres Wissen und Gewissen der Hauptbeteiligten wurde die Vereinigung von Justiz und Verwaltung beibehalten. Und wie matt war das Vorgehen der Regierung gegen den Widerstand der Konservativen, die das alte Wahlgesetz verteidigten. Im großen blieb äußerlich fast alles beim alten. Aber diese Ruhepolitik war nicht nur die Folge davon, daß man in den Regierungskreisen schwächlich den sozialkonservativen Forderungen der Ritterschaft nachgegeben hätte. Das Beispiel so streng konservativer Männer wie Zschinsky und Friesen, die doch aus sachlichen Gründen zu einigen Zugeständnissen an den modernen Geist bereit waren, könnte leicht zu einem absprechenden Urteil über die Politik der Ritterschaft, vor allem aber über ihren Anwalt in der Regierung, Beust, führen. Und gewiß wird die

rückschauende Betrachtung immer der ernsten Facharbeit Zschinskys und Friesens in den Fragen des Wahlgesetzes und der Behördenorganisation vollste Anerkennung zollen. Ein Fehlurteil aber wäre es, wollten wir Beust, der diesen Männern in den Weg trat, haltloser Nachgiebigkeit gegenüber den engstirnigen Gesichtspunkten eines naiv-rücksichtslosen Junkertums zeihen. Die Rückkehr zu den alten Zuständen in Staat und Gesellschaft, die Tendenz sie nur noch zu befestigen, anstatt sie zu lockern, war für Beust ein Gebot der gesamten Staatspolitik. Die Schicht, die er so unbedingt in ihrer alten Stellung wieder zur Herrschaft bringen wollte, war es, die der Eigenstaatlichkeit Sachsens im Inneren den Rückhalt bot. Die Konservativen gewährleisteten einer auswärtigen Politik, welche kein anderes Ziel kannte, als die Bewahrung selbständiger staatlicher Existenz, Billigung und Unterstützung. Von einer mehr liberal zusammengesetzten Volksvertretung mußte diese Politik stets Widerspruch befürchten. Ob Beust deswegen in den Fragen der inneren Politik den Rittergutsbesitzern soweit folgen mußte, wie er es tat, ist hier nicht zu erörtern. Es kommt nicht darauf an nachträglich aufzuzeigen, wie er seine Sache hätte besser machen können, sondern zu verstehen, warum er so handelte. Als Ganzes reagierte der Mittelstaat nicht nur auf einen in der Revolution gegen seine innere Struktur, sondern auch auf einen gegen seine nach außen gerichtete Souveränität geführten Angriff. Fachmänner der Justiz und Verwaltung konnten in Würdigung sachlicher Gesichtspunkte liberale Konzessionen machen. Anders Beust; vor seinen Augen war 1848/1849 als drohendes Gespenst zum ersten Male aufgestiegen, was anderthalb Jahrzehnte später zur Wirklichkeit werden sollte. Ihm waren die Liberalen nicht nur Angehörige einer bestimmten, auf die Erreichung innerstaatlicher Ziele gerichteten Partei; viel stärker haßte er in ihnen die Schrittmacher der drohenden Zukunft, die Wegbereiter und Anhänger eines preußisch geführten Deutschlands. Nicht so sehr die Liberalen als vielmehr die Gothaer bekämpfte er. Ihnen gegenüber brachte er die konservative Ritterschaft wieder zur Herrschaft, die für die unverminderte Selbständigkeit Sachsens nach außen eintrat. Mit den alten Ständen gemeinsam erwehrte er sich der von innen her die Selbständigkeit Sachsens gefährdenden Elemente.

Indem Beust Sachsen nach außen vertrat und die Problemstellungen der auswärtigen und der inneren Politik als Ganzes überschaute, wurde er zum Träger eines sächsischen, mittelstaatlichen Staatsgedankens. So erscheint es als ganz berechtigt, daß seine Gestalt in den Mittelpunkt dieser Untersuchungen trat. In dem Worte „ich war ganz Sachse“ hat er sein Bekenntnis zu einem ideellen Wert, zu einem Staate, ausgesprochen und den berechtigten Anspruch auf eine überpersönliche Beurteilung erhoben. Es scheint eine Pflicht historischer Gerechtigkeit, diesen Wertmaßstab anzuerkennen, die Wirksamkeit des sächsischen Ministers einzubeziehen in die sich über das persönliche Wesen des Mannes erhebende Frage, ob der deutsche Mittelstaat, ob Sachsen, als souveräne Gewalt eine gestaltende Kraft der deutschen Zukunft werden konnte. Die Beantwortung dieser Frage liegt außerhalb des Kreises einer historischen Untersuchung; sie erfordert politische Stellungnahme. Dem Anhänger von Bismarcks Lösung der deutschen Frage ist das Urteil über den letzten Außenminister des selbständigen Königreichs Sachsen gegeben. Hier erfährt die Gegenüberstellung mit Bismarck, die Beust stets im Persönlichen suchte, ihre innere Berechtigung.

Literaturverzeichnis.

- Willy Andreas**, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung in den Jahren 1802—1818. 1. Bd. Der Aufbau des Staates im Zusammenhang der allgemeinen Politik. Leipzig 1913.
- Louis Berger**, Der alte Harkort. Ein westfälisches Lebens- und Zeitbild. 5. Aufl. Leipzig 1926.
- Friedrich von Bezold**, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität von der Gründung bis zum Jahre 1870. Bonn 1920.
- Karl Biedermann**, Dreißig Jahre deutscher Geschichte. 2. Aufl. 1883. 2. Bd.
- Conrad Bornhak**, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte. Berlin 1903.
- Erich Brandenburg**, Die deutsche Revolution 1848. 2. Aufl. Leipzig 1919.
- Max Doeberl**, Entwicklungsgeschichte Bayerns. 3. Aufl. München 1928. 2. Bd.
- Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens. 3. Aufl. München 1918.
- Friedrich Ebeling**, Friedrich Ferdinand Graf von Beust. Leipzig 1871. 2. Bd.
- B. Erdmannsdörffer**, Beust. Allgemeine deutsche Biographie. Bd. 46. Nachträge bis 1899. 1902.
- J. P. von Falkenstein**, Johann König von Sachsen. 2. Aufl. Dresden 1879.
- Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Universität Breslau. Herausg. im Auftrag von Rektor und Senat von Georg Kaufmann. 1. Teil Breslau 1911.
- Theodor Flathe**, Geschichte des Kurstaates und Königreichs Sachsen. 3. Bd. Gotha 1873.
- Die Memoiren des Herrn von Friesen. Hist. Ztschr. Bd. 46. 1881.
- Fritz Fleiner**, Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts. 8. Aufl. Tübingen 1928.
- C. V. Fricker und Geßler**, Geschichte der Verfassung Württembergs. Zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Verfassungsurkunde vom 25. September 1819. Im Auftrage des ständischen Ausschusses. Stuttgart 1869.
- Carl Victor Fricker**, Grundriß des Staatsrechts des Königreichs Sachsen. Leipzig 1891.
- Heinrich Friedjung**, Oesterreich von 1848 bis 1860. 1. Bd. 4. Aufl. Stuttgart und Berlin 1918. 2. Bd. 3. Aufl. 1912.
- Fürst Felix Schwarzenberg und Graf Albrecht Bernstorff. Historische Aufsätze. 1. und 2. Aufl. Stuttgart und Berlin 1919.
- Curt Geyer**, Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Maiaufstandes 1848—1849. Leipzig 1914. Wenig veränderter Abdruck der vom Verfasser der philosophischen Fakultät Leipzig eingereichten Dissertation.

- Otto Gierke**, Rudolf von Gneist. Gedächtnisrede gehalten in der juristischen Gesellschaft zu Berlin am 19. Oktober 1895. Berlin 1896.
- Rudolf Gneist**, Selfgovernment, Communalverfassung und Verwaltungsgerichte in England. Berlin 1871.
- Adel und Ritterschaft in England. Berlin 1853.
- Johannes Göpner**, Der sächsische Landtag von 1830 bis 1840. Leipziger Dissertation. 1913.
- Joseph Hansen**, Gustav Mevissen. Ein rheinisches Lebensbild. 1815—1899. 1. Bd. Berlin 1906.
- Fritz Hartung**, Das Großherzogtum Sachsen unter der Regierung Carl Augusts. 1775—1828. Darstellungen und Briefe zur Geschichte des Weimarerischen Fürstenhauses und Landes. Im Auftrag des thüringischen Staatsministeriums hergeg. von Erich Marcks. Weimar 1923.
- Fritz Hartung**, Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Grundriß der Geschichtswissenschaft. Reihe 2. Abtlg. 4. 3. Aufl. Leipzig und Berlin 1928.
- Paul Hassel**, König Albert von Sachsen. Bd. 1. Berlin und Leipzig 1898.
- W. von Hassell**, Geschichte des Königreichs Hannover. 1. Bd. Bremen 1898. 2. Bd. Leipzig 1899.
- Julius Hatschek**, Die Selbstverwaltung in politischer und juristischer Bedeutung. Staats- und völkerrechtliche Abhdlg. hergeg. von Georg Jellinek und Georg Meyer. Bd. 2. Heft 1. Leipzig 1898.
- Englische Verfassungsgeschichte bis zum Regierungsantritt der Königin Victoria. München und Berlin 1913.
- Fritz Hauptmann**, Sachsens deutsche Politik von der Kaiserwahl bis Olmütz. Manuskript.
- Sachsen und Thüringen 1848/49. Neues Archiv für sächs. Gesch. und Altertumforschung. Bd. 51. Heft II. 1930.
- Otto Hintze**, Die Hohenzollern und ihr Werk. Berlin 1915.
- Georg Kaufmann**, Die Lehrfreiheit an den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert. Leipzig 1898.
- Max Lenz**, Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. 2. Bd. 2. Hälfte. Halle 1918.
- C. E. Leuthold**, Das Staatsrecht des Königreichs Sachsen. Handbuch des öffentlichen Rechts. Bd. 2. Freiburg und Tübingen. 1884.
- Woldemar Lippert**, Friedrich Augusts des Zweiten Entwicklungsgang. Neues Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde hergeg. von Hubert Ermisch. Bd. 45. Dresden 1924.
- Erich Marcks**, Bismarck. Bd. I. Stuttgart u. Berlin. 1909.
- Otto Mayer**, Das Staatsrecht des Königreichs Sachsen. Das öffentliche Recht der Gegenwart, hergeg. von Jellinek, Laband, Piloty. Bd. 9. Tübingen 1909.
- Friedrich Meinecke**, Weltbürgertum und Nationalstaatsgedanke. Studien zur Geschichte des deutschen Nationalstaates. 7. Aufl. 1928.
- Arnold Oskar Meyer**, Bismarcks Kampf mit Oesterreich am Bundestag zu Frankfurt. (1851—1859) Berlin und Leipzig 1927.

- Ernst von Meyer**, Hannoversche Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. 1680—1866. 2. Bd. Leipzig 1899.
- Georg Meyer**, Das parlamentarische Wahlrecht. Hergeg. nach dem Tode des Verfassers von Georg Jellinek. Neuaufl. 1913.
- Max von Pölnitz**, Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und die Staatsaufsicht über dieselben in ihrer Entwicklung nach der Gemeindegesetzgebung des rechtsrheinischen Bayern seit König Max Joseph dem Ersten. Erlanger Dissertation 1890.
- Joseph Redlich**, Englische Lokalverwaltung. Darstellung der inneren Verwaltung Englands. Leipzig 1901.
- Carl Schmitt**, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 2. Aufl. München und Leipzig 1926.
- Walter Schinke**, Der politische Charakter des Maiaufstandes 1849 und die sächsischen Parteien während des Aufruhrs und seiner unmittelbaren Folgen. Leipziger Dissertation 1917.
- Heinrich von Sybel**, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm den Ersten. 2. Bd. 3. Aufl. Berlin und München 1913.
- Hans Heinz Thumann**, Beusts Plan zur Reform des deutschen Bundes vom 15. Oktober 1861. Neues Archiv für sächsische Geschichte und Altertumskunde hergeg. von Hubert Ermisch. Bd. 46. Dresden 1925.
- Heinrich von Treitschke**, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. 3. Bd. 18.
- Heinrich Triepel**, Die Staatsverfassung und die politischen Parteien. Rede bei der Feier der Erinnerung an den Stifter der Berliner Universität König Friedrich Wilhelm den Dritten in der alten Aula am 3. August 1927. Berlin 1927.
- Ernst Walz**, Das Staatsrecht des Großherzogtums Baden. Das öffentliche Recht der Gegenwart hergeg. von Jellinek, Laband, Piloty. Bd. 5. Tübingen 1909.
- Ferdinand von Westphalen**, Der Generalpolizeidirektor von Hinkeldey und der Minister des Inneren von Westphalen. Hist. Ztschft. Bd. 78. 1897.
- Friedrich Winterlin**, Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg hergeg. von der Kommission für Landesgeschichte. 1. Bd. Stuttgart 1904. 2. Bd. 1906.
- C. D. von Witzleben**, Die Entstehung der konstitutionellen Verfassung des Königreichs Sachsen. Leipzig 1881.

Gedruckte Quellen.

- Aus den Briefen des Grafen Prokesch von Osten. (1849—1855) hergeg. von Anton Graf Prokesch von Osten. Wien 1896.
- Ausgewählte Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte seit 1806. Zum Handgebrauch für Historiker und Juristen hergeg. von Wilhelm Altmann. 1. Teil. 1806—1866. Berlin 1898.
- Bemerkungen zu der Frage, ob in Sachsen auch in der unteren Instanz die Justiz von der Verwaltung zu trennen sei. Von einem Staatsbeamten von F. Leipzig 1852.

- Theodor von Bernhardt. Unter Nikolaus dem Ersten und Friedrich Wilhelm dem Vierten. Briefe und Tagebücher aus den Jahren 1834—1857. Bd. 2. Leipzig 1893.
- Ferdinand Graf Beust, Erinnerungen zu Erinnerungen. Leipzig 1881.
- Friedrich Ferdinand Graf von Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen. 1. Bd. Stuttgart 1887.
- Karl Biedermann, Die Wiedereinberufung der alten Stände in Sachsen aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Politik betrachtet. Leipzig 1850.
- Ein Wort in eigener Sache. Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst, hergeg. von Otto Wigand. 1854.
- Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte. 2 Bde. Breslau und Leipzig 1887.
- Briefwechsel des Generals Leopold von Gerlach mit dem Bundestagsgesandten Otto von Bismarck. 3. Aufl. Berlin 1893.
- Briefwechsel zwischen König Johann von Sachsen und den Königen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. von Preußen. Hergeg. von Johann Georg, Herzog zu Sachsen. Leipzig 1911.
- Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, Generals der Infanterie und Generaladjutanten König Friedrich Wilhelms IV. Nach seinen Aufzeichnungen hergeg. von seiner Tochter. 1. Bd. Berlin 1891 und 2. Bd. 1892.
- Denkwürdigkeiten des Grafen Maximilian Joseph von Montgelas über die innere Staatsverwaltung Bayerns 1799—1817 hergeg. von G. Laubmann und M. Doeberl. München 1908. Eingeleitet von M. Doeberl.
- Die Dresdener Konferenzen. Berlin 1851.
- Die konservative Partei in Sachsen und ihre Stellung zur deutschen Frage. Beleuchtet vom Grafen Hohenthal-Püchau. Dresden 1850.
- J. G. Droysen, Beiträge zur neuesten deutschen Geschichte. Braunschweig. 1849.
- Ernst der Zweite, Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha. Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. 2. Bd. Berlin 1888.
- Bernhard Francke, Die Gesetzgebung des Königreichs Sachsen seit dem Erscheinen der Gesetzsammlung im Jahre 1818 bis zur Gegenwart. 2. Bd. die Jahre 1851—1870 enthaltend. Leipzig 1888. 3. Bd. die Jahre 1871—1890 enthaltend. Leipzig 1896.
- Freimüthige Sachsenzeitung.
- Richard Freiherr von Friesen. Erinnerungen aus meinem Leben. 1. Bd. Dresden 1880.
- Gesetz- und Verordnungsblatt für das Königreich Sachsen.
- Grundzüge der konservativen Politik. Für die Mitglieder beider Häuser des Landtags als Manuskript gedruckt. 1856.
- Gustav Kühne, Mein Tagebuch aus bewegter Zeit. Leipzig 1863.
- Mitteilungen über die Verhandlungen des Landtags im Königreiche Sachsen. 1849—1855.

- Preußens auswärtige Politik. 1850—1858. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse Manteuffels, hergeg. von H. v. Poschinger. 1. Bd. 1902.
- Preußen im Bundestag. 1851—1859. Dokumente der Königlich Preußischen Bundestagsgesandtschaft, hergeg. von Dr. v. Poschinger. 1. Bd. 1882.
- Protokolle der deutschen Bundesversammlung. 1851 und 1853.
- Sachsens Regierung, Stände und Volk. Mannheim 1846.
- Sachsens Stellung in der deutschen Frage. Grimma 1849.
- Sächsische Dorfzeitung.
- Heinrich von Treitschke, Die Zustände des Königreichs Sachsen unter dem Beustschen Regiment. Aus Sachsen 20. März 1862. Historische und politische Aufsätze von Heinrich von Treitschke. 4. Bd. Leipzig 1897.
- Unter Friedrich Wilhelm dem Vierten. Denkwürdigkeiten des Ministers Freiherrn von Manteuffel, hergeg. von Heinrich v. Poschinger. 2. Bd. Berlin 1901.
- Graf Vitzthum von Eckstädt, Berlin und Wien in den Jahren 1845—1852. 2. Aufl. 1886.
- Paul Wentzke, Kritische Bibliographie der Flugschriften zur deutschen Verfassungsfrage 1848—1851. Halle 1911.
- Zur deutschen Frage. Mitgeteilt von einem Mitglied der zweiten Kammer an seine Kollegen. Leipzig 1850.

Abkürzungen.

Sächsisches Hauptstaatsarchiv = S.H.St.A.

Preußisches geheimes Staatsarchiv = Pr.geh.St.A.

Universitätsarchiv Leipzig = U.A.L.

Mitteilungen über die Verhandlungen des Landtags im Königreich Sachsen =
L. M. 1. K. bzw. 2. K.

